

Die Landwirtschaft und die Landwirtschafts- politik der Vereinigten Staaten und ihre Bedeutung für den E W G-Agrarmarkt

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
durch die
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

vorgelegt von
Diplom-Landwirt, Diplom-Volkswirt Helmut Gerke
aus Dortmund

1964

Die Landwirtschaft und die Landwirtschafts- politik der Vereinigten Staaten und ihre Bedeutung für den E W G-Agrarmarkt

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
durch die
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

vorgelegt von
Diplom-Landwirt, Diplom-Volkswirt Helmut Gerke
aus Dortmund

1964

1.Berichterstatter:Prof.Dr.B o e t t c h e r

2.Berichterstatter:Prof.Dr.P r e d ö h l

Dekan: Prof.Dr.F i k e n t s c h e r

Tag der mündlichen Prüfung: 24. Februar 1964



Meinen Eltern
in
Dankbarkeit



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555204_0011

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Teil I: Die Lage der amerikanischen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der US-Regierung

Kapitel I : Die allgemeine Lage der amerikanischen Landwirtschaft als Hintergrund der Agrarpolitik

A) Lage und Trend von Produktion und Konsum von Agrarerzeugnissen

1. Produktion

2. Konsum an Agrarerzeugnissen

a) Bevölkerungsentwicklung

b) Realeinkommen

c) Verbrauchserwartungen

B) Leistungsfähigkeit der amerikanischen Farmen

1. Grunddaten

a) Betriebsgrößen und ihre Verteilung

b) Höhe der Erträge

c) Qualitative und quantitative Veränderungen in der Faktorenkombination

2. Einkommenslage der US-Landwirtschaft

a) Preisentwicklung

b) Einkommensentwicklung

Kapitel II: Die Agrarpolitik der US-Regierung

A) Ziel der US-Agrarpolitik

B) Massnahmen der direkten Preis- und Marktbeeinflussung

1. Preisstützungsprogramm

2. Marktabsprache- und Marktordnungsprogramm

3. Massnahmen betreffend den Aussenhandel mit Agrarprodukten

- C) Sonstige Massnahmen zur Stützung des Farmer-Einkommen
 - 1. Beratungs- und Informationsdienst
 - 2. Bodenerhaltungsprogramm
 - 3. Emergency - Programm

Teil II: Agrarmärkte und Agrarpolitik der EWG-Länder

Kapitel I: Landwirtschaft und Ernährung in den EWG-Ländern

- A) Agrarproduktion
 - 1. Tierische Veredelungsproduktion
 - 2. Bodenproduktion
- B) Versorgungslage und Entwicklungstendenzen bei ausgewählten Agrarprodukten
 - 1. Weizen
 - 2. Roggen
 - 3. Futtergetreide
- C) Aufwandsentwicklung in der Agrarproduktion
- D) Preise und Einkommen der Landwirtschaft
- E) Arbeitsproduktivität

Kapitel II: Agrarpolitische Ziele und Massnahmen der EWG-Länder

- A) Agrarstrukturpolitik
- B) Bisherige Markt- und Preispolitik
 - 1. Brotgetreide
 - 2. Futtergetreide
 - 3. Fleisch
 - 4. Milchwirtschaft

Kapitel III: Agrarpolitik der EWG: Grundzüge der am 30.7.1962 in Kraft getretenen gemeinsamen Agrarpolitik

Teil III: Würdigung der Programm-Massnahmen der US-Agrarpolitik

Kapitel I: Auswirkungen derzeitiger Preisstützung und Absatzgestaltung auf:

- A) die US-Agrarmärkte
 - 1. Weizenmarkt
 - 2. Futtergetreidemarkt
 - 3. Baumwollmarkt
 - 4. Milchmarkt
- B) die Einkommenssituation der Farmer
- C) den Staatshaushalt

Kapitel II: Auswirkungen der US-Agrarpolitik auf den internationalen Handel

- A) Handelsverzerrende Entscheidungen
- B) Exportpolitik

Kapitel III: Auswirkungen der agrarpolitischen Massnahmen auf die ökonomische Situation in Drittländern

Kapitel IV: Beseitigung der Überschussituation durch Veredelungsproduktion

Teil IV: Konsequenzen für die europäische Agrarpolitik

Kapitel I: Neuordnung der bisherigen Produktionsstruktur

Kapitel II: Möglichkeiten und Grenzen für den Kleinbetrieb

Kapitel III: Mutmassliche Rückwirkungen eines etwaigen Abbaues des US-Agrarschutzes

- A) Beurteilung der agrarpolitischen Ziele
- B) Konkurrenz der Ansprüche
- C) Grenzen des us-amerikanischen Agrarexportes

Teil V: Zusammenfassende Beurteilung

Anhang

Literaturverzeichnis

Einleitung

Allgemein kann heute in entwickelten Industrieländern festgestellt werden, dass das Pro-Kopf-Einkommen im Agrarsektor langsamer steigt als in den übrigen Wirtschaftsbereichen. In einigen Ländern - insbesondere in den USA - kommt hinzu, dass die Agrarmärkte ein erhebliches Ungleichgewicht aufweisen, das sich in grossen Überschüssen von Agrarprodukten niederschlägt.

Diese beiden Tatsachen stellen eine Herausforderung sowohl an den Agrarpolitiker wie an die Forschung dar; in der vorliegenden Arbeit soll daher zunächst der Versuch unternommen werden zu erklären, wie es zu der Einkommensdisparität und den Überschüssen gekommen ist, und zwar am Beispiel der Landwirtschaft der Vereinigten Staaten, weil hier diese Erscheinungen besonders prägnant sind. Der Erklärungsversuch geht aus von zwei Hypothesen, die im Verlauf der Untersuchung zu prüfen sind:

1. Es ist zu vermuten, dass die Preisstützungspolitik der Regierung der Vereinigten Staaten in Verbindung mit einer stagnierenden Nachfrage bei Agrarprodukten für die grossen Agrarüberschüsse verantwortlich ist.
2. Die Disparität zwischen landwirtschaftlichen Einkommen und vergleichbaren Einkommen in den übrigen Wirtschaftszweigen ist vermutlich in erster Linie auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Nachfrage nach Agrarerzeugnissen sehr viel langsamer zunimmt als die nach den Produkten und Leistungen der übrigen Wirtschaftsbereiche. Daneben wird aber auch die Preisstützungspolitik zur Disparität

beigetragen haben - obwohl sie das Gegenteil bewirken sollte. Bei stagnierender Nachfrage und stagnierenden Nettoerlösen der Landwirtschaft ist eine Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens offenbar nur dadurch zu erzielen, dass die gegebenen Erlöse auf weniger Erwerbstätige verteilt werden. Eine Agrarpolitik, die sich schwergewichtig des Instruments der Preisstützung bedient, trägt aber dazu bei, Grenzbetriebe lebensfähig zu halten, verringert also den Anreiz zur Abwanderung aus der Landwirtschaft.

Angesichts hoher staatlicher Lagerbestände, die bei Weizen z.B. zwei Jahresproduktionen umfassen, ist es nicht verwunderlich, dass die amerikanische Regierung um eine Senkung der Lagerkosten willen bemüht ist, die Überschüsse durch Exporte zu verringern. Die dadurch bewirkte Preis-senkungstendenz auf wichtigen Weltagrarmärkten hat aber vermutlich ungünstige Folgen für die Industrialisierung in den Entwicklungsländern, denn Investitionen werden dort zum grossen Teil durch Erlöse aus Exporten von agrarischen Rohstoffen finanziert. Da der Entwicklungshilfe heute grosse Bedeutung beigemessen wird, ist diese mögliche Konsequenz der Agrarpolitik besonders zu prüfen.

Die gegenwärtigen Bestrebungen, die regulierten Agrarpreise in der EWG auf dem Durchschnitt der bisherigen Preise in den einzelnen Ländern festzulegen, lassen erhebliche Angebotssteigerungen bei landwirtschaftlichen Produkten erwarten. Berücksichtigt man ausserdem, dass als Folge der geplanten Zollsenkungen zwischen den USA und der EWG die Agrarüberschüsse der Vereinigten Staaten verstärkt auf den Europäischen Markt strömen werden, so liegt es auf der

Hand, dass die EWG in Zukunft vor einem ähnlichen Überschussproblem stehen wird wie heute bereits die Vereinigten Staaten. Es erscheint daher als zweckmässig zu prüfen, ob eine Ablösung staatlicher bzw. überstaatlicher Preisregulierungen durch eine liberalere Agrarpolitik nicht bessere Chancen für die Bewältigung dieses Problems bietet. Als Ziel soll dabei das erklärte Programm des Rom-Vertrages der EWG unterstellt werden, nämlich die Erhaltung lebensfähiger bäuerlicher Familienbetriebe.

Abgeschlossen im März 1963 .

Teil I Die Lage der amerikanischen Landwirtschaft und ===== die Agrarpolitik der US- Regierung =====

Kapitel I Die allgemeine Lage der amerikanischen Land- ===== wirtschaft als Hintergrund der Agrarpolitik

In Bezug auf das zukünftige Ausmaß der Agrarproduktion werden in der einschlägigen Literatur oftmals zwei entgegengesetzte Meinungen vorgetragen. Einige Autoren¹⁾ halten die gegenwärtigen Produktionszuwächse für nicht ausreichend, um sowohl die durch einen Bevölkerungszuwachs wirksam werdende Nachfrage nach Agrarprodukten zu befriedigen, als auch den durch Bodenerosion entstehenden Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche auszugleichen. Andere Autoren²⁾ hingegen halten das zukünftige Agrargüterangebot für weit größer, so daß vergleichsweise in wenigen Jahrzehnten die amerikanische Landwirtschaft der Bevölkerung ein zwei - bis dreifaches Agrargüterangebot bereitstellen kann. Die grundlegende Antwort auf diese von einander abweichenden Meinungen über den möglichen Produktionsverlauf als Hintergrund der Agrarpolitik soll in den folgenden Kapiteln aufgezeigt werden.

A) Lage und Trend von Produktion und Konsum von Agrarerzeugnissen

1. Produktion

Infolge der außerordentlich zügigen Intensivierung der Landwirtschaft verringerte sich die Zahl der landwirtschaftlich Erwerbstätigen (familieneigene und nicht eigene) seit dem 1. Weltkrieg bis 1959 um rd. 45 %, nämlich von 13,5 auf 7,4 Millionen, indessen die agrarische Produktion die jährliche Erzeugung im 2. Weltkriege um ein Drittel und die Jahresproduktion im 1. Weltkriege

1) insbesondere: Benedict, M.; Shepherd, G.; Paarlberg, D.; Breimyer, H.

2) Halcrow, H.G.; Jesness, O.B.; Johnson, D.G.; Schultz, Th.; Brandt, K.; Cochrane, W.

sogar um nahezu das Doppelte überstieg; während die Gesamtbevölkerung von 92 auf 178 Mill., d.h. um rd. 94 % im gleichen Zeitraum angestiegen ist.¹⁾ Erzielt wurde dieses verstärkte Produktionsangebot weitgehend durch die im Verlauf der letzten Jahrzehnte außerordentlich gestiegenen Flächenerträge um nahezu 50 %. Bei Mais stiegen die Durchschnittserträge sogar von 20 auf 32 dz/ha und bei Weizen von 10 auf 18 dz/ha, d.h. um 60 bzw. 80 %.²⁾

Hierbei handelt es sich um Durchschnittswerte. Großbetriebe weisen erheblich höhere Produktionszuwächse je Flächeneinheit auf. In diesen Betrieben gelten Erträge für Mais von 63 dz/ha als normal; als Spitzenleistungen werden bei günstigen natürlichen Standortfaktoren 75 bis 95 dz/ha genannt. Ähnliche Ertragszahlen finden sich für Weizen. Großfarmer ernten in den Hauptweizengebieten etwa 40 bis 47 dz/ha. Neue an der Pazifikküste gezüchtete Sorten, die ebenfalls im Mittelwesten angebaut werden können, bringen sogar Erträge bis zu 87 dz/ha. Die Berücksichtigung dieser für Großbetriebe charakteristischen Ertragswerte ist wegen ihrer starken Marktverflechtung - mit knapp 80 % an allen Agrarprodukt-Umsätzen - für die tatsächliche Markterzeugung der US- Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung.

1) vgl. hierzu: "Economic Report of the President", transmitted to the Congress, Jan. 20., 1960, Washington 1960, S. 234; The New York Times v. 15. Febr. 1960; "Wheat is Crux of Farm - Problem - Government Seaking to Ease Surplus."

2) Farm Surpluses - How to end them?; in: Business Horizons, Spring 1958 (Vol. II, Nr. 1)

Der beachtlichen Produktionssteigerung im Verlauf von knapp zwei Jahrzehnten stand indessen ein agrarischer Betriebsmittel-Zuwachs von lediglich 10 % als Durchschnittswert im Vergleichszeitraum gegenüber.¹⁾

In der Zeit von 1940 - 1950 wuchs die Bevölkerung jährlich um 1,5 %, die Ertragssteigerung wies eine jährliche Zuwachsrate von 2,2 % auf.

Dadurch entstand ein Überschuß, der jedoch im 2. Weltkrieg von befreundeten Ländern aufgenommen wurde, ab 1950 zeigte sich aber wiederum ein Überschuß²⁾ pro Jahr von 0,7 %, der im Kalenderjahr 1959 sogar auf 1,5 %

1) Diese und die folgenden Werte sind entnommen: Cochrane, W.W.: "Farm Technology, Foreign Surplus Disposal and Domestic Supply Control"; in: Journal of Farm Economics 1959 (im folgenden abgekürzt JFE), S. 885 ff.

2) (zur Definition "Überschuß")

Bei all der Bedeutung, die dem Überschußproblem in der amerikanischen Agrarpolitik zukommt, verwundert das Fehlen einer einheitlichen Definition des Begriffes "Überschuß" in der Fachliteratur. Einmütigkeit besteht lediglich darüber, daß Überschüsse nur in Bezug auf den Marktabsatz bestehen, nicht hingegen was den physischen Bedarf angeht. Auslegungen, die "Überschuß" einem Produktionsvolumen gleichsetzen, das die Farmer zwingt, ihre Waren zu Preisen abzusetzen, welche ihnen nicht die bisherige Einkommenserzielung und -verteilung ermöglichen, sind - weil sie vom Urteil der Produzenten abhängen - subjektiv und lassen lediglich eine ungefähre Vorstellung des Gemeinten aufkommen. Ebenso unrichtig sind Interpretationen, die "Überschüsse" als Differenz definieren zwischen (1.) der durch Stützungspreise begünstigten Inlandsproduktion einschließlich reguliertem Einfuhrvolumen und (2.) dem Inlandsbedarf plus den Ausfuhren zu Stützungspreisen. Diese Begriffsbildung übersieht, daß die Überschußbildung ihre Ursache nicht nur in dem Vorhandensein staatlicher Interventionen hat, sondern ebenso durch die enormen aus der Anwendung des landbautechnischen Fortschritts resultierenden Produktivitätszuwächsen begünstigt worden sind.

Angesichts der Schwierigkeiten, welche sich einer Massstabfindung entgegenstellen, innerhalb dessen von einem "Überschuß" die Rede sein kann, soll im folgenden als "Überschuß" gelten: jede Anhäufung von Agrarprodukten in öffentlicher Hand, welche die Deckung des geschätzten Inlandsverbrauchs zuzüglich der geschätzten Ausfuhr plus einer bestimmten Reserve für den Übertrag auf das kommende Erntejahr in einem Ausmaß übersteigt, daß sie auf Märkte und Erzeugerpreise einen Druck ausüben, der zu sekundären und tertiären Störungen führen kann. Eben dann ist mehr als ein sinnvoller Vorrat vorhanden.

angelaufen ist. Da die Einkommenselastizität der mengenmäßigen Nachfrage bei einigen Agrarprodukten in den Vereinigten Staaten sich bereits Null nähert,¹⁾ übersteigt die Überschussrate der landwirtschaftlichen Erzeugung das Bevölkerungswachstum zunehmend. Bei Weizen waren bis Ende der Ernte 1961 rd. 37 Mill. Tonnen aufgelaufen, die damit den einheimischen Weizenbedarf für 2 Jahre sicherstellen, (vgl. Tabelle 21).

Bis Ende des Kalenderjahres 1959 wurden die bewerteten Überschüsse aller Agrarprodukte mit rd. 9 Mrd. Dollar beziffert. Sie sind damit gegenüber 2 Mrd. Dollar im Jahre 1952 jährlich im Werte von 1 Mrd. Dollar gestiegen und betragen nunmehr rd. 1/4 der gesamten Verkaufserlöse in der US- Landwirtschaft.²⁾

Da es kaum ein cereales Agrarprodukt gibt, welches nicht aus dem Markt genommen und gestapelt wird (vgl. Tabelle 1), andererseits auf dem Weltmarkt unzureichende preisgerechte Absatzmöglichkeiten sich finden, wird die wachsende Sorge der US- Regierung um die Übernahme, Lagerhaltung und Verwertung der anfallenden Ernteüberschüsse verständlich.³⁾

1) vgl. hierzu: Cochrane, W.W. : "Farm Price Gyration - an Aggregative Hypothesis" JFE, 1947, S. 403;
Shepherd, G.S. : "Agricultural Price and Income Policy" 1952, Ames, Iowa, S. 15;
Schultz, Th.W. : "Economic Organisation of Agriculture" New York 1953, S. 60;

2) "Agricultural Statistics 1959", USDA, Washington 1959;

3) vgl. hierzu: President Eisenhower's Special Message on Agriculture, Jan. 1959, USDA, "The wheat Situation" Agricultural, Marketing Service, USDA, 1959.

Tabelle 1 - Gesamtbestand an gestapeltem Getreide in den USA-jeweils zum Jahresende-in Mill.to *)

Erzeugnis	1937/38	1939/40	1950/51	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60
Weizen	6.1	10.7	10.7	6.9	16.2	25.0	27.8	27.7	24.3	23.6	34.7	35.2
Maïs /	13.6	18.5	18.5	12.2	19.2	23.0	25.9	35.5	29.1	36.8	38.3	45.0
Gerste	1.0	2.0	2.0	1.6	1.1	1.5	2.8	2.5	2.7	3.6	4.2	3.6
Hafer	2.6	4.1	4.1	4.0	3.6	3.2	4.3	5.0	3.4	4.6	5.3	3.8
Boggen	0.4	0.1	0.1	0.1	0.2	0.4	0.4	0.4	0.2	0.2	0.3	0.3

*) engl. Masseinheit to=1616 kg

Quelle: Commonwealth Economic Committee: Grain Crops-A Review of Production, Trade, Consumption and Prices relating to wheat, flour, maize, barley, oats, rye and rice-compiled in the Intelligence Branch of The Commonwealth Economic Committee, London 1957 und 1961 .

Zur Erklärung der anhaltenden landwirtschaftlichen Produktionssteigerung in den USA, deren jährliche Zuwachsrate von anerkannten Agrarökonomen mit 4 - 7 % angegeben wird, ist zunächst die geschichtliche Entwicklung der agrarischen Produktionsmethoden aufzuweisen.¹⁾

Während in der feudalen Periode die menschliche Arbeitskraft, in der Expansionsperiode der Boden erstrangig den Produktionsmitteleinsatz bestimmen, tritt in der industriellen Phase der Produktionsfaktor "Kapital" in den Vordergrund der im Produktionsprozess eingesetzten Faktoren. Die Neukombination dieser Faktoren, der weitgehende Ersatz der Arbeitskraft durch Kapital verbunden mit der Anwendung neuer Erkenntnisse auf dem Gebiet sowohl der Pflanzen- und Tier z ü c h t u n g als auch der Pflanzen- und Tier e r n ä h r u n g haben wesentlich zu diesen enormen Produktionssteigerungen beigetragen. Darüber hinaus wurde durch die intensive "Zugkraft-Substitution" das Angebot am Markt gesteigert. S c h u l t z hat ermittelt, daß durch die vollzogene Substitution von 2 Mill. Einheiten tierischer Zugkraft durch Traktoren 6,5 Mill. Acres Haferland für anderweitige landwirtschaftliche Nutzung freigesetzt worden sind.²⁾

1) vgl. ABEL, W. : " DIE Landwirtschaft in der gesamtwirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der USA", in: Berichte über Landwirtschaft, Bd. XXXIV, S. 300 ff.

2) SCHULTZ, Th.W. : "AGRICULTURE IN AN UNSTABLE ECONOMY", New York 1945, S. 77.

Auf diesem geschichtlichen Hintergrund des agrarischen Produktionsverlaufs ist in einer international vielbeachteten Studie die Frage nach der zukünftigen Entwicklung der amerikanischen Landwirtschaft gestellt worden.¹⁾

Demzufolge zeigt sich unter Zugrundelegung eines normalen Wirtschaftsablaufs und eines gegenwärtigen Technisierungsgrades, daß der Agrarausstoß in den Vereinigten Staaten weiterhin die Nachfrage übersteigen wird. Selbst wenn natürliche Widerstände mit in die Projektion einbezogen werden, sei es, daß für die Technisierung aller Produktionszweige Kapital und technische Kenntnisse fehlen oder mit zeitlich unterschiedlichen Reaktionen der Farmer zu rechnen ist, verbleibt immer noch die Anwendung neuer Forschungsergebnisse, welche die Überschubbildung in der amerikanischen Agrarproduktion fördern wird.

Falls die grundlegenden Prämissen dieses Berichtes, der von führenden Wissenschaftlern der US- Department of Agriculture erstellt wurde, richtig sind, ist auf der Basis von 1948/50 bis 1975 mit einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um 45 % zu rechnen.²⁾ Dabei ist beachtenswert, daß diese Steigerungsrate nicht auf eine intensivere Flächennutzung, sondern auf eine für die amerikanische Landwirtschaft charakteristische grössere Arbeitsproduktivität zurückgeführt werden soll. Nach Schätzungen der Verfasser dieses sog. P a l e y - Reports wird eine in der Landwirtschaft tätige Vollarbeitskraft im Jahre 1975 in der Lage sein, den Nahrungsmittelbedarf von rd. 25 Menschen zu erzeugen im Vergleich zu 17 Menschen im Jahre 1955 und 10 im Jahre 1930.

1) "Resources for Freedom"; A Report to the President by the President's Materials Policy Commission - United States Government Printing Office, Washington 1952 (im folg. Paley-Report genannt);

2) Der Zeitraum 1950 - 1975 wird bevorzugt in der amerikanischen Fachliteratur als hinreichende Zeitspanne benutzt, um innerhalb dieser einige Aussagen über die langfristigen Einflußfaktoren, wie Bevölkerung, Produktivität und Einkommenszuwachs machen zu können.

Tabelle 2- Produktion und Ausfuhrüberschuss bei Weizen und Futtergetreide in den USA-in den Jahren 1957-1960; in Mill.to

	W e i z e n			F u t t e r g e t r e i d e				
	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61
Produktion	25.9	39.8	30.7	37.2	120.8	133.8	140.8	139.7
Ausfuhrüber- schuss abso- lut	10.7	11.8	13.7	15.0	8.4	10.8	10.9	10.0
in Prozent der Produktion	41.7	29.8	44.6	40.3	6.9	8.1	7.7	7.1

Quelle: "Die landwirtschaftlichen Märkte zu Beginn bzw. an der Jahresende 1960/61" veröffentlicht vom Institut für landwirtschaftliche Marktforschung, Braunschweig-Völkenrode; in: Agrarwirtschaft - Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung, 1960, S. 191 und 387;

Ein vergleichender Rückblick auf die tatsächlich eingetretenen Produktionszuwachsrate und der im Paley-Report angegebenen Schätzungswerte für die erste Dekade lässt mit geringen Abweichungen von 1 - 1,5 % eine Übereinstimmung der geschätzten und de-facto Überschüsse erkennen; lediglich mit der Abweichung, dass in zwei Jahren der tatsächliche Überhang grösser war ¹⁾.

Bereits diese Ausführungen geben eine Vorstellung von dem gegenwärtigen und zukünftigen Produktionsumfang der amerikanischen Landwirtschaft sowohl im Hinblick auf die im folgenden zu untersuchende Inlands-Nachfrage nach Agrarprodukten als auch in Bezug auf die Stellung der amerikanischen Landwirtschaft auf dem Weltmarkt.

Abgesehen von Tabak, Baumwolle und Reis sind Weizen und Futtergetreide (Mais, Milocorn, Gerste und Hafer) die wichtigsten Getreideanbauerzeugnisse der Vereinigten Staaten, denen auch im Aussenhandel eine bedeutende Rolle zukommt. Über den Stand von Produktion und Export der genannten Produktion gibt Tabelle 2 Auskunft.

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich im 4 - Jahresdurchschnitt für Weizen ein Ausfuhrüberschuss von rd. 39 % und bei Futtergetreide von 13 %. Da andererseits der wertmässige Anteil der USA an den gesamten Weizen- und Futtergetreideeinfuhren der EWG einschliesslich deren Mehle 18,2 bzw. 46,3 % für 1959 ausmachten ²⁾, und diese Produkte als Konkurrenzzeugnisse in den EWG-Ländern angesehen werden können, soll in der folgenden Darstellung der agrarischen Verhältnisse in den USA das Augenmerk in erster Linie auf diese Produkte gerichtet werden.

1) "Change in Stocks" in: The State of Food and Agriculture in 1961, herausg. von FAO-Rom, S. 26;

2) Krohn, H.B. und Schmitt, G.: "Agrarpolitik für Europa" in: Sonderheft 15 der Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung, Hannover 1962, S. 138 f;

2. Konsum an Agrarprodukten in den USA

Im vorstehenden wurde das bisherige Ausmass der US-Agrarerzeugung und deren Trend dargetan. Da die Entwicklungsmöglichkeiten der Agrarproduktion in naher Zukunft jedoch ebenso vom Verbrauch und Absatz her bestimmt werden, ist die Beleuchtung der Nachfrage nach Agrarprodukten erforderlich.

Die Entwicklung der Bevölkerung und des realen Pro-Kopf- Einkommens sind neben Bevölkerungsstruktur, Altersgliederung und Erwerbstätigkeit entscheidende Bestimmungsfaktoren für die Beantwortung der Frage nach der Grösse der Nachfrage nach Nahrungsmitteln. Ein anderer, sowohl Produktion als auch Konsum, entscheidend beeinflussender Faktor muss indessen bei dieser Darstellung der Nachfrageentwicklung ausgeklammert werden, weil irgendwelche Voraussagen über die künftige Preisentwicklung wegen der mannigfachen möglichen Verhaltensweisen seitens der Produzenten, Konsumenten und der Regierung nicht angestellt werden können. Daher soll das Aufzeigen der Entwicklungstendenzen auf der Grundlage konstanter Realpreise erfolgen.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden dann allerdings keine genauen Quantitäten wiedergeben können, sondern - wie dies im allgemeinen in der ersten Phase derartiger Untersuchungen zu sein pflegt - die Entwicklung aufzeigen, die unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums und des verfügbaren Pro-Kopf- Einkommens möglich wäre, wenn die Preisrelationen über den ganzen zu betrachtenden Zeitraum diejenigen blieben, welche während der Basisperiode bestanden haben. Untersuchungen über die Zuwachsrates der Bevölkerung und über die Entwicklung des Einkommens sollen dann die Grundlagen für die Voraus-schätzung des Bedarfs an Agrargütern um 1970/75 in den Vereinigten Staaten bilden.

a) Bevölkerungsentwicklung

Die Vereinigten Staaten haben heute eine Bevölkerungswachstumsrate erreicht, die sich von der Zuwachsrate um die Jahrhundertwende nur wenig unterscheidet. Betrug diese in der letzten Dekade des 19. Jahrhunderts jährlich rd. 2,1 %, so wuchs die Bevölkerung von 1950 bis 1960 um 1,8 % pro Jahr, gegenüber den jährlichen Zuwachsraten der 40-er Jahre in Höhe von 1,4 % und der 30-er Jahre von 0,7 %¹⁾.

Im Jahre 1900 lebten in den USA etwas weniger als 76 Mill. Menschen, 1940 war diese Bevölkerung auf nahezu 132 Millionen angewachsen und bis 1950 auf über 151 Millionen. Für die Zeit bis 1975 hält die President's Materials Policy Commission bei weitgehender Berücksichtigung aller Unwägbarkeiten in der Bevölkerungsentwicklung ein Bevölkerungswachstum auf 193 Millionen für wahrscheinlich²⁾.

Als Grundlage der Überlegungen über den zukünftigen Nahrungsmittelverbrauch wird jedoch nicht die Gesamtzahl der Personen, sondern die Zahl der unabhängigen Haushalte gewählt, weil anzunehmen ist, dass letztere wahrscheinlich einen grösseren Einfluss haben wird. Der Kommission zufolge wird die Zahl der Haushalte bis 1975 um 19,4 Mill. auf insgesamt 62,4 Millionen ansteigen. Ein Vergleich dieser Schätzwerte mit dem Ergebnis der Volkszählung von 1960 bestätigt die geschätzte Steigerungsrate von 23 - 25 % in der ersten Dekade der 25-jährigen Periode³⁾.

1) "USA - Population in 2050 one Billion?" in: Population Bulletin - Population Reference Bureau, Inc., Vol. XVI, Aug. 1960, Nr. 5, S. 89

2) Paley - Report - op.cit. Vol. II, S. 111 ff;

3) "1960 - Census of Population" - Advance Report by USDA - General Population Characteristic, March 2, 1961, S. 5
In dem vorgenannten Zählergebnis wurde die unterschiedliche Definition des "Haushalts"-Begriffes zwischen dem Census 1950 und 1960 berücksichtigt.

b) Realeinkommen

Seit 1946 ist das reale Verbrauchereinkommen je Person um rd. 21 % auf \$ 1783 - bewertet in Dollar von 1954 - im Jahre 1961 gestiegen ¹⁾. Mit der Fortdauer dieser Expansion wird in Wirtschaftskreisen der USA gerechnet und für 1975 eine weitere 35 %-ige Einkommenssteigerung vorausgesetzt, so dass das verfügbare Einkommen auf durchschnittlich \$ 2400 je Person angewachsen sein wird ²⁾.

Im Hinblick auf die Einkommensentwicklung der letzten Jahre waren die Konsumentenausgaben für Nahrungsmittel von \$ 319 im Durchschnitt der Jahre 1947 - 1949 auf \$ 394 im Jahr 1960 gestiegen. Dieser Ausgabenbetrag stellte jedoch nur 20 % des verfügbaren Einkommens je Kopf dar verglichen mit 26 % für 1947 - 1949 ³⁾. Die Nahrungsmittelausgaben blieben also im Ausmass des Einkommenszuwachses je Person zurück, obgleich die Konsumenten intensiver höherwertige Nahrungsmittel bevorzugen.

Die Erklärung für diesen Sachverhalt ist in der niedrigen Einkommenselastizität der mengenmässigen Nachfrage für Agrarprodukte innerhalb der Vereinigten Staaten zu suchen. Überall dort, wo wirtschaftliches Wachstum und zunehmendes Sozialprodukt sich von der primitiven Wirtschaftsstufe abzuheben beginnen, ist ein volumenmässiges Ansteigen des Pro-Kopf-Verbrauchs zu beobachten. Ein hoher Stand wirtschaftlicher Entwicklung hingegen - wie er sich in den USA repräsentiert - veranlasst die Konsumenten, bei der Auswahl der Lebensmittel sich mehr von der Qualität

1) Cavin, J.P.: "The Agricultural Outlook for 1962"
USDA, S. 3

2) Paley - Report. Vol. V., S. 63

3) "Food Costs" - USDA - Marketing Service, Washington 1961,
Miscellaneous Paper Nr. 856, S. 14

als vom Volumen und Kaloriengehalt des Produkts leiten zu lassen. Die Gesamtausgaben für Ernährungsgüter sind also hier weitgehend unelastisch.

Die Einkommenselastizität der mengenmässigen Nachfrage wird für die Vereinigten Staaten mit - 0,4 bis 0,2 für den Durchschnitt aller Agrarprodukte beziffert ¹⁾. Von Heady wird ein weiteres Absinken dieser Koeffizienten bei dem gegenwärtigen hohen Verbrauchsstand in dem Masse erwartet, wie das verfügbare Pro-Kopf - Einkommen steigen wird ²⁾.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen kommt der Zuwachsrates der Bevölkerung die grösste Bedeutung für die künftige Entwicklung der Nahrungsmittelnachfrage zu, obgleich das Einkommensniveau für Ausgaben des höherwertigen Nahrungsmittelkonsums weiterhin von grosser Bedeutung sein wird. So erklärt sich auch der gegenüber 1947 - 49 angestiegene Fleischverzehr im Durchschnitt der Jahre 1958 - 60 um rd. 24 % auf 157 pounds (= 71 kg) pro Kopf der Bevölkerung ³⁾.

Den grössten Anteil an dieser Zuwachsrates hatten Rindfleisch und Geflügelfleisch. Der Geflügelfleischverzehr allein stieg um nahezu 60 % pro Kopf auf 35 pounds (= 15,9 kg) im 2-Jahresdurchschnitt 1958 - 60.

-
- 1) Vgl. Wilcox, W.W.: "The Farm Policy - Dilemma" in JFE 1958, S. 563, Shepherd, G.: "Agricultural Price and Income Policy", Ames, Iowa 1952, S.15, Halcrow, H.G.: "Agricultural Policy of the United States, New York, 1963, S. 71;
 - 2) Heady, Earl, O.: "Adjusting Production to a Growing Economy, in: JFE 1955, S. 1063;
 - 3) Diese und die folgenden Angaben stützen sich auf: "US-Report to FAO" - Under Article XI of the FAO Constitution 1958 - 60; US-Department of Agriculture-Foreign Agricultural Service - October 1961, Washington, S. 1

Eine Änderung in den Verzehrsgewohnheiten scheint sich beim Eier- und Trinkmilch - Konsum abzuzeichnen. Während der Eier- Verbrauch pro Person im Jahr 1960 um 10 % niedriger war gegenüber 1947 - 49, fiel der Pro-Kopf-Verbrauch für Milch unter 12 % der Vergleichsjahre ¹⁾. Eine Verbrauchsabnahme wird ebenfalls bei Butter und Speck beobachtet.

Diese Erscheinung muss sicherlich im Zusammenhang mit der Beschäftigten - Struktur gesehen werden, wonach über 1/4 des amerikanischen Arbeitskräftepotentials von Hausfrauen gestellt wird, welche einer Beschäftigung ausserhalb des Haushalts nachgehen ²⁾. Die eigene Zubereitung der Mahlzeiten wird von diesen Hausfrauen weitgehend durch Einkauf ess- bereiter oder kochfertiger Nahrungsmittel ersetzt.

Im Vergleich zum Rind- und Geflügelfleisch dürfte damit ein Mehrverbrauch bei Eiern, Milch, Butter und Speck vornehmlich über die Zuwachsrate der Bevölkerung zu erreichen sein.

c) Verbrauchserwartungen

Auf der Grundlage einer rückblickenden Untersuchung der letzten Jahrzehnte über die wichtigsten Bestimmungsfaktoren der Nachfrageentwicklung sollen nunmehr einige heute erkennbare Tendenzen der Produktion und der Nachfrage in die Zukunft projiziert werden, um zu erkennen, in welchem Verhältnis Produktion und Konsum im Verlauf der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre sich entwickeln werden.

Aufbauend auf Index- Werten des Nahrungsmittelverbrauchs des Bureau of Agricultural Economics of the Department of Agriculture für die Zeit 1929 - 1950 und der Beobachtung, dass jede 1 % - ige Steigerung des verfügbaren Einkommens in jüngster Vergangenheit eine Konsumsteigerung von 0,2 %

1) "US- Report to FAO " op.cit.S. 14

2) "US- Report to FAO " op.cit.S. 1

an Nahrungsmitteln erbracht hat, wird unter der Annahme, daß das verfügbare Einkommen je Person bis 1975 um 35 % steigen wird, ein Mehrverbrauch an Nahrungsmitteln pro Kopf von 7 % erwartet.¹⁾ Berücksichtigt man die Schätzwerte anderer Agrarwirtschaftler über die Zuwachsrate der Nachfrage in einer Variationsbreite von 3 - 15 % im gleichen Zeitraum, dann erscheint ein Wert von 7 % weder als eine zu pessimistische noch zu optimistische Annahme, sondern als die durchaus wahrscheinliche Zuwachsrate für die Zeit bis 1975 genannt werden zu können.

Addiert man zu der erwähnten Zuwachsrate des Nahrungsmittelverbrauchs in Höhe von 7 % je Kopf noch den Mehrverbrauch durch den Bevölkerungszuwachs, der nach Meinung der Verfasser des Paley-Report mit rd. 23 % für den Zeitraum 1950 - 1975 beziffert wird,²⁾ dann ergibt sich eine rd. 30 %-ige Gesamtkonsumsteigerung an Nahrungsmitteln. Dabei wird unterstellt, daß durch den Bevölkerungszuwachs sich die Einkommenselastizität der Nachfrage nicht ändern wird.

Schwer zu beantworten ist die Frage, ob diese Gesamtnachfrage nach Agrarprodukten auf der Basis des Binnenmarktes durch den Außenhandel entscheidend angehoben wird. Ein leichter Rückgang der gegenwärtigen Agrarexporte wird für den Fall der Durchsetzung handels erleichternder Massnahmen im Welthandel von den Verfassern des Paley-Reports für möglich gehalten, während bei der Bedarfsdeckung aus der Einfuhr eine Steigerung von 10 % bis 1975 angenommen

1) Paley-Report, Vol.V, S. 63; und "Economic Growth in the United States - Its Past and Future" - A Statement on National Policy by the Research and Policy Committee of the Committee for Economic Development, New York, February 1958, S. 43

2) Paley-Report, Vol.V, S. 64

wird.¹⁾ Die Zuwachsrate der Agrareinfuhr wird dabei weniger auf eine künftige Bedarfsücke zurückgeführt werden können, als vielmehr auf die vergangenen Erfahrungen, daß mit steigendem Einkommen die Verbraucher einen reichhaltigeren Konsumplan aufstellen, in den auch Nahrungsmittel ausländischer Herkunft aufgenommen werden.

In kumulierter Rechnung ergibt sich dann unter Berücksichtigung der Nachfrage nach ausländischen Agrarprodukten ein Anstieg der gesamten mengenmäßigen Nachfrage nach Nahrungsmitteln von rd. 40 % für die Zeit bis 1975.²⁾

Demgegenüber wird das mögliche Wachstum des Angebots an Agrarprodukten insgesamt zwischen 40 - 50 % in der amerikanischen Literatur geschätzt.³⁾ Selbst wenn die von einigen Ökonomen als zu pessimistisch angesehene Zuwachsrate der President's Materials Policy Commission von 40 % zugrunde gelegt wird, kann die Produktionssteigerung der US- Landwirtschaft mit dem künftigen Verbrauch Schritt halten.⁴⁾

Diese Angaben beziehen sich auf den Durchschnitt der gesamten Agrarproduktion. Bei einzelnen Produkten ergeben sich erhebliche Abweichungen von diesem Durchschnitt.

1) Paley-Report V., S. 64

2) Paley-Report, Vol. V., S. 63 f.; Koffsky, H.: The long-term Price Outlook and its Impact on American Agriculture; in: Journal of Farm Economic, 1954, S. 790 ff;

Heady, Earl, O.: "Adjustments in Production to a Growing Economy", in: JFE 1955, S. 1060 ff.

3) Report of: "The Secretary of Agriculture", USDA 1958, S. 56;

Heady, Earl, O. "Adjustments" bp.cit. S. 1063

Den Verfassern des Paley-Reports erscheint eine Agrarproduktionssteigerung um 40 % bis 1975 für ausreichend; eine Produktionssteigerung um 75 % halten sie aber auch für möglich, jedoch nicht für sinnvoll, weil diese Zuwachsraten nicht für verzehrbar angesehen werden.

4) Ein Differenzbetrag der lauf. Produktion über den lauf. Konsum in Höhe von 5 % erzeugt bereits "lästige" Überschüsse-vgl. Clawson, K.: "Agricultural Adjustment Reconsidered Changes Needs in The Next 25 Years" JFE 1958, S. 271

So wird bei Weizen eine Nachfragesteigerung von lediglich 23 % erwartet, gegenüber einer Produktionssteigerung von 50 % auf der Basis 1948 - 50. Ähnliche Ungleichgewichtslagen werden für Mais (40 : 100), Kartoffeln (10 : 75) Baumwolle (17 : 75) erwartet.

Diese in einer Modellrechnung des Paley-Reports genannten Schätzungswerte sollen für eine Landwirtschaft gelten, die

- a) mit den jüngsten Forschungsergebnissen der Agrarwissenschaft vom Stand 1950 arbeitet, die
- b) mit gleich großer Intensität bei allen rd. 5 Mill. (= 1950) Farmern sofort angewendet und
- c) bis 1957 betrieben wird.

Die Beurteilung der Produktionsaussichten ist sicherlich dann nicht zu optimistisch, wenn der im Verlauf eines 25-jährigen in die Zukunft weisenden Zeitraums entwickelte technische Fortschritt in die Projektion mit einbezogen werden könnte, selbst wenn ein wirklichkeitsnaher "time - lag" bei der allgemeinen Anwendung der Forschungsergebnisse unterstellt wird.

Die potentielle Produktionskraft der amerikanischen Landwirtschaft wird von Heady dahingehend charakterisiert, daß selbst dann, wenn das in den letzten 5 Jahrzehnten eingetretene Bevölkerungswachstum sich in naher Zukunft fortsetzen sollte, die Farmer den gegenwärtigen Pro-Kopf-Verbrauch durch hinreichende Steigerung der Einsatzmengen für eine US-Bevölkerung von 300 Mill. erstellen können.¹⁾ Hier wird die große Elastizität der Landwirtschaft nach der Angebotsseite hin deutlich, wenn einige Jahre als Anlaufzeit berücksichtigt werden.

Hiermit wird ein weiteres Beispiel gegeben für die ihrem Sinne nach in ihr Gegenteil verkehrte Malthus - Doktrin.

1) Heady, Earl, O.: "Adjustments in Production to a Growing Economy" JFE 1955, S. 1060 ff.
Jesness, O.: "Agricultural Adjustment in the past 25 Years", JFE 1958, S. 258 ff.

Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten hat sich seit Beginn des 19. Jahrhunderts im Abstand von je 30 Jahren verdoppelt, also um die von Malthus angegebene Rate, hingegen ist die Nahrungsmittel-Verknappung nicht eingetreten. Im Gegenteil! Das aktuelle Agrarproblem der USA ist der Überfluß an Nahrungsmitteln, der bei Brotgetreide bereits einen 2-jährigen Inlandsbedarf deckt (vgl. Tabelle 26b). Im Hinblick auf die einsetzende technische Dynamik in der Landwirtschaft und eine Änderung der Verzehrsgewohnheiten unter der Voraussetzung steigenden Realeinkommens gewinnt die Bildung von Überschüssen in Form eines Angebotsdruckes immer mehr an Bedeutung.

B. Die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Betriebe

Die Untersuchung über Produktion und Konsum leitet über in die Diskussion über den Einkommensstand in der Landwirtschaft der Vereinigten Staaten. Dabei sollen die Preise in ihrem Verlauf beobachtet werden, weil deren Fluktuationen das Farmereinkommen berühren. Das erlaubt ein Eingehen auf das allgemeine Einkommensniveau in der Landwirtschaft ebenso wie auf die Gründe des Nachhinkens der Landwirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftszweigen. Eine Untersuchung des Einkommens ist andererseits mit einer Analyse des Produktionsmittelaufwandes verknüpft. Damit wird ein Beziehungsverhältnis zwischen Einkommen und Produktionsmittelaufwand in der Landwirtschaft erstellt.

1. Grunddaten

a) Betriebsgrößen und ihre Verteilung

Nach dem Census of Agriculture von 1954 wurden 4,8 Mill. Farmen in den Vereinigten Staaten gezählt.¹⁾

1) vgl.: a) OEEC: Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft-
4. Bericht des Ministerausschusses für Landwirtschaft
und Ernährung des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC),
Band 1, Deutsche Übersetzung, 1961, S. 367 f;
b) Benson, E.T.: "A Statement of the Secretary of
Agriculture" in:
Hearings before the Committee on the Agriculture and
Forestry-US-Senate, 2. Session on the Agricultural Situation
and the President's Farm Message, January 17
and 22 1958, S. 150 f.

Tabelle 3 -Merkmale der landwirtschaftlichen Betriebe in den USA-Stand 1954

Umsatzgrößen- gruppe in \$	Anzahl der Betriebe in 1000	in Prozent der Gesamtzahl	in Prozent der landw.Nutzfläche	in Prozent des Gesamtumsatzes	Klassifizierung *)
25 000 und mehr	134	2.8	22.4	31.3	größere und Gross- betriebe
10 000 - 24 999	449	9.4	20.8	26.3	
5 000 - 9 999	707	14.8	19.0	20.5	
2 500 - 4 999	812	17.0	14.1	12.1	= Mittelbetriebe
250 - 2 499	1226	25.7	12.1	7.1	= Kleingut- und Grenz- betriebe

Nebenerwerbsbe- triebe	575	12.0	4.0	1.4	
Ländliche Heim- stätten	878	18.4	3.6	0.3	
Institutionen und sonstige	3	0.1	3.4	0.3	
Insgesamt	4784	100.0	100.0	100.0	

Quelle: OEEC:Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft-4.Bericht des Ministerrausschusses für Landwirtschaft
und Ernährung des Europäischen Wirtschaftsrates(OEEC)-Band 1, Deutsche Übersetzung-herausg.vom Bundes-
ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für
Wirtschaft-1961 S.367 ff;

*)vgl.Warm-Surpluses-How to end them?in:Business Horizons, Spring 1959, Vol II No.1 ;

27 % dieser Betriebe (1,3 Mill.), die der United States-Census of Agriculture in die "major commercial farm" Gruppe zusammenfasst, bewirtschaften 62 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche und erzielen jährliche Verkaufserlöse von durchschnittlich \$ 5000 und mehr. Auf die Mittelbetriebe ("small commercial farm") entfielen 812 000 Betriebe oder 17 % der Gesamtzahl, die 14 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften und einen durchschnittlichen Verkaufserlös zwischen \$ 2500 bis 5000 pro Jahr erzielen. Die Gruppe der Kleinbetriebe ("marginal farm") stellt mit 25,7 % aller Betriebe nur einen Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche von 12 % . Der durchschnittliche Jahreserlös je Betrieb variiert zwischen \$ 250-2499 . In der Census - Wirtschaftsklasse IV sind Betriebe ("parttime - farming") mit Verkaufserlösen von weniger als \$ 250 zusammengefasst. Diese Nebenerwerbsbetriebe stellen 30 % aller landwirtschaftlichen Betriebe, bewirtschaften jedoch nur 11 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche und erzielen lediglich 2 % des gesamten Verkaufserlöses der Landwirtschaft pro Jahr (vgl. Tabelle 3).

Indessen hat seit dem Census-1954 die Zahl der niedrigen landwirtschaftlichen Einkommensbezieher weiterhin abgenommen. Auf der Grundlage des für den Census-1959 neu formulierten Farm - Begriffes wird für 1961 die Gesamtzahl der Betriebe mit 3,7 Mill. angegeben; das sind 1,1 Mill. Betriebe weniger als bei der vorhergehenden Zählung 1954 ¹⁾.

1) Nach der neuen Definition werden Betriebe von weniger als 4 ha nur dann als Farm gezählt, wenn deren Verkaufserlöse 250 Dollar und mehr betragen. Betriebe von mehr als 4 ha nur dann als Farm angesehen, wenn sie 50 Dollar und mehr Verkaufserlöse an Agrarprodukten haben. Vgl. hierzu : "Farming in the US" Agriculture Information Bulletin Nr. 246, USDA, Washington, October 1961, S. 7 ;

Tabelle 4

Agrarproduktion in den USA (1910-1959)

Warengruppe	1910-1919	1920-29	1930-39	1940-1949	1950-59 ^{*)}	1958	1959 ^{*)}
	Mill. to ^{**)}						
Ackerfrüchte (14 Hauptnahrungs- und Futterfrüchte)	-	150	136	180	208	253	250
tierische Vered- lungsprodukte (Rot- fleisch und Geflügel)	-	-	9.3	12.6	14.9	15.9	16.7
1947-1949=100							
Index der Gesamt- produktion	64	70	73	95	112	125	125
Ackerfrüchte insgesamt	73	78	76	95	106	118	118
tierische Ver- edlungsprodukte insgesamt	64	72	78	100	118	125	128

*) vorläufig

**) short-ton=907,2 kg

Quelle: "Economic Report of the President" January 1960, Washington, S. 101

Demgegenüber sind in der Umsatzgrößen-Gruppe "\$ 10 000 und mehr" weitere 217 000 Betriebe aufgerückt. Diese nunmehr 800 000 Betriebe umfassende Größenklasse ist es, die nach vorläufiger Schätzung des US- Department of Commerce 2/3 der gesamten Agrarproduktion erstellen ¹⁾.

b) Höhe der Erträge ²⁾

Wie Tabelle 4 ausweist, waren die Steigerungsraten der Agrarproduktion im Zehnjahresdurchschnitt von 1910 bis zum 2. Weltkrieg gering gegenüber den Ertragssteigerungen der folgenden rd. zwei Dekaden (1940 - 1959). Eindrucksvolle Ertragssteigerungen traten sowohl 1958 als auch 1959 auf, die bei der Getreideproduktion 250 Mill. to überschritten. Im Vergleich zum Zeitraum 1930 - 1939 war damit die Produktion um 80 % gestiegen. Die Fleischproduktion stieg seit 1930 um 80 % auf über 16 Mill. to.

Umgerechnet auf den Pro- Kopf- der Bevölkerung betrug die Erzeugung bei Brotgetreide durchschnittlich 1053 kg und bei Fleisch 84 kg gegenüber einer Pro-Kopf-Produktion von 283 kg bei Getreide und 36 kg bei Fleisch in 19 europäischen Ländern(ausgenommen UDSSR).

c) Produktivitätssteigerung

Die Zuwachsraten der Erträge in der amerikanischen Landwirtschaft werden auf eine ausserordentliche Produktionssteigerung je Arbeitskraft und je Flächeneinheit zurückgeführt (vgl. Tabelle 5). Bereits 1958 betrug die Arbeitsproduktivität das 3-fache des Zehnjahresdurchschnitts 1930 - 1939. Im Verlauf des letzten Jahrzehnts stieg die

-
- 1) "Agricultural Income and Production" in: "Survey of current Business", US-Department of Commerce - Office of Business Economic, Oktober 1961, S. 8;
 - 2) Die folgenden Ausführungen stützen sich auf den "Economics Report of the President" housmittes to the Congress, January 20, 1960, Washington 1960, S. 27 - 38

Tabelle 5 Produktivitäts-Indices der US-Landwirtschaft (1910-1958)

Leistung	1910-1919	1920-29	1930-39	1940-1949	1950-58	1958
	1947-49=100					
Je Arbeitskraft=						
stunde:						
Agrarproduktion	46	51	57	85	143	188
insgesamt						
tierische Vered=	72	75	74	92	126	144
lungsproduktion						
Getreide	46	50	55	85	146	203
Je Acre:						
Getreide insgesamt	80	80	77	96	106	126
Mais	72	74	65	93	116	143
Weizen	84	83	79	101	116	162
Baumwolle	64	57	68	93	123	163

Quelle: "Economic Report of the President" January 1960, Washington, S. 102

Produktivität sogar jährlich um 8 %. Die Produktivität je Arbeitskraft hat in der Getreideerzeugung ein stärkeres Steigerungsmass als in der tierischen Veredlungsproduktion, seitdem die Mechanisierung und intensivere Handelsdüngergaben verbreiterten Eingang gefunden haben.

Von 1946 - 48 bis 1956 - 58 erhöhte sich die Getreideproduktion je Flächeneinheit um 15 % ¹⁾. Diese überall festzustellende Produktionssteigerung ist im Hinblick auf die Weiträumigkeit der Vereinigten Staaten mit ihren verschiedenen klimatischen, bodenspezifischen Bereichen und ihrer agrarischen Bevölkerungsdichte, die schliesslich in ihrer Gesamtheit zu unterschiedlich optimaler Kombination der Produktionsfaktoren führen, höchst bedeutsam ²⁾.

Die Flächenerträge bei Weizen, Mais, Baumwolle sind gegenüber dem Vorkriegsstand um das Doppelte gestiegen (vgl. Tabelle 5). Das gleiche gilt von dem Produktivitätszuwachs der tierischen Veredlungsproduktion, insbesondere seit 1940. Insgesamt muss die Leistungssteigerung als das Ergebnis einer besseren Faktorkombination gewertet werden verbunden mit der Anwendung jüngster Forschungsergebnisse aus allen Gebieten der Agrarwissenschaft.

c) Qualitative und quantitative Veränderungen in der Faktorkombination

Die rapiden Produktionssteigerungen in den 20 - er Jahren wurden vornehmlich durch die Bebauung bisher ungenutzter Flächen in den semi - ariden Zonen erbracht ³⁾. Doch schon

1) "Economic Report of the President", op.cit..., S. 103

2) vgl.: Andreae, B.: "Produktivitätszonen im Agrarraum von Nordamerika", in: Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung, 1958, S. 75-80

3) vgl. hierzu: "Basic Rural Trends", in: Guide to Agriculture, USA-Agriculture Information Bulletin Nr. 30, USDA, September 1955, S. 73;

Schaubild 1

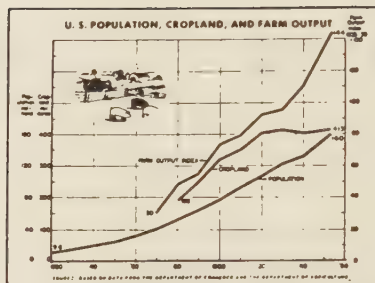
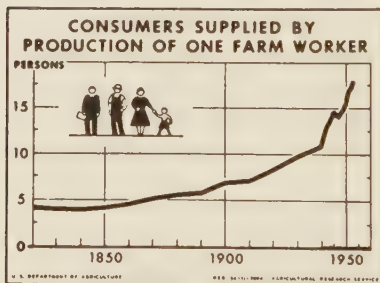


Schaubild 2



Quelle:USDA:"Guide to Agriculture U S A"Agriculture Information Bulletin No. 30 ,Washington 1955,S.73

Tabelle 6

Indices der landwirtschaftlichen Produktionsmittel
(1910-1958)

Gegenstand	1910-1919	1920-29	1930-39	1940-1949	1950-58	1958
	1947-49=100					
Betriebsmittelleinsatz						
total	88	94	92	100	102	101
landw.Nutzfläche	95	96	94	97	105	105
Maschinen und Geräte	35	47	50	87	133	137
landw.Arbeitskräfte	140	139	129	113	79	66
Düngemittel	22	29	31	77	147	166
Futtermittel und zuge=						
kauftes Saatgut	23	37	38	38	119	141
Herkunft der Betriebs=						
mittel:						
nicht-landw.Ursprungs	58	70	70	103	112	117
betriebs eig.Betriebsm.	134	133	126	108	90	82
Arbeitskraft	148	149	139	115	79	64
Kapital	96	90	91	88	120	128

Quelle: "Economic Report of the President" January 1960, S. 104

bald wurde infolge eintretender Dürrejahre das Inkultur-
nehmen trockener Weidegebiete als Fehldisposition erkannt
und nunmehr von biologischer Warte aus streng zwischen
pflügbaren und nicht-pflügbaren Nutzfläche unterschieden.
Seit jener Zeit blieb die landwirtschaftliche Nutzfläche
verhältnismässig konstant, während die Bevölkerung sich
fortgesetzt vermehrte; auf den Kopf der Bevölkerung
umgerechnet nahm der Nahrungsspielraum um ein Drittel ab.
Dennoch konnte die Bevölkerung besser ernährt und geklei-
det werden und dies trotz abnehmender Zahl der landwirt-
schaftlichen Erwerbstätigen, wie die Schaubilder 1 + 2
illustrieren.

Im Vergleich zum Zehnjahresdurchschnitt 1930-39 nahm
der Einsatz landwirtschaftlicher Arbeitskräfte bis zum
Jahre 1958 um knapp die Hälfte ab, während in der gleichen
Zeit der Einsatz arbeitssparender Maschinen und Geräte
um das Zweifache erhöht wurde (vgl. Tabelle 6)¹⁾. Als
zweiter für die Produktionssteigerung bedeutsamer Faktor
muss die zunehmende Verwendung von Handelsdünger angesehen
werden. 1958 überstieg dieser Verbrauch den des Vorkriegs-
jahrzehnts um das Fünffache. Nach Angaben des CENSUS OF
AGRICULTURE- 1954 betrugen die verabreichten Stickstoff-
Düngegaben im Jahre 1954 bei Mais, Hafer und Gerste das
Dreifache von 1947.

Als weitere ertragssteigernde Faktoren sind die künst-
liche Beregnung, die pflanzlichen und tierischen Schädlings-
bekämpfungsmittel und die zunehmende Verwendung von
Handelsfuttermitteln zu nennen.

Einblick in das veränderte Kombinationsverhältnis
gewährt die Aufgliederung der Produktionsfaktoren nach
ihrer Herkunft, wie sie in Tabelle 6 herausgestellt worden
ist. Danach war der Anteil der in der Agrarproduktion
eingesetzten gewerblichen Produktionsmittel 1958 um 2/3

1) "Economic Report of the President" op.cit..., S. 104 ;

grösser gegenüber dem Zehnjahresdurchschnitt 1930 - 39, während der Anteil landwirtschaftlicher Produktionsmittel am gesamten Mitteleinsatz um 1/3 zurückging. Gleichzeitig weist der hohe Anteil gewerblicher Betriebsmittel an der Produktionsherstellung auf die zunehmende Kommerzialisierung der amerikanischen Landwirtschaft hin.

Einblick in die verstärkte Anwendung des technischen Fortschritts gibt die Umstellung von tierischer auf Motorzugkraft in der amerikanischen Landwirtschaft. Während 1933 noch 59 Mill. Acres Futterfläche für die 17 Millionen zählenden Pferde und Maultiere benötigt wurden, waren 1956 lediglich 9 Millionen Acres für die vorhandenen 3,1 Millionen Zugtiere erforderlich ¹⁾. Gleichzeitig nahm die Zahl der Traktoren von 1,1 Mill. = 1930 auf 4,8 Mill. = 1959 zu. Im gleichen Jahr besaßen 72 % aller Betriebe einen Traktor, indessen 35 % sogar 3 Traktoren für ihre Feldarbeiten einsetzen konnten. Das bewertete Maschinenkapital einschliesslich Motorfahrzeuge wurde 1959 mit \$ 18,4 Mrd. beziffert im Vergleich zu \$ 3,1 Mrd. 1940 ²⁾.

Der Grundzug der sich hier abzeichnenden Entwicklung in der Aufwandsstruktur ist unverkennbar: Das Streben nach Erhöhung der Arbeitsproduktivität im Zuge steigender Einkommensansprüche zwingt zum verstärkten Kapitaleinsatz und dessen rationeller Nutzung. Diese wiederum führt zu einem grösseren Produktionsvolumen, weil nur dadurch eine optimale Ausnutzung des grösseren Maschinenparks, d.h. geringere Aggregatkosten je Ausbringungseinheit erreicht werden können.

1) Heady, Earl, O.: "Extent and Conditions of Agricultural Mechanization in the United States", in: Mechanization in Agriculture by J.L. Meij, Amsterdam 1960, S. 63;

2) "Economic Reports of the President", op.cit..., S. 106;

2) Die Einkommenslage der US-Landwirtschaft

a) Preisentwicklung

Die vorangegangene Darstellung wirft die Frage auf, ob und wie weit dem amerikanischen Farmer die steigende Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft Nutzen stiftet. Denn dem vielfach zu vernehmenden Argument, daß der Einsatz arbeitssparender und ertragssteigernder Produktionsmittel dem Farmer auch ein verbessertes Netto-Einkommen einbringen müßte, scheint die Preis- und Einkommensentwicklung der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten zu widersprechen.

Allgemein kann zur Preisentwicklung bei Agrarprodukten in den letzten Jahren gesagt werden: Soweit das Marktangebot die Nachfrage nicht wesentlich überstieg, erzielten die Farmer höhere Preise als in Zeiten größeren Angebots. 1958 waren die Erzeugerpreise durchschnittlich 6 % höher als 1957.¹⁾ Auf dieses verhältnismaßig gute Preisniveau reagierten die Farmer mit einer Produktionsausweitung bei Getreide und Schweinen mit der Folge, daß die Preise 1959 durchschnittlich 4 % unter dem Niveau des Jahres 1958 lagen.

Im Jahre 1960 bewegten sich die Preise auf ungefähr dem Niveau des Jahres 1959.

Diese Preiserholung war insbesondere auf relativ hohe Preise bei Schweinen, Eiern und Molkereiprodukten zurückzuführen. 1958 - 60 bewegten sich die Preise für Agrarprodukte zwischen 88 bis 93 % über dem Durchschnitt der Jahre 1947 - 49.

Gegenüber den Erzeugerpreisen zeigen die Preise für landwirtschaftliche Produktionsmittel seit Beendigung des

1) Diese und die folgenden Angaben stützen sich auf: "Farm Prices and Costs", in: US-Report to FAO - under Article XI of the FAO Constitution 1958 - 60, op. cit ... S. 15 f.

2. Weltkrieges einen stetigen Aufwärtstrend, dessen Niveau 1958 - 60 das von 1947 - 49 um 20 % überstieg.

Die größten Zuwachsraten wurden bei Hypotheken und der landwirtschaftlichen Grundsteuer je Acre festgestellt. Preise für Produktionsmittel zogen um mehr als 11 % an, während die Preise für die Lebenshaltung der landwirtschaftlichen Bevölkerung sogar um durchschnittlich 18 % anstiegen.¹⁾ Als Ausdruck dieser steigenden Kosten belief sich der Paritätsindex auf 82 im Durchschnitt der Jahre 1958 - 60 gegenüber 108 in den Jahren 1947 - 49.²⁾

b) Einkommensentwicklung

Die Preis-Kosten-Schere hat sich in der Zeit 1958 - 60 zu Ungunsten der US-Landwirtschaft geöffnet. Während die Betriebsausgaben einschließlich Steuern und Zinsen um 2 % zunahmen, fielen die Erzeugerpreise für das gesamte Agrarangebot um 5 % innerhalb des gleichen Zeitraums. Obwohl die Erweiterung des Absatzmarktes das Brutto-Einkommen zu einem neuen Rekord in der Zeit 1958 - 60 führte, blieb doch das Netto-Einkommen infolge der aufgezeigten Kostensteigerung unter dem Niveau des vorangegangenen Jahrzehnts. Das reale Netto-Einkommen bewegte sich zwischen \$ 11 und 12 Mrd. in der Zeit 1955 - 1960 mit Ausnahme des Jahres 1958, in dem steigende Produktion und höhere Preise das Netto-Einkommen auf \$ 13,1 Mrd. verbesserten.

Vergleicht man die enormen Produktionssteigerungen der Landwirtschaft mit denen der Industrie innerhalb der letzten 10 Jahre, dann beobachtet man, daß trotz der weit günstigeren Wachstumsrate (5 : 2) der Landwirtschaft das durch-

1) "US-Report to FAO", op. cit..., S. 16

2) Anmerkung: Der Paritätsindex als Verhältniszahl misst das Ausmaß, um wieviel die Erzeugerpreise durchschnittlich über oder unter den Preisen landwirtschaftlicher Betriebsmittel - einschließlich Löhnen - liegen;
vgl. hierzu: OEEC "Agricultural Policies in Europe and North America - Price and Income Policies"
Paris, Juli 1957, S. 555 ff;

Tabelle 2:

Finanzielle Stellung der US-Farmer in ausgewählten Jahren

	1935-39	1947-49	1953	1956	1958	1959 *)
	M.-d. Dollar					
Netto-Einkommen: **)						
Betriebsleiter-Einkommen aus Landwirtschaft	4.7	15.7	13.9	12.0	13.1	11.0
der landw. Bevölkerung aus allen Einkunftsquellen	7.7	22.7	21.7	20.5	21.2	19.6
Betriebsvermögen:						
lebd. u. totes Inventar	-	124.0	163.0	168.0	186.0	203.0
Maschinenkapital	-	7.2	15.6	16.7	17.4	18.4
Viehbesatz	-	12.3	14.8	10.7	14.1	18.1
Hypothesen und andere Verbindlichkeiten	-	5.1	7.3	9.1	10.3	11.3
	-	4.6	8.8	9.8	9.7	12.0
Eigenkapital ***)	-	114.0	147.0	149.0	166.0	180.0
	Dollar					
Ø Betriebsleiter-Einkommen (Netto)	713	2708	2619	2421	2767	2363
Ø-Einkommen aus allen Einkunftsquellen der landw. Bevölkerung (Pro-Kopf)	251	851	931	897	1043	960

*)=vorläufig; **) = einschl. Zahlungen aus dem öffentl. Haushalt; ***) = proprietors equities;
Quelle: "Economic Report of the President" op.cit. S. 107;

*)=vorläufig; **)=einschl. Zahlungen aus dem öffentl. Haushalt; ***)=proprietors equities;
 Quelle: "Economic Report of the President" op.cit., S. 107;

schnittliche Einkommen des landwirtschaftlichen Betriebsleiters nicht das Steigungsmass erkennen lässt wie dies für die übrige Wirtschaft charakteristisch ist.¹⁾

Bezieht man die nicht-landwirtschaftlichen Einkunftsquellen mit in die Betrachtung der finanziellen Situation der US-Landwirtschaft ein, dann beläuft sich das durchschnittliche gesamte Netto-Einkommen pro-Kopf des in der Landwirtschaft Tätigen für 1959 auf \$ 960 gegenüber \$ 1043 des vorhergehenden Jahres; vgl. Tabelle 7.

Auf der Vermögensseite der US-Landwirtschaft ist seit dem Ende des 2. Weltkrieges ein steigender Zuwachs zu beobachten.

Allein im Jahre 1959 betrug die Zuwachsrate 9 % gegenüber 1958 und lag damit um nahezu 80% über dem Zweijahresdurchschnitt 1947-1949²⁾. Dieses eindrucksvolle Wachstum des Agrarvermögens ist im wesentlichen auf das Ansteigen der Grundstückswerte und auf die umfangreichen Investitionen in Maschinen und Geräten zurückzuführen. Demgegenüber nahmen auch die Schulden zu. Die Hypothekenschulden waren bis zum Ausgang des Jahres 1959 um 7,5% gestiegen gegenüber dem Vorjahr und lagen um das Doppelte über dem Durchschnitt der Jahre 1947-1949.

Mit den vorstehenden Angaben wurde versucht, ein zum Teil auf Schätzungen beruhenden Gesamtüberblick zu geben. Dabei wurden Durchschnittswerte gewählt, um die mittlere Grösse der Tatbestände zu kennzeichnen. Eine derartige mit Durchschnittswerten operierende Untersuchung kann indessen nur einen begrenzten Aussagewert haben. Denn diese Werte verbergen grosse Unterschiede zwischen

1) "Wheat is Crux of Farm-Problem -Government seeking to ease Surplus" in: New York Times v. 15.2.1960, International Edition - printed in Amsterdam;

2) "Economic Report of the President" op. cit., S. 107

den einzelnen Gebieten und zwischen Grösse und Organisationsform der landwirtschaftlichen Betriebe. Dies um so mehr, wenn die unterschiedlichen natürlichen - hierbei insbesondere klimatischen - Anbauverhältnisse in den einzelnen Staaten berücksichtigt werden. Es kann daher nicht verwundern, wenn man von einer Streuungsbreite des Netto- Einkommens einer Farmerfamilie erfährt, die von \$ 800 in West Virginia bis \$ 10 000 pro Farm und Jahr in Arizona reicht ¹⁾.

Zu den Unterschieden in der Leistungsfähigkeit der Betriebe stellte das statistische Amt der USA fest, dass in den Vereinigten Staaten die Leistungsfähigkeit eines Grossbetriebes sowohl in der pflanzlichen als auch in der tierischen Veredlungsproduktion liegt. Der Jahreserlös je Betrieb wurde 1954 in dieser Umsatzgrössengruppe bei

	55 %	der Grossfarmen auf	\$ 5 000 - 9 999
bei 35 %	"	"	\$ 9 999 - 24 999
bei 10 %	"	"	über \$ 25 000

bezieht ²⁾.

Diese Grossfarmer sind die leistungsfähigsten Produzenten der amerikanischen Landwirtschaft. In der Kapitalausstattung ihrer Betriebe stehen sie vergleichbaren industriellen Unternehmen nichts nach. Von dem 1954 durch den

CENSUS OF AGRICULTURE ermittelten Gesamtwert der Agrarerzeugung in Höhe von \$ 24,8 Mrd (= 1954) entfielen \$ 19,5 Mrd., d.h. knapp 80 % auf diese Betriebe ³⁾.

Mit den modernsten Produktionsmitteln ausgestattet - einschliesslich Hybridsaatgut - erzeugten diese Betriebe 1958 den grössten Teil der Rekordernte von 194 Mill. Tonnen Getreide.

-
- 1) Benson, E.T.: "A Report of the Secretary of Agriculture" in: Hearings before the Committee on the Agriculture and Forestry, op. cit., S. 156; vgl. auch: Shepherd, G.S. "Farm Programs for Farm Incomes", in: JFE 1960, S. 639 ff
- 2) vgl. hierzu Tabelle 3 S. 19/20 bez. Definition der Betriebsgrössen;
- 3) "Farm surpluses - how to end them?" op.cit... S. 5

Demgegenüber sind die Unterschiede in der Leistungsfähigkeit der Mittelbetriebe so gross, dass diese nur 12 % der gesamten Marktleistung erbringen. Von den an anderer Stelle bereits genannten 812 000 Betrieben erzielten rd. 50 % (= 398 000) ein Netto- Einkommen aus sämtlichen Einnahmequellen von nicht einmal \$ 2 000 pro Jahr ¹⁾.

Legt man bei allem Vorbehalt zur Frage des angemessenen Familieneinkommens ein Einkommen von mindestens \$ 2 000 pro Jahr als ausreichende Existenzgrundlage einer 4-köpfigen Farmerfamilie zugrunde - in Anlehnung an eine Veröffentlichung der OEEC ²⁾ - dann wird die finanzielle Situation innerhalb dieser Betriebsgrössenklasse offensichtlich.

Die Kleinfarmer stellten 1954 56 % der landwirtschaftlichen Bevölkerung; ihr prozentualer Anteil an der Inlandsproduktion betrug hingegen nur 7,1 %. Sie sind technisch unzulänglich ausgestattet, so dass ihre Erträge nur einen Bruchteil der in den Grossbetrieben üblichen Flächenerträge ausmachen. Annähernd 45 % dieser Betriebe erwirtschaften ein Netto- Einkommen von weniger als \$ 1000 pro Jahr.

Diese Betriebe sind daher seitens der Regierung als Notstandsfarmen gekennzeichnet worden. Obwohl eine Reihe wichtiger Regierungsprogramme in den letzten Jahren zur Verbesserung wirtschaftlicher Bedingungen und des Lebensstandards dieser Farmer erheblich beigetragen hat, bleiben sie dennoch im Vergleich zu der übrigen landwirtschaftlichen Bevölkerung zurück. Dies um so mehr, als steigende Erträge der grösseren und Grossbetriebe auf fast unveränderter landwirtschaftlicher Nutzfläche das entscheidende Merkmal der Agrarwirtschaft in den Vereinigten Staaten sind.

1) "OEEC. Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft"
op.cit..., S.369

2) "OEEC: dito", S. 368

Angesichts der Fülle der vorgetragenen Daten, welche unbedingt voranzustellen waren, um die Problematik des die Produktionsstruktur, das Einkommen und die Handelspolitik beeinflussenden Agrarprogramms der US- Regierung deutlicher in Erscheinung treten zu lassen, können folgende Hauptmerkmale der amerikanischen Landwirtschaft angeführt werden:

- 1.) Die Durchschnittsgrösse der landwirtschaftlichen Betriebe beträgt in den USA rd. 100 ha. Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzfläche liegt zu 85 % bei Betrieben in der Grösse von über 50 ha.
- 2.) Diese Betriebe produzieren vier Fünftel des Gesamtwertes der Agrarproduktion. Durch hohe Kapitalinvestitionen begünstigt befinden sich die landwirtschaftlichen Erträge bei diesen Betrieben immer noch in dynamischer Entwicklung, so dass eine steigende Produktion auf abnehmender landwirtschaftlicher Gesamtfläche das entscheidende Merkmal der amerikanischen Landwirtschaft bleibt.
- 3.) Diese Entwicklung verläuft in einer Zeit, in welcher die Agrarproduktion den laufenden Konsum übersteigt trotz zunehmender staatlicher Verteilungsprogramme und Produktionskontrollen bei den einzelnen Bodenprodukten. Die Einlagerung von Überschüssen, die bei einigen Bodenprodukten bereits den Umfang zweier Jahresernten erreichen, stellt eine Belastung des amerikanischen Staatshaushalts dar.
- 4.) Mit zunehmender Spezialisierung - begleitet von Betriebsvergrösserungen, Investitionen in Maschinen und Gebäuden - geht eine zahlenmässige Abnahme kleinerer Betriebe einher. Sie sind technisch unzulänglich ausgestattet, um die in den Grossbetrieben üblichen Flächenerträge zu erzielen.
- 5.) 56 % aller Betriebe sind "Kleinbetriebe" mit einem Verkaufserlös von weniger als 2500 Dollar. Ihr Beitrag zum Verkaufserlös der Landwirtschaft beläuft sich auf lediglich 9,5 %. Damit stellt sich die Kleinbauernfrage als ein ebenso schweres innerwirtschaftliches und innerpolitisches Problem heraus, wie die fortgesetzte Anhäufung von Lagerbeständen.

Die Lösung dieser Probleme gehört daher auch zu den schwierigsten Aufgaben, vor die die Regierung der Vereinigten Staaten sich seit Jahren gestellt sieht.

Kapitel II Die Agrarpolitik der US- Regierung =====

In den bisherigen Ausführungen zu den Produktions- und Absatzaussichten amerikanischer Agrarprodukte und in der Darstellung zur allgemeinen Lage der US- Landwirtschaft wurde ein ungleiches Wachstum von Angebot und Nachfrage mit dem Übergewicht im Angebot erkennbar. Gleichzeitig wurde die Natur der zugrunde liegenden Kräfte aufgezeigt:

- 1.) langsames Anwachsen der Nachfrage, weil
 - a) die Wachstumsrate der Bevölkerung fällt,
 - b) die Einkommenselastizität für Agrarprodukte der Bevölkerung sehr niedrig ist:
- 2.) das Angebot jedoch stärker wächst als die Nachfrage wegen der intensiven Anwendung landbautechnischen Fortschritts und jüngster Forschungsergebnisse.

Andererseits ist die aufgezeigte Einkommensschichtung und Einkommensstreuung ein Beweis, dass nicht in allen Bereichen der Landwirtschaft die agrarpolitischen Massnahmen die notwendigen Änderungen erbracht haben, um die Farmer am wirtschaftlichen Aufschwung teilnehmen zu lassen.

Teilweise ist dies ein Ergebnis geringer Aufgeschlossenheit und mangelnder technischer Kenntnisse, jedoch wahrscheinlich weitmehr eines unzulänglichen Einkommens, welches die Farmer an überkommenen Praktiken festhalten lässt.

Inwieweit die aufgezeigten Disproportionalitäten indessen ihren Ursprung in der amtlichen Agrarpolitik haben, soll nunmehr in den folgenden Kapiteln untersucht werden. Dabei sollen nach vorangegangener Beschreibung der Programmziele die wirtschaftlichen Auswirkungen und damit die Leistungsfähigkeit dieser Programme sowie deren Entwicklungstendenzen aufgezeigt werden.

A) Ziele der US- Agrarpolitik

Die Regierung der Vereinigten Staaten erliess in der Weltwirtschaftsdepression der 30-er Jahre eine Anzahl von Massnahmen zugunsten der Landwirtschaft (zusammenge-

fasst in Agricultural Marketing Act - 1929 und Agricultural Adjustment Act - 1933), welche den Schutz der Agrarpreise zum Ziele hatten.

Der Konjunkturrückschlag zu Beginn der zwanziger Jahre, die beginnende Normalisierung des Handelsverkehrs unter den einzelnen Ländern verbunden mit dem Nachfragerückgang nach amerikanischen Nahrungsmitteln in der übrigen Welt hatten einen derart starken Angebotsdruck auf die Agrarpreise bewirkt, dass im weiteren Verlauf die Farmer erhebliche Einkommensausfälle hinnehmen mussten. Mit der Agricultural Adjustment Act von 1933 sollte daher die Grundlage für eine Agrarpolitik geschaffen werden, welche sich im Absatz 2 dieses Gesetzes zu folgenden Zielen bekennt: ¹⁾

- 1.) " Es ist ein Ausgleich zwischen Produktion und Verbrauch landwirtschaftlicher Güter herzustellen und zu erhalten wie auch solche Marktbedingungen sind zu schaffen, welche die Kaufkraft landwirtschaftlicher Verkaufserlöse - bezogen auf eine Grundzeit - in einer Höhe stabilisieren, die dem Preisstand der landwirtschaftlichen Betriebsmittel einschliesslich Arbeitslöhnen entspricht. Als Grundzeit wird für alle Agrarprodukte - ausgenommen Tabak - die Vorkriegszeit von 1910 - 1914 zugrunde gelegt.
- 2.) Hierbei soll das Gleichgewicht der Kaufkraft durch schrittweise Beseitigung der gegenwärtigen Abweichungen in dem Grade herbeigeführt werden, der im Hinblick auf die laufende Verbrauchernachfrage auf den heimischen und ausländischen Märkten für angemessen gehalten wird.
- 3.) Es sollen aber auch die Interessen der Verbraucherschaft wahrgenommen werden durch Rückführung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf eine solche Höhe, dass der Anteil der Verbraucherausgaben für landwirtschaftliche Produkte oder daraus hergestellter Lebensmittel, der in die Landwirtschaft zurückfliesst, nicht denjenigen Prozentsatz übersteigt, den der Farmer in der Basiszeit (1910 - 1914) erhielt.

1) "Compilation of Statutes Relating to Soil Conservation, Marketing Quotas and Allotments Soil Bank, Crop Insurance, Sugar Payments and Quotas, Price Support, commodity Credit Corporation and Related statutes"- as of January 1, 1957 - Agricultural Handbook Nr. 113, Commodity Stabilization Service USDA, S. 20

Die Realisierung einer auf Stabilisierung und Wohlstand der Landwirtschaft ausgerichteten US- Agrarpolitik wird ebenfalls in der Agrargesetzgebung der folgenden Jahre deutlich. So besagt die Agricultural Adjustment Act aus dem Jahre 1938, dass es das Ziel des Kongresses sei, den Farmern in ihren Bemühungen, Paritätspreise für ihre Erzeugnisse und ein paritätisches Einkommen zu erzielen, weitmöglichst behilflich zu sein, ferner dafür zu sorgen, dass der Verbraucher mit diesen Erzeugnissen ausreichend und regelmässig zu angemessenen Preisen beliefert wird ¹⁾.

In der Agrargesetzgebung der Nachkriegszeit wurde mit der Errichtung der Warenkreditgesellschaft (CCC) als einer für die gesamten Staaten zuständigen Einrichtung festgelegt, dass es Zweck dieser Stelle sei, das Einkommen und die Preise der Farmer zu stabilisieren und eine ausreichende Versorgung mit Agrarprodukten zu unterstützen sowie deren ordnungsgemässe Verteilung zu erleichtern.

Im Gesetz zur Ernteversicherung kommt ebenfalls das Bemühen um eine Einkommensstützung und Stabilisierung der Landwirtschaft zum Ausdruck, wenn erklärt wird, dass es Zweck dieses Gesetzes sei, das Gemeinwohl des Volkes zu fördern, indem die Stabilität der Agrarpreise durch ein vernünftiges Ernteversicherungswesen verbessert wird ²⁾.

Die Durchsetzung dieser auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Ziele der US- Agrarpolitik soll durch Massnahmen der Preisstützungsprogramme erreicht werden verbunden mit einer Anzahl nationaler Agrarprogramme (Bodenerhaltung = Soil Conservation, Agrarkredite, Ausbildungs- und Beratungsdienst, ländliche Erschliessung etc.). Das alle übrigen Sonderprogramme (Rural Development-Program, Program for the Use and Conservation of Resources, Farm Credit Program, Education and Research) tragende Fundament der US- Agrarpolitik sind jedoch die Preisstützungsprogramme, die allgemein Preis-Programme genannt werden.

1) Compilation....., S. 22 f;

2) Compilation....., Sp.cit., S. 106

Sie erstrecken sich auf alle sog. agrarischen Grundprodukte: Mais, Weizen, Baumwolle, Reis, Tabak und Erdnüsse. Der Anteil dieser Preisstützung an den gesamten landwirtschaftlichen Verkaufserlösen wird für 1956 mit 46 % angegeben ¹⁾. Zur gleichen Zeit soll mit ihrer Hilfe über Anbaukontingentierung und Verkaufskontingentierung ein Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsum bei diesen Agrarprodukten erreicht werden.

B. Methoden der direkten Preis- und Marktbeeinflussung

Die Preisstabilisierung bei den Agrarprodukten mittels der Preisprogramme wird durch verschiedene Massnahmen zu erreichen versucht; wobei jede dieser Massnahmen anders an das Preisproblem herangeht.

Von den zu den Preisprogrammen zählenden Massnahmen, wie Preisstützung, Internationales Weizenabkommen, Programm der "Section 32", nationales Schulspeisungsprogramm, Marktabkommen- und Marktordnungsprogramm und Zuckerprogramm sind das Preisstützungsprogramm und das Programm der Marktordnung die wichtigsten.

1) Preisstützungsprogramm

Bei diesem Programm sind für eine Reihe von Erzeugnissen - vornehmlich Grunderzeugnisse - Mindestpreise festgesetzt ²⁾. Die Stützung wird durch Darlehen, Ankäufe und Abnahmevereinbarung oder durch eine Zusammenfassung all dieser Massnahmen seitens der mit der Durchführung beauftragten Warenkreditgesellschaft (CCC) - als eine Art

1) OEEC: Agrarstruktur, Marktregelung, Preisstützung in Europa u. Nordamerika-Deutsche Übersetzung - 1959 - herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, S. 490; (Bonn)

2) vgl. hierzu: Henderson, H.W.: "Preisprogramme des Amerikanischen Landwirtschaftsministeriums" Schriftenreihe des AID, Heft 74, 1954

Bundesvorratsstelle - erreicht. Die verbreitetste Preisstützungsmethode ist das Preisstützungsdarlehen. Bei diesem sind die Farmer nicht verpflichtet, das aufgenommene Darlehen zur Bevorschussung der Ernte zurückzahlen, selbst wenn der Verkaufspreis der lagerfähigen Waren ¹⁾ zu dem Zeitpunkt, in dem das Darlehen abläuft, unter dem Stützenspreis liegt, stattdessen liefern sie die beliebige Ware an die Warenkreditgesellschaft. Die aufgelaufenen Zinsen zahlt die CCC der geldausleihenden Agentur. Lediglich für den Fall, dass ein Darlehen seitens des Farmers zurückgezahlt wird, d.h., wenn sich ihm eine günstigere Verwertungsmöglichkeit als der Verkauf zum Stützenspreis bietet, werden von ihm Zinsen gefordert.

Eine Preisstützung durch Ankäufe wird dadurch erreicht, dass diese einerseits dem Farmer eine Absatzmöglichkeit für die Ware zum Stützenspreis geben, andererseits ein Abrutschen der Preise der gestützten Waren durch Räumung lästiger Überschüsse vom Markt verhindern. Die Warenkreditgesellschaft führt diese Preisstützungstätigkeit vornehmlich bei solchen Waren durch, bei denen eine Preisstützung über Darlehen oder Abnahmevereinbarung nicht durchführbar ist, wie z.B. Kartoffeln, Molkereiprodukten, Eiern und Wolle.

Bei der Ankauftsvereinbarung handelt es sich um ein Verfahren, durch das dem Farmer der Stützenspreis für sein Produkt am Ende der Verkaufssaison, zugesichert wird. Die Warenkreditgesellschaft verpflichtet sich, die vom Farmer frei gewählte Höchstmenge einschliesslich der von der CCC gesetzten Bedingungen für Gewicht und Qualität zu einem Preis zu kaufen, der dem bekanntgegebenen Marktpreis oder, wenn dem Verkäufer ein Darlehen zur Verfügung steht, der Darlehenshöhe entspricht.

1) Baumwolle, Tabak und Getreide sind lagerfähig und gelten als ausreichende Sicherheit für Preisstützungsdarlehen.

Die Ankaufsvereinbarung als ein Weg der Preisstützung wird vornehmlich von Farmern gewählt, denen eine Einlagerung der Erzeugnisse in zugelassenen Lagerhäusern nicht möglich ist oder welche über keine geeigneten Lagerräume verfügen, um die Qualität der Produkte als Grundlage der Übernahme durch die CCC zu garantieren.

Bei der Festsetzung der Stützungspreise wird der seit Anfang der dreissiger Jahre in der landwirtschaftlichen Preisgesetzgebung verankerte "Paritätspreis" zugrunde gelegt. Als Paritätspreis eines Agrarproduktes wird derjenige Preis bezeichnet, der diesem Produkt die gleiche Kaufkraft für landwirtschaftliche Produktionsmittel gibt, die dieses Produkt zu einer bestimmten (Basis-) Zeit gehabt hat. Dieser Preis stellt in den Vereinigten Staaten einen Durchschnittspreis für die verschiedenen Güteklassen eines Agrarproduktes dar.

Aufgabe dieser Paritätspreise ist es nicht, dem Farmer ein Einkommen vergleichbarer Berufsgruppen zu sichern, obwohl diese Preise, wenn sie auf Parität stehen, die landwirtschaftlichen Einkommen in ein besseres Verhältnis zu den nicht-landwirtschaftlichen Einkommen bringen, als wenn die Agrarpreise unter Parität stehen. Die Paritätspreise werden monatlich für etwa 160 Agrarprodukte von der "Production and Marketing Administration" (PMA) berechnet und veröffentlicht.

Der Rahmen dieser Arbeit würde überschritten, wenn die beziehungsreichen Berechnungsmethoden, welche nach alter und neuer Formel unterschieden werden und vor und nach 1950 durch Gesetz festgelegt worden sind, dargestellt würden. Nur dies sei zur Berechnung von Paritätspreisen erwähnt: sie sollen die Gesamtbeziehungen, welche 1910-1914 zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen und Aufwandspreisen bestanden, aufrechterhalten und gleichzeitig die Auswirkungen von Angleichungen, welche sich allmählich zwischen den Preisen verschiedener Agrarprodukte entwickelt haben, bei den Paritätspreisen einzelner

Produkte ermöglichen ¹⁾.

Die Preisstützungsebenen basieren auf Prozentsätzen des Paritätspreises zu einer bestimmten Zeit. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich der Stützungspreis jedesmal ändert, wenn der Paritätspreis variiert. Das Landwirtschaftsgesetz von 1949 sieht vor, dass "die Preisstützungsebene für jede Ware auf der Grundlage ihres Paritätspreises zu Beginn des Verkaufsjahres oder der Verkaufssaison für alle Waren, welche auf der Grundlage eines Verkaufsjahres oder einer Verkaufssaison abgesetzt werden, am 1. Januar für alle anderen Waren festgesetzt werden sollen" ²⁾. Der Stützungspreis bleibt also während eines bestimmten Verkaufsjahres bzw. Verkaufssaison der gleiche, unabhängig von einem späteren Auf und Ab der monatlichen Paritätspreise.

Die Anhebung des Preisniveaus für Agrarkonsumgüter als eine weitere Aufgabe der Preisstützung, soll nach dem Landwirtschaftsgesetz von 1933 durch Beschränkung der Anbauflächen oder Festsetzung von Verkaufsquoten und durch Konsumausweitung erreicht werden. Die Beschränkung der Anbauflächen ist ein Mittel, um die Erntevorräte auszugleichen. Die Anbaufläche, die zur Erzeugung ausreichender Vorräte eines bestimmten Produktes erforderlich ist, wird zu diesem Zweck unter den Staaten, Kreisen und den einzelnen Betrieben aufgeteilt. Die Teilnahme an einer Anbauflächenbeschränkung unterliegt nicht dem Zwang, doch können die Farmer, wenn die erforderliche $\frac{2}{3}$ Mehrheit einer Gemeinde nicht erreicht wird, von der mit der Anbauflächenkontingentierung verbundenen Prämie, insbe-

-
- 1) Näheres vgl.: Ellender, Mr.: "Parity Handbook, A Reference Manual on Parity Price Index of Prices paid by Farmers and Index of Prices received", - US-Government Printing Office, Washington 1952;
- 2) Ellender, Mr.: "Parity Handbook...", S. 14

sondere von einer Warenanleihe und dem garantierten Stützungspreis ausgeschlossen werden. Bei Ablehnung der Flächenbeschränkung durch die 2/3-Mehrheit wird der Stützungspreis auf 50 % des Paritatspreises festgelegt; dann jedoch nur für diejenigen Farmer, welche ihre Mitarbeit durch Einhaltung des Anbausolls beweisen.

Die Verkaufskontingentierung ist ebenfalls ein Mittel zur Beeinflussung des Angebots, wenn die Vorräte sehr groß sind. Da die Menge einer Ware, welche eine ausreichende Versorgung sichert, in die erforderliche Anbaufläche umgerechnet wird, ist die Verkaufsquote mithin in ihrer Auswirkung die auf der erforderlichen Anbaufläche erzeugte Menge.

Die Ausweitung der Absatzmöglichkeiten für Agrargüter im In- und Ausland wurde 1925 auf Gesetzesgrundlage gestellt. Diese Maßnahmen zur Beseitigung von Überschüssen erstreben direkt oder indirekt eine Stärkung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise. Auf dem Wege der Lebensmittelverteilung an Minderbemittelte, Kinder- und Altersheime, der Schulspeisung und der Exportstützungen soll ein Mehr-Verbrauch an Agrarerzeugnissen gefördert werden. Hierher gehört ebenfalls das Internationale Weizenabkommen (IWA) als das bekannteste Programm, um Absatzmärkte für Exportländer und ausreichende Weizenmengen für die einführenden Länder zu vorgesehenen Preisen zu sichern.¹⁾

2) Marktabsprache- und Marktordnungsprogramm

Neben den aufgeführten Preissstützungsmaßnahmen ist das Programm der Marktabsprache und Marktordnung das wichtigste im Rahmen der sog. Preis-Programme. Marktabsprache- und -Ordnungsprogramme, welche mit dem landwirtschaftlichen Marktabkommengesetz von 1937 in Kraft traten, haben die Schaffung und Erhaltung ökonomisch sinnvoller Marktbedingungen für bestimmte Agrarprodukte zum Ziele. Verkaufsab-

1) vgl. hierzu: Greve, G.: "Die Bedeutung der internationalen Rohstollabkommen für die unterentwickelten Länder" Dissertation - Münster. 1961

kommen und Ordnungsprogramme bestanden für Milch, Obst, Gemüse, Nüsse und Hopfen in der Zeit von 1950 - 1954. Für diese Waren können verschiedene Arten von Regelungen angewendet werden. Sie enthalten Bestimmungen zur Qualität, Quantität und zu den Frachtsätzen von den Erzeugungsgebieten zum Markt, Richtlinien zur Einrichtung von Reserve-"Pools", Anweisungen über Ausmass und Beseitigung von Überschüssen und beziehen sich auf Verbote unfairer Handelsmethoden und Bekanntgabe der Preise. Im letzteren Falle obliegt den Händlern die Meldepflicht ihrer Verkaufspreise, welche dann nicht zu niedrigeren Preisen verkauft werden dürfen. Diese Anordnungen setzen zum Unterschied von dem Milchordnungsprogramm keine Preise; gleichwohl soll mit diesen Regelungen ein Anziehen der Erzeugerpreise erreicht werden.

3) Massnahmen betreffend den Aussenhandel mit Agrarprodukten

Um sowohl ein Durchkreuzen der Regierungsabsichten bei der Realisierung der agrarpolitischen Ziele zu verhindern als auch andererseits die Wirksamkeit der eingesetzten Massnahmen zu erhöhen, ist der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gem. §22 des landwirtschaftlichen Ausgleichsgesetzes von 1933 ermächtigt, in den Aussenhandel mit Agrarprodukten einzugreifen, sobald er dies im Einvernehmen mit dem Untersuchungsausschuss für notwendig hält. Als wichtigste Handhabe stehen ihm hierbei die Einfuhrkontingentierung und die Festsetzung von Wertzöllen für einige Erzeugnisse ebenso zur Verfügung, wie die Exportförderung landwirtschaftlicher Überschussgüter ¹⁾.

¹⁾ Näheres siehe OEEC: "Landwirtschaftliche Preis- und Einkommenspolitik in Europa und Nordamerika", Deutsche Übersetzung - 1958. - herausgegeben vom BMW in Zusammenarbeit mit dem BML, S. 541 ff;

C) Sonstige Massnahmen zur Stützung des Farmer - Einkommen

Neben den Preis- Programmen hat die Regierung der Vereinigten Staaten zusätzliche Programme entwickelt, welche eine Unterstützung der Farmer bei ihrem Streben nach einem angemessenen Einkommen und nach Ansehen des landwirtschaftlichen Berufsstandes zum Ziele haben. Begründet werden könnte diese Einstellung mit der vorausschauenden Einsicht in Entwicklungstendenzen der nächsten Jahrzehnte, sowohl im Hinblick auf das Bevölkerungswachstum als auch auf die zunehmende Bedeutung der Landwirtschaft als Käufer industrieller Erzeugnisse. Darüber hinaus können zunehmende zivilisatorische und kulturelle Ansprüche der Bevölkerung um so eher befriedigt werden, als die Kosten der Lebenshaltung und hier insbesondere die Lebensmittelpreise gesenkt werden können. Diese Erwägungen sprechen bereits für die Erhaltung und weitere Förderung einer produktiven Landwirtschaft. Es sind deshalb auch Programme entwickelt worden, welche im wesentlichen auf die Förderung der Initiative der Farmer ausgerichtet sind, gegebene Anregungen in freiwillige Mitarbeit bei der Leistungssteigerung der Landwirtschaft umzusetzen und damit zum Wohlstand ihres Berufsstandes persönlich beizutragen. Die wesentlichsten dieser Programme umrisshaft aufzuführen, ist deshalb angezeigt.

1) Beratungs- und Informationsdienst

Der landwirtschaftliche Beratungsdienst wurde aus der Erwägung geschaffen, die Farmer an die Forschungsergebnisse der Landbauwissenschaft heranzuführen, technische und betriebswirtschaftliche Neuerungen schnell in der Praxis durchzusetzen und Erfahrungen guter Betriebe der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Durch Vorträge und Diskussionen, Feld- und Betriebsbesichtigungen, landwirtschaftliche Presse und Funk erfolgen die Beratungen, um die beste Relation zwischen Leistung und Aufwand zu erreichen. Die Mittel zur Finanzierung des Beratungsdienstes werden

vom Bund, den einzelnen Staaten und Kreisen sowie den Farmerorganisationen aufgebracht. Die hauswirtschaftliche Beratung erfolgt im allgemeinen nach den gleichen Grundsätzen wie der landwirtschaftliche Beratungsdienst. Im Gegensatz zum letzteren spricht jedoch die hauswirtschaftliche Beratung auch die Frauen der übrigen Bevölkerungskreise an, weil die täglichen Einkäufe der Hausfrauen in ihrer Gesamtheit die Nahrungsmittelproduktion letztlich determinieren.

2) Bodenerhaltungsprogramm

Bereits Ende der 30-er Jahre wurde dieses Programm angewendet; es hat in der Kriegs- und Nachkriegszeit jedoch an Bedeutung verloren, wurde aber 1956 auf Veranlassung des Landwirtschaftsministers Benson wieder aufgegriffen. Das Anliegen dieses Programms ist eine verstärkte Durchführung bodenerhaltender Massnahmen in Gebieten, in denen infolge besonders günstiger wirtschaftlicher Produktionsbedingungen weniger prädestinierte Böden während des Krieges landwirtschaftlich genutzt worden sind. Wasserwirtschaftliche und erosionsverhindernde Massnahmen sollen Böden dieser Art in einem Umfang von rd. 10 Mill. ha aus der Produktion nehmen. Farmer, welche ihre Böden für Zwecke der Bodenerhaltung bereitstellen, erhalten neben der Kostenrückerstattung für angewendete Massnahmen (Einfriedigung, Bepflanzung mit Bäumen etc.) als Gegenleistung für die freiwillige Einschränkung eine Subvention mindestens in Höhe des Durchschnittsertrages der brachliegenden Flächen für die Dauer des Vertrages. Brache-Verträge werden für die Zeit von drei, fünf und zehn Jahren abgeschlossen. Das Hauptziel dieses Bodenerhaltungsprogramms ist jedoch, die Farmer über die bestehenden Beschränkungen der Anbauflächen hinaus zu veranlassen, den Abbau staatlicher Überschussbestände bei den Grundprodukten zu beschleunigen und die Agrarproduktion auf die Nachfrage abzustimmen im Sinne einer Verbesserung der Agrarpreise. Gleichzeitig wird in Kleinbetrieben durch

Abschluss eines Zehnjahresvertrages über die Stilllegung ihrer nicht- lebensfähigen Farm Gelegenheit geboten, die erhaltenen Mittel für die Gründung einer neuen nicht landwirtschaftlichen Existenz zu verwenden.

3) Bei dem "Emergency - Program " handelt es sich um staatliche Hilfsmassnahmen zur Überbrückung von Katastrophenschäden (Dürre, Hochwasser und Sturm). Das Kennzeichen dieses Notstandsprogramms besteht darin, dass die auf Bundesebene vergebenen Notstandsdarlehen nur an in ihrer Existenz gefährdeten Farmer in Katastrophengebieten gewährt werden. Damit soll den Farmern lediglich eine Chance gegeben werden, aus eigener Kraft die Katastrophe zu überwinden und vermieden werden, dass die staatlichen Beistandsleistungen in eine Schuldenregulierung ausarten oder für andere Spekulationen verwendet werden.

In dem vorstehenden Kapitel wurde versucht, die wichtigsten Ziele der Agrarpolitik der US- Regierung zu benennen. Dabei liessen die angeführten gesetzlichen Bestimmungen erkennen, dass es das vorherrschende Ziel ist, das Einkommen und den Lebensstandard für die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung auf ein Niveau zu heben, dass dem Einkommen anderer vergleichbarer Wirtschaftsgruppen entspricht. Gleichzeitig wird mit diesem Ziel der Wunsch verbunden, bei den Agrarpreisen und den landwirtschaftlichen Einkommen eine grössere Stabilität zu erreichen. Die Verwirklichung dieser Anliegen erfordert eine Anzahl staatlicher Beistandsleistungen.

Von einer eingehenden Darstellung der Programme wurde im vorhergehenden abgesehen, weil Änderungen in gesetzgeberischer und verwaltungsmässiger Hinsicht nicht selten sind; Überdies detaillierte Auskünfte über Programmpunkte den Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung nicht wiedergeben. Unter Berücksichtigung dieser Begrenzung wurde versucht, ein Bild vom Wesensinhalt der entsprechenden Gesetzgebung und des Ablaufs der

Verwaltungsmaßnahmen zu geben.

Bevor die Auswirkungen der auf nationaler Ebene getroffenen Agrarmaßnahmen der Vereinigten Staaten aufgezeigt werden, deren Entwicklungstendenzen in der interessierten europäischen Öffentlichkeit deswegen mit Aufmerksamkeit beobachtet werden, weil sie auch in den europäischen Raum hineinwirken und hier agrarpolitische Entscheidungen auslösen werden, soll zunächst die Zielsetzung der gegenwärtigen Agrarpolitik der EWG- Staaten herausgestellt werden.

Teil II Agrarmärkte und Agrarpolitik der EWG - Länder =====

In folgenden soll eine Untersuchung über die Versorgungslage und die Entwicklungstendenzen einiger Agrarmärkte der Mitgliedstaaten der EWG durchgeführt werden. Die Auswahl der Agrarmärkte erfolgt dabei unter dem Gesichtspunkt der landwirtschaftlichen Konkurrenz, d.h. dasjenige Agrarprodukt soll als Konkurrenzprodukt angesehen werden, dessen Produktion den EWG- Gesamtverbrauch deckt, und bereits Überschüsse bei normalen Ernten zu erwarten sind, so dass das zur Ausfuhr gelangende Produkt mit den Agrarexportgütern der Vereinigten Staaten um den Absatz konkurriert. Eine Darstellung über die gegenwärtige Versorgungslage bei Agrargütern leitet dann über zu einer Untersuchung des zukünftigen Trends von Produktion und Konsum einschliesslich einer Analyse der Bestimmungsgründe dieser Entwicklung. Die Kenntnis dieser Daten und der dabei auftretenden Probleme bildet den Hintergrund der Agrarpolitik und liefert damit die Ansatzpunkte agrarpolitischer Ziele und agrarpolitischer Mitteleinsätze.

Kapitel I Situationsbericht über Landwirtschaft und Ernährung in den EWG-Mitgliedländern x)

=====

Der Versuch einer vergleichenden Übersicht und Auswertung agrarstatistischer Ergebnisse stösst im internationalen Vergleich auf Schwierigkeiten, weil die in den nationalen Statistiken bestehenden Mängel und die unterschiedlichen Erhebungs- und Auswertungsverfahren nur mit Hilfe zusätzlicher Umrechnungen ausgeglichen werden können, um eine möglichst weitgehende Übereinstimmung der Unterlagen zu erreichen.

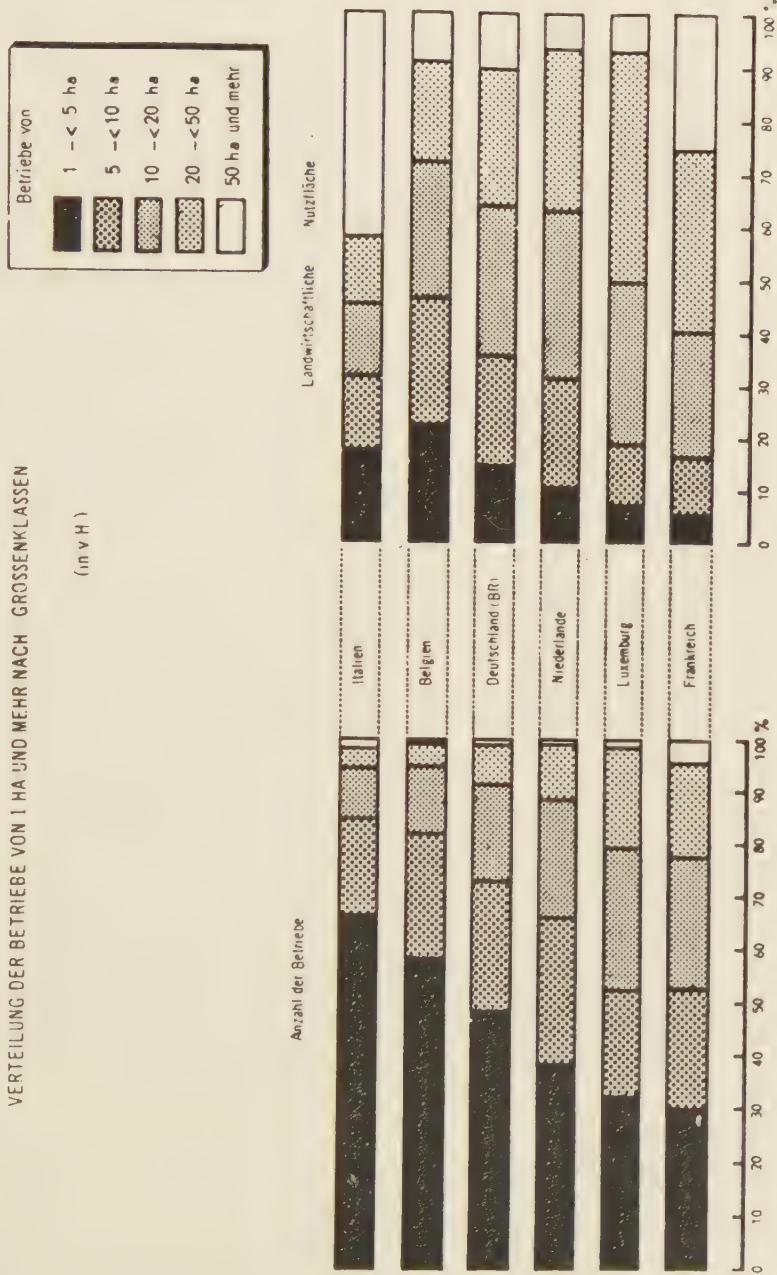
x) Als Grundlage dieser Ausführungen diene folgende Literatur:

- 1.) "Vorschläge zur Gestaltung und Durchführung der Gemeinsamen Agrarpolitik gem. Artikel 43 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" - herausgegeben von der Europäischen Wirtschaftskommission, Brüssel, den 30. Juni 1960; (im folgenden "Brüsseler-Kommission" genannt)
- 2.) "Entwicklungstendenzen der Erzeugung und des Verbrauchs von Nahrungsmitteln in der EWG (1956-1965)", Europäische Wirtschafts-Studien: Reihe Landwirtschaft Nr. 2 - Brüssel 1960; im folgenden EWG-Studie genannt).
- 3.) Marmulla, H. und Brault, P.: "Europäische Integration und Agrarwirtschaft," München, 1958

Quelle: "Vorschläge zur Gestaltung und Durchführung der Gemeinsamen Agrarpolitik 43..." **Schaubild 5**
op.cit.

VERTEILUNG DER BETRIEBE VON 1 HA UND MEHR NACH GROSSENKLASSEN

(in v H)



Für die Frage nach der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe in der Gesamtheit der Mitgliedstaaten mußten bereits Abschläge von den amtlicherseits ermittelten Zahlen gemacht werden, um zu einem weit zuverlässigeren Ergebnis zu kommen. Wird nämlich die im internationalen Vergleich übliche Mindestgröße eines landwirtschaftlichen Betriebes von 1 ha LN (= landwirtschaftlichen Nutzfläche) zugrundegelegt, dann reduziert sich die amtliche Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe bereits um 2,9 Mill. auf 6,8 Mill. Betriebe über 1 ha in allen Mitgliedländern.¹⁾ Davon bewirtschafteten in Italien, Belgien und BR-Deutschland und den Niederlanden rd. 70 % aller Betriebe weniger als 10 ha, ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes hingegen beläuft sich in Italien, BR-Deutschland und den Niederlanden auf zwischen 30 und 35 %, in Belgien auf annähernd 50 % (vgl. Schaubild 3). In Luxemburg und in Frankreich beträgt der Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe unter 10 ha etwas mehr als 50 % der Gesamtbetriebe, ihr prozentualer Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche hingegen nur knapp 20 %. Beachtlich ist die stattliche Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe zwischen 20 und 50 ha für Frankreich mit rd. 375 000 oder 18 % aller Betriebe, deren bewirtschaftete Fläche 35 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche umfaßt.

In dieser Betriebsgrößengliederung werden bereits regional große Unterschiede deutlich. Überall dort, wo natürliche und wirtschaftliche Standortfaktoren oder überkommene rechtliche Gegebenheiten (Erbrecht) keine leistungsfähigen Betriebssysteme zulassen, ist für einen Großteil dieser Betriebe die Erwirtschaftung einer auskömmlichen Ackernahrung nicht gegeben. Diese Betriebe liegen damit bezüglich der Produktions- und Absatzverhältnisse unterhalb der Mindestbetriebsgröße, welche ein angemessenes Einkommen gewährleistet.

Über Flurbereinigung, Aussiedlung und Abwanderung nicht-vollausgelasteter Arbeitskräfte können indessen diese Betriebe zu lebensfähigen Einheiten entwickelt werden.

Soweit Aufgeschlossenheit der bäuerlichen Familien vorhanden ist, verbunden mit einer aufstrebenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, und staatlichen Fördermaßnahmen bisher zufriedenstellend eingesetzt werden konnten, ist für das zurückliegende Jahrzehnt eine zahlenmäßige Veränderung in den einzelnen Betriebsgrößeklassen zu beobachten, und zwar eine zahlenmäßige Abnahme der Kleinbetriebe zugunsten der Mittelbetriebe (vgl. Tabelle 8).

1) Marmulla, H. und Brault, P.: "Europäische Integration...". op. cit., S. 302

Tabelle 8 Relative Veränderungen in der Betriebsgrößenstruktur in den EWG-Ländern und den USA

Land	Zeitraum	Veränderungen in der Anzahl der Betriebe in %	Veränderungen in der Durch- schnittsgröße der Betriebe ha	Veränderung der Zahl der Betriebe in den einzelnen Betriebsgrößenklassen										
				ha	0-5	5-10	10-20	20-50	50-100	100-200	200-400	400 u.m.		
				ha	0-5	5-10	10-20	20-50	50-100	100-200	200-400	400 u.m.		
Niederlande	1950-1959	-4.6	+0.4	---	---	-	+++	0	-	-	x	x	x	x
Luxemburg	1950-1957	-14.6	+2.0	---	---	---	---	+++	++	++	x	x	x	x
Frankreich	1946-1956			---	---	---	-	++	++	++	0	x	x	x
Deutschland (BRD)	1949-1959	-9.9	+0.7	---	---	---	++	++	++	++	---	x	x	x
Italien	1946-1955	+6.3	-0.3	++	++	+++	+++	+	0	---	---	x	x	x
USA *)	1950-1959	-31.6	+36.0	---	---	---	---	---	---	---	---	++	++	++
Belgien=nicht verfügbar														

Zeichenerklärung

Zunahme	Abnahme	keine Veränderung	x=einbezogen in vorhergehender Betriebsgrößenklasse
+	-	0	=nicht verfügbar
++	--		
+++	---		

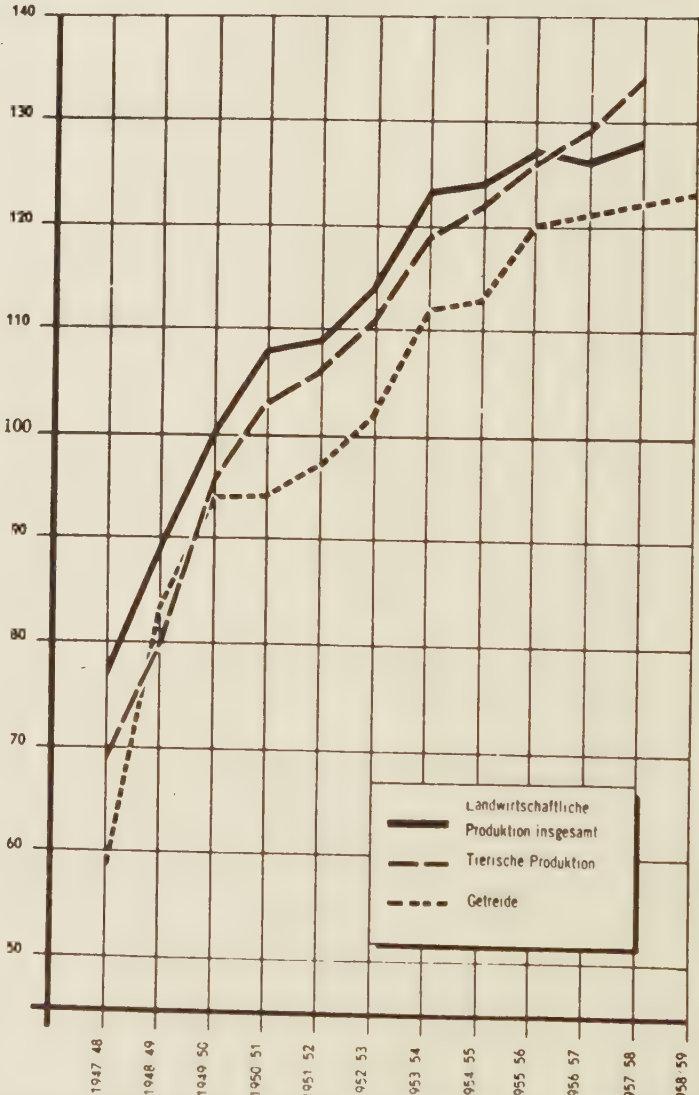
*)=die Abnahme der Zahl der Betriebe erklärt sich zum Teil durch eine Änderung des Farm-Begriffes

Quelle: OEEC: "Trends in Agricultural Policies since 1955" Fifth Report on Agricultural Policies in Europe and North America-Report prepared by the Ministerial Committee for Agriculture and Food, 1961 (Paris) S.85;

ENTWICKLUNG DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTION

IN DER EWG

Vorkriegsstand · 100



Quelle: "Vorschläge zur Gestaltung und Durchführung der Gemeinsamen Agrarpolitik gem. Artikel 43" op.cit.

A. Agrarproduktion

Die pflanzliche und tierische Produktion hat in allen Mitgliedsländern seit der Vorkriegszeit zugenommen. Nach einem beträchtlichen Absinken im Verlauf des Krieges vollzog sich in der Zeit 1947/48 bis 1953/54 eine rasche Erholung und Ausweitung der Erzeugung, welche Ende 1958 die Vorkriegsproduktion um 28 % überstieg (vgl. Schaubild 4).

Im Rahmen dieser Gesamtsteigerung zeigen sich jedoch Veränderungen in der Zusammensetzung der Erzeugung. Während die pflanzliche Erzeugung bis 1950 in sämtlichen Mitgliedsländern sich relativ in gleicher Weise entwickelt wie die tierische Produktion, ist seit dieser Zeit eine Verlagerung in dem Sinn eingetreten, dass der relative Anteil aller tierischen Erzeugnisse an der gesamten Brutto- Erzeugung um rd. 34 % gegenüber dem Vorkriegsstand zugenommen hat.

1) Tierische Veredelungsproduktion

Von der im Durchschnitt der Jahre 1953/54 bis 1955/56 erzielten Gesamtfleischerzeugung von über 7,1 Mio Tonnen entfielen 77 % (= 5,5 Mio to) auf die Rind- und Schweinefleischerzeugung ¹⁾. Die Rindfleischproduktion (einschliesslich Kalbfleisch) innerhalb der Gemeinschaft stieg von rd. 2,2 Mio to in den Jahren 1953/54 - 1955/56 auf ungefähr 3,1 Mio to (= 11 %) (Schlachtgewicht) im Jahre 1959/60. Sachverständige halten eine weitere Produktionsausweitung beim Rindfleisch bis 1965 um 27 % für möglich ²⁾. Als Antriebskräfte dieser Angebotssteigerung wird die Erhöhung des Viehbestandes genannt als Folge eines leistungsfähigeren Futteranbaues und kenntnisreicherer Tierernährung, sodann eine verstärkte Kälberaufzucht mit Verlagerung

1) Krohn, H.B. und Schmitt, G.: "Agrarpolitik für Europa" op.cit. Anhang, Tabelle 3

2) "EWG-Studie", op.cit..., S. 81;

zur "baby - boeuf" - Mast entsprechend der Nachfrageentwicklung.

Bei Schweinefleisch war die Produktionsausweitung gegenüber der Rindfleischerzeugung noch stärker. Im Vergleich zu 1953/54 - 1955/56 stieg die Schweinefleischerzeugung bis zum Jahre 1959/60 um 22 % auf 3,3 Mio Tonnen ¹⁾. Dieser enorme Aufschwung ist sicherlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Produktion von Schweinefleisch elastisch genug war bzw. ist, sich auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Expansion der Nachfrageentwicklung anzupassen.

Die Geflügelfleischproduktion wird durch den Strukturwandel in den Verzehrsgewohnheiten bei den Fleischarten weitgehend beeinflusst. Je höher der Lebensstandard, desto mehr bevorzugen die Konsumenten weisses, mageres Geflügel zu ihrer Bedarfsdeckung an Fleisch. Obwohl diese Produktionsrichtung bezüglich ihrer Mobilisierung noch in der Anfangsphase steht, wird die Erzeugung von Geflügelfleisch für die Gesamtheit der Gemeinschaft auf 680 000 Tonnen (1957/58 - 1959/60) beziffert und deckt damit den gegenwärtigen Inlandsbedarf zu 93,7 %.

In der Gesamtheit der Fleischarten erfolgt hinsichtlich der Versorgungsbilanz die Bedarfsdeckung beim Fleisch zu 95 % (1956/57 - 1959/60) aus der Eigenerzeugung des EWG-Raumes ²⁾. Der geringe Einfuhrüberschuss der BR - Deutschland (89 %) wird durch den Ausführüberschuss der Niederlande (135 %) mehr als ausgeglichen.

1) Krohn, H.B. und Schmitt, G.: "Agrarpolitik ..."
op. cit., Anhang: Tabelle 3

2) vgl. Hanau, A.: "Die deutsche Landwirtschaft im Rahmen des gemeinsamen Marktes" in: Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung, Jahrgang 11(1962), Heft 5, S. 142

Tabelle 2: Aufteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den EWG-Ländern
Vorkriegszeit und 1956/60

L a n d	in 1000 ha			
	landw. Nutzfläche	bearbeitete Fläche einschl. Sonderkulturen	Dauergrünland	vorübergehendes Grünland
<u>Niederlande</u>				
Vorkriegszeit	2.309	981	1.328	27
1956/60	2.327	1.059	1.267	39
<u>Belg./Luxemburg</u>				
Vorkriegszeit	1.968	1.210	758	nicht verfügbar
1956/60	1.860	1.024	810	106
<u>BR-Deutschland</u>				
Vorkriegszeit	14.612	9.079	5.553	186
1956/60	14.286	8.585	5.747	224
<u>Frankreich</u>				
Vorkriegszeit	34.766	23.232	11.534	4.313
1956/60	34.487	21.300	13.250	5.415
<u>Italien</u>				
Vorkriegszeit	16.486	15.139	1.327	2.403
1956/60	20.949	15.822	5.127	2.931
<u>Gemeinschaft</u>				
Vorkriegszeit	70.121	49.641	20.480	6.929
1956/60	73.909	47.816	26.073	8.712

Quelle: Oury, B.: "L'Agriculture au seuil du marche commun" Presses Universitaires de France, Paris 1959, S. 134;
Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1956 - 1961, S. 42 f;

Werden bei der Frage nach der Entwicklungstendenz der Fleischproduktion die mit Sicherheit zu erwartenden Getreideüberschüsse Frankreichs und Italiens-insbesondere an Weichweizen-berücksichtigt, dann sind im Verlauf der nächsten Jahre weitere Produktionssteigerungen bei Fleisch insgesamt zu erwarten. Diese könnten bei günstiger Einkommensentwicklung und weiterhin bestehender Nachfrage nach magerem Fleisch durchaus auf aufnahmebereite Märkte stossen.

2) Bodenproduktion

Die Betrachtung der pflanzlichen Erzeugung in den einzelnen Mitgliedsländern lässt eine Verschiedenartigkeit der Ackernutzung und eine verhältnismässige Produktionszunahme erkennen. Während die natürlichen Standortverhältnisse der Bodenproduktion und Überlegung der Erhaltung und Förderung der Bodenfruchtbarkeit die Vielzahl der Ackernutzungsmöglichkeiten weitgehend erklären, wird die gestiegene Produktion bei den Halm- und Blattfrüchten vornehmlich auf eine Steigerung der Flächenerträge zurückgeführt.

Wie Tabelle 9 über die Entwicklung der Anbauflächen (bearbeitete Fläche abzüglich vorübergehendes Grünland) in den letzten 20 Jahren zeigt, wurde die Produktionsausweitung im EWG-Raum auf einer um 3,6 Mill. ha verminderten Anbaufläche von rd. 39,1 Mill. ha im Durchschnitt der Jahre 1956-1960 erstellt. Anteilsmässig nimmt das Grünland (Wechsel- und Dauerweiden) gegenwärtig 47 v. H. der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche innerhalb der Gemeinschaft ein, hingegen die Getreideanbaufläche (einschl. Reis) etwa 22 Mill. ha = 29,6%. Sie lag damit im Durchschnitt der Jahre 1956/60 um knapp 11 % (2,6 Mill. ha) niedriger gegenüber der Getreidefläche der Vorkriegszeit¹⁾.

1) Zur Ermittlung vorgenannter Werte diente folgende Literatur: Oury, B. "L'Agriculture au seuil du marche commun" Paris 1959, S. 135; Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland Bd. 1956-1961, Abtlg. Internationale Übersicht;

Tabelle 10: Die relativen Veränderungen in den Getreideerträgen und deren Anbauflächen
in der EWG - Vorkriegszeit und 1958/60

Erzeugnisse	Vorkriegszeit dz/ha	Durchschnitt 1958/60 dz/ha	Veränderungen der Erträge gegenüber der Vorkriegszeit in %	Veränderungen der Anbauflächen gegenüber der Vorkriegszeit in % (1959/60)
Weizen	16.0	22.9	+ 43.1	- 7.1
Roggen	17.0	24.0	+ 41.2	- 17
Futtergetreide	17.1	22.7	+ 32.7	- 12 *)
Zuckerrüben	289.0	330.2	+ 14.2	+ 50.8
Kartoffeln	134.8	171.3	+ 27.1	- 12.1

*)=1953/57;

Errechnet aus: Oury, P. "L'Agriculture au seuil du marche commun" op.cit...., S. 139 ff;

Krohn, H.-B. + G. Schmitt: Agrarpolitik für Europa" op.cit.... S. 34;

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1958-1961;

Die Abnahme der Getreideanbaufläche war im Vergleich zur Vorkriegszeit am stärksten in Frankreich mit 16,5 %, gefolgt von Belgien-Luxemburg(12,2%),während Italien(5,4%) und die Niederlande(5,6%)die geringsten Rückgänge aufzeigten.

Unter Berücksichtigung einer im gleichen Zeitraum eingetretenen Abnahme der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte um mehr als 20 % wird dann die Zunahme der Bodenproduktion ausschliesslich auf eine Steigerung der Flächenerträge zurückzuführen sein ¹⁾.Diese Entwicklung der Flächenerträge wird in Tabelle 10 ersichtlich.

Beim Weizen wurde eine rd.43 %-ige Ertragssteigerung je ha auf einer um 7,1 % verminderten Anbaufläche gegenüber der Vorkriegsperiode erreicht.Ähnlich liegen die Flächenerträge beim Roggen,doch wird der einsetzende Strukturwandel in den Verzehrsgewohnheiten erkennbar,wonach der Roggen als Brotgetreide immer mehr an Bedeutung verliert. Beim Futtergetreide(Gerste,Hafer und Mais)stieg infolge zunehmender Bedeutung der tierischen Veredlungsproduktion die Erzeugung um nahezu 33 % gegenüber dem Vorkriegsstand auf einer um 12 % verminderten Anbaufläche.

Dieser hier zu beachtende steigende Trend der Flächenerträge hielt auch in der jüngsten Vergangenheit sowohl in der absoluten Höhe als auch hinsichtlich der jährlichen Zuwachsrate weiterhin an;vgl.Tabelle 10. Anzeichen einer nachhaltigen Abschwächung der Zuwachsraten bei den Getreideerträgen innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft sind infolgedessen in naher Zukunft noch nicht zu erkennen.

1)"Brüsseler - Kommission",op.cit...,S.I/18 ;

Tabelle 11: Entwicklung der Produktion, Selbstversorgung und des Einfuhrbedarfs bei Weizen in den EWG-Ländern in ausgewählten Zeiträumen

Weizen	BR-Deutschland	Belg.-Lux.	Frankreich	Italien	Niederlande	EWG
Produktion (in 1000 to)						
Ø 1948-51	2.497	531	7.633	7.147	324	18.132
Ø 1952-55	3.207	644	9.583	8.430	331	22.195
Ø 1956-59	3.901	777	9.478	8.861	400	23.415
Selbstversorgungsgrad (in %)						
Ø 1950/51-1952/53	58.2	44.0	101.2	85.0	27.2	77.4
Ø 1955/56-1957/58	62.3	61.4	109.8	100.3	27.3	89.3
Ø 1958/59	64.7	67.3	109.1	108.9	28.9	92.8
Ø 1959/60 *)	74.4	67.2	113.8	91.3	33.5	92.6
+ Netto-Einfuhrbedarf						
- Netto-Ausfuhrüberschuss (in 1000 to)						
Ø 1950/51-1952/53	+ 2.278	+ 776	+ 178	+ 1497	+ 793	+ 5.522
Ø 1955/56-1957/58	+ 2.428	+ 458	- 644	+ 44	+ 910	+ 3.176
Ø 1958/59	+ 1.868	+ 435	- 900	- 970	+ 967	+ 1.400
Ø 1959/60 *)	+ 1.660	+ 405	- 800	- 305	+ 1.011	+ 1.971

*)=vorläufig

Quelle: OEEC: Statistical Bulletin-Agriculture-Paris 1961 ; Oury, B. "L'Agriculture au seuil du marche commun", op.cit.
S. 139; EWG-Studie, op.cit..., S. 102 ;

B) Versorgungslage und Entwicklungstendenzen bei ausgewählten Agrarprodukten

1) Weizen

Die Tatsache, dass der Weizenverbrauch für Zwecke der menschlichen Ernährung weitgehend unelastisch ist, und die sowohl in den Ausfuhr- und Einfuhrländern zu beobachtende Ertragssteigerung je Flächeneinheit bestimmen weitgehend Lage und Entwicklung in der Weizenwirtschaft.

Während sich in den Hauptausfuhrländern Weizenvorräte ansammeln,¹⁾ nimmt andererseits der Einfuhrbedarf der Importländer bei gleichzeitiger Erhöhung der Eigenversorgung ab (vgl. Tabelle 11).

Für die Mitgliedstaaten der EWG gingen die Netto-Einfuhren aus Drittländern von 5,5 Mio Tonnen in den Jahren 1950/51 - 1952/53 auf 1,4 Mio Tonnen im Jahre 1958/59 zurück. Entsprechend stieg der Selbstversorgungsgrad der Gemeinschaft von 77 auf 92 % im gleichen Zeitraum.

In der Gesamtheit der EWG- Gemeinschaft wurden im Durchschnitt der Jahre 1956 - 59 auf knapp 11 Mill. ha Anbaufläche 23 Mio Tonnen Weizen geerntet. Verglichen mit den Jahren 1948 - 51 ist die Zunahme der Produktion um 5 Mio Tonnen bei einer Ausweitung der Weizenanbaufläche um annähernd 0,8 Mio ha ausserordentlich stark.²⁾ Als Ursache dieser Entwicklung wird die bereits erwähnte Steigerung der ha- Erträge angesehen, deren jährliche Wachstumsrate bei etwa 2,6 % liegt.³⁾

1) Die in Kanada, Australien, USA und Argentinien aufgelaufenen Weizenvorräte betrugen 1960/61 53,6 Mill.to (englische Masseinheit = 1016 kg) - vgl. "Grain Crops A Review -by Commonwealth Economic Committee" London 1962, S. 25

2) Die Durchschnittserzeugung in den Jahren 1956-59 wird entscheidend durch das schlechte Erntejahr 1956/57 mit 18,7 Mio to beeinflusst.

3) "EWG-Studien", op. cit., S. 68; Generaldirektion Landwirtschaft, Brüssel, Mai 1959

Auf die Haupterzeugerländer Frankreich (knapp 40 %) und Italien (38 %) entfielen im Durchschnitt der Jahre 1956 - 1959 rd. 80 % der gesamten Weizenproduktion. Ihnen folgt die Bundesrepublik Deutschland mit annähernd 17 %. Die restlichen Länder liefern demgegenüber einen vergleichsweise geringen Anteil an der Gesamtproduktion, so dass für die Entwicklungstendenzen in der Weizenerzeugung ausschliesslich Frankreich und Italien bestimmend sein dürften.

Auf Grund von Untersuchungen über Stand und Entwicklung der Anbauflächen und Erträge halten Sachverständige eine 18 %-ige Zuwachsrate der Weizenproduktion in der Gemeinschaft bis 1965 für möglich (Basis 1956/57 - 57/58) ¹⁾. Demgegenüber wird die Zuwachsrate des Weizenverbrauchs für die menschliche Ernährung auf 2,2 % geschätzt unter der Annahme, dass die Bevölkerungszunahme bis 1965 durch einen Konsumrückgang pro Kopf annähernd ausgeglichen wird ²⁾.

Die Ergebnisse dieser Vorausschätzungen gewinnen bei der Frage nach dem prozentualen Anteil der Produktion am Gesamtverbrauch für Weizen an Bedeutung. Mengenmässig gesehen konnte die Weizenerzeugung der EWG bereits 1959/60 mit 25,8 Mio Tonnen den Gesamtbedarf (25,6 Mio to) vollständig decken ³⁾.

Unter der Annahme, dass die Weizenpreise im Rahmen der nationalen Preisgefüge und der zukünftigen EWG-Agrarmarktordnung auf dem bisherigen relativ günstigen Stand verbleiben, könnten die Landwirte wegen des herrschenden

1) "EWG-Studie", op.cit..., S. 104

2) Der Konsum von Hartweizen erscheint elastischer als der des Weichweizens, so dass eine leichte Ausweitung beim Hartweizen erwartet werden kann - vgl. "EWG-Studie" op.cit..., S. 57;

3) Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft "Agrarstatistik" 1961 - Nr. 3, S. 31; es ist zu beachten, dass es sich bei dem in Tabelle 11 für die EWG ausgewiesenen Einfuhr-Überschuss im Jahre 1959/60 um eine geschätzte Grösse handelt.

Arbeitskräftemangels und der Lohnentwicklung zu einem verstärkten Weizenanbau gezwungen werden. Damit würde unter Berücksichtigung der genannten Zuwachsraten bei Produktion und Konsum das sich bereits abzeichnende Ungleichgewicht zwischen Produktionstrend und Absatzmöglichkeiten auf dem EWG-Agrarmarkt verstärkt, so daß die Agrarpolitik sich langfristig mit der Verwendung wachsender Überschüsse auseinanderzusetzen hat.

Roggen

Für den eingetretenen Strukturwandel der Verbrauchsgewohnheiten beim Roggen als Brotgetreide spricht seine preismäßige Orientierung nach dem Gerstenpreis. Infolgedessen hat der Roggenanbau nicht so stark zugenommen (+ 2,1 % gegenüber der Vorkriegsperiode) wie der Weizenanbau mit + 18,5 % in der EWG. Mit einer Anbaufläche von 2,1 Mill. ha lag der Roggenanbau 1953 - 1957 um 22 % niedriger als im Vorkriegszeitraum. Im Hinblick auf die Versorgungslage in der EWG erfolgte die Bedarfsdeckung an Roggen (5,032 Mill. to) vollständig aus eigener Erzeugung (5,114 Mill. to). Mit einem Selbstversorgungsgrad von über 101 % in den Jahren 1957/58 - 1958/1959 ist beim Roggen nunmehr der Übergang zur Überschußsituation in der EWG zu erkennen.¹⁾

Futtergetreide

Die Ausweitung der tierischen Veredlungsproduktion im Verlauf der letzten 10 Jahre war für die Futtergetreideproduktion von großer Bedeutung. Im Vergleich zur Produktion der Jahre 1948/51 in Höhe von 14,2 Mill. to stieg diese im Durchschnitt der Jahre 1956/57 - 1959/60

1) "Brüsseler Kommission" 1960, S. II/30

Tabelle 12: Entwicklung der Produktion, Selbstversorgung und des Einfuhrbedarfs bei Futtergetreide in den EWG-Ländern in ausgewählten Zeiträumen

F u t t e r g e t r e i d e *)	BR-Deutschland	Belg.-Lux.	Frankreich	Italien	Niederlande	EWG
Produktion(in 1000 to)						
1948/51	4.201	771	5.552	3.032	645	14.201
1956/57-1959/60	5.666	850	9.785	4.450	840	21.591
Selbstversorgungsgrad(in %)						
Ø 1950/51-1952/53	81.5	55.0	90.2	95.4	60.6	82.2
Ø 1955/56-1957/58	80.5	43.5	105.4	86.8	42.4	82.3
1958/59	80.0	42.7	99.0	81.9	38.0	78.2
1959/60	76.7	44.3	99.3	81.5	29.8	77.2
+Netto-Einfuhrbedarf						
--Netto-Ausfuhrüberschuss						
(in 1000 to)						
Ø 1955/56-1957/58	+ 2.210	+ 1.375	- 328	+ 751	+1.882	+ 5.890
1958/59	+ 2.448	+ 1.492	+ 334	+ 953	+1.992	+ 7.219
1959/60	+ 3.171	+ 1.362	- 134	+1271	+2.518	+ 8.168

*) = Futtergetreide=sämtliches Getreide mit Ausnahme von Weizen und Reis; in den Produktionszahlen ist Reis miteinbezogen, aber ohne Roggen;

Quelle: Oury, B.: "L'Agriculture au seuil du marché commun" op.cit.,..., S.141;
"EWG-Studie" op.cit.,..., S.110;

um gut 52 % auf annähernd 21,6 Mill. to ¹⁾. Gleichwohl konnte der Bedarf dieser Länder nur zu 76 % im Durchschnitt der Jahre 1956/57 - 1959/60 gedeckt werden. Dies insbesondere wegen des ständig wachsenden Verbrauchs an Fleisch, Eiern und Geflügel, zu dessen Produktion 2/3 der verfügbaren Mengen an Futtergetreide verwendet werden ²⁾.

Bezüglich der Selbstversorgung bestehen zwischen den Mitgliedstaaten beträchtliche Unterschiede. Die Niederlande als wertmässig grösster Agrarexporteur in Veredelungsprodukten der EWG-Länder erreichte im Jahre 1959/60 bei Futtergetreide einen Selbstversorgungsgrad von lediglich 30 %. Berücksichtigt man die beträchtlichen Schweinefleischexporte der Niederlande von jährlich etwa 130 000 to, dann wird eine echte Bedarfsücke bei Futtergetreide erkennbar ³⁾. Desgleichen haben die BRD und Belgien und Luxemburg einen echten Einfuhrbedarf. Demgegenüber kann Frankreich im allgemeinen seinen Bedarf decken, wobei witterungsbedingte Produktionsschwankungen sowohl zu einem leichten Defizit als auch zu einem leichten Überschuss führen; vgl. Tabelle 12.

Für die Frage, wie sich im Lichte dieser gegenwärtigen Erzeugungs- und Bedarfssituation die Versorgungslage der EWG für Futtergetreide sowie dessen Einfuhrbedarf um 1965 darstellen könnte, ist eine Analyse von der bereits zitierten Sachverständigengruppe erstellt worden ⁴⁾.

1) Oury, B.: "L'Agriculture au seuil du marché commun", op.cit..., S.141 und: OEEC-Statistical-Bulletin, Paris 1961, S. 14

2) "EWG-Studie", S.115

3) "Brüsseler Kommission", 1960, S. III/3

4) "EWG-Studie", op.cit.

Unter der Annahme, dass die Getreidefläche innerhalb des EWG- Raumes weitgehend unverändert bleibt, und unter Zugrundelegung konstanter Realpreise für Getreide kommen die Sachverständigen bei weitgehender Berücksichtigung aller einer solchen Vorausschätzung innewohnenden statistischen und methodischen Schwierigkeiten zu folgenden Ergebnissen: Die Futtergetreideproduktion 1965 wird um rd. 4 Mill. to oder 16 % die im Durchschnitt der Jahre 1954 - 1958 erzielten Produktionsmengen übersteigen; wobei auf Frankreich allein 2,2 Mill. to und 1,2 Mill. to auf Deutschland entfallen. Als Kennzeichen dieser Zuwachsrate wird - entsprechend den Beobachtungen in den zurückliegenden Jahren - ein leichter Rückgang der Anbaufläche (etwa 2,5 %) genannt bei gleichzeitiger Steigerung der Flächenerträge um durchschnittlich 2 % pro Jahr. Als Ursache für die höheren Flächenerträge werden Veränderungen in der Struktur des Futtergetreideanbaues angesehen, wie sie sich bereits in Frankreich abzeichnen, in dem Sinne, als Getreidearten (Mais, Gerste) mit vergleichsweise hohen Ertragswerten angebaut werden. Die Zunahme des Gesamtbedarfes an Futtergetreide wird bei einer mittleren Wirtschaftsentwicklung auf 5 Mill. to oder rd. 15 % geschätzt, wobei die erwarteten Verbrauchszunahmen bei den tierischen Veredlungsprodukten (rd. 29 %) diese Entwicklung vornehmlich bestimmen werden.

Für den sich aus der Differenz zwischen Gesamtverbrauch und der Eigenerzeugung ergebende Einfuhrbedarf der EWG an Futtergetreide im Jahre 1965 - einschliesslich der indirekten Getreideeinfuhr in Form von Fleisch und Eiern - wird sich unter Zugrundelegung einer mittleren bis günstigen Wirtschaftsentwicklung auf etwa 5 - 6 Mill. to Futtergetreide aus Drittländern stellen.

Um die erwartete Zuwachsrate der Nachfrage nach Eiern und Geflügel befriedigen zu können wird der Bedarf an Futterweizen für 1965 auf weitere 1,8 Mill. to geschätzt.

Ob diese Schätzungen über die mengenmässige Entwicklung grössenordnungsmässig ein zutreffendes Bild zur Versorgungslage bei Futtergetreide im Verlauf der nächsten

10 Jahre geben, kann nur durch die Entwicklung selbst bestätigt werden. Gleichwohl werden Berührungspunkte zwischen den gesondert behandelten Vorausschätzungen der Versorgungsbilanzen für Weizen und Futtergetreide erkennbar.

Für den Fall, daß die tatsächliche Nachfrage nach Geflügelprodukten größer ist als die vermutete, müssen die Einfuhren an Futtergetreide ausgeweitet werden. Gleichzeitig würden sich beim Weizen Überschüsse ansammeln, welche sich bei der festgesetzten Preishöhe und unter dem Einfluß der der Erzeugung innewohnenden Dynamik in einem wachsenden Angebotsdruck bemerkbar machen.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Weizenmengen gesehen werden, welche sich aus handelsvertraglichen Einfuhrverpflichtungen ergeben sowie aus der Notwendigkeit, bestimmte Weizenqualitäten aus backtechnischen Gründen einzuführen, welche in der EWG nicht in ausreichenden Mengen erzeugt werden.

Sollte diese Entwicklung eintreten, werden sich zwangsläufig ernsthafte Probleme für die Ausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik ergeben; insbesondere bei der künftigen Preisgestaltung. Andererseits könnte über einen geringeren Ausmahlungsgrad bei Weizen Einfluß auf die wachsenden Vorräte genommen werden. Die dabei mehr anfallende Weizenkleie für Futterzwecke wiederum würde den Einfuhrbedarf an Futtergetreide nicht unerheblich mindern. Aber auch hier würde der Weizenverbrauch für Futterzwecke weniger von den bisherigen Fütterungsgewohnheiten bestimmt als vom Weizenpreis in seiner Beziehung zu den übrigen Futtermittelpreisen.

C) Die Aufwandsentwicklung in der Agrarproduktion

Die Produktionsmethoden in der Landwirtschaft haben im Verlauf des letzten Jahrzehnts das Wachstumstempo der Agrarerzeugung entscheidend beeinflußt. Die jüngsten Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Landtechnik, der Tier- und Pflanzenzüchtung bzw. -Ernährung haben zu

Tabelle 13 a: Düngemittelaufwendungen in den EWG-Ländern und den USA in den Jahren 1958/60
Reinnährstoffe in kg je ha LN

Nährstoffe	Belgien	Niederlande	BR-Deutschland	Italien	Frankreich	EWG	USA
Stickstoff	54.6	91.0	42.2	15.7	14.4	23.4	5.6
Phosphat	50.8	48.6	48.0	18.4	25.4	29.1	5.3
Kali	87.3	64.6	72.2	4.6	20.2	28.8	4.5

Quelle: Krohn, H.-B. und G. Schmitt: Agrarpolitik für Europa" op.cit..., S.44 ;

Tabelle 13 b: Zahl der in den landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzten Traktoren in den EWG-Ländern
Vorkriegszeit, 1957 und 1959
- Stückzahl -

Zeitpunkt	Belgien	Niederlande	BR-Deutschland	Italien	Frankreich	Luxemburg	EWG
Vorkriegszeit	1.203	4.000	30.265	35.763	36.000	200	107.431
1957(31.12.)	32.179	51.840	614.000	188.047	535.000	5.586	1 426.652
1959(31.12.)	34.486	64.000	778.000	225.224	700.000	6.104	1 812.924

Quelle: OEEC: "Twelfth Annual Economic Review" Paris 1961, S.194;

einer immer wirkungsvolleren Kombination der Produktionsfaktoren geführt.

Einen wesentlichen Anteil an der bisherigen Ertragsentwicklung haben die zunehmenden Düngemittelaufwendungen je Flächeneinheit. Gegenüber der Vorkriegszeit=100 schnellte der Düngemittelverbrauch je ha bis 1958-59 indexmässig um 89 % in den sechs Mitgliedsstaaten hoch¹⁾.

Allein im Verlauf von 7 Jahren(1949/50-1956/57) betrug die prozentuale Zuwachsrate in der Mineraldüngerverwendung bei den drei Grundnährstoffen rd.66%²⁾.

Gleichwohl sind die Unterschiede im Düngemittelverbrauch der einzelnen Länder innerhalb der Sechsergemeinschaft beträchtlich(vgl.Tabelle 13 a).Während im Zweijahresdurchschnitt 1958/60 Italien lediglich 38,7 kg Düngemittel je ha aufwendete und Frankreich 60 kg je ha,erreichten die Mineraldüngerausgaben in den Niederlanden und Belgien eine Höhe von 204 bzw.192 kg/ha.Mit Abstand folgt die Verbrauchszahl der BR-Deutschland von 162 kg/ha.Beim Vergleich mit den USA verwenden die EWG-Länder im Durchschnitt das 5-6-fache an Handelsdünger pro ha,vermutlich weil den Mitgliedsstaaten je Einwohner nur ein Sechstel der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Vereinigten Staaten zur Verfügung steht.Die Steigerungsrate des Stickstoff-Dünger-Verbrauchs der einzelnen Länder innerhalb von 10 Jahren(1950/51-1959/1960)war in Italien mit 104 % am grössten im Vergleich zu 80 % in Frankreich,in der BR-Deutschland mit 58 %,in den Niederlanden mit 36 % und in Belgien mit 24 %³⁾

Die Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte hat seit dem Kriege mit der Entwicklung einer wirtschaftlichen Kraftquelle insbesondere in Form des Traktors⁴⁾

1)UN/FAO:"European Agriculture in 1965",Geneva 1961,Annex I/p.5 ;

2)Oury,B.: "L'Agriculture au seuil du marche'commun"op.cit. S.209;

3)Krohn,H.-B. und G.Schmitt:"Agrarpolitik für Europa"op.cit. S.44;

4)vgl.Tabelle 13 b ;

beträchtlich zugenommen. In den Mitgliedstaaten erreichte der in der Landwirtschaft eingesetzte Traktorenbestand zu Beginn des Jahres 1960 eine Höhe von 1 813 Millionen. Indexmäßig wurde der Traktorenbestand 1958 - 59 mit 389 beziffert gegenüber 100 im Jahre 1950.¹⁾

Nach Oury wird sich der Bestand an Traktoren in den nächsten 5 Jahren verdoppeln.²⁾ Umgerechnet auf die landwirtschaftliche Nutzfläche würde ein derartiger Bestand ausreichen, um auf je 12 ha einen Traktor arbeiten zu lassen.

Der Bestand an Mähdreschern stieg in den Mitgliedstaaten von 7120 im Jahre 1950 auf 90200 Einheiten im Jahre 1959.³⁾ Bezogen auf die 1956 abgeerntete Getreidefläche - ausgenommen Mais - entfielen in der Gemeinschaft 2 Mähdrescher auf jeweils 1000 ha, gegenüber 20 Einheiten in den Vereinigten Staaten.

Bereits der gesteigerte Einsatz der hier aufgezeigten Betriebsmittel wird Auswirkungen auf die künftigen Bewirtschaftsmethoden zeitigen und von besonderer Bedeutung sein für die Agrarstruktur und den allgemeinen Aufbau der Landwirtschaft in den einzelnen Mitgliedstaaten. Ihre verstärkte Anwendung wird insbesondere Investitionskapital erfordern, dem eine Zunahme der allgemeinen Betriebsausgaben entspricht. Infolgedessen wächst der Bedarf an liquiden Mitteln in der Landwirtschaft und die Notwendigkeit größerer Stabilität des Agrareinkommens.

1) UN/FAO: "European Agriculture ... " op. cit. Annex II/p7;

2) Oury, B.: "L'Agriculture au seuil du marché commun", op. cit., S. 230 + S. 236

3) Krohn, H.B. und Schmitt, G.: "Agrarpolitik für Europa", op. cit., S. 48

Tabelle 14: Beiträge zusammengefasster Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Faktor-
kosten in den EWG-Ländern- 1959 und 1960

L a n d	4				3				2				1				Anteil der landw. Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung ¹⁾			
	1950		1960		1950		1960		1950		1960		1950		1960		1950		1960	
	Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei		Bergbau, Energie- wirtschaft, ver- arbeitendes Ge- werbe		Baugewerbe		übrige Wirt- schaftsbereiche													
Belgien	8.3		6.1		37.19		37.50		6.9		6.6		39.4		39.6				18	
Luxemburg	-*)		7.2		-		44.27		-		7.0		-		34.8				17	
BR-Deutschland**)	9.9		6.2		35.8		38.3		5.1		5.9		36.2		35.3				14	
Frankreich ²⁾	14.7		9.9		41.9		40.5		5.6		5.7		38.2		44.1				26	
Italien	25.7		15.0		30.7		32.7		2.7		6.4		30.9		38.5				42	
Niederlande	12.5		9.4		28.9		38.2		5.1		4.0		41.5		42.9				20	

*)=Nicht verfügbar; **)ohne Saarland;

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1963, S. 139 *;

FAO/ECB: 2. Report "Output, Expenses of some European Countries" 1953;

"Europäische Wirtschaft" Halbmonaatszeitschrift für EWG, EGKS, EURATOM, 4. Jg. Nr. 7, Bonn 15.4.1961;

Anmerkungen: 1) Die Angaben über die letzten Bevölkerungszählungen, soweit sie Auskunft über den Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der einzelnen Länder geben, sind in Deutschland und Belgien zuletzt 1950 durchgeführt, in Italien 1951, Frankreich 1954 und in den Niederlanden im Jahre 1956; für Luxemburg sogar zuletzt 1947; wgl. hierzu die Ausführungen von Krohn, H.-B. und G. Schmitt in "Agrarpolitik für Europa" Brüssel 1962, S. 13;

2) Für Frankreich ist die Zeilensumme 1-4 das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen;

Tabelle 15: Indices der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion in der EWG in aus-ewählten Jahren; Vorkriegsstand=100

Zeitraum	Agrarproduktion	Industrieproduktion
1949/50	100	111
1952/53	114	139
1953/54	123	154
1954/55	124	173
1955/56	127	187
1956/57	126	199

Quelle: Oury, B.: "L'Agriculture au seuil du marché commun" op.cit....., S.262 ;

D. Preise und Einkommen der Landwirtschaft

In allen Mitgliedstaaten ist der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt im Verlauf der letzten Jahre gesunken. Bezogen auf die jeweiligen Faktorkosten betrug 1958 die Bruttoagrarpromuktion für die Gesamtheit der Gemeinschaft rd. 11 % des Bruttoinlandsprodukts, während sie im Ländervergleich von 6,1 % für Belgien bis 15 % für Italien variierte (vgl. Tabelle 14). Ein Vergleich mit dem Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung zeigt, dass selbst in Ländern mit agrarischer Struktur der Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen hinter dem Anteil an der Gesamtbevölkerung zurückbleibt.

Als Ursache dieser zunehmenden Disparität wird das wesentlich stärkere Wachstum der industriellen Produktion gegenüber der Agrarerzeugung anzusehen sein, und die relative Preis- und Einkommensinelastizität der mengenmässigen Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Während die industrielle Produktion bis 1957 eine mengenmässige Steigerung von 88 % gegenüber 1950 erfuhr, wuchs die Agrarerzeugung im Vergleichszeitraum lediglich um 28 %.

Wie Tabelle 15 ausweist, ist insbesondere seit 1953 - als Phasenbeginn der wirtschaftlichen Expansion - die zunehmende Geschwindigkeit der industriellen Produktionsausweitung auffallend, die zu einer Verdoppelung der Industrieproduktion bis 1957 geführt hat.

Der Wert der landwirtschaftlichen Produktion stieg in den Jahren 1950-1959 um 27 % auf \$ 18,6 Mrd. in der Gesamtheit der Gemeinschaft; davon entfielen allein auf Frankreich 6,1 Mrd. Dollar, gefolgt von Italien mit rd. \$ 5,5 Mrd. und Deutschland in Höhe von \$ 4,6 Mrd.¹⁾

1) UN/FAO: "Towards a Capital Intensive Agriculture" Fourth Report on Output, Expenses and Income of Agriculture in European Countries, Part I: General Review, Geneva 1961, S. 22;

Tabelle 16:

Zusammensetzung des Geldwertes der landwirtschaftlichen Produktion*) - 1958/59
- in % -

Position	Land	BR-Deutschland	Frankreich	Italien	Belgien	Luxemburg	Niederlande
Weizen		4.0	6.5	17.1	6.6	10.5	2.0
sonstige Getreide		4.5	1.6	3.7	2.3	1.2**)	2.8
Getreide insges.		8.5	8.1	20.8	8.9	11.7	4.8
Zuckerrüben		3.9	2.2	1.9	4.1	---	4.0
Obst		5.9	11.6***)	11.1	3.7	---	3.5
Geräue		2.4	---	9.3	10.7	---	7.0
Wein		1.8	13.2	12.8	---	6.2	---
Kartoffeln		5.2	3.4	2.2	5.0	3.3	5.4
sonstige pflanzl. Erzeugnisse		1.2	2.1	9.0	5.0	---	2.0
Gesamtproduktion pflanzl.		28.9	40.2	56.1	37.6	21.9	33.7
Erzeugnisse		16.1	15.6	8.7	15.6	15.1	14.0
Rinder		24.0	11.1	4.3	13.3	22.9	14.3
Schweine		1.3	6.3	3.0	3.0	---	2.6
Geflügel		5.4	4.3	5.1	9.8	5.9	10.4
Eier		24.0	19.3	11.5	22.1	33.0	23.7
Milch und Molkereiprodukte		0.3	3.2	1.3	0.6	0.2	1.4
sonstige tierische Erzeugnisse		---	---	---	---	---	---
Gesamtproduktion tier.		71.1	59.8	33.2	62.4	78.1	66.3
Erzeugnisse		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Gesamte landw. Produktion		---	---	---	---	---	---

*) = Verkaufserlöse und Selbstverbrauch der bäuerlichen Familie; **) = 1957/58; ***) einschl. Hülserfrüchte
Quelle: "EWG-Studie" op.cit., S. 1/2;

Bezüglich der geldwertmässigen Zusammensetzung der Agrarproduktion lässt sich eine schwerpunktmässige Produktionsausrichtung erkennen, in dem Sinne, dass im Durchschnitt der EWG- Länder 2/3 der gesamten landwirtschaftlichen Produktion auf die Erzeugung von Fleisch, Milch und Getreide entfallen (vgl. Tabelle 16). Eine Ausnahme von dieser Produktionsstruktur macht Italien. Das Getreide stellt hier noch ein Fünftel des Geldwertes der gesamten Agrarproduktion im Vergleich zu den übrigen Mitgliedstaaten mit einem prozentualen Anteil von 8 - 12 % oder mit knapp 5 % des niederländischen Erzeugungswertes. Darüber hinaus nimmt die Obst- und Weinerzeugung Italiens - mit 11 bzw. 13 % des gesamten Erzeugungswertes - einen relativ hohen Anteil an dem gesamten landwirtschaftlichen Erzeugungswert ein, der lediglich von Frankreich erreicht wird.

Bemerkenswert hoch ist bei allen hochindustrialisierten Mitgliedstaaten das Einkommen aus der Rind- und Schweinefleischerzeugung, während in der Geflügelfleischproduktion Frankreich vergleichsweise den höchsten Prozentsatz am Erzeugungswert erreicht. In der Bundesrepublik Deutschland hat die Schweinefleisch- und Kartoffelerzeugung im Vergleich zu den übrigen EWG- Ländern verstärkte Bedeutung. Belgien, Luxemburg und die BR- Deutschland treten in der Erzeugung von Molkereiprodukten stärker hervor, desgleichen die Niederlande, letztere auch in der Eierproduktion.

1955/56 wurden im Durchschnitt der EWG-Länder je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche Agrarprodukte im Werte von \$ 365 erzeugt ¹⁾.

1) Oury, B.: "L'Agriculture au seuil du marché commun"
Presses Universitaires de France, Paris 1959, S. 265;

Tabelle 17: Entwicklung des landw. Erzeugungswertes, der Betriebsausgaben und Wertschöpfung in ausgewählten Zeiträumen in der EWG*) - in Mill. US-Dollar

Position	Zeitraum	1950/52	1956/58	1959	%-uale Veränderung 1956/58 gegenüber 1950/52
landw. Erzeugungswert		14.678	17.327	18.658	17
lauf. Betriebsausgaben		3.102	4.501	4.881	45
Abschreibungen		1.111	1.595	- **)	43
Wertschöpfung		10.465	11.241	-	7

*)=ohne Luxemburg; **) nicht verfügbar;

Quelle: UN/FAO: "Towards a capital intensive agriculture" op.cit. ...S.22;

Belgien und die Niederlande standen an der Spitze dieser Wertskala mit \$ 510 bzw. 530 je ha, mit Abstand gefolgt von der Bundesrepublik Deutschland mit \$ 307/ha; indessen die Hauptagrarländer der EWG lediglich \$ 209 für Frankreich und \$ 270/ha Italien erreichten.

Da zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft eine Betrachtung des agrarischen Produktionswertes allein nicht ausreicht, sondern auch die Aufwandsgröße einschließt, welche das erzielte Produktionsergebnis ermöglichte, ist eine Darstellung über das Ausmaß der Sachaufwendungen angezeigt.

Nach Angaben des Verfassers des UN/FAO-Berichtes erreichten die laufenden Betriebsausgaben (industrielle Futtermittel, Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Saatgut, Treibstoff, Ausgaben für Maschinen- und Geräteersatzteile etc.) 1959 einen Wert von S 4,88 Mrd. in der Landwirtschaft der EWG-Länder.¹⁾ Gegenüber den Betriebsausgaben 1950/52 waren sie damit um 57 % angezogen. Abschreibungen für Maschinen und Gebäude erhöhten sich auf \$ 1,58 Mrd. im Zweijahresdurchschnitt 1956/58; hingegen betrugen die Ausgaben für die Entlohnung familienfremder Arbeitskräfte - bei einem Anteil der Löhne an der Wertschöpfung von 10,3 % im EWG-Durchschnitt für 1956/58 - \$ 1,83 Mrd. Im Vergleich zum gesamten landwirtschaftlichen Erzeugungswert von \$ 17,33 Mrd. verblieb für 1956/58 dann ein landwirtschaftliches Reineinkommen von \$ 9,42 Mrd. in den Gemeinschaftsländern.

Wie Tabelle 17 erkennen läßt, blieb die prozentuale Veränderung des Erzeugungswertes gegenüber den laufenden Betriebsausgaben in den Jahren 1950/52 bis 1956/58 um mehr als das Doppelte zurück, demgegenüber nahm der Erzeugungswert im Vergleich zur Wertschöpfung um nahezu das 2 1/2-fache zu.

1) UN/FAO: "Towards a Capital Intensive Agriculture"
op. cit. S. 22

Tabelle 18: Erzeugungswert, Aufwand, Abschreibung und Wertschöpfung in der Landwirtschaft der EWG *)
in US-Dollar je ha -1955/56

Position	Land	Niederlande	Belgien	BR-Deutschland	Frankreich	Italien	EWG
lauf. Betriebsausgaben		194	153	99	45	42	60
davon:							
Futtermittel		100	68	24	5	11	15
Düngemittel		33	37	15	10	11	12
Abschreibungen		20	27	14	17	20	17
Wertschöpfung		316	330	194	143	234	183
davon:							
Löhne		66	31	49	22	34	32
Betriebsleiter-Einkommen einschl. seiner Familie		250	299	145	130	200	151
Erzeugungswert		530	510	307	209	260	264

*) = ohne Luxemburg;

Quelle: ECE/FAO: "Output, Expenses and Income of some European Countries" Third Report, Geneva 1958, S. 16 f. ;

Bezogen auf 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche werden Unterschiede in der Wertschöpfung und dem Erzeugungswert sowohl absolut als auch im Verhältnis zueinander erkennbar (vgl. Tabelle 18). Belgien und die Niederlande erreichten 1955/56 einen doppelt so hohen Erzeugungswert je ha wie im Durchschnitt aller übrigen EWG-Länder erzielt wurde. Andererseits betrug der Wert der laufenden Betriebsausgaben das Dreifache des EWG-Durchschnitts. Auffallend niedrig sind die laufenden Betriebsausgaben je ha in den beiden Hauptagrarländern Frankreich und Italien, insbesondere für industrielle Futtermittel im Vergleich zu dem hohen Futtermittelsatz in den Niederlanden, der dort 1/5 des Erzeugungswertes ausmacht.

Die Höhe der holländischen Futtermittelkosten je ha gewinnt bei einem Vergleich mit den gesamten Betriebsausgaben je ha in der BR-Deutschland an Bedeutung. 113 US-Dollar je ha aller in der BR-Deutschland angefallender Betriebsaufwendungen einschließlich Abschreibungen stehen Ausgaben von \$ 100 je ha allein für den Futtermittelsatz in den Niederlanden gegenüber. Darüber hinaus lassen die Düngemittelausgaben in Holland, welche das Dreifache des EWG-Durchschnitts und mehr als das Doppelte des Düngemittelaufwands in der BR-Deutschland ausmachen, den verstärkten Einsatz ertragssteigernder Betriebsmittel erkennen. Gleichzeitig zeigen diese niederländischen Daten die Produktionsreserven der übrigen Länder auf, welche bei intensiverem Produktionsmittelsatz sich in höheren Flächenerträgen niederschlagen würden.

E) Arbeits-Produktivität

Fragt man schließlich nach der Wertschöpfung je Erwerbstätigen, dann ergeben sich im Ländervergleich für das Pro - Kopf - Agrareinkommen erhebliche Unterschiede.¹⁾

1) Berechnungen des Netto-Einkommens je AK für den Ländervergleich sind nur bedingt anwendbar, weil der Begriff der AK (landw. Arbeitskraft oder Erwerbstätiger) nicht einheitlich definiert ist. Es wurde von den Verfassern des ECE:FAO-Berichtes daher mit stark abgerundeten Werten gearbeitet. Ferner ist hier nicht der Einfluß der ebenfalls gestiegenen Kapitalproduktivität berücksichtigt, so daß der Aussagewert der aufgezeigten Arbeitsproduktivität nicht überschätzt werden darf.

Tabelle 19:

Daten zum Einkommen und zur Produktivität in der Landwirtschaft der EWG *)
1956/58 und 1959

L a n d	N e t t o - E i n k o m m e n **)			landw. Nutzfläche je landw. Erwerbstätigen in ha, 1959
	insgesamt Mill. US-Dollar 1956/58	je ha landw. Nutzfläche, US- Dollar, 1956/58	je landw. Erwerbs- tätigen, in US- Dollar, 1959	
BR-Deutschland	2.935	262	766	3.7
Frankreich	4.277	170	919	7.5
Italien	4.207	257	657	3.3
Belgien	2.645	463	645	6.6
Niederlande	1.696	770	483	5.1

*) = ausgenommen Luxemburg; **) = Brutto-Einkommen abzüglich Aufwendungen für sächliche Betriebsmittel,
jedoch ohne Abzug von Abschreibungen und Fremdlöhnen;
landw. Nutzfläche = Ackerland zuzüglich 1/2 der Fläche des Dauergrünlandes und 1/4 der Fläche von
Hutungen;

Quelle: UN/FAO: "Towards a capital intensive Agriculture" op.cit. S. 22 ff;

Krohn, H.B. und Schmitt, G.: "Agrarpolitik für Europa" op.cit. S. 16 f und Tabellen-Anhang

Bei dem Vergleich der einzelnen zu offiziellen Kursen in Dollarwerten umgerechneten Länderergebnisse muss jedoch das verschieden hohe Agrarpreisniveau berücksichtigt werden. Länder mit relativ hohen Agrarpreisen, wie z.B. Belgien, weisen im Vergleich zu den Mengen an Agrarprodukten überhöhte Werte auf. Andererseits werden die Werte für Holland - als Land mit niedrigen Agrarpreisen - herabgedrückt. Die vorstehenden Zahlen können deshalb nicht ohne Vorbehalt als repräsentativ angesehen werden. Gleichwohl steht das Wesentliche ausser Zweifel.

Länder mit hohen Aufwendungen für Betriebsmittel - wie insbesondere Belgien und die Niederlande - haben auch hohe Nettoeinkommen je ha, während umgekehrt Länder mit einer vergleichsweise extensiv - betriebenen Landwirtschaft - wie z.B. Frankreich - am Ende dieser Wertskala stehen.

Darüber hinaus wird aus einem Vergleich zwischen der je Arbeitskraft vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzfläche und dem auf sie entfallenden Netto_Einkommen eine Relation zwischen der Produktivität und der Agrarstruktur erkennbar (vgl. Tabelle 19). Eine Abwanderung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften erhöht die Produktivität, indem für den Abzug menschlicher Arbeitskraft arbeits-sparende Hilfsmittel und Techniken eingesetzt werden.

Die Wertschöpfungen je ha zeigen im Ländervergleich ähnliche Abstufungen, da diese neben dem Einfluss der natürlichen Verhältnisse auch den Wirkungsgrad der Sachaufwendungen widerspiegeln. Eine Ausnahme bildet Frankreich, welches trotz eines verhältnismässig hohen Anteils grösserer Betriebe und eines relativ geringen landwirtschaftlichen Arbeitskräftebesatzes zu den Ländern mit geringer Produktivität sowohl je Arbeitskraft als auch je Flächeneinheit gehört. Ursache dieses betriebswirtschaftlichen Nachhinkens liegt in dem bereits an anderer Stelle festgestellten geringen Einsatz sächlicher Betriebsmittel.

Bevor anschliessend die gegenwärtige landwirtschaftliche Markt- und Preispolitik der EWG - Länder aufgezeigt wird, sollen die sich aus den vorangegangenen Darlegungen ergebenden Grundsachverhalte nochmals zusammengefasst werden.

1. In der Gesamtheit der Gemeinschaft bewirtschaften $\frac{2}{3}$ aller landwirtschaftlichen Betriebsleiter - gegenüber $\frac{1}{4}$ aller US- Farmer - Betriebe von weniger als 10 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Angesichts der Dynamik, mit der die Anwendung des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft Eingang findet und im Hinblick auf die Anpassung an zu erwartende bzw. mögliche Veränderungen in den Preisrelationen stösst gerade diese Betriebsgrössenklasse bei der laufenden Umkombination der Produktionsfaktoren auf Schwierigkeiten. In dem Bemühen, die Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit optimal miteinander zu kombinieren, gerät nämlich der Boden sehr bald ins Minimum. Hinzu kommt, dass in industriearmen Gebieten der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung besonders hoch ist. Die Folge ist ein unrationeller Einsatz der menschlichen Arbeitskraft. Versuche, den ins Minimum geratenen Boden durch Kapital - vornehmlich durch Maschinen, Geräte und Handelsdüngermittel - zu ergänzen und die Abwanderung von Arbeitskräften zu begünstigen, haben unter den genannten Bedingungen nur begrenzten Erfolg. Rationeller - je nach Verhältnissen verschieden - gestaltet sich im Hinblick auf die Ausnutzung der verfügbaren Arbeitskraft eine Kapitalergänzung in Form des Zukaufs von Futtermitteln und Ausweitung der tierischen Veredelungsproduktion.

Andererseits müssen die hauptberuflich in der Landwirtschaft Tätigen mit grösseren Nutzflächen und Aggregaten ausgestattet werden, weil die Produktionssteigerung je Arbeitskraft mit Hilfe der Mechanisierung nur dann eine Einkommenserhöhung bewirkt, wenn die Kosten der Mechanisierung niedriger liegen als die Leistungszunahme.

2. a) Das Gebiet des Gemeinsamen Marktes hat einen geringen Einfuhrüberschuss bei Getreide. Der Selbstversorgungsgrad bei Weizen betrug im 3- Jahresdurchschnitt 1957/58 - 59/60 bereits 93 % ¹⁾. Er ist bei erhöhter Inlandserzeugung (von 19 auf 25 Mio to) und nachhinkendem Verbrauch (von 22 auf 27 Mio to) seit der Vorkriegsperiode stark gestiegen. Während bei Weichweizen bereits leichte Überschüsse vorhanden sind, besteht ein Zuschussbedarf lediglich bei Hartweizen und überseeischem Qualitätsweizen.

b) Die Versorgung mit Futtergetreide innerhalb des EWG-Raumes erfolgt zu rd. 78 % (1957/58 - 59/60) aus der Eigenerzeugung. Der Zuschussbedarf ist in der Nachkriegszeit als Folge der Produktionsausweitung bei tierischen Veredlungserzeugnissen von 5,2 = 1953/54 - 1955/56 auf 7,5 Mio to = 1959/60 gestiegen; jedoch steht zu erwarten, dass durch Verwendung hochwertiger Futtermittel und neuer Fütterungsmethoden der Verbrauch nicht schneller zunimmt als die einheimische Erzeugung.

c) Bei der Produktion von Schweinefleisch bestehen bereits Überschüsse (Selbstversorgungsgrad = 102 %), während der Anteil der Rindfleischerzeugung an dem Verbrauch innerhalb des EWG- Raumes 92 % beträgt.

Im Hinblick auf diese Versorgungsbilanz und auf die Eigenart der Produktion einzelner Waren, welche beinahe durch einen mehr oder weniger autonomen Trend gekennzeichnet zu sein scheint, lässt die vorhergehende Extrapolation von Entwicklungstendenzen grundlegender Faktoren der Agrarproduktion einen Angebotsüberhang erwarten. Deshalb kommt der Preispolitik in Zukunft grosse Bedeutung zu, um Erzeugung und Verbrauch ins Gleichgewicht zu bringen.

1) Diese und die folgenden Angaben entnommen bei:
Krohn, H.-B. und Schmitt, G.: "Agrarpolitik für Europa"
op. cit. Tabelle 3 im Anhang;

Das wichtigste Mittel dazu muß in der Schaffung zweckentsprechender Preisrelationen zwischen den Preisen der verschiedenen Produkte gesehen werden.

Unterschiede des Bodens und Klimas sowie der Oberflächengestaltung und der wirtschaftlichen Struktur bringen für jedes Mitgliedland seine spezifischen Agrarprobleme mit sich. Ihre Bewältigung orientiert sich an verschiedenen Leitbildern, je nachdem ob die Gesamtsituation in einem Land wirtschaftliche oder soziale Ziele stärker in den Vordergrund rückt. So unterschiedlich die Motive im einzelnen auch sein mögen, sind dennoch die Instrumente und Maßnahmen - sei es auf dem Gebiete der Agrarstruktur oder des Marktes - in allen Ländern weitgehend übereinstimmend, wie nachstehende Ausführungen erkennen lassen.

Kapitel II Agrarpolitische Ziele und Maßnahmen der ===== EWG-Staaten¹⁾

Bei der Weite des die moderne Agrarpolitik umfassenden Bereichs haben die meisten EWG-Länder bisher in ihrer nationalen Agrarpolitik Ziele angestrebt, welche schwerpunktmäßige entweder der Strukturpolitik oder der Markt- und Preispolitik einschließlich der Einfuhrpolitik zuzuordnen sind. Bei der Strukturpolitik geht es um eine rationelle Ausrichtung der Betriebe, welche die Landwirtschaft nicht nur wettbewerbsfähig macht, sondern der Landwirtschaft eine Entwicklung sichert, welche anderen Wirtschaftsbereichen vergleichbar ist.

Die Interventionen der Regierungen auf dem Agrarmarkt hingegen entsprechen dem Wunsch, sowohl Erzeugerpreise zu erreichen, welche zumindest die Gestehungskosten gut geführter Betriebe decken als auch gelegentliche Unausgeglichenheiten im Angebot und in der Nachfrage zu verhindern

1) Die nachfolgende Darstellung stützt sich auf die OEEC - Berichte: "Agricultural Policies in Europe and North America" - First Report, Paris May 1956, "Price and Income Policies" - Second Report, Paris July 1957 "Structural Problems - Price Support Systems" - Third Report, Paris, October 1958

oder zu berichtigen.

Die so unternommenen nationalen Anstrengungen zur Produktivitätssteigerung sollen eine relative Besserstellung der landwirtschaftlichen Pro-Kopf-Einkommen zulassen.

Das jedem dieser Aufgaben beigemessene Gewicht in den einzelnen Ländern wird in Anbetracht der verschiedenen institutionellen, rechtlichen und soziologischen Gegebenheiten sowie den technischen Möglichkeiten unterschiedlich sein.

In den nun folgenden Ausführungen soll die Ausrichtung der von den verschiedenen Regierungen praktizierten Agrarpolitik wiedergegeben werden. Denn die Kenntnis der Agrarstruktur- und Agrarpreispolitik in den Mitgliedsländern ist unerlässlich für die Beurteilung einer möglichen Einwirkung des US-Agrarprogramms auf den EWG-Agrarmarkt. Hierbei kann es sich jedoch nur um einen groben Überblick handeln. Denn eine Darlegung der Verschiedenheit nationaler Probleme und deren Schwierigkeiten würde dazu beitragen, die Massnahmen, durch die diese Ziele zu erreichen versucht wird, unübersichtlich zu gestalten.

A) Agrar-Strukturpolitik in den EWG-Ländern

Wie bereits dargelegt, ist in allen sechs Mitgliedsländern die Landwirtschaft durch den Familienbetrieb gekennzeichnet, der damit die Grundlage der Agrarstruktur bildet. Diesen Betrieben, deren kennzeichnendes Merkmal insbesondere in Holland, Belgien, BR-Deutschland und Frankreich unzureichende und in Streulage befindliche Teilstücke (Parzellen) sind, durch ein Flurbereinigungsprogramm den aus der Parzellierung resultierenden arbeitswirtschaftlichen Leerlauf zu nehmen und sie auf eine rationelle Betriebsorganisation umzustellen, bemühen sich die Regierungen in allen Mitgliedsländern.

Damit verbunden zeigt sich seit einigen Jahren immer mehr die Tendenz, die einzelnen Betriebe zu vergrößern, und zwar

- a) durch Ankauf bzw. Pachtung von Grundstücken, welche den aufstockungswilligen Kleinbetrieben zur Verfügung gestellt werden,
- b) durch Krediterleichterungen fähiger Betriebsleiter,
- c) durch Ermutigung der nicht voll ausgelasteten Arbeitskräfte, in andere Wirtschaftsbereiche abzuwandern, bei gleichzeitiger Durchführung der Dezentralisierungsprogramme für die Industrie (Niederlande, BR-Deutschland, Frankreich, Italien).

Damit parallel laufen in allen EWG-Ländern Maßnahmen zugunsten der Verbreitung landwirtschaftlicher Fachkenntnisse; unabhängig von diesen Maßnahmen haben die Regierungen seit einigen Jahren verschiedene Mittel zur Senkung der Produktionskosten angewendet:

- a) Einkauf von Düngemittel zu subventionierten Preisen (BRD, Frankreich, Luxemburg, Italien)
- b) desgleichen von Pflanzenschutzmitteln und Kraftfutter (Frankreich, Italien)
- c) Beihilfen für den Erwerb von landwirtschaftlichen Maschinen (Frankreich, Belgien)
- d) Steuererlaß für Treibstoff (BRD, Frankreich, Italien).

Um die Durchführung langfristiger Programme zur Verbesserung der Produktionsgrundlagen - wie Meliorationen, Ausbau von Wirtschaftswegen, Modernisierung der Wirtschaftsgebäude, Verbesserung der Energie- und Wasserversorgung etc. - bemühen sich durchweg alle zuständigen nationalen Behörden.

Schließlich sind die von den Regierungen unternommenen Anstrengungen zur Bekämpfung der Tierseuchen zu erwähnen, insbesondere der Tuberkulose und Rinderbrucellose.

Darüber hinaus haben unabhängig vom Staat verschiedene Berufsorganisationen Maßnahmen ergriffen, um die Kosten der Landwirtschaft zu senken und ihr gegenwärtiges Potential sinnvoller zu nutzen.

Geht man davon aus, dass das wirksamste Mittel zur Einkommensverbesserung je Kopf der landwirtschaftlichen Bevölkerung in einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität besteht, dann müssen die bisher angewendeten Massnahmen und gewährten Aufwendungen für die nationalen Agrarstrukturprogramme - nach dem gegenwärtigen agrarischen Einkommensstand in den Mitgliedländern - für eine nicht zu kurz bemessene Frist von Jahren weiterhin wirksam sein.

B. Bisherige Markt- und Preispolitik in den EWG-Ländern

Die Interventionen der Regierungen in diesem Bereich der Agrarpolitik entsprechen dem Wunsche, im Interesse der Produzenten und Konsumenten den Markt und die Preise einiger wichtiger Produkte dadurch zu stabilisieren, dass die mehr oder weniger starken Schwankungen der Weltmarktpreise vom inländischen Agrarpreisniveau möglichst ferngehalten werden. Dieses Vorhaben lässt sich sowohl durch die Wahl der angewandten Methoden feststellen als auch durch die Art des Mitteleinsatzes nachweisen. Das Gewicht der einzelnen Massnahmen ist jedoch sowohl bei den Erzeugnissen als auch von Land zu Land verschieden, wie folgende Ausführungen erkennen lassen.

1) Brotgetreide

In allen Mitgliedländern wird die einheimische Weizenherzeugung vom Staat gestützt. In Frankreich setzt die Regierung einen Garantiepreis fest, wobei die gesamte Vermarktung durch verschiedene Einzelbestimmungen kontrolliert wird. Die Exportförderungsmassnahmen werden zu einem Teil von der französischen Regierung und zum anderen Teil von den Produzenten selbst finanziert. An Verlusten, welche bei der Ausfuhr der Überschüsse entstehen, werden die Erzeuger ebenfalls beteiligt. In Italien bezieht sich die Regierung beim Weizen der Preisfestsetzung für rd. 20 % der handelsfähigen Produktion, die der Ablieferungspflicht unterliegen. Diese Erntemenge ist hinreichend, um den gewünschten Preis zu halten.

Tabelle 20:

Erzeugerpreise* für ausgewählte Agrarprodukte in den Ländern der EWG †)
1959/60

L a n d	Rinder (Lebendgewicht)	Schweine (Lebendgewicht)	Gerste (Futter)	Weizen (Weich)	Zuckerrüben**)	***) Ø DM-Betrag je 100 kg/GE
			DM/100 kg			
Belgien	179	204	31.3	39.5	7.44	37.7
BR-Deutschland	195	238	38.1	42.4	7.30	41.0
Frankreich	162	210	26.0	30.7	5.94	35.2
Italien	218	236	28.2****)	43.3	6.07	42.0
Niederlande	188	183	28.4	33.6	5.96	34.9

†)=ausgenommen Luxemburg; *)=von den Erzeugern erzielte Erlöse (einschl. Produktsubvention);

) = 16 % Zuckergehalt; *) Durchschnitt aus den Preisen für Weizen, Schlachtschweine, Schlachtrinder und Milch; ****) Preis für Mais;

Quelle: Hanau, A.: "Die deutsche Landwirtschaft im Rahmen des Gemeinsamen Marktes" in: Agrarwirtschaft-Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung, Hannover, Heft 5/1962, S. 134;

Die Niederlande setzen den Weizenpreis in der Höhe fest, dass die Gestehungskosten und eine bestimmte Gewinnmarge gewährleistet sind. Die Gestehungskosten werden auf Grund objektiver Produktionsunterlagen errechnet, die ihrerseits mittels Aufteilung des ganzen Landes in 50 landwirtschaftliche Zonen und Beleuchtung der vorherrschenden Produktionsbedingungen erstellt werden.

Der Weizenpreis wird in Luxemburg unter Berücksichtigung der Gestehungskosten und Verdienstspannen festgesetzt. In der Bundesrepublik-Deutschland regulieren Mindest- und Höchstpreise das Preisniveau für Weizen, das für eine Basisqualität jährlich festgesetzt wird. Die Marktstabilisierung für dieses Produkt ist der Einfuhr- und Vorratsstelle übertragen. Die Agrarpolitik der belgischen Regierung hat für Weizen einen Richtpreis festgelegt, der zumindest die Gestehungskosten gut geführter Betriebe deckt. Die Einhaltung dieses Erzeugerpreises wird durch einen Beimahlungszwang heimischen Weizenmehls verwirklicht. Diese Verpflichtung gilt für die gesamte Ernte. Massnahmen zur Beschränkung oder Suspendierung der Einfuhren bei den Haupterzeugnissen werden von allen EWG - Ländern angewandt; gleichwohl bestehen Unterschiede in der Intensität der Manipulation.

Ausserdem sind bedeutende Unterschiede in der Höhe der Getreidepreise zu erkennen (vgl. Tabelle 20). Im Wirtschaftsjahr 1959/60 zählte - auf DM umgerechnet - Frankreich den niedrigsten Weizenpreis je dz/DM (30,7), Italien den höchsten mit DM 43,30, gefolgt von der BR-Deutschland (42,40) und Belgien (39,50). Mit Abstand folgt der niederländische Weizenpreis von 33,60 DM je dz.

2) Futtergetreide

Die Interventionen der Regierung zur Regulierung des Futtergetreidemarktes sind mit wenigen Ausnahmen nicht so intensiv wie auf dem Weizenmarkt. Abgesehen von der Zollbelastung und einer Abgabe auf die Einfuhr wird in Belgien der Binnenmarktpreis für Futtergetreide von dem

Weltmarktpreis unmittelbar beeinflusst. Die Niederlande erheben als wichtigstes Ausfuhrland von Fleisch keine Schutzmassnahmen an der Grenze, gewähren jedoch ihren Futtergetreideproduzenten, die lediglich ein Drittel des gesamten Inlandsbedarfs stellen, Mindestpreise.

In Italien, wo die tierische Veredelungsproduktion vergleichsweise in geringem Umfang betrieben wird, gibt es mit Ausnahme der grosszügig behandelten staatlichen Einfuhrlicenzen keine Interventionen des Staates beim Futtergetreide. Der Import von Futtergetreide ist in Luxemburg als Zuschussland liberalisiert und zollfrei. Die Binnenmarktpreise für Futtergetreide liegen etwa auf dem Weltmarktpreis-Niveau. In der BR-Deutschland wird der Inlandspreis durch die marktstabilisierende Tätigkeit der Einfuhr- und Vorratsstelle vom Weltmarktpreis abgesetzt. Der Handel mit inländischem Futtergetreide wird durch jährlich festzusetzende Mindest- und Höchstpreise reguliert. Frankreich hat für Gerste und Mais einen Garantiepreis. Verteilungsmonopole sind mit der Regulierung dieses Marktes betraut. Die Hafer- und Roggenpreise unterliegen nicht der gleichen Regelung, obwohl ähnliche Garantien für sie gewährt werden können (= Interventionspreise).

Der Preisvergleich für Gerste lässt ebenfalls Unterschiede von Land zu Land erkennen. 1959/60 wurde in der BR-Deutschland der höchste (DM 38,10) und in Frankreich der niedrigste (DM 26,-) Preis je dz gezahlt. Für Roggen, der im allgemeinen entsprechend seines Futterwertes in der Nähe des Gerstenpreises liegt, dürften sich damit etwa die gleichen Unterschiede ergeben. Die Preisfestsetzung für Hafer hat im Hinblick auf seinen geringen Fütterungseffekt und wegen des rückläufigen Bedarfs nur geringe Bedeutung.

3) Fleisch

Im Gegensatz zu den vorhergenannten Agrarerzeugnissen unterliegt der Vieh- und Fleischmarkt in den einzelnen EWG-Ländern im Handel und in der Preisbildung nahezu

keinen Beschränkungen-. Die Interventionen der Regierungen beziehen sich auf eine ausgleichende Tätigkeit im Import-Exportgeschäft. So kommt es in Frankreich zur Intervention, sobald die zu Beginn eines jeden Erntejahres festgelegten Mindest- und Höchstpreise über- bzw. unterschritten werden. Die Marktpolitik Belgiens entspricht weitgehend der französischen Handhabe, lediglich mit dem Unterschied, dass in Belgien eine Regierungsstelle mit der Berichtigung gelegentlicher Unausgeglichheiten betraut wird, während in Frankreich eine halbstaatliche Gesellschaft für diese Ausgleichsfunktion zuständig ist.

Italien kennt - mit Ausnahme eines Zollschatzes - keinerlei Beeinflussung und Beschränkung seines Vieh- und Fleischmarktes. Die niederländische Preisgestaltung ist für Fleischprodukte soweit wie möglich frei, obwohl ein Mindestpreis festgesetzt ist. Als wichtiger Schweinefleischexporteur jedoch sind die Exporterlöse für die Gestaltung des Binnenmarktpreises bedeutsam. Die Marktpolitik Luxemburgs stützt Rind- und Schweinefleisch durch Schutz des Binnenmarktes gegen die ausländische Konkurrenz und durch Festsetzung von rentablen Erzeugerpreisen. Die Marktordnung bestimmt die Handelskanäle für die beiden Fleischarten, während im Einfuhrhandel neben einem Zollsystem (Benelux- System) Luxemburg die autonome Einfuhrregulierung durch GATT - Vereinbarung gestattet worden ist.

Mit dem "Vieh- und Fleischgesetz" hat die BR- Deutschland die Marktstabilisierungspolitik bei Rind- und Schweinefleisch der Einfuhr- und Vorratsstelle übertragen. Diese Stelle bindet die Inlandspreise durch Einkauf, Verkauf und Vorratsbildung mit Hilfe von Einfuhr- und Ausfuhrbestimmungen.

Die Preise für Rind- und Schweinefleisch bewegen sich im Ländervergleich auf unterschiedlichem Niveau. 1959/60 zahlte die BR- Deutschland den höchsten Erzeugerpreis bei Schlachtschweinen mit DM 238.- je dz Lebendgewicht, Belgien und die Niederlande mit DM 204.- bzw 183.- den

niedrigsten innerhalb der EWG - wenn einmal von Luxemburg abgesehen wird ¹⁾. In Frankreich und Italien tendierte das Preisniveau nahe um eine Mittelstellung. Gegenüber den Schweinefleischpreisen bewegen sich die Preisunterschiede bei Rindfleisch im Bereich von DM 60.- je Doppelzentner Lebendgewicht, wobei - für Schlachtrinder - Frankreich DM 162.- je dz zahlte, wurden in der BR- Deutschland DM 195.-, in Italien sogar DM 218.- pro dz Lebendgewicht geboten. Das hohe Schweinepreisniveau der BR- Deutschland ist in erster Linie auf die hohen deutschen Futtergetreidepreise zurückzuführen, welche wiederum von der Verfügbarkeit an Futtergetreide und der beim Futtergetreide verfolgten Preispolitik abhängig ist.

Die bei Geflügelfleisch im Ländervergleich zu beobachtende Übereinstimmung der Preise ist in erster Linie eine Folge der in den meisten Ländern praktizierten Einfuhrliberalisierung.

4) Milchwirtschaft

Auf dem Gebiete der Milchwirtschaft gewähren mit Ausnahme Italiens alle übrigen EWG - Länder ihren Erzeugern Schutz und Beihilfen. In den Niederlanden arbeitet eine Milchmarktordnung mit einem staatlichen Garantiepreis für eine begrenzte Produktionsmenge, welche durchschnittlich 80 % beträgt. Zusätzlich gewährt der Staat eine Preisgarantie bei der Einlagerung von Milchprodukten. Die belgische Agrarpolitik hat für ihre Milchproduzenten einen Milch - Butterrichtpreis festgesetzt. Am Buttermarkt interveniert der Staat, um ein möglichst stabiles Preisgefüge zu erhalten. Ausserdem werden staatliche Beihilfen für die Herstellung von Molkereiprodukten gewährt. Frankreich hat Mindestpreise für seine Produzenten festgesetzt, bei

1) Anmerkung: für Luxemburg standen keine Angaben zur Verfügung

deren Unterschreitung eine halbstaatliche Organisation interveniert. Die gleichnamige Stelle übernimmt Einlagerungen und Freigaben. Der Handel mit inländischen Milchprodukten ist frei, während die Importe staatlichen Lizenzen unterliegen.

Der Milchmarkt Italiens kennt keinerlei Preisausgleichsmassnahmen. Dies sicherlich wegen der geringen Bedeutung der Milchwirtschaft gegenüber den anderen Produktionszweigen.

In Luxemburg ist die Milchwirtschaft durch staatliche Preisgarantien gekennzeichnet. Auftretende Butterüberschüsse infolge günstiger Milchpreise haben staatliche Interventionen auf diesem Markt zur Folge. Die BR- Deutschland hat Preisausgleichsmassnahmen und die Einschaltung in die Lagerhaltung in seinem "Milch- und Fettgesetz" verankert. Darüber hinaus sind Sonder- Bestimmungen für Molkereiprodukte im Lebensmittelgesetz enthalten. Für Trinkmilch sind Höchstpreise festgelegt, während die Preisgestaltung der Milchprodukte frei ist.

Während die Interventionen der Regierungen in der Eierwirtschaft und auf dem Obst- und Gemüsemarkt - mit Ausnahme Hollands im letzteren Sektor - sich auf Schutzmassnahmen an der Grenze beschränken und auf die Preisbildung am Inlandsmarkt dieser Erzeugnisse kein Einfluss genommen wird, unterliegen in allen Mitgliedsländern die Preise für Zuckerrüben besonderen Beschlüssen der Regierungen oder der zuständigen Marktstellen. Italien und die Niederlande bedienen sich zur Stützung des Zuckerrübenpreises ebenso wie Frankreich des Festpreises, während dem belgischen Zuckerrübenanbauer ein Richtpreis und dem deutschen Erzeuger ein Mindestpreis gezahlt wird. Die in den letzten Jahren infolge günstiger Rübenpreise zu beobachtende Ausdehnung des Rübenanbaues führte zu lästigen Überschüssen, welche ihrerseits eine staatliche Kontingentierung der Anbauflächen zur Folge hatten.

Ein ungefähres Bild von der Höhe des genannten durchschnittlichen Agrarpreisniveaus in den einzelnen EWG-Ländern lässt sich in Anlehnung an Hanau¹⁾ dadurch gewinnen, dass die Preise für Weizen, Schlachtschweine und Rinder sowie Milch zu einem Durchschnittspreis je 100 kg Getreideeinheit verbunden werden. Folgende Größenordnungen der vorhandenen Preisunterschiede werden dann sichtbar:

Den französischen und niederländischen Niedrigstpreisen mit DM 35,- stehen die Durchschnittspreise Italiens und Deutschlands mit DM 42 bzw. 41,- je 100 kg Getreideeinheit gegenüber. Eine prozentuale Umrechnung der Preisunterschiede zeigt, dass die deutschen Preise der wichtigsten Agrarprodukte 1959/60

- um 17,5 % über den holländischen,
- um 1,5 % über den französischen,
- um 8,8 % über den belgischen und
- um 7,3 % über dem EWG-Durchschnitt lagen (ausgenommen Luxemburg).

Mit der vorangegangenen Darstellung über die Ausrichtung der Agrarpolitik in jedem EWG-Mitgliedstaat sollten die Mittel und Wege bezüglich der Preisstützung, der Stabilität der Märkte und der Stützung des landwirtschaftlichen Einkommens aufgezeigt werden sowie das Bemühen der Regierungen um die technische Förderung der Betriebe im Sinne einer Produktivitätssteigerung und Kostensenkung. Die hierbei sichtbar gewordenen Unterschiede in der Festsetzung der Höhe und in der Auswahl der Methoden hängen jedoch nicht nur von der Bedeutung der spezifisch agrarischen Probleme des einzelnen Landes ab, sondern auch gleichzeitig von den Möglichkeiten der Wirtschafts-, Finanz- und Absatzpolitik. Die Erhaltung und Verbesserung des Pro-Kopf-Einkommens wird gegenüber einem bis in die jüngste Vergangenheit proklamierten- auf Einkommensparität der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung hinaus-

1) Hanau, A.: "Die deutsche Landwirtschaft im Rahmen des Gemeinsamen Marktes" in : Agrarwirtschaft, 11. Jahrgang (1962) op.cit., S. 135;

laufenden - Agrarprogramms immer mehr zum Programmpunkt.

Die generelle Produktionsausweitung bei Agrarprodukten veranlaßt die Regierungen, die künftige Entwicklung der Produktion - nach vorangegangener Beurteilung der voraussichtlichen Nachfrageentwicklung - in gewünschte Bahnen zu lenken, um die Ansammlung von Überschüssen zu verhindern.

Darüber hinaus läßt die Wahl der angewendeten Methoden erkennen, mit welcher Intensität die gesetzten Ziele in die Tat umgesetzt werden. So sind die heutigen Preisstützungsmaßnahmen weniger auf das starre System der Preisfestsetzung der Nachkriegszeit ausgerichtet, sondern werden häufig durch Systeme größerer Elastizität der Agrarpreise ersetzt. Ferner werden in einigen Ländern die Maßnahmen der Preis- und Einkommensstützung durch Einfuhrbeschränkungen als Schutzmaßnahme gegen ausländische Konkurrenz ergänzt. Dies gilt insbesondere für die BR-Deutschland mit ihrer Einfuhr- und Vorratsstelle, für die Niederlande mit ihren Monopolgebühren und für Frankreich mit seinem überberuflichen Getreideamt O.N.I.C. als Einfuhr- und Ausfuhrmonopol und Interlait für seine Molkereiprodukte. Schließlich beobachtet man die zunehmende Tendenz der einzelnen Regierungen, die Maßnahmen zur Preis- und Einkommensstützung gesetzlich zu verankern und damit die Landwirtschaft langfristig zu schützen.

Bezüglich der Finanzierung beansprucht die Preisstützungspolitik sicherlich die meisten Mittel, seitdem die einzelnen Länder immer mehr darauf abzielen, in erster Linie durch preispolitische Maßnahmen der Landwirtschaft ein paritätisches Einkommen zu sichern. Leider steht zur Beantwortung dieser Frage kein ausreichendes Material zur Verfügung. Lediglich für Deutschland, die Niederlande und Frankreich können Angaben über den Umfang der Direkthilfe gemacht werden.

Die niederländische Regierung, welche den Produzenten Mindestpreise garantiert, weil die auf den Auslands-

märkten erzielten Preise nicht ausreichten, zahlte im Durchschnitt der letzten Jahre den Erzeugern aus einem staatlichen Ausgleichsfonds 400-600 Mill. DM (einschließlich Exportsubventionen). Ein Betrag, der 10 - 15 % der landwirtschaftlichen Wertschöpfung ausmacht. Allein der holländische Milchmarkt beanspruchte rd. 80 - 90 % der staatlichen Ausgaben für die Preisstützung.¹⁾

Die französische Agrarpolitik, welche auf eine Ausweitung des Agrarexports ausgerichtet ist, verursachte 1960 Ausgaben für Exportbeihilfen und Vorratshaltung im Werte von 620 Mill.NF. Für 1961 werden Ausgaben von 2,2 Mrd.NF erwartet zur Unterbringung der Vorräte.

Für die Einkommensverbesserung der westdeutschen Landwirtschaft wurden im Grünen Plan 1962 gegenüber DM 850 Mill. des Vorjahres DM 1,2 Mrd. ausgeworfen.

Vergleicht man das Ausmaß der Subventionen für Preisstützungen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Produktivität in den einzelnen Ländern, dann läßt sich feststellen, daß die angewendeten Methoden in erster Linie nicht als Produktivitätsanreiz in der Landwirtschaft gedient haben, sondern daß sie im Zuge dieser Entwicklung mehr und mehr zu einem Mittel der Sozialpolitik werden.

Da jedoch die Frage der Preishöhe vom Standpunkt des internationalen Handels ausserordentlich wichtig ist und damit langfristig für die Höhe des Agrareinkommens, müssen Maßnahmen zum Zwecke einer größeren Koordinierung der Agrarpolitik der Länder vorausgehen, wie dies nunmehr durch die in Kraft getretene gemeinsame Agrarpolitik der EWG geschehen soll.

1) Schnieders, R.: "Agrarsubventionen in der westlichen Welt"-in: Betriebswirtschaftliche Nachrichten für die Landwirtschaft - Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen - Bonn - 22. Jahrgang, Febr. 1962, S. 597 f;

Kapitel III Agrarpolitik der EWG

----- Grundzüge der am 30.7.1962 in Kraft getretenen
gemeinsamen Agrarpolitik¹⁾

Steigende Kosten der Stützungsmaßnahmen, Unausgeglichenheit zwischen Produktion und Konsum bei einigen Erzeugnissen in den Partnerländern und das Zurückbleiben des Einkommens der landwirtschaftlichen Bevölkerung hinter dem vergleichbarer Berufe - Probleme, welche sich innerhalb nationaler Grenzen bei einer im übrigen liberalen Handelspolitik kaum noch lösen lassen - haben bei der Abfassung des Vertrages zur Gründung der EWG dazu geführt, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den Gemeinsamen Markt einbezogen werden.

Die sich neuorientierende Agrarpolitik hat ab 30.7. 1962 eine europäische Marktordnung eingeführt, welche die auf dem Agrarsektor bisher bestehenden zahlreichen zwischenstaatlichen Unterschiede der Marktorganisationen koordinieren soll. Mit Hilfe eines Abschöpfungssystems sollen grobe Preisschwankungen vom Inlandsmarkt ferngehalten, ohne daß man sich dirigistischer Maßnahmen in Form mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen bedient, und damit Schwierigkeiten vermieden werden, welche bei Anwendung unterschiedlich wirksamer Systeme für die einzelnen Agrarprodukte auftreten. Es ist vorgesehen, dieses innergemeinschaftliche Abschöpfungssystem in dem Maße abzubauen, wie die Preise angenähert werden, so daß eine gemeinsame Regelung nach außen entsteht und dadurch gleichsam ein gemeinsamer Markt.

1) vgl. hierzu: Krohn, H.B. : " Die wichtigsten Ergebnisse der Brüsseler Beschlüsse über eine gemeinsame Agrarpolitik in der EWG", in: Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung, Hannover, Februar 1962, S. 51 ff;

Um eine gewisse Marktstabilität zu erreichen, müssen jedoch bestimmte Garantien gegeben werden. Das agrarpolitische System hat daher bei einigen Produkten insbesondere beim Getreide einen Richtpreis geschaffen, welcher mit einem sogenannten Interventionspreis gekoppelt wird. Bei den tierischen Veredlungsprodukten ist ebenfalls ein Schutz gegen die Labilität des Weltmarktes vorgesehen und damit eine gewisse Ordnung und Stabilität auf dem einheimischen Markt, ohne daß jedoch ein Handelsverkehr mit Drittlandern unterbunden wird. Dieses Ziel soll durch eine Abschöpfung bei der Einfuhr und einer Vergütung bei der Ausfuhr (= in Höhe der Abschöpfung) erreicht und auf diese Weise die Annäherung an einen bestimmten Richtpreis erzielt werden.

Die Anpassung an die gemeinsamen EWG - Verordnungen wird einen Wandel für jene Länder mit sich bringen, in denen der Agrarschutz durch ein vom Abschöpfungssystem sich unterscheidendes System bisher praktiziert wurde. Dies gilt insbesondere für die Bundesrepublik, für Frankreich und Italien. Um die Märkte dieser Länder nicht etwaig auftretenden marktstörenden Einfuhren auszusetzen, welche nur noch durch Preisangleichungen an den Grenzen reguliert werden, wird die Anwendung von Schutzmaßnahmen erlaubt für den Fall, daß der Markt des betreffenden Landes durch diese gemeinsame Politik in Gefahr gerät. Diese Schutzklausel, welche nur während der Übergangszeit gelten soll und bei Anwendung der Entscheidung durch die Kommission bedarf, sieht in solchen Fällen die Aussetzung von Einfuhren aus einem der Mitgliedstaaten vor oder die Erhöhung bestimmter Einfuhrabgaben.

Auswirkungen der EWG-Beschlüsse werden darüber hinaus sich innerhalb eines jeden Landes auf die Produktionsstruktur zeigen, welche erfahrungsgemäß zu einer verhältnismäßigen Beständigkeit neigt. In dem Maße, wie die Preisverhältnisse zwischen den Agrarprodukten oder die Preisrelationen der Produktionsfaktoren sich ändern, in demselben Maße wird die Landwirtschaft der Partnerländer gezwungen sein, ihre Produktionsstruktur ent-

sprechend zu ändern. Nach Ablauf einer achtjährigen Übergangszeit, also bis 1970, welche mit komplizierten Anpassungsproblemen verbunden sein wird, soll die nationale Produktionsstruktur die Standortvorteile eines jeden Gebietes durch den Marktpreis widerspiegeln und damit die Überführung in einen weitgehend geregelten Agrarmarkt ermöglichen.

Teil III Würdigung der Programm-Maßnahmen der
===== US-Agrarpolitik

In den vorangegangenen Kapiteln wurden die Umstände untersucht, welche die Landwirtschaft beiderseits des Atlantiks veranlassen, nach öffentlicher Hilfestellung zu trachten. Gleichzeitig wurden Maßnahmen der gegenwärtigen Programme aufgezeigt, welche die Verwirklichung der wünschenswerten "Norm" bringen sollen. Um jedoch den Erfolg oder Mißerfolg der Programme beurteilen zu können, ist eine Untersuchung über die Auswirkungen der genannten Programm-Maßnahmen nunmehr angezeigt.

Kapitel I Auswirkungen derzeitiger Preisstützung und Absatzgestaltung auf:

A) die US-Agrarmärkte

Im Gegensatz zu einer sich selbst tragenden Landwirtschaft, in welcher die Preise ihre Funktion als Regulator der Erzeugung erfüllen, und damit eine Überproduktion entweder verhindert oder selbsttätig korrigiert wird, hat die amtliche Agrarpolitik der Vereinigten Staaten mit ihren Preisstützungsprogrammen zu Überschüssen bei den Grundprodukten geführt, deren Ausmaß den jetzigen US-Präsidenten veranlaßten, von einem nationalen Skandal

zu sprechen, in den sowohl Farmer als auch Steuerzahler sich eines Tages gestürzt sähen, falls keine neuen und drastischen Massnahmen durchgeführt würden ¹⁾.

Die Ursache dieser Überschussbildung wird in der in den zwanziger Jahren begründeten und heute noch weitgehend praktizierten Agrarpolitik gesehen, durch Preisstabilisierung das Farmereinkommen zu stützen.

Wie auch immer die Leistungsfähigkeit der Paritätspreise und Produktionskontrollen zur Regelung des landwirtschaftlichen Absatzes in den dreissiger Jahren von der Warte der Wirtschaftsdepression bewertet werden mag, die Beibehaltung der ehemals entwickelten Preisstützungspolitik in der heutigen Landwirtschaft hat drückende Überschüsse entstehen lassen.

Wirksame Versuche, die mit der Zusicherung von Stützungspreisen gegebenen Produktionsanreize auf dem Wege der Kontrolle von Produktion und Vermarktung zu drosseln, erweisen sich als unzureichend, nachdem die agrarische Produktion immer mehr von der Dynamik des technischen Fortschritts beeinflusst wird. Diese geringen Erfolge beim Abbau drückender Überschüsse haben die Administration veranlasst, eine Revision bisheriger Massnahmen zu empfehlen, nachdem "the present price support and acreage allotment programs based on results over 20 years experience, have obviously failed" ²⁾.

Die verfehlte Stützungsolitik spiegelt sich insbesondere bei den Stapelgütern wider, wie Futtergetreide, Weizen, Baumwolle und Molkereiprodukten.

1) U.S.Feature Service - Kabel - Dienst v.12.Jan.1962: "State of the Union Message"- Amerika - Dienst, Bad Godesberg, S. 5

2) Benson, E.T.: Annual Report of Agriculture - Hearings before the House Committee on Agriculture - Washington 1959, S. 21;

Tabelle 21:

U S - W E I Z E N B I L A N Z
1955-1961
- in Mill. to -

Erntejahr	Überhang aus alter Ernte	Ernte	verfügbar	Inlandevert- brauch	Ausfuhrüber- schuss
1952 (30.Juni)	7.7	---*)	---	---	---
1953	16.5	---	---	---	---
1954	25.4	---	---	---	---
1955	28.2	25.4	53.6	16.4	9.1
1956	28.1	27.3	55.4	16.0	14.7
1957	24.7	25.9	50.6	15.9	10.7
1958	24.0	39.8	63.8	16.7	11.8
1959	35.3	32.7	68.0	16.2	13.7
1960	38.7	37.2	75.9	16.2	17.8
1961**)	36.7	33.1	69.8	15.9	18.3

*)=nicht verfügbar; **)=Vorschätzung;

Quelle: "Die landwirtschaftlichen Märkte zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1960/61"-Veröffentlichung des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung, Braunschweig-Völkenrode, in: Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung, 1960, S. 191, S. 387; Post, R. E.: "Outlook for Wheat in 1962"-United States Department of Agriculture, Economic Research Service, Washington, 1961, S. 4;

Weizenmarkt.

Im Verlauf von 1952 bis 1960 sind die Weizenüberschüsse in jedem dieser Jahre auf eine neue Rekordhöhe gestiegen (vgl. Tabelle 21). Betrug 1952 der Überhang aus alter Ernte noch 7 Mio to, belief sich der Weizenüberhang 1960 auf 38 Mio to. Solche Überschüsse haben sich entwickelt, obwohl die Exportanstrengungen der Vereinigten Staaten im Verlauf des letzten Jahrzehnts in steigenden Exportzuwächsen sich widerspiegeln. Selbst die verhältnismäßig ungünstige Weizenernte 1959 überstieg den Inlandsverbrauch und die Ausfuhrquote um nahezu 3 Mio to. Diese gesamte Entwicklung zur Weizenproduktion ist im Hinblick auf die erlassenen Programme zu Anbaubeschränkungen interessant.

Durch das in der Kriegs- und Nachkriegszeit an Bedeutung verlorene, 1956 wieder aufgegriffene Bodenbankprogramm und durch das langfristige "conservation reserve - program" sollten die Farmer eine weitere, d.h. über die bestehenden gesetzlichen Beschränkungen der Anbauflächen für Hauptkulturen hinausgehende freiwillige Einschränkung gegen Gewährung staatlicher Entschädigung vornehmen.¹⁾ Weil die Farmer jedoch vorwiegend die weniger fruchtbaren Parzellen aus der Bebauung herausnahmen und gleichzeitig zur Flächenintensivierung der verbleibenden Äcker übergingen, blieben die beabsichtigten Produktionskürzungen und damit der Abbau staatlicher Überschußbestände

1) Anmerkung: Nach geltendem Gesetz müssen Anbauflächen für die einzelnen Agrarprodukte beschränkt werden, wenn die Überschüsse bei den betreffenden Produkten eine bestimmte Menge überschreiten.

Tabelle 22: Fläche und Erträge bei Weizen in den USA
1950-1960

Position	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
bebaute Fläche in 1000 ha	24.932	24.857	28.702	27.381	21.997	19.135	20.147	17.724	21.682	---	*) 21.040
Ertrag in dz/ha	11.1	10.8	12.3	11.6	12.2	13.3	13.5	14.6	18.4	---	---

*)=nicht verfügbar;

Quelle: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, v. 3. Juli 1959, S. 107;
Hearings before the Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 87. Congress 1. Session, Washington 1961, S. 95;
Post, R.E.: "Outlook for Wheat in 1962" U S D A - Economic Research Service-Washington 1961, S. 4;

durch diese Programm-Maßnahmen aus (vgl. Tabelle 22). Eine stimulierende Wirkung auf die Ertragssteigerung dürfte sicherlich von der seit dem 2. Weltkrieg zu beobachtenden und staatlicherseits geförderten Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in nicht-agrarische Wirtschaftsbereiche ausgehen. Die abwandernde Arbeitskraft wird nicht selten durch moderne, d.h. produktivitätssteigernde Maschinen und Geräte ersetzt. Die damit erforderlich werdenden laufenden Amortisationen üben auf die zurückbleibenden Familienmitglieder einen finanziellen Druck aus, den Ausstoß zu vergrößern.

Falls es sich bei der abwandernden familieneigenen Kraft noch um die Notwendigkeit der Finanzierung der Ausbildung handelt, wird die finanzielle Belastung sicherlich den Intensitätsansporn erhöhen.

Darüber hinaus hat die künstliche Hochhaltung der Weizenpreise über dem Marktpreis zu einer starken Ausweitung des Weizenanbaus geführt. Denn der garantierte Preis gibt dem Farmer für jede weitere ausgebrachte Einheit den gleich hohen Preis der vorangegangenen Produktionseinheiten. Bereits zur Amtszeit Eisenhower wurde bei den leistungsfähigen und relativ billig produzierenden Großfarmern des "Weizengürtels" ein Stimmungswandel im Hinblick auf die bestehenden Überschüsse beobachtet, als in von Natur aus wenig prädestinierten Gebieten der Vereinigten Staaten der Weizenanbau wegen der günstigen Preishöhe ausgedehnt wurde, welcher nunmehr mit dem Weizengürtel des Mittelwestens konkurrierte.

Wenn auch kein genaues Zahlenmaterial über die durch die Preisstützung bewirkte Zuwachsrate der Weizenproduktion sich erstellen läßt, wird dennoch die Bedeutung des Preisstützungs-Niveaus für die Überschubbildung seitens der Regierung erkannt. Die vom Landwirtschaftsminister Benson¹⁾ vorgeschlagene, jedoch vom Kongress ignorierte Reform

1) Hearings before the Committee on Agriculture and Forestry-US-Senate 2. Session on the Agricultural Situation and the President Farm-Message, January 17 and 22 1958, S. 144 f;

Tabelle 23: Daten zum Futtermittelbedarf in den USA (1950-1960)

Produkt	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
Mais											
.) bebaute Fläche											
in 1000 ha	33.100	32.903	32.819	32.630	32.450	32.184	30.608	29.386	29.732	---	30.804
.) Ertrag dz/ha	22.5	22.7	25.4	24.9	23.9	25.9	28.7	29.6	31.5	---	---
.) Erzeugung											
in Mill/to	77.6	74.7	83.3	81.0	77.6	82.0	87.7	86.9	93.5	115.4	117.4
Gerste											
.) beb. Fläche											
in 1000 ha	4.513	3.800	3.336	3.475	5.411	5.894	5.237	6.065	6.020	---	---
.) Ertrag dz/ha	14.6	14.6	14.8	15.2	15.3	14.8	15.7	15.7	17.0	---	---
.) Erzeugung											
in Mill/to	6.6	5.5	4.9	5.2	8.2	8.7	8.2	9.5	10.2	11.3	11.6
Hafer											
.) beb. Fläche											
in 1000 ha	16.484	14.752	15.549	15.870	16.410	15.881	13.640	14.021	12.879	---	---
.) Ertrag dz/ha	12.4	13.0	11.8	11.1	12.5	13.7	12.4	13.5	16.0	---	---
.) Erzeugung											
in Mill/to	20.4	19.1	18.2	17.5	20.4	21.8	16.8	18.8	20.6	28.9	31.0
Roggen											
.) beb. Fläche											
in 1000 ha	700	701	560	560	726	829	657	677	722	---	---
.) Ertrag dz/ha	7.7	7.8	7.2	8.2	9.1	8.9	8.2	10.2	11.4	---	---
.) Erzeugung											
in Mill/to	540	544	408	461	659	738	537	692	825	602	893

.) = nicht verfügbar.

Quelle: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, 3. Juli 1959, S. 107;
 "Survey of current business"-US-Department of Agriculture/Commerce, January 1962, S. 27;
 Clough, M.: "Outlook for Feed in 1962"-US-Department of Agriculture, Washington, 1961, S. 2;
 Hearings before the Subcommittee of op. cit. S. 95;

zum Preisstützungssystem im Jahre 1958, die gegenwärtige Skala der Preisparität von 75 - 90 % auf 60 - 90 % zu erweitern, um durch diese grössere Flexibilität der Preisfestsetzung die bestehenden Märkte für die verschiedenen Agrarprodukte auszuweiten und Produktionsanreize zu drosseln, lässt das Verlangen der Regierung nach einem "realistischen" Preisstützungssystem deutlich erkennen. Die Administration Kennedy hat sich in ihrer Politik zur Anpassung des Agrarangebots an den vorhandenen Bedarf für ein Brachlegen umfangreicher landwirtschaftlicher Nutzflächen auf lange Sicht ausgesprochen, welche dem "soil - bank - program" Bensons weitgehend entspricht. Berücksichtigt man jedoch die gleichzeitig mit dieser von Cochrane formulierten und vom Präsidenten Kennedy gewählten "Supply - Management - Politik" zugesicherten höheren Stützungspreise, dann dürfte das in der Vergangenheit mit derartigen Praktiken beobachtete Wachstum der Stützungsbestände wohl kaum gedrosselt werden ¹⁾.

Futtergetreide

Das Ausmass des Futtergetreide-Überschusses anzugeben, macht im Vergleich zum weizen weit grössere Schwierigkeit. Der Grund hierfür liegt in der vielschichtigen Produktionsstruktur des landwirtschaftlichen Betriebes, in dem schätzungsweise rd. die Hälfte der eigenen Futtergetreide-Ernte über den Tiermagen verwendet wird.

Wie der Produktionsverlauf der einzelnen Futtergetreidearten in Tabelle 23 ausweist, ist die Erzeugung bei allen Getreidearten - mit Ausnahme des Hafers infolge des Rückgangs tierischer Zugkraft - in den letzten 10 Jahren gestiegen; auffallend stark insbesondere beim Mais. Verbunden mit dieser Produktionsausdehnung wuchsen die Überschüsse von Jahr zu Jahr sowohl wegen des nachlassender

1) vgl. Neue Züricher Zeitung - Fernausgabe - v.
26. Februar 1961

US-Futtergetreide-Bilanz (1952-1960)

Tabelle 24:

Erntejahr	Anfangs= bestand	Erzeugung	Einfuhr -in Mill.to-	verfügbar	Inlands= verbrauch	Ausfuhr	Endbestand
1952/53	18.5	---*)	---	---	---	---	---
1953/54	24.7	---	---	---	---	---	---
1954/55	29.7	---	---	---	---	---	---
1955/56	37.3	---	---	---	---	---	---
1956/57	39.3	---	---	---	---	---	---
1957/58	44.4	120.8	0.8	166.0	104.0	8.4	53.6
1958/59	53.6	133.8	0.3	187.0	115.4	10.8	61.4
1959/60	61.4	140.8	0.3	202.8	123.6	10.9	68.0
1960/61	68.0	139.7	0.3	208.0	125.0	10.0	73.0

*)=nicht verfügbar;

Quelle: "Die landwirtschaftlichen Märkte zu Beginn des Jahres 1960/61"-Veröffentlichung des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung, Braunschweig-Völkenrode, in: Agrarwirtschaft, Zeitschrift für..., op.cit., S.193, S.389;
FAO: "The State of Food and Agriculture 1961", Rome 1961, S.25;

Inlandsbedarfs (vgl. Tabelle 24) als auch infolge des relativ günstigen Stützungspreises beim Futtergetreide. Die relativ geringe Ernte im Wirtschaftsjahr 1957/58 innerhalb des 5-Jahresvergleichs überstieg den Inlands- und Ausfuhrbedarf um rd. 8 Mio to. Mit Ende des Erntejahres 1961 wurden schliesslich die drückenden Überschüsse an Futtergetreide mit 84 Mio to für die Vereinigten Staaten beziffert; wovon 73 Mio to allein von der Regierung eingelagert wurden. Sie überstiegen damit die Lagerbestände von 1952 um das 4-fache ¹⁾.

Auf diesem Hintergrund wachsender Überschüsse wurden in den vergangenen Jahren dem Kongress entsprechende Vorschläge unterbreitet und auf die dringende Notwendigkeit einer Annahme dieser Vorschläge hingewiesen.

Der Eisenhower - Administration gelang es 1958, dem Mais unter den preisgestützten Futtergetreidearten insofern eine Sonderstellung einzuräumen, als dessen Stützungspreis von \$ 1,36 auf \$ 1,12 je Bushel herabgesetzt wurde bei gleichzeitiger Preisgabe aller Anbaubeschränkungen. Desgleichen wurde das veraltete Paritätssystem bei diesem Getreide aufgehoben. Der Stützungspreis wurde nunmehr in einem bestimmten Prozentsatz des durchschnittlichen Marktpreises der letzten 3 Jahre festgesetzt ²⁾.

Diese Reform Bensons, die Produktion durch die drastische Kürzung des Stützungspreises einzuschränken, führte jedoch nicht zu dem erwarteten Resultat. Infolge einer

1) Clough, M.: "Outlook for Feed in 1962"- US-Department of Agriculture, Economic, Research Service, Washington, November 1961, S. 1

2) OEEC : "Fifth Report on Agricultural Policies in Europe and North America" "Trends in Agricultural Policies since 1955 - Paris" 1961, S. 351

isolierten Maßnahme für lediglich eine Getreideart gingen die Farmer dazu über, die durch Anbaubeschränkungen bei anderen Getreidearten freigesetzten Flächen mit Mais zu bestellen. Die aus diesem Verhalten resultierende Mehrproduktion liess die Stützungsbestände an Mais bis Ende 1960 auf über 2 Mrd. Bushel steigen bei einer Rekordernte von 4,35 Mrd. Bushel.¹⁾

Die Sorge, daß der andauernd niedrige Maispreis zu einer Überproduktion und zu fallenden Preisen bei den Veredelungsprodukten Fleisch, Geflügel, Eiern führen könnte, hat schließlich die Kennedy-Administration bewogen, ein Futtergetreide-Programm zu erlassen, welches auf eine Verminderung der Lagerbestände wie auch Kürzung der Staatsausgaben ausgerichtet ist.

Farmern, welche ihre Anbaufläche für Mais um 20 % einschränken, wird eine Preisstützung von \$ 1,20 je Bushel gezahlt, d.h. eine um 1,4 % höhere Stützung gegenüber 1959/60. Für eine weitere Anbaubeschränkung um 20 % werden die Farmer mit Mais und anderem Futtergetreide aus den Regierungsbeständen entschädigt. Die Stützungspreise für Hafer, Gerste und Zuckerhirse wurden nach einer gesetzlich festgelegten Formel entsprechend erhöht.

Die durch diese Programm-Maßnahmen in Brache gelegten Anbauflächen betrugen im Jahre 1960/61 annähernd 25 % der gesamten letztjährigen Futtergetreidefläche der Vereinigten Staaten. Allein für Mais ging die Anbaufläche auf 23 % der Anbaufläche des Jahres 1959/60 zurück. Demgegenüber war die auf der reduzierten Fläche erzielte Produktion nur um die Hälfte zurückgegangen.²⁾

1) "Agricultural Income and Production", in: Survey of current business, US-Department of Commerce 1961, Oktober, S. 6;

2) "Agricultural Income", op. cit. S. 7;

Tabelle 25: Anbaufläche, Flächenerträge, Erzeugung und Vorräte bei Baumwolle in den USA
1952-1961

Position	Einheit	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
Ertrag	pounds/acre	280	324	341	417	407	442	457	451	446	--*)
Anbaufläche	Mill/aces	28.2	27.2	25.2	19.8	17.5	16.8	14.1	--	14.2	14.5
Erzeugung	Mill/balles	15.1	16.5	13.7	14.7	13.3	11.0	11.5	--	14.2	14.5
Vorräte	Mill/balles	2.8	5.6	9.7	11.2	14.5	11.3	8.7	8.7	7.6	7.2
*)=nicht verfügbar;											

Quelle: Loewenstein, F.: "Outlook for Cotton in 1962" USDA-Washington 1961, S.1;

Report of "The Secretary of Agriculture" 1958-USDA, Washington 1959, S.7 f;

Journal of Farm Economic 1959, S.253;

OESC: "Third Report on the Agricultural Policies in Europe and North America, Paris 1958, Tabelle 10; (USA-Kapitel)

Hearings before the Subcommittee of the Committee....., 1961, op.cit. S.94;

Diese Beobachtung, daß die Produktionsabnahme nicht entsprechend der Verkleinerung der Anbaufläche verlief, spiegelt den Fortschritt bei den Flächenerträgen wider, der seinerseits auf wirksamen Düngemiteleinsatz, auf die Auswahl leistungsfähigerer Sorten und Flächen für den Maisanbau zurückzuführen ist.¹⁾ Zum anderen macht sich das natürliche Streben der Farmer bemerkbar, auf der kontingentierten Anbaufläche mehr Produktionsmittel einzusetzen, um auf diese Weise eine höhere Produktion zu erzielen.

Bei den übrigen Futtergetreidearten liegt die Produktion ebenfalls niedriger im Vergleich zum Vorjahr als Folge des Kontroll-Programms (vgl. Tabelle 23). In- dessen wird trotz dieser Maßnahmen nach Schätzungen des US-Department of Agriculture das Aufkommen an Futter- getreide im Jahre 1961 nur wenig unter dem Rekordniveau des vorhergehenden Erntejahres liegen, und damit der Er- folg der Bemühungen um die Überwachung der Produktion gemindert.

Baumwoll-Markt

Im Gegensatz zum Getreide, bei dem die Lagerbestände in den letzten Jahren Rekordhöhen erreichten, konnten die Baumwollbestände merklich abgebaut werden (vgl. Tabelle 25). Der Vorrat war zum 1. August 1961 um 400 000 Ballen kleiner als die 1960 (1.Aug.) gelagerten 7,6 Mio Ballen und um 50 % geringer als der Rekord 1956 mit 14,5 Mio Ballen. Gleichwohl überstieg der Bestand 1961 den des Jahres 1952 um das 2 1/2-fache. Begründet werden kann der beobachtete Bestandsabbau mit einem höheren Bedarf der US-Wirtschaft an Baumwolle, geringeren Textilimporten und zunehmenden Ausbau des Textilexports. Andererseits werden die Exportchancen für Baumwolle in naher Zukunft

1) Im Vergleich zu 1954 sind die Futtergetreideernten je acre im Jahre 1961 um 50 % größer; vgl. Clough, M. "Outlook for Feed 1962," op. cit. S. 1;

nicht hoch bewertet, hauptsächlich weil in der übrigen freien Welt die Lagerbestände im Wirtschaftsjahr 1960/61 stark aufgestockt worden sind, und die in den freien Ländern bestehende Lücke zwischen Produktion und Konsum an Baumwolle immer mehr durch Eigenanbau und insbesondere durch Substitutionsgüter geschlossen wird.

Nach Schätzung des United - States - Department of Agriculture (= USDA) - Wirtschaftsforschungs- Dienstes wird der Ausfuhrüberschuss an US- Baumwolle jedoch den Stand von 1960 mit 5 1/2 Mio Ballen in den nächsten Jahren kaum überschreiten.¹⁾ Für 1961 wird der inländische Pro-Kopf- Verbrauch an Baumwolle mit 22,2 pounds als die niedrigste Quote seit 1958 angegeben. Im Vergleich dazu wird für die kommenden Jahre bei den Substitutionsgütern (Synthetica etc.) eine 9 %-ige Zuwachsrate des gegenwärtigen Pro- Kopf - Verbrauchs von 5,7 pounds erwartet.

Diese Absatzdaten lassen bei normalem Wirtschaftsverlauf im Hinblick auf die künftigen Baumwoll- Bestände wiederum Zuwachsraten erwarten. Bereits für 1962(August) wird der gesamte Vorrat um 400 000 Ballen höher geschätzt als der Überschuss 1961 mit 7,2 Mio Ballen.²⁾

Auskunft über den Erfolg der staatlichen Bemühungen - die durch Preisstützungsmassnahmen angeregte Produktion über Anbau- und Absatzkontingente einzuschränken - gibt Tabelle 25. Danach ist die mit Baumwolle bestellte Fläche im Verlauf von 8 Jahren (1952 - 60) um rd. 14 Mio acres oder 50 % eingeschränkt worden, während die Produktion lediglich um 6 % oder mit 900 000 Ballen hinter der des Jahres 1952 zurückblieb.

1) Löwenstein, F.:"Outlook for Cotton in 1962"
US- Department of Agriculture, Washington,
November 1961, S. 5

2) Löwenstein, F.:"Outlook for Cotton in 1962"
op. cit., S. 1;

Umgekehrt proportional zur Anbaubeschränkung verlief der Flächenenertrag im Vergleichszeitraum. Selbst die Herausnahme von 3 Mio acres aus der Bebauung durch das Bodenbankprogramm im Verlauf zweier Jahre (1956 - 1958) hat es nicht vermocht, die Produktion im gewünschten Ausmass zu drosseln.

Der im Rahmen des Agrarprogramms Kennedys erhöhte Stützungspreis für die gangbarsten Wollsorten der Ernte 1961 mit 33 cents je pound - gegenüber 29,2 cents des Vorjahres und 26,3 cents im Jahre 1959 - hatte zu einer flächenmässigen Ausdehnung der Baumwollproduktion in weniger prädestinierten Gebieten geführt. Nur so wird es verständlich, dass der Westen der Vereinigten Staaten bei einem Rekord - Ertrag von 991 pounds/acre im Jahre 1961 mit lediglich 8,7 % an der gesamten Baumwoll- Anbaufläche beteiligt war im Vergleich zu 10,1 % des Vorjahres ¹⁾.

Der für den Baumwoll- Anbau begünstigte Südosten hatte lediglich eine um 0,2 %- ige Flächenausweitung vorgenommen im Vergleich zu einer 16 %-igen des vorhergehenden Jahres 1960. Die Anhebung des Stützungspreises dürfte auch über das Importvolumen Auswirkungen auf die Höhe der Lagerbestände zeitigen. Eine Erhöhung der Spanne zwischen höheren amerikanischen und niedrigeren ausländischen - insbesondere asiatischen-Baumwoll- Preisen wird die ausländische Baumwoll- Industrie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit stärken mit der Folge, dass die Importe an Baumwoll- Textilien in den USA weiterhin zunehmen werden, sofern keine empfindliche Einfuhrkontingentierung vorgenommen wird. Bereits bei dem vorherigen Stützungspreis von 29,2 cents je pound ist die Einfuhr von Baumwollwaren in den ersten elf Monaten des Jahres 1960 um 62 % auf 76 Mio Dollar gestiegen gegenüber dem vorjährigen Vergleichszeitraum.

1) Löwenstein, F.: "Outlook for Cotton in 1962"
op. cit. S. 1

Milchmarkt

Im Vergleich zu den bisher genannten preisgestützten Agrarprodukten der amerikanischen Regierung haben die Stützungsmaßnahmen für Molkereiprodukte, die eine indirekte Stützung des Milchpreises bezwecken, die Überschussbildung bei Butter, Käse und Milchpulver im Verlauf von 1953 - 1960 weniger stark beeinflusst. Die bis dahin den US-Milchmarkt kennzeichnende Stabilität ist mit dem Rückgang des Milch- und Butterverbrauchs seit 1960 und der offensichtlich einsetzenden Expansionsphase in der Milchproduktion weitgehend aufgehoben.

Von 1960 bis 1961 nahm der Milchverbrauch um rd. 3 Mrd. lb. auf weniger als 120 Mrd. lb. ab, während der Absatz an Trinkmilch und Rahm in der gleichen Zeit von 57,4 auf 56,7 Mrd. lb. zurückging ¹⁾. Demgegenüber führte eine zweimalige Anhebung des Stützungspreises, ebenso wie eine steigende Zuwachsrate je Kuh, zu der um 2 Mrd. lb. grösseren Jahresproduktion von 125 Mrd. lb. Dadurch ergab sich für das Jahr 1961 ein Milchüberschuss von 5 Mrd. lb. Eine weitere Ausdehnung der Milchproduktion je Kuh wird für die kommenden Jahre in dem Masse erwartet, wie die Farmer bei dem geltenden Stützungspreis zur Verfütterung konzentrierter Futtermittel übergehen.

Wenn auch die Futtermittelpreise etwas anziehen dürften, so wird doch die Milch- Futtermittel-Preisrelation langfristig günstig beurteilt. Der dynamische Einfluss dieser die Produktion stimulierenden Komponenten kann an folgenden Daten abgelesen werden:

Im Vergleich zu 1954 nahm die Zahl der milchwirtschaftlichen Betriebe bis 1959 um 39 % ab, gleichwohl konnte

1) Bluestone, H. and Rojke, A.S.: "Outlook for Milk Products in 1962" - USDA - Washington, Nov. 1961, S. 2 ;

die Jahresproduktion 1954 mit der verminderten Anzahl von Betrieben im Jahre 1959 erzielt werden. Zurückgeführt wird diese Entwicklung auf die Aufstockung der Milchkuh-Bestände je Betrieb um 33 % verbunden mit einer um 20 % verbesserten Milchleistung je Kuh in dem Vergleichszeitraum ¹⁾. Diese Zuwachsraten sowohl im Bestand wie auch je Kuh lassen weitere Rekordproduktionen und - ceteris paribus - Überschüsse für die nächsten Jahre erwarten, falls nicht von den geltenden Preisstützungsmassnahmen abgesehen wird.

Die Administration - Eisenhower kann die Tatsache, die Stützungspreise niedrig gehalten und damit drückende Überschüsse vermieden zu haben, als Erfolg ihrer Stützungs-politik für Molkereiprodukte ansehen. Im Gegensatz hierzu zählte die Erhöhung des Milchrichtpreises von \$ 3,22 auf \$ 3,4 je 100 lb für das am 1. April 1961 beginnende Milchjahr zu einer der ersten Amtshandlungen Freemanns unter dem US- Präsidenten Kennedy.

Die Bemühungen der Regierung, die wachsende Produktion dem zurückbleibenden Konsum anzupassen, mussten jedoch solange erfolglos bleiben, als mit der Erhöhung der Stützungspreise für Milchprodukte keine obligatorische Beschränkung der Milcherzeugung verbunden wurde. Dieser in der amerikanischen Agrarpolitik nicht selten praktizierte Fehler konnte auch nicht mit dem Ende Januar 1961 vom US- Präsidenten dem Kongress vorgelegten Agrarprogramm beseitigt werden, welches nunmehr eine indirekte Produktionseinschränkung durch Festsetzung von Milchabsatzquoten für den "Milchfarmer" vorsieht.

Die Ablehnung dieses Planes durch die Agrarausschüsse beider Häuser und die darauf von Freeman veranlasste Herabsetzung des Richtpreises auf den Stand des vorange-

1) Bluestone, H. and Rojke, A.S.: " Outlook for Milk..."
op.cit., S. 2;

gangenen Jahres in Höhe von \$ 3,11 je 100 lb. lassen die bisherigen geringen Erfolgsaussichten der US- Regierung in der Vermeidung wachsender Überschüsse bei Molkereiprodukten erkennen. Nach Meinung des Landwirtschaftsministers Freeman wird der herabgesetzte Milchrichtpreis eine weitere Steigerung der Regierungsbestände keineswegs verhindern, obwohl eine Kürzung des Jahreseinkommens der Milchfarmer um \$ 250 Mio erwartet wird ¹⁾.

Die vorstehenden Ausführungen zu den Auswirkungen von Preisstützungs- Programmen auf einige Produktenmärkte zeigen, dass die bisher angewandten Programme die gewünschte Produktionsrichtung nicht im erhofften Masse beeinflusst haben, wie dies für die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage erforderlich gewesen wäre ²⁾.

Gegen die Anwendung eines hohen Preisstützungsniveaus nach dem 2. Weltkrieg lässt sich in erster Linie einwenden, dass die Agrarproduktion in eine Richtung gedrängt wurde, welche nach der beginnenden Normalisierung des

-
- 1) "Senkung der Stützungspreise für Milchprodukte in den Vereinigten Staaten", in: Neue Züricher Zeitung - Fernausgabe - 6. April 1962;
 - 2) "Der für diese Aussage getroffenen Auswahl der Produktenmärkte lag die Tatsache zugrunde, dass die Produkte Weizen, Futtergetreide, Baumwolle und Molkereiprodukte anteilmässig rd. 80 % der gesamten Regierungsüberschüsse im 5-Jahresdurchschnitt ausmachen, obgleich der Anteil der Einnahmen aus Preisstützungsoperationen am Gesamterlös verkaufter Agrarprodukte nur etwa auf 20 % sich beläuft - ausgenommen Molkereiprodukte von über 5 %; vgl. hierzu: Paarlberg, D.: "The Farm Policy Debate" - in: Journal of Farm Economic 1960, S. 405 und OEEC: Third Report on the Agricultural Policy in Europe and North America, Paris 1958, S. 519;

Wirtschaftslebens dem Bedarf nicht entsprach und wachsende Überschüsse aufkommen ließ. So haben die Stützungspreise die Produktion an Weizen und Baumwolle weiterhin gefördert, obgleich die Nachfrage nach diesen Produkten zurückging, während die vom Konsumenten gewünschte Produktion von Obst und Gemüse nicht im wünschenswerten Ausmaß gesteigert worden ist. Eine starre Preisstützung kann deshalb nicht Richtschnur der Produktion sein - weder für die Gegenwart noch für die Zukunft. Denn Preise zu einem gegebenen Zeitpunkt reflektieren die besonderen Bedingungen zu eben jener Zeit.

Darüber hinaus wurde die durch das preisdrückende Anwachsen der Stützungsbestände notwendig gewordene Politik, Anbauflächen zu beschränken und Absatzquoten von Jahr zu Jahr festzusetzen, von den Farmern nur widerstrebend hingenommen. Diese Schwierigkeit, daß nur ein Teil der Farmer sich mit den geforderten Beschränkungen einverstanden erklärt, während die anderen Farmer nach einer Steigerung der bisherigen Flächenerträge trachten,¹⁾ es also kein einheitliches Farmerinteresse bei der gegenwärtigen Situation gibt, hat die staatlichen Bemühungen zur Drosselung der Erzeugung durch Beschränkung der Anbauflächen außerordentlich geschwächt. Andererseits haben Kongresskreise durch ihre Abneigung gegen den Regierungsplan, obligatorische Erzeugungsbegrenzungen einzuführen, den Erfolg der Bemühungen um die Überwachung der Produktion gemindert.

Die Festsetzung der Mindestanbaukontingente zur Sicherstellung einer normalen Versorgung, wie andererseits von Höchstanbaukontingenten zum Zwecke der Vermeidung von lästigen Überschüssen hat bei einigen preisgestützten Erzeugnissen zu einer größeren Anbaufläche und damit Produktion geführt als es zur Deckung des geschätzten Inlandsverbrauchs zuzüglich der geschätzten Ausfuhr notwendig gewesen wäre. So ergab sich für 1956 eine erforderliche Weizenanbaufläche von 12 Mio acres, während die tatsächliche Weizenfläche 55 Mio acres umfaßte.

Bei Baumwolle wurde im gleichen Jahr eine Differenz zwischen errechneter und tatsächlicher Gesamtanbaufläche von 3,9 Mio zu 17,6 Mio acres ermittelt.²⁾

1) Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die Gewährung des vollen Stützpreises von einer Beteiligung an den Programmen abhängig gemacht wird, daß den Farmern für freiwillige Stilllegung von Anbauflächen eine direkte Entschädigung gezahlt wird.

2) OEEC: "Third Report on the Agricultural Policy in Europe and North America," op. cit. S. 506

Die hier auftretende Abweichung der Interessen läßt erkennen, daß die automatische Anpassung der Produktion an die gegebenen Absatz- und Bedarfsverhältnisse vor allem dann verhindert wird, wenn die Stützungspreise besonders hoch festgesetzt werden. In Anlehnung an das bereits genannte Beispiel für Weizen und Baumwolle erzielten die Farmer 1956 einen Durchschnittspreis von \$ 1.97 je Bushel Weizen, hingegen betrug der durchschnittliche Weizen-Stützungspreis \$ 2.00 je Bushel; für Baumwolle betrug der vom Farmer in der Saison erzielte Durchschnittspreis \$ 0,316 je pound gegenüber dem durchschnittlichen Stützungspreis von \$ 0,934/ pound.¹⁾

Außerdem ermutigt die Festsetzung eines hohen Erzeugerpreises nicht selten die Produktion der mit dem gestützten Produkt - im Urteil der Konsumenten - konkurrierenden Ware. Die Produktion der Synthetica, wie auch der rückläufige Butterkonsum in den Vereinigten Staaten dürfen sicherlich als Reaktion sowohl der Produzenten von Substitutionsgütern als auch der Konsumenten auf überhöhte Preise bei Baumwolle und Butter gewertet werden. Nachdem diese Erzeugnisse als gleichwertig angesehen werden, ist mit einer Verdrängung dieser Substitutionserzeugnisse durch Herabsetzung der Preise für Grundprodukte nicht zu rechnen. Dies gilt insbesondere für eine Änderung des Baumwollpreises. Die Folgerungen dieses aus der US-Wollpolitik resultierenden Sachverhalts spiegeln sich bereits heute in den Baumwolle anbauenden Südstaaten wider, welche im Hinblick auf die Einkommenshöhe der Farmer weitgehend zur "depressed area" erklärt worden sind.

Ferner sind relativ hohe Stützungspreise geeignet, die Produktion des betreffenden Erzeugnisses in Gebieten mit hohen Produktionskosten zu fördern und aufrechtzuerhalten. Dies um so eher, je mehr die Beschränkungen der Anbauflächen einen freiwilligen Charakter tragen. Es sollten deshalb Preisstützungsmaßnahmen mit der verfolgten Produktionspolitik in dem Sinne verbunden werden, daß mit einem relativ hohen Preisstützungsniveau strenge Produktionskontrollen verknüpft werden, hingegen bei niedrigeren Stützungspreisen eine weniger restriktive Produktionskontrolle verfolgt wird.

1) OEEC : "Third Report on the Agricultural Policy: ..." Tabelle 20 des Anhangs

Andererseits verleiten Produktionskontrollen an sich zu einer weniger leistungsfähigen Erzeugung, wie sie auch die Dispositionsfreiheit des einzelnen Farmers beschränken, die rentabelste Verwendung seiner Produktionsfaktoren vorzunehmen. Namhafte Agrarökonomen wie auch die höchst unpopuläre Agrarpolitik des ehemaligen Landwirtschaftsministers Benson sind deshalb von der Überzeugung getragenen, dass die bestehenden Schwierigkeiten, die Produktion den Absatzverhältnissen anzupassen, nur durch Aufhebung der starren Paritätspreisstützung überwunden werden können zugunsten der Wiedereinschätzung der am Markt wirkenden Kräfte ¹⁾.

B) Auswirkungen derzeitiger Preisstützung und Absatzgestaltung auf die

Einkommenssituation der Farmer

Während im vorhergehenden Teil eine unerwünschte Eigenschaft der amerikanischen Agrarpreispolitik dargetan wurde, die in ungewöhnlich hohen Vorräten bei den gestützten Waren besteht, stellt sich nunmehr die Frage, ob die Einkommensverhältnisse der US-Farmer durch die derzeitige Preisstützungspolitik verbessert worden sind, wie dies die Gesetzesinitiatoren angenommen haben. Das Ergebnis dieser Frage ist für die Beurteilung der Zweckmäßigkeit der bisherigen Einkommenspolitik entscheidend.

Für die Begründung der Preisstützungsmassnahmen, nämlich die Vorstellung, dass höhere Agrarpreise sich in höherem Familieneinkommen widerspiegeln, findet sich in der US-Agrarliteratur geeignetes Zahlenmaterial, mit dessen Hilfe der Einfluss der Preisstützungsprogramme auf die Höhe des Agrareinkommens dargestellt werden kann.

1) vgl. hierzu: Halcrow, H.: "Agricultural Policy of the United States", New York 1953;
Johnson, G.: "Trade and Agriculture", New York 1950;
Schultz, Th. W.: "Agriculture in an Unstable Economy" 1945;
desgl. die laufenden Publikationen dieser Autoren in:
Journal of Farm Economics ;

Eine diesbezüglich angestellte Untersuchung von Wilcox ¹⁾ zeigt, dass das Netto- Agrareinkommen ohne Preisstützungsprogramme in den Jahren 1937 - 1939 um 20 - 55 % niedriger gewesen wäre; in den Jahren 1940 - 42 um 14 - 43 % und 24 - 34 % niedriger für die Jahre 1948 - 49; hingegen hätte für das Ende des Untersuchungszeitraums, 1952 - 56, das um die Preisstützungsmassnahmen bereinigte Agrareinkommen um 28 - 50 % niedriger beziffert werden müssen. Das höhere Netto- Einkommen erlaubte den Farmern eine beschleunigte Anwendung des landbautechnischen Fortschritts und damit über eine steigende Leistungsfähigkeit eine grössere Stabilität, welche wiederum das Ergebnis der Preisstützungs- Programme der letzten 30 Jahre gewesen ist.

Diese Global - Aussagen über die Einflussgrösse der Preisstützungsprogramme vermögen jedoch keine hinreichende Antwort zu geben über die Nutzenstiftung dieser Programme für die einzelnen Betriebsgrössen und hier auf die Frage, inwieweit diese Programme auch den kleineren Farmen, die der Regierung besonders stützungsbedürftig erscheinen, zu höheren Einnahmen aus ihren Erzeugnissen verhelfen. Denn die amerikanische Landwirtschaft als ein homogenes Ganzes aufzufassen, ist unzulässig.

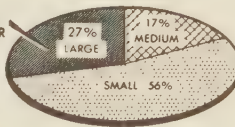
In Anlehnung an die Tabelle 3 (S. 19) über die Anzahl der Farmen in bestimmten Umsatzgrössengruppen werden die Kleinfarmen mit ihrem geringen Marktanteil von 9 % des Gesamtangebots kaum eine wesentliche Verbesserung ihres Einkommens durch höhere Preise erfahren. Sie produzieren vergleichsweise wenig für den Markt, so dass an die Produktion geknüpfte Einkommenszahlungen ihnen wenig Hilfe bringen. Hierfür einige Beispiele:

1) Wilcox, W.W.: "The Farm Policy Dilemma", in: Journal of Farm Economics, 1958, S. 564

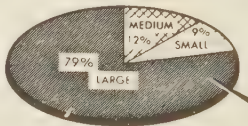
SMALL FARMERS DERIVE LITTLE BENEFIT FROM PRICE SUPPORT

IN 1957:
1.3 million LARGE FARMS
equaled about ONE-QUARTER
of total farms . . .

NUMBER OF FARMS

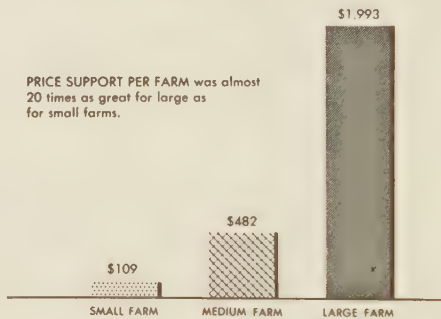


FARM MARKETINGS



LARGE FARMS accounted for
almost FOUR-FIFTHS of
total farm sales.

PRICE SUPPORT PER FARM was almost
20 times as great for large as
for small farms.



Source: U.S. Dept. of Agriculture

Quelle: Rockefeller Brothers Fund: "The Challenge to
America: Its Economic and Social Aspects" Special
Studies Project Report IV, New York 1958, S. 39 ;

Von den 1,4 Mio Weizenproduzenten hatten in den Jahren 1956 - 1957 60 % oder 823 000 mit einer Anbaufläche von 15 und weniger acres einen Anteil an der gesamten Weizenernte der Vereinigten Staaten von 13 %; während 10 % der Weizenproduzenten mit 100 und mehr acres 55 % der gesamten Weizenproduktion erstellten ¹⁾. Bei den Baumwollproduzenten betrug für 73 % der Farmer die Anbaufläche 15 und weniger acres. Ihr Anteil an der Gesamtproduktion belief sich auf 25 %. Die verbleibenden 27 % der Farmer stellten 75 % der gesamten Baumwollproduktion. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Maisproduzenten. 1957 erbrachten 72 % aller Maiserzeuger auf einer Fläche von 25 und weniger acres einen Anteil an der Gesamtproduktion von 35 %.

Nach Angaben des "Rockefeller Report" belief sich für jeden der 2,7 Mio Betriebe, deren Verkaufserlöse \$ 2500 jährlich nicht überschreiten, die durchschnittliche finanzielle Zuwendung aus den Preisstützungsmassnahmen auf lediglich \$ 109 für das Rechnungsjahr 1956-57. Demgegenüber wird für 1,3 Mio Betriebe - mit einem jährlichen Verkaufserlös von \$ 5000 und mehr - der Subventionsbetrag aus den Preisstützungen auf \$ 1.993 je Betrieb im gleichen Zeitraum beziffert(vgl.Schaubild 5).

Das auf diese Weise entstehende Bild muss allerdings differenziert werden. So verbergen sich - wie Tabelle 26a zeigt - hinter dem durchschnittlichen Einkommen des Betriebsleiters und der familieneigenen Arbeitskräfte in der Gruppe der "Commercial Farmer" in Höhe von \$ 3702 für das Jahr 1958 erhebliche Abweichungen sowohl im Hinblick auf die Weiträumigkeit des Landes als auch bezüglich der Vielzahl der Nutzungssysteme(vgl.Schaubild 6).

1) USDA: "Report of the Secretary of Agriculture"1958, op.cit., S. 5;

2) Rockefeller Brothers Fund:"The Challenge to America: Its Economic and Social Aspects"Report of Panel IV of the Special Studies Project, New York 1958,S. 40;

Tabelle 26a: Netto-Einkommen* des Betriebsleiters und der familieneigenen Arbeitskräfte in der Gruppe der "Commercial farmer"; gegliedert nach Betriebstypen und Regionen

Nutzungssystem und Region	in Dollar				
	1954	1955	1956	1957	1958
<u>Milchwirtschaftsbetriebe</u>					
Zentral Nordost	2.551	2.984	2.758	2.887	2.844
Eastern Wisconsin	1.899	1.489	2.044	1.796	1.372
Western	1.493	1.553	2.033	2.040	1.997
<u>Mais-Gürtel-Betriebe</u>					
Schweineaufzucht-Betriebe	1.573	1.624	1.679	2.116	3.320
Schweinemast-Betriebe	6.551	1.995	4.679	4.286	6.287
Mais-Betriebe	5.107	3.200	5.556	2.125	2.500
<u>Geflügel-Betriebe</u>					
New Jersey (Eierproduktion)	- 3.529	606	- 703	- 565	- 239
<u>Baumwoll-Betriebe</u>					
Southern Piedmont	680	1.521	756	567	1.479
Texas:					
Black Prairie	756	1.501	- 260	294	1.287
High Plains (non-irrigated)	2.912	929	880	4.222	6.542
High Plains (irrigated)	9.460	3.563	9.054	6.449	12.536
Mississippi Delta:					
small farms	1.197	1.627	1.233	649	649
large farms	11.012	19.798	12.133	2.360	2.820

Tabelle 26a: Fortsetzung

Nutzungssystem und Region	1954	1955	in Dollar		1957	1958
			1956	1957		
Erdauss-Baumwoll-Betriebe						
Southern Coastal Plains	1.804	2.760	2.444	1.644	2.664	
Tabak-Betriebe						
Kentucky-Tabak-Viehhetriebe	2.517	1.906	2.251	1.477	2.021	
North Carolina:						
Tabak-Baumwoll-Betriebe	1.889	2.513	2.506	1.067	2.081	
Tabak-Kleinbetriebe	1.843	2.354	2.430	1.410	2.014	
Sommer-Weizen-Betriebe						
Northern Plains:						
Weizen-Viehwirtschaften	421	4.428	5.076	1.633	4.384	
Weizen-Mais-Viehwirtschaften	1.738	867	1.593	2.953	4.629	
Winter-Weizen-Betriebe						
Southern Plains:						
Weizenbetriebe	4.426	1.898	702	2.250	8.015	
Weizen-Hirse-Betriebe	261	- 1.454	- 715	1.415	7.373	
Pacific-Northwest:						
Weizen-Erbse-Betriebe	10.459	3.915	6.489	6.152	359	
Weizen-Brache-Betriebe	-	-	-	8.215	5.250	

Tabelle 26a: Fortsetzung

Nutzungssystem und Region	1954	1955	1956	1957	1958
	in Dollar				
<u>Rindvieh-Betriebe</u>					
Northern Plains	979	95	- 841	633	2.777
Intermountain-Region	1.995	2.004	2.033	5.101	9.211
Southwest	- 5.113	- 2.174	- 6.471	- 1.701	2.068
<u>Schafwirtschaften</u>					
Northern Plains	1.107	1.259	2.609	6.626	8.560
Southwest	- 6.337	- 3.821	- 6.366	- 3.004	1.530

*) = nach Abzug der Kapitalbelastungen;

Quelle: Agricultural Information Bulletin-US-Department of Agriculture, 176, ARS ;

Dies hat zur Folge, daß ein für alle Farmer der Vereinigten Staaten verbindlicher Mindestpreis eines bestimmten Produkts einen recht unterschiedlichen Effekt auf das einzelne Betriebsleiter-Einkommen hat. Schaubild 7 zeigt diesen Sachverhalt für die Farmer des Maisgürtels. Die Preispolitik der Nachkriegszeit ist den Schweinemast-Betrieben im weit stärkeren Maße zugute gekommen als den Aufzuchtbetrieben. Gemessen an der Entwicklung der Industrielöhne hatte die Höhe der Stützungspreise auf das Einkommen der Aufzuchtbetriebe nur einen mäßigen Effekt; während bei den Mastbetrieben der Grundgedanke für eine Erhöhung des landwirtschaftlichen Einkommens - die Beseitigung der Einkommensdisparität - zumindest zeitweise nicht vorgelegen hat. Ähnlich liegen die Einkommensdifferenzen bei den übrigen preisgestützten Erzeugnissen (vgl. Tabelle 26 a).

Bei den Baumwoll-Erzeugern des Mississippi-Delta erzielten die Kleinbetriebe im Jahre 1958 ein um viermal kleineres Einkommen als die Großbetriebe von durchschnittlich \$ 2820; obgleich auch dieses Einkommen unter dem Niveau der Industrielöhne lag.

Andererseits würde eine straffere Kontingentierung der Anbauflächen, als sie mit dem gegenwärtigen Programmen verbunden ist, bei einer daraus resultierenden Anhebung des Preisniveaus um ein Mehrfaches, die Einkommenslage der Kleinfarmen zwar kurzfristig verbessern, langfristig jedoch nicht wesentlich verändern. Die geltenden Bestimmungen verlangen von den Kleinfarmern zwar keine Einschränkung der Anbauflächen bei gestützten Produkten hauptsächlich wegen der damit verbundenen größeren Umstellungen, - sie erlauben aber auch andererseits keine Vergrößerung der bisherigen Anbauflächen bei den Erzeugnissen.

Im Hinblick auf die bereits erwähnte geringe markt-orientierte Produktion wie auch auf die verschiedenartige Zusammensetzung der Erntemengen kann dann der

Kleinfarmer mittels dieser Preispolitik und Anbaukontingentierung nur eine geringe Einkommenserhöhung erwarten. Denn wie erinnerlich, fliesst dieser Farmergruppe, die 56 % der landwirtschaftlichen Bevölkerung darstellt, entsprechend ihres geschätzten Marktanteils bestenfalls 9 % der gesamten verausgabten Preisstützungskosten zu¹⁾.

Damit wird die Ungeeignetheit der auf eine Erhöhung des landwirtschaftlichen Einkommens mittels Stützungspreisen abzielenden Massnahmen offensichtlich. Sie leisten wenig für den Grossteil der Agrarbevölkerung, die echte Hilfe benötigen. Auch erscheint es fragwürdig, ob selbst jene Farmer, denen die Preisstützungs-Programme nahezu ausschliesslich zugute kommen, nunmehr leistungsfähiger wirtschaften im Sinne eines unabhängig von den Preisstützungsmassnahmen erwirtschafteten höheren Einkommens als vor dem Inkrafttreten dieser Stützungsprogramme.

Dadurch, dass Farmer mit verhältnismässig hohem Einkommen infolge besserer Erzeugungsbedingungen grössere Subventionszahlungen von der Regierung erhalten als Farmer mit niedrigem Einkommen, trägt die gegenwärtige Preisstützungspolitik entgegen ihrer Zielsetzung gewisse regressive Merkmale²⁾. Gleichzeitig ist mit dieser Politik nicht die weite Streuung in der Einkommensverteilung innerhalb der Landwirtschaft zugunsten einer breiteren Mitte abgeschwächt, sondern durch eine an die Produktion geknüpfte Einkommenszahlung - die sich insbesondere bei den Grossfarmern günstig auswirkt - einer weiteren Verlagerung der Höchst- und Niedrigstwerte innerhalb der Einkommensreihe Vorschub geleistet.

1) USDA: "Report of the Secretary of Agriculture" op.cit. S. 5 ;

2) vgl. Schultz, Th.W.: "Agriculture in an Unstable Economy" op.cit. S.210

C) Auswirkungen der Preisstützung und Absatzgestaltung auf den Staatshaushalt

Die Feststellung, dass das Gros der Agrarbevölkerung nicht den erhofften Nutzen aus der geltenden Preispolitik erfahren hat, in dessen Namen diese Programme häufig verteidigt werden, lässt die aufgelaufenen Kosten für Preis- und Einkommensstützung umso drückender empfinden. In einer vom US- Department of Agriculture veröffentlichten Untersuchung werden die Regierungsausgaben für Preis- und Einkommensstützungen, Darlehen der Warenkreditgesellschaft (CCC), Beseitigung der Überschüsse und dergl. mit \$ 22,478 Mrd. für die Zeit von 1932 bis 1956 beziffert ¹⁾. Ungefähr die Hälfte dieses Betrages wurde für Bemühungen um Stabilisierung der Preise und Einkommen aufgewendet.

Auf die Vorkriegsjahre entfielen 1932 - 1939 durchschnittlich rd. \$ 280 Mio pro Jahr; während in den Kriegsjahren, als die Agrarpreise weniger durch die Höhe der Stützungspreise als vielmehr durch die starke Nachfrage hoch gehalten wurden, die Kosten der Stützungsprogramme verhältnismässig niedrig waren. Im Gegensatz hierzu stiegen die Programm- Ausgaben in den Jahren allgemeiner Wirtschaftsprosperität (1950- 56) auf jährlich nahezu 857 Mio Dollar. Für 1960 indessen wurde von den Verfassern des "Economic Report of the President" für finanzielle Aufwendungen des Bundes zugunsten der Landwirtschaft \$ 5,1 Mrd. in Ansatz gebracht; davon entfielen allein auf den Titel "Preis- und Einkommensstabilisierung" \$ 3,5 Mrd. ²⁾.

-
- 1) USDA: Realized Cost of Agricultural and Related Programs, by Function or Purpose, Fiscal Years 1952-56, March 1957;
 - 2) USDA: "Economic Report of the President", January 20, 1960, S. 57;

Der gesamte von der Warenkreditgesellschaft investierte Betrag in Vorräten und die aussenstehenden Kredite ¹⁾ erreichten 1960 einen Wert von 10,4 Mrd. Dollar. Gegenüber den vorhergehenden Jahren wurde damit ein neuer Ausgabenrekord erreicht, der die Gesamtinvestition der Warenkreditgesellschaft der Jahre 1951 und 1952 um das 2,5 - bis 3- fache überstieg. Rd. 9,5 Mrd. Dollar oder 92 % aller Aufwendungen der Warenkreditgesellschaft waren 1960 allein in Vorräten der gesetzlich gestützten Basisprodukte (Weizen, Futtergetreide, Baumwolle) investiert. Ausgaben der Warenkreditgesellschaft für Lagergebühren, Transport und Zinsen der gesamten Überschüsse werden für das Rechnungsjahr 1961 mit über \$ 1 Mrd. oder \$ 3 Mio pro Tag angegeben ²⁾. Auch hier ein neuer Ausgabenrekord.

In Prozent der Gesamt- Budgetausgaben umgerechnet werden die Aufwendungen für Preisstützungsoperationen dem jüngsten Expertenbericht ³⁾ zufolge mit 3 1/2 % beziffert; ihr Anteil am Bruttosozialprodukt hingegen mit 1 % angegeben. Diese Werte lassen allerdings nicht die drückende Last dieser Aufwendungen für den US- Steuerzahler erkennen, der über den Verzehr die höchsten Stützungen für die Landwirtschaft aufbringt.

-
- 1) Die Vorräte der CCC bestehen aus Erzeugnissen, die die CCC auf Grund von Ankäufen von den Farmern übernommen oder zur Sicherung noch nicht gedeckter Kredite hereingenommen haben;
 - 2) "Die welt" - Unabhängige Tageszeitung für Deutschland - v. 2.6.1962;
 - 3) vgl.: "Trade in Agricultural Products- GATT Programme for Expansion of international Trade"- First Report of Committee II - Geneva 1962, S. 470;

Die Betrachtung zum Ablauf der Paritätspreispolitik und ihrer Ergebnisse in den Vereinigten Staaten läßt nun die Folgerung zu, daß zwischen dem Ziel optimaler Kombination der Produktionsfaktoren und dem Problem der besten Einkommensverteilung - hier nicht im funktionellen Sinne - seitens der Initiatoren dieser Politik nicht scharf genug unterschieden worden ist. Eine solche Unterscheidung ist jedoch zur Lösung der hier anstehenden agrarischen Belange erforderlich. Die Ziele mögen sich in einigen Fällen ergänzen, und das Erreichen eines Zieles auch dem anderen förderlich sein, dennoch schließen sie sich in einigen wichtigen Fällen gegenseitig aus. So erlaubt z.B. die Abwanderung der nicht-ausgelasteten Arbeitskräfte eine rationellere Kombination der verbleibenden Kräfte mit dem Faktor Boden und Kapital. Andererseits kann der Fall eintreten, daß in dem Maß, wie eine optimale Kombination der Produktionsfaktoren erreicht wird, das Einkommen der landwirtschaftlichen Bevölkerung abnimmt.¹⁾

Die praktische Agrarpolitik hat diese Situation gelegentlich benutzt, die Politik der Entlohnung der Produktionsfaktoren entsprechend ihres relativen Knappheitsverhältnisses aufzugeben zugunsten einer Anhebung des Einkommens durch Preisstützungsmaßnahmen. Das Ergebnis solchen Verhaltens besteht schließlich in einem weniger wirtschaftlichen Zusammenwirken der drei Produktionsfaktoren.

1) Für die Bestimmung des Optimums der Faktoren - Kombination und des der Einkommensverteilung sind zwei verschiedene Prinzipien anzusetzen. Das optimale Mengenverhältnis der Faktorkombination wird durch das Marginalprinzip: Grenzkosten - Grenzertrag erreicht. Die Bestimmung der besten Einkommensverteilung hingegen basiert auf zeitabhängigen Vorstellungen über die allgemeine Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit. Im Gegensatz zu den bisher verfügbaren Marginal-Analysen, die einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis und zur Lösung wirtschaftlicher Probleme liefern, sind die Prinzipien zur Lösung des Einkommensproblems wenig untersucht.

Ein Beispiel hierfür liefert die Kontingentierung der Anbauflächen, deren Aufgabe darin besteht, das durch Preisstützungsmassnahmen angeregte Angebot nicht in ein Missverhältnis zur Nachfrage abgleiten zu lassen.

Diese Massnahme hat jedoch dem Farmer mehrere von den Initiatoren nicht vorhergesehene Ausweichmöglichkeiten an die Hand gegeben. Sie reichen von der Substitution der Produktionsfaktoren über die Ertragssteigerung eines Produkts auf Kosten eines anderen bis zum gegenwärtigen Produktionsverzicht zugunsten zukünftiger Produktion¹⁾.

Diese Flexibilität in der Bewirtschaftungsweise hat bei Baumwoll-, Weizen- und Maisfarmern jedoch nicht zu optimalen Erträgen geführt. Besteingeführte Anbaupraktiken und jüngste Forschungsergebnisse, die in ihrer Anwendung bei hinreichendem Sachverstand zur Ertragssteigerung hätten führen müssen, wurden von den Farmern nicht eingesetzt, weil für die mit dem Anbau von Substitutionsprodukten verbundene Neukombination der Einsatzfaktoren keine hinreichenden Kenntnisse vorhanden waren. Hier wird deutlich, dass die Anbaukontingentierung trotz der Substitutionsmöglichkeiten zum unwirtschaftlichen Einsatz gegebener Produktionsfaktoren geführt hat²⁾.

Ein weiteres Beispiel für den geringen Erfolg von Massnahmen, bei deren Formulierung die beiden genannten Pro-

1) Folgende Verhaltensweisen sind vom Farmer einnehmbar:

- .) Herausnahme der weniger fruchtbaren Böden aus der Produktion;
- .) Einsatz leistungswirksamer Betriebsmittel auf der reduzierten Fläche;
- .) Die durch Anbaubeschränkung freiwerdende Fläche wird mit Substitutionsprodukten bebaut, z.B. Mais durch Sojabohnen substituiert;
- .) Die freiwerdenden Flächen werden durch Brache verbessert im Sinne künftiger Ertragssteigerung.

2) vgl. Schultz, TH.W.: "Economic Effects of Agricultural Programs" in: The American Economic Review Vol. XXX Nr. 5 (1941) S. 139;

blemkreise nicht deutlich unterschieden worden sind, ist die Lagerhaltungspolitik. Ihre Massnahmen hatten die Einkommensverbesserung der Farmer zum Ziele. Für diese Aufgabe ist die Absatzkontingentierung jedoch ungeeignet. Dies zumindest solange, als die mit dieser Massnahme verfolgte Einkommenssteigerung der Farmer auf Kosten des Konsums und wachsender Lagervorräte geht und sich infolge des hiermit verbundenen Preisdrucks schliesslich ungünstig auf die langfristige Einkommensentwicklung der landwirtschaftlichen Bevölkerung auswirkt.

Ogleich die im Rahmen der Lagerhaltungspolitik gewährten Kredite in den meisten Fällen zu einem ökonomisch sinnvollen Einsatz der Produktionsfaktoren geführt haben, wird doch deren günstiger Einfluss durch die den Massnahmen anhaftenden Mängel weitgehend aufgehoben. Hohe Aufwendungen seitens des Staates erscheinen deshalb - weil sie weder zur Lösung des Überschussproblems noch zur Beseitigung der Unterbeschäftigung in den niedrigen Einkommensschichten beigetragen haben - in ihrer jetzigen Höhe ungerechtfertigt, wie sie auch andererseits ungünstige Auswirkungen auf die langfristigen Interessen der Landwirtschaft zeitigen. Beide Mängel sind schliesslich das Ergebnis einer nicht exakten Trennung zwischen den Zielen optimaler Faktorkombination und einer vergleichsweise besseren Einkommensverteilung.

Als weitere Ursache für die Unzulänglichkeit derzeitiger Preisstützungspolitik kann die fehlende Vorausschau auf die Dynamik des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft angesehen werden. Diese Triebkraft hat die Zuwachsraten des Nahrungsangebots doppelt so gross werden lassen wie die der Nachfrage. Gleichzeitig wurde durch sie die Grenzproduktivität der Arbeit gesenkt, und es wurden damit Arbeitskräfte freigesetzt. Hier zeigt sich, dass das Ungleichgewicht in der Landwirt-

schaft nicht nur auf die Stützungsprogramme zurückzuführen ist, sondern auch auf die verhältnismässig starke Anwendung des landbautechnischen Fortschritts. Diese Überlegung hat bereits die Agrarökonom Cochrane und Schultz bewogen, für eine Kürzung der Mittel für solche Forschungszwecke zu plädieren, die zu einer Produktionssteigerung in der Landwirtschaft führen können ¹⁾.

Es ist nun die Frage, ob in erster Linie die staatliche Preisstützung für die Agrarüberschüsse verantwortlich ist oder die Anwendung des technischen Fortschritts.

1. Es liegt auf der Hand, dass ohne staatliche Preisstützung die Agrarpreise so lange gefallen wären, bis eine ausreichende Zahl von Grenzbetrieben aufgelöst worden wäre. Da wegen der Verknüpfung von Haushalt und Betrieb in der Landwirtschaft mit einer inversen Angebotsreaktion zu rechnen ist, besonders wenn die Arbeitsmöglichkeiten in den übrigen Wirtschaftsbereichen beschränkt sind (die Vereinigten Staaten weisen eine verhältnismässig hohe Arbeitslosigkeit auf), müssten die Preise sehr stark sinken, damit eine genügende Anzahl von Betrieben ausscheidet. Das würde aber dazu führen, dass auch die unter günstigeren Bedingungen produzierenden Betriebe keine oder nur minimale Gewinne aufweisen würden. Eigenmittel der Landwirtschaft zur Finanzierung von technisch fortgeschrittenen Produktionsmitteln würden also weitgehend fehlen, und Kredite wären unter diesen Umständen kaum zu beschaffen.

Dieses Ergebnis ist allerdings nicht sonderlich interessant, weil es bei einem freispielanden Marktmechanismus auf die Dauer keine Überschüsse geben

1) vgl. Cochrane, W.W.: "Farm Prices - Myth or Reality" in: University of Minnesota Press, 1958; Schultz, Th.W.: "Agriculture in an Unstable Economy" op.cit. ; ders. "Agricultural Policy for What?" in: Journal of Farm Economy 1959, S. 192 ;

kann, welche Faktoren auch immer auf das Angebot einwirken mögen.

2. Wichtiger ist also die Prüfung der Frage, ob durch eine geringere Preisstützung die Anwendung des technischen Fortschritts langsamer erfolgt wäre und somit keine oder geringere Überschüsse entstanden wären. Für diese Möglichkeit spricht einerseits, dass niedrigere Preise geringere Gewinne bedeuten, so dass weniger Eigenmittel zur Anwendung des technischen Fortschritts zur Verfügung gestanden hätten. Andererseits ist aber folgendes zu bedenken: die erwähnte Verbindung zwischen Haushalt und Betrieb veranlasst den Landwirt, zunächst ein gewisses Einkommensminimum sicherzustellen. Diese Möglichkeit bietet nun insbesondere die Erzeugung von solchen Produkten, bei denen ein staatlich garantierter Preis besteht, sei dieser nun hoch oder niedrig. Es ist sogar zu erwarten, dass um der Minimalsicherung willen bei niedrigen Preisen mehr von diesen Produkten erzeugt wird als bei hohen. Liegen Anbaubeschränkungen vor, so ist die Anwendung des technischen Fortschritts besonders anziehend, selbst wenn sie durch Fremdmittel finanziert werden muss. Kredite sind bei staatlich garantierten Agrarpreisen überdies leichter zu beschaffen.

Hier zeigt sich das vielleicht ernsteste Dilemma der Agrarpolitik. Bei Agrarprodukten, die stark von Witterungseinflüssen abhängig sind, ist eine staatliche Preisregulierung wohl unumgänglich, weil es sonst auf Grund der geringen Preiselastizität der Nachfrage von Jahr zu Jahr zu erheblichen Preisschwankungen kommen würde. Da bei witterungsabhän-

gigen Produkten sich überdies in der Regel die Ernte auf einen kurzen Zeitraum zusammendrängt, ist auch zum Ausgleich übermässiger saisonaler Preisschwankungen eine staatliche Preisregulierung angezeigt. Andererseits bietet die Tatsache, dass überhaupt ein Preis garantiert wird, den Landwirten einen erheblichen Anreiz zur Produktivitätssteigerung bei den betreffenden Produkten, so dass sich bei stagnierender Nachfrage unausweichlich Überschüsse ergeben. Diesem Dilemma kann auch eine liberale Agrarpolitik, die grundsätzlich von der Vorzugswürdigkeit der marktwirtschaftlichen Lösung des Agrarproblems überzeugt ist, nicht ausweichen. Die Lösung kann auch für sie nicht heissen, die Entwicklung ohne weiteres dem Marktmechanismus zu überlassen. Wenn ein gewisses Mindestmass an Preisregulierungen unumgänglich ist, wenn dem Marktmechanismus nicht die Lösung des Ein- und Austritts (entry and exit im Sinne der angelsächsischen Preistheorie) überlassen werden kann, kommt angesichts der Überschussgefahr alles darauf an, durch staatliche Massnahmen eine möglichst schmerzlose Verringerung der Zahl der unter ungünstigen Bedingungen produzierenden Betriebe zu erreichen. Zur Beseitigung der Einkommens-Disparität können dann um so wirksamer Massnahmen ergriffen werden, die geeignet sind, die Arbeitsproduktivität in den übrigen Betrieben zu erhöhen, ohne dass es zu preisdrückenden Überschüssen kommt.

Kapitel II Auswirkungen der US-Agrarpolitik auf
den internationalen Handel

Der Verlust der Auslandsmärkte für die wichtigen Exportprodukte der Vereinigten Staaten wurde in den dreissiger Jahren als wichtiger Grund für die wirtschaftlich unzulängliche Stellung der amerikanischen Landwirtschaft erkannt. Insbesondere führte der wachsende Angebotsdruck bei Baumwolle, Weizen, Tabak und Fleisch zu sinkenden Preisen und zu erheblichen Einnahmeverlusten für die Farmer. Das Bemühen des FEDERAL FARM BOARD, das Agrareinkommen durch Massnahmen zur Preisstabilisierung zu schützen, schränkte jedoch - in Verbindung mit Restriktionsmassnahmen der Importländer - den internationalen Handel ein, mit der Folge eines weiteren Rückgangs im Handelsvolumen.

Das Zuckerprogramm von 1934 liefert ein Beispiel für die völlige Änderung der bis dahin von den USA praktizierten Handelspolitik. Während die Zuckerpolitik der zurückliegenden Jahre sich einer Zollpolitik bediente, welche die inländischen Erzeugnisse gegen ausländischen Wettbewerb schützte, wurde mit der "Sugar-Act" von 1934 ein System von Importquoten, Produktionsquoten und Förderungszahlungen eingeführt, die sich seit jener Zeit im wesentlichen nicht verändert hat.

Das 1937 verabschiedete Baumwoll-Programm gibt ein weiteres Beispiel für den Einfluss agrarpolitischer Programme auf die Handelspolitik. Dieses Programm setzte den Inlandspreis über den mit amerikanischer Wolle konkurrierenden ausländischen Baumwollpreis, in dessen Verlauf innerhalb von zwei Jahren Überschüsse in Höhe von 8 Mio Ballen anfielen.¹⁾

Das anschliessend eingeführte Exportstützungsprogramm, welches auf die Rückgewinnung verlorener ausländischer Wollmärkte abgestellt war, machte andererseits die Einführung von Importbeschränkungen unumgänglich, um einen Reimport der gestützten US-Baumwolle zu vermeiden.

In beiden Fällen führte das Bemühen des Federal Farm Board, den Erzeugerpreis im Durchschnitt über dem Weltmarktpreis zu halten, zur Einführung von Massnahmen, welche die mit den Stützungsprogrammen einhergehenden unerwünschten Folgeerscheinungen weitgehend aufheben sollten, Massnahmen, welche die Importe beschränkten oder den Export zu besonders günstigen Bedingungen förderten und damit die Unvereinbarkeit mit einer liberalen Handelspolitik erkennen lassen.

Im Gegensatz zur Agrarpolitik der 20-er Jahre, in welcher lediglich einige wenige Waren durch Zölle geschützt wurden, ist die Kluft zwischen der geltenden Agrarpolitik und liberaler Handelspolitik in den letzten Jahrzehnten durch Exportförderungsmassnahmen, Preisstützungen und Importquoten geweitet worden. Diese Entwicklung ist bedenklich, weil die Gefahren der willkürlichen und diskriminierenden Handlungen zunehmen.

1) Johnson, D.G. : "Trade and Agriculture" A Studie of inconsistent Policies, New York 1950, S. 11;

Im folgenden sollen jene Agrarprogramme der Vereinigten Staaten aufgezeigt werden, die geeignet sind, den internationalen Handel zu verzerren. Gleichzeitig werden die Gründe genannt, welche diese Massnahmen als unvereinbar mit einer liberalen Handelspolitik erscheinen lassen.

Handelsverzerrende Entscheidungen

In der im Jahre 1935 erstmalig vom Kongress gebilligten und 1948 erweiterten Section 22 des PUBLIC LAW No. 320 wird der Präsident ermächtigt, die Einfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse immer dann zu beschränken, wenn - nach Anhörung der Zolltarifkommission - weitere Einfuhren der betreffenden Warengruppen die bestehenden Programme nachteilig beeinflussen.

A. Importpolitik

Importquoten wurden bereits 1941 für Weizen und Weizenmehl erlassen; wobei von 800 000 bewilligten Bushels allein auf Kanada 795 000 Bushels entfielen ¹⁾. Während für Hafer und Gerste Importquoten von 1953 bzw. 1954 bis Ende 1956 galten, sind solche für Roggen bis 1961 wirksam gewesen. Im Hinblick auf die zur Lösung wachsender Überschüsse erforderlich gewordene Senkung des Stützungspreises und Einführung von Absatzquoten haben die GATT-Mitglieder 1955 der Anwendung eines sog. "waiver" (Ausnahmeregelung) durch die USA-Regierung zugestimmt.

1) Commonwealth Economic Committee: "Grain Crops", London 1961, S. 192 ;

B. Exportpolitik

Unter Section 32 des PUBLIC LAW 320 von 1935 wurden 30 % aller Zolleinkünfte zur Exportförderung bei Agrarprodukten und zur Ausweitung des einheimischen Konsums eingesetzt.¹⁾ Diese Bestimmung wurde durch die AGRICULTURAL ADJUSTMENT ACT von 1956 ergänzt, die einen jährlichen Fonds von S 500 Mio vorsieht. Das Anwachsen der Lagerbestände bei Agrarprodukten in der Folgezeit veranlasste die US-Regierung, zusätzliche Programme für die Verwendung der Überschusserzeugnisse zu entwickeln. Mit Section 550 der MUTUAL- SECURITY- ACT von 1953 wurde der Export von Überschussprodukten an befreundete Nationen gegen Währung des Einfuhrlandes in Höhe von \$ 100 bis 200 Mio genehmigt. Section 402 der MUTUAL-SECURITY- ACT von 1954 bestimmte \$ 50 Mio aller für 1954 im Bundeshaushalt für Auslandshilfen vorgesehenen Mittel für einen verstärkten Verkauf an Lagerbeständen in Fremdwährung. Ähnliche Weisungen wurden mit den folgenden MUTUAL- SECURITY- ACTS gegeben.

Das "FOOD for PEACE"-Programm von 1959 ordnet eine Koordinierung aller geltenden Exportförderungsmaßnahmen an, um einen wirkungsvolleren Bestandsabbau zu erreichen.

Ein weiterer Beitrag zu der eingeleiteten protektionistischen Handelspolitik wurde mit der Gründung der Warenkreditgesellschaft 1933 geliefert. Als Instrument der staatlichen Preisstützungsoperation bemüht sich diese Institution um die Unterbringung umfangreicher Vorräte auf dem Exportmarkt, die sich in der Vorkriegszeit vorwiegend bei den beiden gestützten Produkten Weizen und Baumwolle ansammelten. Mit der Annahme der AGRICULTURAL TRADE DEVELOPMENT AND ASSISTANCE ACT (PUBLIC LAW 480) von 1954 wurde der Aufgabenbereich der Warenkreditgesellschaft auf die wachsenden Überschüsse bei den übrigen Grundprodukten ausgedehnt. Dieses Gesetz - auf das in einem anderen

1) Commonwealth Economic Committee: "Grain Crop" 1961, op.cit. S. 192

Tabelle 26 b: Bilanzen ausgewählter Agrarprodukte in den USA
Vorkriegsstand und 1950-1959

Erzeugnis/Jahr	A n g e b o t			V e r w e n d u n g		
	Bestand z.	Produktion	Import	Inlandsverbrauch	Export*)	
	Beginn d.Jahres	in Mill.to **)				
Weizen						
Ø 1937/38-1939/40	6.1	22.6	0.3	18.5	2.35	
1950/51	10.7	27.3	0.4	19.2	6.75	
1951/52	6.9	26.5	0.9	18.5	12.74	
1952/53	16.2	35.0	1.1	17.7	11.19	
1953/54	25.0	31.4	0.3	16.9	7.39	
1954/55	27.8	26.4	0.2	16.3	6.19	
1955/56	27.7	25.0	0.2	16.0	7.26	
1956/57	24.3	26.9	-	15.6	12.46	
1957/58	23.6	25.5	-	15.6	12.74	
1958/59	34.2	39.2	-	16.3	10.51	
Mais						
Ø 1937/38-1939/40	13.6	58.2	0.7	57.8	1.54	
1950/51	18.5	69.1	-	76.8	2.39	
1951/52	12.2	65.7	-	77.6	2.49	
1952/53	19.2	74.5	-	71.8	2.48	
1953/54	23.0	72.0	-	74.1	3.27	
1954/55	25.9	67.7	-	71.3	1.90	
1955/56	29.1	72.1	-	74.8	2.69	
1956/57	35.5	77.3	-	75.9	2.91	
1957/58	36.8	76.8	-	79.8	4.43	
1958/59	38.3	86.0	-	88.2	4.47	
1959/60	45.0	97.7	-	97.1	5.46	

Fortsetzung

Tabelle 26 b: Fortsetzung

Erzeugnis/Jahr	Angebot		Verwendung		
	Bestand z. Beginn d. Jahres	Produktion	Import	Inlandsverbrauch	Export*)
	in Mill.to **)				
Gerste					
1937/38-1939/40	1.0	5.4	0.1	5.0	236
1950/51	2.0	6.5	0.3	5.7	346
1951/52	1.6	5.5	0.3	5.1	814
1952/53	1.1	4.9	0.3	5.3	772
1953/54	1.5	5.3	0.7	6.4	370
1954/55	2.8	8.1	0.6	7.3	461
1955/56	2.5	8.6	0.4	7.1	1.542
1956/57	2.7	8.1	0.6	7.1	1.765
1957/58	3.6	9.4	0.4	7.4	1.195
1958/59	4.2	10.2	0.3	7.4	2.584
1959/60	3.6	9.0	0.3	7.5	2.427
Hafer					
1937/38-1939/40	2.6	15.4	-	15.0	74
1950/51	4.1	19.6	0.3	18.8	22
1951/52	4.1	18.3	0.7	19.2	49
1952/53	3.6	17.4	1.0	18.8	20
1953/54	3.2	16.5	1.3	17.9	17
1954/55	4.3	20.1	0.5	19.2	14
1955/56	5.0	21.5	0.1	20.5	345
1956/57	3.4	16.6	0.1	18.0	441
1957/58	4.6	18.6	0.1	17.3	279
1958/59	5.3	20.2	0.1	19.1	374

*) = für Import und Export gilt das Kalenderjahr; für Weizen einschl. Mehlexport und Mehlexport;

**) = englische Masseinheit 1 to = 1016 kg;

Quelle: Commonwealth Economic Committee "Grain Crops"-A Review of op.cit. Bd. 1957 und 1961 ;

Tabelle 27: Ausgewählte US-Agrarausfuhren unter Regierungsprogrammen im Vergleich zum gesamten Agrarexport der USA
-1954/55 bis 1960-

Erzeugnis	Gesamtausfuhren unter PL 480 und Mutual Security Programs						Juli-Dez. 1960
	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	
	in % des gesamten Ausfuhrwertes						
Weizen	66	72	69	66	72	74	70
Futtergetreide	29	61	66	37	22	28	28
Molkereiprodukte	71	75	81	79	72	54	68
Baumwolle	32	55	41	34	63	19	32

Quelle:FAO:"The State of Food and Agriculture"1961,Rome,S.44;

Zusammenhang weiter eingegangen werden soll - sieht u.a. Verkäufe von Überschusswaren gegen Währung des Einfuhrlandes vor. Seine Bedeutung kommt bereits darin zum Ausdruck, dass im Verlauf der ersten 5 Jahre seit Einführung mehr als 1/4 der gesamten US-Agrarexporte über PUBLIC-LAW (=480) abgewickelt worden sind ¹⁾.

Kapitel III Auswirkungen der agrarpolitischen Massnahmen auf die ökonomische Situation in Drittländern

Die Agrarerzeugung der Vereinigten Staaten hat im Vergleich zum Verbrauch ein Ausmass erreicht, das nunmehr den Welthandel mit diesen Erzeugnissen stärker behindert.

Wie Tabelle 26 b erkennen lässt, ist die Produktion bei Weizen und Futtergetreide derart gestiegen, dass trotz Konstanz bzw. leichten Anstiegens des Verbrauchs und der Vorräte die Exporte bei diesen Produkten zugenommen haben. Nach Angaben der FAO betrug der US-Weizenexport im Jahre 1959/60 rd. 30% des gesamten Weizenexports der Welt ²⁾, oder - in exportierter Fläche umgerechnet - wurde 1958 und 1959 1/8 der gesamten Erntefläche exportiert, während bereits 1960 der Anteil der exportierten abgeernteten Fläche auf 1/6 angewachsen war ³⁾.

-
- 1) Hearings before the Committee on Interstate and Foreign Commerce - United States Senate - 86. Congress - 2. Session, Washington 1960, S. 287;
 - 2) FAO: "The State of Food and Agriculture 1961" Rome 1962, S. 33;
 - 3) USDA: "Hearings before the Subcommittee...." op.cit., 1962, S. 22 ;

Diese Erscheinung deutet darauf hin, dass die Netto-Einfuhren von Lebensmitteln aus den übrigen Ländern - insbesondere aus den Agrar- und weniger industrialisierten Ländern beeinträchtigt worden sind. Tatsächlich waren die Importe an Getreide und Baumwolle im ersten dreiviertel Jahr 1959 volumenmäßig rückläufig gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres; und zwar bei Getreide um 15 % und bei Baumwolle um 3 % ¹⁾.

Berücksichtigt man, dass der Beginn des steigenden Exporttrends mit dem Inkrafttreten des AGRICULTURAL TRADE DEVELOPMENT AND ASSISTANCE ACT (= PL 480) von 1954 dicht zusammenfällt, dann wird der Einfluss des landwirtschaftlichen Protektionismus auf den Aussenhandel transparent. Allein beim Weizen wurden in den Wirtschaftsjahren 1958/59 und 1959/60 über 70 % aller Weizenexporte über Regierungsprogramme abgewickelt (vgl. Tabelle 27).

Im Verhältnis zum gesamten Agrarexport wurden in den Jahren 1955/1958 durchschnittlich für 1,5 Mrd. Dollar oder 31 % der Agrarprodukte unter öffentlich finanzierten Programmen exportiert ²⁾. Dieser Wert gilt im 3-Jahresdurchschnitt als der höchste in der Geschichte der US-Exportstützungspolitik.

1) United Nations: "Commodity Survey 1959" New York 1960, S. 5 ;

2) USDA: "Hearings before the Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives", 86. Kongress 1. Session, Part 3, Washington 1959, S. 1493 ;

Wie weit der Schutz der amerikanischen Agrarexporte sich in der Folgezeit verstärkt hat, mag dahin gestellt bleiben. Sowohl die Tatsache, dass die durch die Preispolitik aufgelaufenen Überschüsse verstärkt auf dem Weltmarkt auftreten und durch ein staatliches Handelsorgan zu niedrigeren Preisen verkauft werden als auf dem Inlandsmarkt, sowie die Tatsache, dass die reinen landwirtschaftlichen Einfuhren rückläufig sind, obwohl die Inlandsnachfrage zugenommen hat, lassen vermuten, dass der in den Vereinigten Staaten praktizierte Agrarschutz den Welthandel behindert.

Diese Störung kann sich als eine Benachteiligung der Exporteure anderer Länder darstellen, sobald diese als Lieferanten das betreffende Erzeugnis am billigsten und zu den wirtschaftlich vorteilhaftesten Bedingungen anbieten. Insbesondere wenn die Exportförderungspolitik infolge des wachsenden inländischen Angebots langfristig betrieben wird, werden diejenigen Exportländer, welche das Produkt zu den niedrigsten Kosten nachhaltig erzeugen, vom Weltmarkt verdrängt. Eine sich daraus ergebende Verzerrung wirkt sich nicht nur auf die mit den Vereinigten Staaten konkurrierenden Exportländer ungünstig aus, sondern ebenso auf die Einfuhrländer, wenn die subventionierten Exporte nicht nur vorübergehend betrieben werden.

Im Falle eines natürlichen Einfuhrlandes für das betreffende Erzeugnis - wie dies für hochindustrialisierte Länder nicht selten zutrifft - wird die Regierung ihre Landwirtschaft über Einfuhrabgaben schützen, um ein Absinken des Agrareinkommens durch Hereinnahme der Überschüsse subventionierter Ausfuhren zu verhindern. Der somit eingeleitete Agrarschutz des Einfuhrlandes wird seinerseits ein am Grenzkostenprinzip orientiertes Produktionsbemühen drosseln und zu den bekannten Ergebnissen protektionistischen Verhaltens im Inland führen. Ferner wird der Agrarschutz in dem Einfuhrlande die Importnachfrage aus bisher für ihn bedeutsamen Ländern beschränken.

Demgegenüber wirkt sich die amerikanische Exportförderungs- politik für nicht - industrialisierte Länder, insbesondere für die Entwicklungsländer unterschiedlich aus. Soweit diese Länder der gemässigten Zone angehören, werden die dort erzeugten Konkurrenzprodukte vom Protektionismus der Vereinigten Staaten am stärksten betroffen. Das USDA schätzt, dass infolge der US-Baumwollpreissenkung im Jahre 1956 und der damit verbundenen Exportausweitung um das 2-fache der vorangegangenen Jahre, der Ausfall an Exporterlösen für die übrigen Baumwolle exportierenden Länder für jede Preissenkung um 1 cent pro pound auf jährlich \$ 40 Mio sich belief.¹⁾

Berücksichtigt man, dass es sich bei diesen Baumwoll- Exportländern vornehmlich um Länder mit relativ niedrigem Einkommen handelt, wie Ägypten, Türkei, Sudan, Pakistan, Peru, dann wird der schädigende Einfluss des US-Agrarpro- tektionismus auf den Weltmarktpreis und damit auf die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder offensichtlich. Weitere Beispiele einer direkten Schädigung der Ausfuhr- märkte weniger entwickelter Länder durch die Gewährung von Ausfuhrsubventionen amerikanischer Exportprodukte lassen sich für Tabak, Weizen, Ölsaaten anführen.

Mit der Einführung der AGRICULTURAL TRADE DEVELOPMENT AND ASSISTANCE ACT von 1954 beabsichtigt die amerikanische Regierung, ihre Überschüsse im Dienste wirtschaftlicher Er- schliessung weniger entwickelter Länder einzusetzen, und zwar in der Weise, dass die aus dem Einsatz bisher brach- liegender Produktionsfaktoren resultierende Nachfragestei- gerung nach Nahrungsgütern durch Einfuhren amerikanischer Überschussprodukte gegen Wahrung des Einfuhrlandes oder als Schenkung befriedigt wird. Da dieses Programm aus- schliesslich auf die Deckung zusätzlicher Nachfrage ab-

1) Mortensen, E.: "Public Law 480 and Competitors Per - spective" in: Journal of Farm Economics 1960, S. 1056;

zielt, sollen durch dessen Anwendung weder die einheimische Erzeugung der betreffenden Produkte noch die bisherigen Importmärkte beeinträchtigt werden. Dieses Bemühen, die Befriedigung zusätzlicher Nachfrage, die nicht vorhanden wäre, ohne Schaffung neuer Arbeitsplätze und daher ausländische Kapitalhilfe zur unerlässlichen Voraussetzung hat, ist seit 1959 durch das "Food for Peace" - Programm verstärkt worden. Mit diesem Programm wollen die USA in Zusammenarbeit mit anderen Ländern neue Märkte für Agrarprodukte gewinnen und ausweiten, um dadurch den bei einigen Produkten vorhandenen Überschuss in Länder zu leiten, deren Hauptsorge die Sicherung des Existenzminimums ist.¹⁾

Abgesehen von der in der breiten Öffentlichkeit diesen Programmen beigelegten Wertschätzung vom Standpunkt der Hilfsbereitschaft und des Wohlwollens, ist die Würdigung von der Warte der Wirtschaftspolitik bzw. des internationalen Handels nicht ebenso eindeutig.²⁾ Bisher vorliegende Unterlagen gestatten deshalb "no clear-cut picture of the effects of PL 480 shipments on economic development."³⁾ Gleichwohl lassen sich Folgen der PL 480-Importe auf die Landwirtschaft des Empfangslandes und auf den Welthandel bereits erkennen, worauf von Sachverständigen der betreffenden Länder verschiedentlich hingewiesen worden ist.⁴⁾

1) vgl. Ezekiel, M.: "Apparent Results in Using Surplus Food for Financing Economic Development" in: Journal of Farm Economics 1958, S. 918;

2) vgl. hierzu: Kelley, J.M.: "Food Distribution Programs of the Department of Agriculture-Food Distribution Division at the 39 th Annual Agricultural Outlook Conference, Washington 1961;

3) Anmerkung: Diesen und nachstehenden Ausführungen liegt zugrunde: "Compilation of Information on the Operation and Administration of the Agricultural Trade Development and Assistance Act of 1954" Part I-US-General Accounting Office, December 1960;

4) vgl. hierzu: State, S.D. Coll. and Brookings, S.D.: "International Wheat Surplus Utilization Conference" - Department of Economic, May 1959; FAO: "Report of the Committee on Commodity Problems" 33 rd. Session, June 1960; Joint Communique, Food for Peace-Conference, The White House, Washington, 6. May 1959;

Für den Fall, dass ein Land amerikanische Agrarprodukte geschenkweise erhält, wie dies mit TITLE III of PL 480 praktiziert wird,¹⁾ und unter der Voraussetzung, dass Produktion und übrige Einfuhr des betreffenden Gutes volumemässig unverändert bleiben, wird selbst bei einer für Entwicklungsländer vermuteten Einkommenselastizität der mengenmässigen Nachfrage von nicht weniger als 1 eine Preissenkung bei dem mit dem amerikanischen Einfuhrprodukt konkurrierenden Inlandsprodukt zu erwarten sein. Für die im Rahmen des indischen Handelsvertrages vorgesehenen Getreideimporte unter PL-480 in Höhe von 4,25 Mio to, d.i. ein Sechstel der Jahresproduktion Indiens, würde unter den vorgenannten Prämissen eine 6 %-ige Kürzung der gegenwärtigen Erzeugerpreise anzunehmen sein.²⁾

Handelt es sich hingegen um Urproduktionsländer nicht - landwirtschaftlicher Prägung, aber weniger entwickelter Länder - ausserhalb der industrialisierten Zonen Nordamerikas und Westeuropas, dann verhindern Geschenklieferungen amerikanischer Überschüsse im Rahmen PL 480 Title III Preissenkungen bei den Nahrungsmitteln, weil die durch die zusätzlichen Geldmengen hervorgerufene vermehrte Nachfrage der neu eingesetzten Arbeitskräfte mühelos befriedigt werden kann. Die PL - 480 - Importe erlauben dann mittelbar die Finanzierung von öffentlichen Investitionen durch Vorgriff des betreffenden Staates auf künftige Haushaltsmittel, ohne dass damit eine Inflation der Lebensmittelpreise eingeleitet wird.

1) Anmerkung: Die unter Title III of PL 480 aufgelaufenen Gesamtlieferungen erreichten bis zum 31.XII.1960 einen Wert von \$ 1,48 Mrd; vgl. USDA: US-Report to FAO, 1961, S. 57

2) Schultz, Th.W.: "Value of US-Farm Surpluses to Underdeveloped Countries" Journal of Farm Economics 1960, S. 1028;

Im Falle eines agrarischen Ausfuhrlandes werden die in der Landwirtschaft erforderlichen Neuinvestitionen und die daraus resultierende Leistungssteigerung beeinträchtigt. Die in Asien und Latein-Amerika praktizierten Preiskontrollen zugunsten eines billigen Nahrungsmittelkonsums der Stadtbevölkerung und auf Kosten eines steigenden Agrareinkommens sind beispielhaft für die aus unterlassenen Investitionen folgende geringe Leistungsfähigkeit dieser Landwirtschaften. Selbst wenn bisher noch keine hemmenden Wirkungen von den PL-480- Importen beobachtet worden sind, muss doch mit einer solchen in naher Zukunft gerechnet werden.¹⁾

Die im Title I of PL-480 vorgesehene Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten, Agrarüberschüsse gegen Wahrung des Einfuhrlandes zu verkaufen, um die Dollar-Knappheit in ihrer Auswirkung auf die Importländer zu beseitigen, zielt ebenso wie die Geschenklieferungen unter Title III of PL 480 darauf ab, dass die importierten Produkte zur Finanzierung eines lohnintensiven Entwicklungsplanes beitragen; nämlich in dem Sinne, dass man eine Nachfragesteigerung nach Nahrungsmitteln der im Rahmen dieses Planes tätigen Arbeitskräfte erwartet. Wenngleich die wirtschaftliche Entwicklung einen derartigen Export von Nahrungsmitteln aus einem Wohlstandsland nach einem weniger entwickelten Land notwendig machen kann, erheben

1) vgl. ECAFE/FAO: "Food and Agricultural Price Policies in Asia and the Far East -Agricultural Division, UN Economic Commission for Asia and the Far East", Bangkok, 1958, S. 110; FAO: "Report of the Latin American Center on FAO-Price Stabilization and Support-Policies", Santiago, Chile, 23. Febr. - 6. March 1957, S. 58;

sich dennoch Bedenken gegen die Bestimmung dieses Programms, den grössten Teil der Exporterlöse wiederum für wirtschaftliche Entwicklungsprojekte des Einfuhrlandes zu verwenden.

Es besteht die Gefahr, dass von den durchschnittlich $1/2$ bis $3/4$ zurückfliessenden Exporterlösen¹⁾ ein Teil nicht in langfristige Entwicklungsprogramme eingesetzt wird, sondern in untergeordneten Projekten Verwendung findet, die nicht die tatsächlichen Kapazitäten des Landes auslasten und vermehren.

Von der monetären Warte aus, weist die FAO auf den inflatorischen Druck hin, den amerikanische Investitionen auf das Einfuhrland bei der Durchführung seines Entwicklungsprogramms ausüben können; der insbesondere dann wirksam wird, wenn die Produktionsfaktoren des Einfuhrlandes in einigen wichtigen Wirtschaftszweigen sich der Vollbeschäftigung nähern bzw. bereits ausgelastet sind²⁾. Auf diesen Zusammenhang soll in der abschliessenden Stellungnahme jedoch noch eingegangen werden (vgl. S. 201 f.).

Unter Berücksichtigung steigender PL-480-Exporte unter Title I, die von 1954 bis Ende 1960 einen Verkaufswert von \$ 5,2 Mrd. an Agrarprodukten erreichten, sowie der Tatsache, dass bisher 38 Auslandsmärkte für diese besonderen Warenverkäufe gewonnen werden konnten, wird ein derartig praktiziertes Programm in naher Zukunft in seinen Auswirkungen auf die Stabilität des Preisniveaus und der Währung zu einem welt-weiten Problem führen³⁾.

-
- 1) Ezekiel, M.: "Impact and Implication of Foreign Surplus Disposal on Developed Economics and Foreign Competitors-The International Perspective"- in: Journal of Farm Economics, 1960, S. 1067;
 - 2) In ihrem Bericht: "The State of Food and Agriculture 1960" S. 52 hat die FAO-nach Unterzeichnung des 3. indischen Vierjahresplanes-im Hinblick auf die hohen Bestände an indischen Zahlungsmitteln auf die Inflationsgefahr weiterer amerikanischer Investitionen in Indien hingewiesen;
 - 3) USDA: "US-Report to FAO", op.cit., S. 32;

Darüber hinaus werden entsprechend den Auswirkungen von Geschenklieferungen auf die Landwirtschaft des Einfuhrlandes die unter Title I geregelten Importe die landwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen. Dies um so mehr, je weniger ausgeglichene Programme für industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung bestehen, welche die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und Kaufkraft zum Ziele haben. Überhöhte, d.h. die zusätzlich geschaffene Nachfrage übersteigende Importe würden - nach Bildung einer Notreserve - die Absatzmöglichkeiten des konkurrierenden Inlandsprodukts stören und damit die angestrebte Leistungssteigerung der Landwirtschaft unterbinden.

Wie an anderer Stelle erwähnt, schreibt das Agricultural Trade Development and Assistance Act den zuständigen amerikanischen Behörden vor, die Überschussmengen lediglich im Falle eines erhöhten Bedarfs abzusetzen. Des weiteren sind vom Rat der FAO sowie vom Committee on Commodity Problems Standardgrundsätze aufgestellt worden, die bei Absatzplänen dieser Art zu beachten sind ¹⁾. Trotzdem haben im 3. Jahreszeitraum 1958 - 1960 die unter Sonderprogrammen ausgeführten Agrarerzeugnisse der Vereinigten Staaten den Umfang von 32 % der gesamten US-Agrarausfuhren erreicht ²⁾. Ein Wert, angesichts dessen sich die Frage stellt, ob und inwieweit die Interessen konkurrierender Exportländer durch diese Programme berührt worden sind. Vergleicht man auf die Frage hin die von den USA vornehmlich bei Weizen und Baumwolle geförderten Exporte mit den Exporten konkurrierender Ausfuhrländer, dann lässt sich nämlich folgendes erkennen:

1) vgl.: "Disposal of Agricultural Surpluses and Principles Recommended by FAO", Rome, Dec.1954; Report of the Seventh Session of the Conference, 23.Nov.-11.Dec.1953, FAO Rome 1954, S. 256;

2) USDA: "US- Report to FAO", op. cit., S. 55;

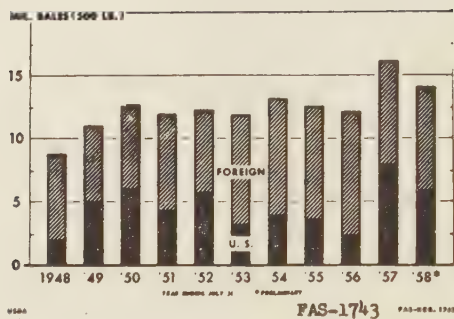


Schaubild 8

Foreign Cotton Production Increasing As U.S. Output Trends Downward

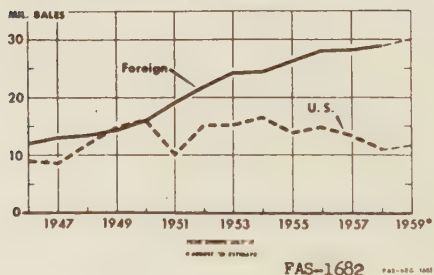


Schaubild 9

Quelle: USDA: "Catalog of selected CHARTS" Washington 1959,
Miscellaneous Publication 799;

Obwohl der Baumwoll- Export der Welt - ohne die Vereinigten Staaten - innerhalb von 10 Jahren (1948 - 1958) um 1,2 Mio auf rd. 8 Mio Ballen zugenommen hat, konnten die USA ihren Exportanteil dennoch innerhalb des gleichen Zeitraumes nahezu verdreifachen ¹⁾. Bemerkenswert ist der amerikanische Exportverlauf in den einzelnen Jahren. Während der in den ersten 4 Jahren zu beobachtende Aufwärtstrend mit der Exportentwicklung der übrigen Länder parallel verläuft, ist von 1952 bis 1956 eine gegensätzliche Entwicklung zu beobachten; in dem Sinne, dass der abwärtsgerichtete US- Trend durch einen entsprechenden Exportzuwachs der übrigen Länder ausgeglichen wird, und damit das gesamte Exportvolumen im Welthandel einen in etwa gleichbleibenden Verlauf zeigt (vgl. Schaubild 8) US and World Trade in Cotton 1948 - 1958 ²⁾.

Die anschliessend 1957 und 1958 in den USA einsetzende Exportausweitung auf 7,6 bzw. 5,7 Mio Ballen im Vergleich zu dem 2,2 Mio Ballen umfassenden Export des Vorjahres führte indessen nicht zu der entsprechenden Ausweitung des gesamten Exportvolumens der übrigen Länder, obgleich deren Produktion einen weiterhin steigenden Trend zeigte; (vgl. Schaubild 9: Foreign Cotton Production increasing). Vielmehr reduzierten sich deren Gesamtexporte von nahezu 11 Mio im Jahre 1956 auf 7,5 Mio Ballen für 1958 ³⁾.

Andererseits konnten die übrigen Exportländer 1959 im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren - als Folge des Exportrückgangs in den Vereinigten Staaten um 3 Mio Ballen mehr Baumwolle ausführen (vgl. Tabelle 28).

1) vgl. Woltmann, H.R.: "Multiple Price Schemes at Home and Abroad", in: Journal of Farm Economics 1958, S. 1748 f;

2) Zur Erklärung dieser beiden gegensätzlichen Exportverläufe könnte die Produktionsentwicklung in den Exportländern dienen. Denn in dem Masse, wie seit 1952 die Baumwollproduktion der übrigen Länder steigt, sei es je Flächeneinheit oder durch Beteiligung von bisher unbedeutenden Ländern am Baumwoll-Handel, in demselben Masse stagniert bzw. fällt die US- Baumwoll-Produktion;

3) UN "Commodity - Survey" 1959, op. cit., S. 123;

Tabelle 28: Regionale Veränderungen in der Baumwoll-Ausfuhr und im Lagerbestand
- in Mill. Ballen -

R e g i o n	B a u m w o l l - A u s f u h r e n				L a g e r b e s t ä n d e (1. August)	
	1958/59	1959/60	1958	1959	1958	1960
USA	5.7	2.7	8.7	8.9	-	*)
Westeuropa	0.3	0.2	2.4	2.1	2.6	2.6
Osteuropa	-	-	0.6	0.5	0.5	0.5
USSR	1.6	1.6	1.5	1.4	1.7	1.7
Rotchina	0.4	0.2	1.3	1.6	1.3	1.3
Latein-Amerika	3.3	2.6	2.2	1.9	1.9	1.9
Afrika	1.3	1.3	0.5	0.5	0.4	0.4
Mittel-Ost	3.3	3.4	1.4	1.3	1.0	1.0
Süd- und Südost-Asien	0.5	0.6	2.3	2.0	1.6	1.6

*) = nicht verfügbar;

Quelle: United Nations: "Commodity Survey 1960" New York 1961, S. 166;

ergänzt durch: UN: "Survey-Commodity 1959", S. 123;

Benedict, M. and Bauer, E. K.: "Farm Surpluses-US-Burden or World Asset?"
University of California, Division of Agricultural Sciences, 1960, S. 75;

Auf dem Hintergrund dieser Zahlen wird der Einfluss amerikanischer Ausfuhrpolitik auf das Exportvolumen der übrigen Baumwolle - Länder erkennbar. In dem Masse, wie amerikanische Baumwoll- Exporte ausgeweitet wurden, erfuhr das Exportvolumen der übrigen Ausfuhrländer eine merkliche Drosselung ; umgekehrt verbesserten sich die Absatzmöglichkeiten der Baumwoll- Länder jedesmal dann, wenn ein mengenmassiger Exportrückgang in den USA einsetzte.

Indessen bleibt es infolge fehlender Unterlagen ungewiss, ob und inwieweit die übrigen Exportländer in der Stützung ihrer Baumwoll- Ausfuhren mit der amerikanischen Exportförderungs politik in Konkurrenz treten können. Nur soviel lässt sich heute bereits erkennen, dass in den Jahren amerikanischer Exportausweitung einige Ausfuhrländer eine Hereinnahme auf Lager für den Export bestimmter Baumwolle den Vorzug gaben, um Erlösschmälerungen zu vermeiden, gegenüber einer Exportpolitik, welche mit den subventionierten amerikanischen Exporten auf dem Weltmarkt in Konkurrenz tritt (vgl. Tabelle 28).

Rückwirkungen auf das Exportvolumen der übrigen Ausfuhrländer können ebenfalls beim Weizenexport der Vereinigten Staaten beobachtet werden. Bleiben die im Rahmen des Internationalen Weizenabkommens von jedem Ausfuhrland gelieferten Versand- Quoten ausser Ansatz und unter Einbeziehung der Produktion und des Lagerbestandes der betreffenden Länder in der Betrachtung, dann zeigt sich, dass der Weizenexport der Hauptausfuhrländer sich langsamer entwickelt hat im Vergleich zu den Weizenausfuhren der USA. Dennoch hat das Exportvolumen der Hauptausfuhrländer - mit Ausnahme Argentiniens - das Vorkriegsniveau überschritten.

Gleichwohl sind seit 1937/39 erhebliche Änderungen im Ausfuhrvolumen der einzelnen Länder eingetreten. Insbesondere in Kanada, Frankreich und den USA ist ein um das 2- bzw. 3-fache Ansteigen der mengenmässigen Ausfuhr festzustellen. Während Australien im wesentlichen das 1937/1939 bestehende Ausfuhr - Niveau erreicht hat, ist für Argentinien ein mengenmassiger Rückgang der

Tabelle 29:

Exporte an Weizen bzw. Mehl der Hauptausfuhrländer, 1937/39,
1954-1959; in 1000 to*)

L a n d	1937-39	1954**)	1955	1956	1957	1958	1959***)
Australien	2.790	825	1.303	2.805	2.168	765	2.807
Kanada	3.871	3.830	4.000	7.574	5.026	6.076	7.939
Argentinien	3.595	2.993	3.656	2.527	2.614	2.111	2.383
Frankreich	374	1.662	2.897	1.405	1.087	1.584	1.206
USA	2.357	2.396	3.620	9.127	10.287	8.305	11.214

**) = 1954-1958 = Weizenexporte bereinigt um die über das Internationale Weizenabkommen (IWA) abgesetzten Ausfuhrer;

***) = vorläufige Werte zum Weizenexport ohne Abzug der über das IWA getätigten Ausfuhrer;

*) = englische Masseneinheit 1 to = 1016 kg!

Quelle: Commonwealth Economic Committee: "Grain Crops" - op.cit., Bd. 1957, 1959 und 1961;

Tabelle 30: US-Exporte an Weizen und -Mehl unter einzelnen Regierungsprogrammen im Vergleich zum Gesamtexport-in 1000 to*)

Programm	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60 **)
<u>Exporte unter:</u>						
Public Law 480 Title I	636	2.526	5.373	4.769	6.161	8.034
Title II	428	319	326	383	291	287
Barter ***)	1.244	1.787	2.329	254	540	684
Donations ****)	-	75	314	482	542	653
Marshall Plan *****)	1.897	1.740	1.704	686	536	346
<u>Gesamt</u>	<u>4.205</u>	<u>6.447</u>	<u>10.046</u>	<u>6.574</u>	<u>8.070</u>	<u>10.004</u>
<u>Gesamt-Exporte</u>	<u>7.329</u>	<u>9.252</u>	<u>14.695</u>	<u>10.779</u>	<u>11.875</u>	<u>13.713</u>

*) = englische Masseneinheit 1 to = 1016 kg; **) = vorläufige Werte;
 ***) = unter CCC-Gesetz und nachfolgenden Gesetzen;
 ****) = Verschiffungen unter Title III of PL 480, Section 416;
 *****) Bewilligungen unter ausländischem Hilfsleistungsgesetz 1948;

Quelle: Commonwealth Economic Committee: "Grain Crops"-A Review op.cit...., 1961, S.37;

Weizenausfuhr zu beobachten (vgl. Tabelle 29).

Kennzeichnend für die starke Zunahme im amerikanischen Ausfuhrvolumen ist der zunehmende Export unter Regierungsprogrammen, auf den in Tabelle 50 hingewiesen wird.

Allein im Rechnungsjahr 1959/60 wurden 10 Mio Tonnen Weizen (einschliesslich Mehl) unter diesen Programmen ausgeführt, während lediglich 27 % von 13,7 Mio Tonnen über normale Handelswege - mit einer üblichen Exportstützung - verkauft worden sind. Verschiffungen unter PL - 480 spielen eine ausserordentliche Rolle im Agrarexport der Vereinigten Staaten. Im 7-jährigen Zeitraum 1954/55 - 1960/61 wurden 26 % aller amerikanischen Agrarexporte unter diesem Programm abgewickelt.¹⁾

Im Rechnungsjahr 1961 betrugen allein die durch PL -480 geförderten Weizenexporte 65 % aller amerikanischen Weizenausfuhren.

Betrachtet man unter diesem Blickpunkt staatlicher Bemühungen - wachsende Lagerbestände an Weizen über Exportstützungen abzusetzen - die Produktion und Lagerbestände der übrigen Ausfuhrländer in der Zeit 1954 - 1959, dann lässt sich das bereits beim Baumwoll- Export Beobachtete feststellen, lediglich mit dem Unterschied, dass wir die Auswirkungen der US-Exporte auf die wirtschaftliche Entwicklung der übrigen Ausfuhrländer nicht so deutlich bemerken. Denn der Baumwoll-Anbau ist für viele Entwicklungslander die einzig lohnende Bodennutzung. Nicht selten muss die vollzogene Umstellung auf die Baumwoll-Produktion als permanent angesehen werden, der langfristige Entwicklungsprogramme vorausgehen, welche sich einer sinnvollen Verwendung der in der Nahrungsgüterproduktion freigesetzten Produktionsfaktoren widmen.

1) US Government: "The 14 th Semiannual Report on Activities of the Food - for Peace Programm carried on under Public Law 480", 83 D Congress, as amended-Message from the President of the United States -Washington 1961, S. 5 f;

Tabelle 31:

Produktion und Bestand an Weizen in den Hauptausfuhrländern
1937/38-1939/40 und 1954/55-1959/60

Zeitraum	Produktion	Bestand	Produktion in 1000 to *	Bestand	Produktion	Bestand
	Australien		Kanada		Argentinien	
1937/38-						
1939/40	4.1939	1.000	8.825	3.800	6.406	200
1954/55	4.517	2.542	8.892	16.572	7.569	1.979
1955/56	5.235	2.545	13.907	14.377	5.167	2.280
1956/57	3.603	2.355	15.349	15.524	6.988	1.377
1957/58	2.613	1.112	10.326	19.649	5.718	1.529
1958/59	5.762	442	9.957	17.128	6.614	1.319
1959/60	5.317	1.752	11.076	14.705	5.745	1.374
	Frankreich		U.S.A			
1937/38-						
1939/40	7.849	Verkauf	22.634	6.100		
1954/55	10.399	Verkauf	26.354	25.005		
1955/56	10.201	Verkauf	25.037	27.755		
1956/57	5.593	Verkauf	26.937	27.681		
1957/58	10.907	Verkauf	25.464	24.343		
1958/59	9.449	Verkauf	39.153	23.599		
1959/60	11.262	Verkauf	30.179	34.690		
1954/55-1959/60	Verkauf	Verkauf	Verkauf	Verkauf	Verkauf	Verkauf

Quelle: Commonwealth Economic Committee/Grain Crops-A Review"Op.cit. Vol. 1957, 1959 und 1961;

Unter Berücksichtigung einer weitgehend unelastischen Weizennachfrage und einer mehr oder weniger stark steigenden Produktion deuten mengenmässige Veränderungen im Lagerbestand der Ausfuhrländer auf eine Reaktion dieser Länder auf die jeweilige Mengenänderung der US- Exporte hin (vgl. Tabelle 31). Insbesondere reagiert Kanada auf US- Exportausweitungen mit einem mengenmässigen Bestandsaufbau; ähnlich scheint sich Frankreich zu verhalten. Obwohl bei diesem Land keine Bestandszahlen vorliegen, nehmen dessen Weizenausfuhren jedoch einen den US- Exporten entgegengerichteten Verlauf. Offenbar wollen diese Länder keine Erlösschmälerung hinnehmen, die aus der Konkurrenz- Verschärfung sich ergeben würden. Demgegenüber nehmen Argentinien und Australien durchgängig eine passive Stellung ein.

Diese Vergleiche des mengenmässigen Exporttrends der Hauptweizenlieferanten führen zu der Feststellung, dass von der us- amerikanischen Exportpolitik eine Unsicherheit auf den Weltmarkt getragen wird. Sie zeigt sich darin, dass diese als kostengünstige Weizenproduzenten geltenden Ausfuhrländer niedrige Weltmarktpreise bei relativ geringen Ausfuhren hinnehmen müssen.

Wichtiger als diese Spannungen zwischen industrialisierten Ländern sind die Auswirkungen der Agrarschutzpolitik auf die Agrarausfuhr der nicht-industrialisierten Länder; denn diese Ausfuhr stellt die wesentliche Finanzierungsquelle für Entwicklungsinvestitionen dar.

Die us- amerikanische Exportpolitik vermindert nicht nur die Absatzmöglichkeiten dieser Länder, sie ist auch für das Abgleiten der Preise bei der Mehrzahl der Produkte auf den Weltagrarmärkten mitverantwortlich.¹⁾

1) Faktoren dieser Entwicklung sind hauptsächlich in den hochindustrialisierten Ländern: Verbesserte Produktionsmethoden und attraktive Erzeugerpreise bei geringer Bevölkerungszunahme und schwacher Einkommenselastizität der Nachfrage nach Nahrungsmitteln hatten hohes Angebot zur Folge; in den Entwicklungsländern: zunehmende Exportschwierigkeiten bei agraren Rohstoffen, weil Abnehmerländer diese Rohstoffe jetzt selbst produzieren oder wegen des Aufschwungs der synthetischen Substitute.

Verglichen mit den steigenden Kosten importierter Industrieprodukte wies das Preisniveau der agrarischen Rohprodukte einen derartig scharfen Abwärtstrend auf (vgl. Tabelle 52), dass die ungünstige Terms of Trade der betreffenden Exportländer bereits 1959 auf der Konferenz des UN- Economic and Social - Council als Hauptthema diskutiert wurde.¹⁾

Der wachsende Angebotsdruck an US- Exportprodukten bei Baumwolle, Weizen, Mais, Reis und zeitweise bei Butter hat die Terms of Trade für Kanada, Australien, Argentinien wie auch für mehrere Entwicklungsländer verschlechtert, deren Kaufkraft weit mehr von den Exportchancen dieser Erzeugnisse bestimmt wird als dies für die Vereinigten Staaten zutrifft. Das sinkende Einkommen dieser Länder wird von Davis²⁾ sowie von Shefrin²⁾ deswegen als "an ominous aspect of Public Law 480" gewertet, verbunden mit der Gefahr "that countries will have become so dependent on the United States for food, that the ultimate termination of the program will lead to serious food shortages and hunger in certain countries".

Im Lichte weiterhin wachsender Lagerbestände gewinnt diese Aussage an Bedeutung. Bei geschätzten jährlichen Be-

1) United Nations - Economic and Social Council: 9 th-Report of the Technical Assistance Board; Official Records: 14 th-Session Supplement No.4NY, 1959, GATT: International Trade 1961, Geneva 1962;

2) a) Davis, J.H.: "Surplus Disposal as tool for world development objectives and accomplishments" in: Journal of Farm Economics, 1958, S. 1489;

b) Shefrin, F.: Discussion "Surplus Disposal as a tool for world", vgl. Davis, H.-H., S. 1495;

Tabelle 32: Entwicklung der mittleren Ausfuhrwerte ausgewählter Agrarprodukte im Welthandel
1954-1958

P o s i t i o n	Indices der Durchschnittspreise(mittlere Ausfuhrwerte)1952/53=100					
	1954	1955	1956	1957	1958	1959*)
Nahrungs-und Futtermittel	93	89	90	91	87	87
Getreide	85	79	76	75	73	71
Fleisch	103	102	101	100	104	107
Molkereiprodukte	95	95	97	91	78	91
landw.Rohstoffe	93	93	91	94	79	79

*)=vorläufig;

Quelle:FAO:"The State of Food and Agriculture 1960",Rome 1961;
EWG-Kommission:"Vorschläge zur Gestaltung und Durchführung der Gemeinsamen Agrarpolitik
gem.Artikel 43 des Vertrages zur Gründung der EWG",Brüssel 1960;

standszuwachsraten von \$ 1 3/4 bis 2 Mrd.¹⁾ wird dann die Anwendung von PL - 480 in seinem institutionellen Sinn - als vorübergehende Massnahme zur Beseitigung agrarischer Überschüsse und als Mittel zur Verbesserung internationaler Handelsbeziehungen - als eine unrealistische Hoffnung der US-Administration zu werten sein.

Kapitel IV Beseitigung der Überschussprodukte über den ===== Tiermagen

Wenngleich die Verfütterung von landwirtschaftlichen Überschussprodukten, welche unmittelbar der menschlichen Ernährung dienen könnten, bisher durch keine staatliche Massnahme gefördert worden ist, gibt es in der breiten Öffentlichkeit dennoch Stimmen, welche eine staatliche Unterstützung dieses Gedankens befürworten.

Staatliche Hilfe erscheint den Sprechern insbesondere deswegen unumgänglich, weil geeignete Getreidelagerungen auf der Einzelfarm wegen Unkenntnis der Farmer oder/und aus Kapitalmangel unterbleiben. Abgesehen von einer damit verbundenen grösseren Einkommensstetigkeit erwartet man einen verstärkten Bestandsabbau von diesem Vorhaben. Tatsächlich handelt es sich hier um Überlegungen, an welchen die Regierung interessiert sein müsste.

Für die dennoch von der US- Administration zu diesen Empfehlungen beobachtende Reserviertheit dürften sicherlich zwei Überlegungen von Bedeutung sein. Die Beseitigung der Überschüsse durch Verfütterung muss solange als inkonsequent angesehen werden, als die Getreidearten, die nunmehr für die Veredelungsproduktion bereitgestellt werden sollen, preislich stärker gestützt werden als die prädestinierten Futtermittel. Der Produktionsanreiz bei diesen Getreidearten würde daher weiterhin bestehen bleiben, ohne von einem wirksamen Bestandsabbau begleitet zu sein. Überdies tritt der Weizen als Futtergetreide mit

1) Davis, J.H.: "Surplus Disposal" op.cit. S. 1492;

den üblichen Futtergetreidearten erst unterhalb einer bestimmten Preisschwelle in Wettbewerb. In der langfristigen Entwicklung der Veredlungswirtschaft ist es deshalb sicherlich eine wichtige wirtschaftspolitische Frage, entweder die Weizenfläche zugunsten der Futtergetreidefläche einzuschränken oder den Preis für Futterweizen auf das Niveau der Futtergetreidepreise zu senken.

Andererseits wird der Annahme dieser Empfehlung durch den Kongress eine Analyse des Trends sowohl der Mengennachfrage nach Schweinefleisch, Rind- und Geflügelfleisch sowie nach Eiern als auch eine Trenduntersuchung der verfügbaren Futtergetreidemengen vorausgehen müssen, um langfristige Überschüsse bei tierischen Veredlungsprodukten zu vermeiden. Wie schon an anderer Stelle dieser Arbeit herausgestellt worden ist, wird die aktuelle Situation in der amerikanischen Veredlungswirtschaft durch drückende Vorräte an Mais und Futtergetreide gekennzeichnet, welche in die tierische Verwertung drängen. Da die Exportmöglichkeiten an Futtergetreide für die USA hauptsächlich von der Preishöhe abhängen, andererseits durch die in jüngster Zeit betonte Produktionsausweitung in mehreren europäischen Ländern sowohl bei Futtergetreide als auch in der Tierhaltung eingeengt werden, sind unter Berücksichtigung der eingangs aufgezeigten Zuwachsraten über Bevölkerungswachstum und Real-einkommen Überschussituationen auf den Märkten tierischer Veredlungsprodukte erkennbar.¹⁾

Bereits 1959 hatte die vorhandene Anzahl von Schlachtschweinen die Furcht geweckt, dass der 1955 auf den Schweinemärkten der USA eingetretene Preissturz sich wiederholen könnte. Die US-Rindfleischproduktion setzte 1961 die bereits 1960 beobachtete Ausweitung fort und übertraf um

1) "Hearings before the Subcommittee" 1962, op. cit. S. 122;

8 % das Vorjahresergebnis. Gleichzeitig konnte als Folge grösseren Inlandsangebots an Rindern und Rindfleisch der Import an diesen Produkten mit 5,9 % der US- Produktion gegenüber dem der Jahre 1958 und 1959 um rd. 2,7 % gekürzt werden. Für die kommenden Jahre wird weiterhin ein Abwärtstrend bei diesen Einfuhren erwartet, nämlich in dem Masse, wie die einheimische Produktion ansteigt.

Steigendes Inlandsangebot führt indessen die USA, wenn man unterstellt, dass eine grössere Zuwachsrates der Mengennachfrage nach Veredlungsprodukten vornehmlich von der Höhe des Bevölkerungswachstums zu erwarten ist, in eine Situation, in der die Regierung zugunsten ihrer Erzeuger exportfördernd eingreifen wird.

Ferner sind ohnehin unter Berücksichtigung der jetzt in den USA zu beobachtenden Abnahme der wirtschaftlichen Wachstumsrate Perioden geringer Wachstumsintensität eine latente Gefahr der Überproduktion in der Veredlungswirtschaft ¹⁾.

Angeichts dieser Sachverhalte würde ein verstärkter Abbau der Überschussbestände über die tierische Veredlungsproduktion nicht zu empfehlen sein. Denn die Störungen auf den nationalen Agrarmärkten würden vergrössert, indem unter den herrschenden Umständen eine solche Massnahme die Auswirkungen der Bestandskürzungen auf dem Markt eines bestimmten Produkts und des weiterhin bestehenden Anreizes seiner eigenen Erzeugung auf andere Märkte abwälzt.

1) vgl. Krohn, H.B.: " Langfristige Entwicklungstendenzen der tierischen Veredlungsproduktion in der Welt (1900 - 1954) ", Dissertation - Göttingen 1956, Institut für landwirtschaftliche Marktlehre

Rückblickend ist festzustellen, dass alle bisherigen Programm-Massnahmen keine nachhaltige Verbesserung der Farmereinkommen erbracht haben, und alle staatlichen Bemühungen, die Agrarüberschüsse abzubauen, erfolglos gewesen sind. Man könnte angesichts der Weiträumigkeit der Vereinigten Staaten mit ihren extremen Klimaverhältnissen unbesorgt sein, wären die Überschüsse lediglich auf günstige Witterungsverhältnisse zurückzuführen und könnten diese zur Vorratshaltung des Landes dienen. Jedoch sind diese Aufblähungen der Lagerbestände geradezu chronisch. Die praktizierte Preisstützungspolitik und - wenn man einmal von der aus der Anwendung des landbautechnischen Fortschritts resultierende Ertragssteigerung absieht - die Anpassung an veränderte Ertrags-Aufwandsverhältnisse bzw. Preis-Kostenrelationen stehen mit dem jetzigen Ausmass der Lagerbestände im ursächlichen Zusammenhang. Unter dem Einfluss relativ steigender Arbeitskosten und Lohnansprüche sind die Betriebe zu einer der Vollmechanisierung zugänglicheren Anbau- und Bewirtschaftsmethode übergegangen. Die verstärkte Substitution von Arbeit durch Kapital, d.h. der Übergang zu effektiveren Formen der Betriebsorganisation hat zu einer grösseren Elastizität und Anpassungsfähigkeit im Arbeitskräfteeinsatz geführt und die Grössengrenze der Betriebseinheiten nach oben erweitert. Der der Ertragssteigerung dienende Einsatz von Produktionsmitteln (Handelsdünger, Saatgut, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln) hat zwecks Anpassung an Verschiebungen der Preis-Kostenrelationen Änderungen im Kombinationsverhältnis: Boden und Kapital erbracht.

Diese infolge nachhaltiger Wandlungen der Preis-Kostenstruktur erforderlich gewordenen Anpassungen haben ihrerseits einen beträchtlichen Anteil an der Ertragssteigerung je landwirtschaftliche Arbeitskraft; andererseits ist sie auf eine wesentliche Verminderung des Arbeitskräftepotentials zurückzuführen. Darüber hinaus hat die Programm-Auflage - die Gewährung von Preisstützungen bei einigen Agrarprodukten an spezielle Anbauflächenbeschrän-

gen zu binden - die Substitution von Boden durch Kapital, d.h. die Intensivierung entscheidend begünstigt und damit die Ertragssteigerung je Flächeneinheit. Anpassungen an veränderte Preis - Kostenrelationen sind infolgedessen ein mächtiger Ertragsakkumulator.

Agrarpolitische Massnahmen können ebenfalls zu beschleunigten Zuwachsraten der Produktion führen, wie die bisher in den USA geübten Preisregulierungen erkennen lassen. Unter den Besonderheiten des US- Agrarprogramms, welches beinahe jedes Marktrisiko ausschliesst und Preise für praktisch unbegrenzte Produktionsmengen garantiert, hat die "commercial farm" einen hohen Leistungsgrad erreicht. Gegenüber der Vorkriegszeit stieg die durchschnittliche Investition je Vollarbeitskraft bis 1956 zu konstanten Preisen um 70 %, während in der gleichen Zeit die durchschnittliche Betriebsgrösse einer "commercial farm" um 41 % auf 333 acres ausgeweitet werden konnte. Diese Erscheinung wurde sowohl durch die relative Preiswürdigkeit der Maschinen im Vergleich zur menschlichen Arbeitskraft als auch durch die günstige Einkommenslage der Farmer bestimmt. Allein im Fünfjahres- Zeitraum 1954 - 1959 stieg die Zahl der Betriebe mit einem Jahresumsatz von mehr als \$ 5000 pro Jahr um 12 %, die Zahl der Betriebe mit mehr als \$ 10 000/Jahr sogar um 36 % ¹⁾.

Ferner wurde auf einer nahezu unveränderten Anbaufläche und mit rd. 30 % weniger landwirtschaftlichen Arbeitskräften in der Zeit 1940 - 1957 ein um 35 % höherer Agrarausstoss erzielt, die Arbeitsproduktivität erhöhte sich innerhalb des Vergleichszeitraumes sogar um 100 %. Das arbeitsstündige Produktionsergebnis stieg von 66 im Jahre 1939 (1947/49 - 100) auf 152 im Jahre 1958 ²⁾.

1) vgl. Agra- Europe - Unabhängige europäische Presse - Informationsdienst für Agrarpolitik und Agrarwirtschaft, Bad Godesberg 3. Jahrg. 1962, No. 11 ;

2) Kendrick, J-W.: "Productivity Trends in Agriculture and Industry" in: Journal of Farm Economics 1958, S. 1554 ff.;

Seit 1959 sind die Erträge um 3 % gestiegen, obgleich 3 % weniger landwirtschaftliche Arbeitskräfte vorhanden sind. Die Arbeitsleistung einer landwirtschaftlichen Vollarbeitskraft war ausreichend, um 26 Personen mit Nahrungsmitteln, Naturfasern und Rauchtobak zu versorgen. Das sind 2 Personen mehr gegenüber dem Stand von 1949 ¹⁾. Geht man davon aus, dass weitere betriebswirtschaftliche und produktionstechnische Forschungsergebnisse in der landwirtschaftlichen Betriebsführung auch in Zukunft angewendet werden, dann werden selbst bei einer erheblichen Senkung der subventionierten Erzeugerpreise nur die relativ leistungsunfähigen Betriebe ausgeschaltet, die, obwohl zahlreich, nur einen geringen Anteil an der gesamten US- Agrarproduktion stellen.

Wie eine diesbezügliche in einer GATT - Studie ²⁾ veröffentlichte Untersuchung zeigt, würde eine Senkung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise um 7 % - bei Konstanz aller übrigen Einflussgrößen von 1954 - die Produktion lediglich um 0,5 % einschränken und 13,5 % der Betriebe stilllegen. Eine mögliche Kürzung um 23 % würde zu einer Produktionseinschränkung von nicht mehr als 3,5 % führen, jedoch 39,5 % der weniger leistungsfähigen Betriebe ausschalten.

Die hier aufgezeigten Grundzüge der landwirtschaftlichen Produktionsentwicklung in den Vereinigten Staaten erscheinen in einem neuen Lichte für den Weltagrarhandel bei einem internationalen Vergleich landwirtschaftlicher Erzeugerpreise. Wie die vorerwähnte Studie für die in der EWG und in ausgewählten Überseeländern erzielten Preise für 20 miteinander vergleichbare Agrarprodukte feststellt

1) vgl. Agra-Europe - Unabhängiger europäischer Presse- und Informationsdienst für Agrarpolitik und Agrarwirtschaft, Bad Godesberg 1961, 2.Jg., No. 42;

2) GATT: "International Trade 1959" - Geneva 1960;

Tabelle 33:

Preisvergleiche bei einigen Agrarprodukten in ausgewählten Ländern für 1955/56
US-Preise = 100

L a n d	Weizen	Roggen	Zuckerrüben	Rinder	20 landw. Erzeugnisse insgesamt
U S A	100	100	100	100	100
BR-Deutschland	136	199	106	119	116
Belgien	122	130	92	115	95
Dänemark	94	-	74	101	96
Frankreich	128	-	90	108	104
Grossbritannien	116	-	111	103	125
Italien	160	206	85	152	110
Niederlande	90	134	79	117	113

Quelle: GATT: "International Trade 1957-1958", July 1959 (Geneva);

GATT: "Analytical Index of the General Agreement" (MGZ(59)91), April 1959 (Geneva);

lagen die garantierten us-amerikanischen Agrarpreise 1955 - 56 im ganzen niedriger als die in den Untersuchungsländern den Farmern gezahlten Preise. Ausnahmen sind die Niederlande, Belgien, Dänemark, Australien und Kanada.

In Verbindung mit dem hohen Leistungsgrad der amerikanischen Farmen bedeutet dies, dass - theoretisch - die USA ihr agrarisches Angebot auf den Welt-Agrarmärkten um ein Vielfaches ausweiten könnten. Dies nicht nur bei Erzeugnissen, deren Preise (einschliesslich Subventionen) niedriger liegen als in den übrigen Ländern, sondern selbst mit den niedrigen Preisen der genannten Ausnahmestländer können die amerikanischen "commercial farmer" noch erfolgreich konkurrieren; insbesondere mit der Landwirtschaft der EWG-Länder. Denn das relativ hohe Lohnniveau in den Vereinigten Staaten ist durch den hohen Mechanisierungsgrad in der Landwirtschaft mehr als ausgeglichen. Eine Senkung der Preise, d.h. eine Verminderung der Subventionen durch einen niedrigeren "Normpreis", dessen Niveau in einem angemessenen Verhältnis zu den Produktionskosten der "commercial farm" steht, könnte zu einer zunehmenden Ausfuhr an Agrarprodukten auf bereits bestehende Märkte führen. Dafür spricht die Tatsache, dass in der Landwirtschaft der Lohnanteil am gesamten Verkaufswert nur 9,2 % beträgt gegenüber 45 % in der Industrie. Die Landwirtschaft der Vereinigten Staaten ist also im Vergleich zur Industrie weitgehend ungefährdet gegenüber erhöhten Lohnkosten.

Andererseits erscheinen die soziologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen einer auf dieses Ziel ausgerichteten US-Agrarpolitik durch einen "gezielten Sozialplan" (staatliche Hilfeleistung bei Abwanderung, Industrialisierung ländlicher Räume etc.) lösbar. Dagegen wird die Erhaltung der Landwirtschaft mit ihren gegenwärtigen Umsatzgrössengruppen von der Gesellschaft weiterhin materiellen Beistand erfordern, sowohl in Form von Subventionen als auch in Gestalt überhöhter Preise für Agrarprodukte.

Mit Sorge verfolgen Agrarökonomien als auch an einem weltweiten Handel Interessierte die Entwicklung der Flächenerträge in den USA - für die das Wort "revolutionär" sicherlich nicht übertrieben ist. Die beirrende Preishöhe¹⁾ verstärkt den ohnehin schon durch die Anwendung des technischen Fortschritts aufwärtsgerichteten Produktionstrend. Treffend bemerkt hierzu der ehemalige US-Landwirtschaftsminister B e n s o n:

"We have tried to legislate prices artificially, without full consideration for the inevitable forces of supply and demand. We have tried to control production artificially, without full consideration for the efficiency and ingenuity of our farmers. In other words, we have lacked realism".²⁾

Eine stufenweise vorzunehmende Liquidation des Preisstützungssystems wird deshalb als ein Mittelweg gesehen, um der drohenden Alternative zu entgehen, entweder unter dem Druck der öffentlichen Meinung zu einer der Marktwirtschaft angemessenen Selbstanpassung der Landwirtschaft überzugehen oder zu einer planwirtschaftlichen Produktions- und Absatzpolitik.

1) Schultz, Th.W.: "Agriculture in an Unstable Economy", Ny 1945, S. 35

2) Benson, E.T.: "Statement of Secretary of Agriculture" in: Hearings before the Committee on Agriculture and Forestry US- Senate, 85. Congress, 2. Session January 17 and 22, 1958, Washington 1958, S. 149 f;

Teil IV Konsequenzen für die europäische Agrarpolitik =====

Die Agrarpolitik der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft kann aus den in der US- Landwirtschaft sich abzeichnenden Entwicklungstendenzen wertvolle Anregungen entnehmen. Denn auch innerhalb der EWG wird ungeachtet der Produktionssteigerung bei den Hauptanbauprodukten hohen Stützungspreisen seitens einiger Länder das Wort geredet, insbesondere bei Getreide, dem Schlüsselprodukt auch der europäischen Landwirtschaft. Eine auf der Grundlage überhöhter Getreidepreise - etwa auf den Stand der BR- Deutschland - ausgerichtete Agrarpolitik würde jedoch die für die Getreideproduktion prädestinierten Gebiete der EWG, welche heute noch mit ihren Flächenerträgen unter dem Durchschnitt anderer Mitgliedländer liegen, zur Flächenintensivierung veranlassen und damit wachsende, unabsetzbare Stützungsbestände dieser Produkte auch in Europa begünstigen.

Allein für Frankreich, welches durch die gemeinsame Agrarpolitik innerhalb der Gemeinschaft neue Absatzmärkte für seine bisherigen Agrarüberschüsse zu gewinnen hofft, würde eine Anhebung seiner Erzeugerpreise zu einer stärkeren Ausnutzung seiner Produktionsreserven führen. Gruppe kommt in diesem Zusammenhang bei Ausnutzung der geschätzten französischen Flächenreserve von etwa 2,6 Mio ha zu einer Zuwachsrate von 13 Mio Tonnen bis 1970¹⁾. Dadurch würde sich die französische Normalernte von 20 auf 33 Mio to pro Jahr erhöhen und den Gesamtbedarf des EWG- Raumes nahezu decken. Es ist deshalb - selbst wenn gegenwärtig nur die französische Getreideerzeugung den Landesbedarf übertrifft - ein Getreidepreinsniveau auf dem europäischen Markt zu empfehlen, welches in seiner

1) Grupe, H.: "Entwicklung und Möglichkeiten der Getreideproduktion in Frankreich", in: Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung, Hannover 1960, S. 317 ff;

Höhe eine Steuerung des Produktionspotentials übernimmt in dem Sinne, dass marktwidrige Überschüsse vermieden werden.

Kapitel I Neuordnung der bisherigen Produktionsstruktur

Die Erscheinung, dass die fünf übrigen EWG-Länder, trotz ihrer an anderer Stelle dieser Arbeit aufgezeigten Produktionssteigerung und ihrer zunehmenden Selbstversorgung überhaupt noch zu den Getreideimporteuren der Welt zählen, dürfte sich vor allem durch die steigende Verwendung des Getreides für Futterzwecke erklären angesichts der starken Verbrauchszunahme bei Rot- und Weisfleisch im Rahmen anhaltender Hebung des Lebensstandards. Im Hinblick auf diese Entwicklung ist der Zuschussbedarf an Futtergetreide in der EWG gestiegen, obwohl die Eigenherzeugung zwischen 1950 - 1960 um nahezu das Dreifache von 27,5 auf 77,5 Mio Doppelzentner zugenommen hat ¹⁾.

Berücksichtigt man, dass die Hebung des Lebensstandards in den europäischen Ländern eines der Hauptziele des Rom-Vertrages ist, und vergewärtigt man sich den Pro-Kopf-Konsum an Fleisch in den EWG-Staaten und in den USA, in Höhe von 50 bzw. 95 kg pro Jahr ²⁾, dann müssen Änderungen in der Produktionsrichtung innerhalb der europäischen Landwirtschaft unternommen werden, um den Anschluss an den angestrebten US-Bedarf für Veredelungsprodukte zu erreichen ³⁾.

-
- 1) "Französisches Getreide in der EWG" in: Neue Züricher Zeitung - Fernausgabe vom 22.8.1962;
EWG-Kommission: "Vorschläge zur Gestaltung und Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik gem. Artikel 43 des Vertrages zur Gründung der EWG, Brüssel 1960, danach wird ein ständiger Einfuhrbedarf an Futtergetreide in Höhe von 5 - 6 Mio to pro Jahr veranschlagt.
 - 2) "Besprechungen - Hallsteins mit dem amerikanischen Agrarminister" in: Neue Züricher Zeitung-Fernausgabe v. 12.4.1962;
 - 3) Allerdings werden auch hier Preiskorrekturen nach unten bei den Futtermitteln notwendig sein, mit deren Hilfe eine intensive Veredelungswirtschaft aufgebaut werden kann.

Durch diese einsetzende andersartige Entwicklung der Nachfrage und möglicherweise der Preise wird allerdings die Landwirtschaft nunmehr vor die Aufgabe gestellt, bisher allgemein in Absatz und Rentabilität sicher und zweckmässig erscheinende Bodennutzungssysteme aufzugeben und nach neuen Betriebsformen und Betriebsorganisationen zu suchen, welche zu einer starken Spezialisierung führen und damit zu neuartigen Betriebszweigen, bei denen mit Recht die Frage gestellt werden darf, ob es sich hierbei überhaupt noch um einen landwirtschaftlichen Betriebszweig handelt. ¹⁾

Die entscheidende Frage ist jedoch, welche Betriebe in der Lage sein werden, die Mengen von Veredlungserzeugnissen zu produzieren, die für die industrielle Grossstadtbevölkerung zur Verfügung gestellt werden müssen. Mit Betriebszweigen, die flächengebunden sind - wie etwa Rindermast - wird der Kleinbetrieb mit den grossbäuerlichen Betrieben nicht konkurrieren können. Hier insbesondere nicht wegen der mangelnden Bestandsgrösse, um den rationellen Einsatz einer vollen Arbeitskraft zu gewährleisten ²⁾. Für kleinbäuerliche Betriebe bleibt deshalb lediglich die Milchviehhaltung, gegebenenfalls mit Aufzucht und Mast der anfallenden Kälber von Bedeutung.

1) vgl. hierzu: Blohm, G.: "Die rationelle Fleischerzeugung vom Hähnchen bis zum Ochsen" in: Vorträge der landw.- betriebswirtschaftlichen Tagung in Cuxhaven am 14. u. 15. Juni 1961 - Schriftenreihe des Hauptverbandes der landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen Heft 51 - Verlag "Pflug und Feder" - Bonn;

2) nach Blohm G. wird eine Arbeitskraft in der Rindermast erst bei einem Bestand von 60 - 80 Stück ausgelastet; vgl. Blohm, G.: Die rationelle Fleischerzeugung... op.cit. S.5 ;

Kapitel II Möglichkeiten und Grenzen für den Kleinbetrieb

Grundsätzlich anders liegen die Standorte bei den flächenunabhängigen Betriebszweigen (Schweine- und Geflügelmast). Bei diesen steht die Kombination der Produktionsfaktoren weitgehend nicht unter dem Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs; statt dessen kann die Produktion nach industriellem Vorbild und deren Methoden betrieben werden, wie Neudimensionierung der Produktion, Denken in grossen Mengen und langfristigen Verträgen. Durch Vergrösserung der Bestände kann eine wesentliche Senkung der Festkosten und - namentlich in bäuerlichen Betrieben - eine annähernd befriedigende Ausnutzung der vorhandenen familieneigenen Arbeitskräfte erreicht werden.

Betriebswirtschaftlich überlegen ist der kleinbäuerliche Betrieb dem Grossbetrieb bei Intensivkulturen mit hohen Gelderträgen je Flächeneinheit, z.B. im Anbau von Feingemüse und Spezialkulturen ¹⁾. Im Vergleich zur Lohnarbeitsverfassung des Grossbetriebes liegen die entscheidenden Vorteile des Kleinbetriebes darin, dass er wegen der grösseren Einsatz-Elastizität seiner familieneigenen Arbeitskräfte nicht mit konstanten Lohnkosten belastet ist. Dadurch kann der Arbeitsaufwand den Anforderungen besser angepasst werden als bei tariflich bezahlten Arbeitskräften.

Allerdings wird wohl kaum jeder bäuerliche Kleinbetrieb als Standort eines flächenunabhängigen Betriebszweiges geeignet sein. Denn die bei dieser Produktionsweise erforderlich werdende enge Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft, Futtermittelindustrie und Handel bzw. Genossenschaft - von der Lieferung der Küken bzw. der Läufer und des Futters über die Betreuung durch Facharbeiter seitens der Industrie bis zur Abnahme, Verarbeitung und Vermarktung an den Supermarkt - setzt eine zuverlässige Qualitätsleistung,

1) Blohm, G.: "Betriebswirtschaftliche Aussichten des Kleinbetriebes" in: Landwirtschaftliches Wochenblatt für Westfalen und Lippe 23/1962, S. 1651;

Einhaltung von Lieferfristen und kontrollierbare Grossbestände voraus. Dort, wo dieser Direktabsatz zwischen Erzeuger und Markt - bei den kleinbäuerlichen Betrieben - nicht über genossenschaftliche Einrichtungen abgewickelt werden kann, werden diese Betriebszweige sich auf grössere Bestände und leistungsfähigere Betriebe konzentrieren. Der mit entsprechender Kapitalkraft, Marktkennntnis und Initiative ausgestattete Grossbetrieb wird dann diese Produktion aufnehmen.

Abgesehen von der unzureichenden Konzentrationsmöglichkeit dieser flächenunabhängigen Produktion in Kleinbetrieben - infolge Fehlens der genannten betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen - wird das Bemühen, die Existenz der Kleinbetriebe durch Sonderkulturen oder tierische Veredlungsproduktion von innen her aufzustocken, durch die Anwendung produktionstechnischer Forschungsergebnisse in der Landwirtschaft begrenzt.

In der Geflügelhaltung ist es dank der Initiative von Privatfirmen gelungen, Hühnerrassen mit einer jährlichen Legeleistung von mehr als 300 Eiern je Tier zu züchten, sowie Mastrassen mit einer Futterverwertung von 1 : 1,2 je kg Gewichtszunahme ¹⁾. Bei den Legehennen ist nach derzeitigem Forschungsstand die Auslastung einer Vollarbeitskraft erst bei 3000 Tieren gegeben und nur noch ein Mindestbestand von 1500 Hennen je Betrieb wirtschaftlich.

In der Hähnchenproduktion sind 30 000 Hähnchen je Arbeitskraft ein Normalbesatz und dementsprechend 150 000 Stück die Jahresproduktion einer einzigen Arbeitskraft. Ebenso konnte in der Schweinefleischproduktion im Verlauf der letzten Jahre eine Steigerung der Bestandsgrösse je Arbeitskraft erreicht werden. Bei günstigen Stall- und Fütterungsverhältnissen, d.h. weitgehender

1) Blohm, G.: "Die rationelle Fleischerzeugung ...",
op. cit. S. 12 f;

Mechanisierung, kann eine einzige Arbeitskraft heute 800 - 1200 Mastschweine jährlich produzieren ¹⁾.

Gerade unter Berücksichtigung dieser Leistungserfolge in der tierischen Veredlungsproduktion wird der künftige Trend dieser Betriebszweige sichtbar: Konzentration der betreffenden Produktion durch Verminderung der Zahl der Erzeuger.

Nach P r i e b e könnte der gesamte heutige Eierverbrauch der BR- Deutschland von nicht mehr als 100 000 Betrieben mit je 1000 Legehennen erstellt werden ²⁾. In der Schweinefleischproduktion werden ebenfalls 100 000 Betriebe als hinreichend angesehen, um die erforderliche Jahreserzeugung von 20 Mio Schweinen zu garantieren. Auf dem Hintergrund dieser Zahlen und unter Berücksichtigung des Sachverhalts, dass sich auch grössere Betriebe an diesen Betriebszweigen beteiligen - weil der rationelle Mindestbestand dieser Produktionsrichtungen durchschnittlich das 4 - 5 - fache des bisherigen betragen müsste - kommt P r i e b e zu dem Ergebnis, dass lediglich etwa 100 000 Kleinbetriebe der BR- Deutschland durch die tierische Veredlungsproduktion zu Vollerwerbsstellen aufgestockt werden können.

Dieses Resultat gewinnt an Bedeutung, wenn man bedenkt, dass nach der Statistik von 1961 von den 1,59 Mio Betrieben der BR Deutschland von mehr als 0,5 ha bereits heute über die Hälfte im Nebenberuf bewirtschaftet werden.

1) Blohm, G. ebenda, S. 10

2) Priebe, H.: "Familienbetriebe im volkswirtschaftlichen Wachstumsprozess" Schlussreferat anlässlich der Vortragsreihe der Forschungsstelle für bäuerliche Familienwirtschaft am 19.6.1962 in Bonn, - veröffentlicht unter "Familienbetriebe im volkswirtschaftlichen Wachstumsprozess"- in: Innere Kolonisation, Zeitschrift für Fragen der Ordnung des Ländlichen Raumes, Agrarstrukturverbesserung, Flurbereinigung und Siedlung, Berlin - Bonn, 12. Jahrgang, April 1963, S. 83 ff;

Dort also, wo in der Gruppe der Familienbetriebe die Erzielung eines angemessenen Einkommens nicht durch flächemässige Aufstockung des heutigen Umfanges möglich ist, sondern nur durch innere Aufstockung, besteht lediglich für 100 000 bis 150 000 Betriebe die Chance, zu einer Vollerwerbsstelle aufgestockt zu werden. Angesichts der bereits erzielten Fortschritte in Produktion und Organisation werden dann nach diesen Schätzungen in der Zukunft nur noch 500 000 Vollerwerbsstellen in der Landwirtschaft der BR-Deutschland in der Lage sein, den Gewinn aus sich ständig neu bietenden Möglichkeiten der Landbautechnik zu nutzen¹⁾.

Ähnlich verläuft die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktions- und Vermarktungstechnik in den übrigen Mitgliedsländern der EWG. Dort, wo sich Änderungen in der Produktionsstruktur noch nicht vollzogen haben, um sich veränderten ökonomischen Bedingungen anzupassen, wird eine stärkere Differenzierung der Produktionszweige zu einer der wirkungsvollsten Anpassungsmassnahmen. Die Spezialisierung konzentriert den Kapitaleinsatz auf einige wenige Betriebszweige und führt dort zu Grösseneinheiten, die immer mehr vom Gesetz der Kostendegression bestimmt werden statt vom Ertragsgesetz. Die auf diese Weise sich ergebende Produktionssteigerung wird die Märkte für Viehprodukte im Rahmen der EWG unter einen erheblichen Wettbewerb stellen; insbesondere zum einen wegen der einsetzenden höheren Selbstversorgung innerhalb des Gemeinsamen Marktes, zum anderen in Anbetracht des grösseren Agrarproduktionspotentials - im Verhältnis zur Nachfrage - in anderen EWG-Ländern als in der BR-Deutschland.

Da andererseits der Direktverbrauch an Getreide für Ernährungszwecke im kommenden Jahrzehnt weiterhin abnehmen wird - wenn die das Wirtschaftswachstum des vergangenen Jahrzehnts bestimmenden Faktoren weiterhin wirksam bleiben und die Bevölkerungsentwicklung der in den letzten Jahren zu beobachtenden Zuwachsraten entspricht - wird die westeuropäische Landwirtschaft²⁾ ihre Boden-

1) vgl. hierzu das zu ähnlichen Ergebnissen kommende sog. Professoren-Gutachten "Wirkungen einer Senkung der Agrarpreise im Rahmen einer gemeinsamen Agrarpolitik der EWG auf die Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland" Brüssel 1962;

2) Gemeint ist die Landwirtschaft der EWG;

produktion nur mit Hilfe rationeller Veredlung verwerten können ¹⁾.

Aus der notwendigen Anpassung an den produktionstechnischen Fortschritt und aus der Entwicklung hoch entwickelter, stark industrialisierter Volkswirtschaften folgt, dass die westeuropäische Agrarproduktion im Sinne der Rationalisierung sich auf Betriebe konzentrieren wird, die grosse Partien handelsfähiger Waren erzeugen. In flächenunabhängigen Betriebszweigen wird das Bemühen um eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität und eine Senkung der gesamten Produktionskosten auf eine Vergrösserung der Bestände durch Reduzierung der Produzentenzahl gerichtet sein.

Kapitel III. Mutmassliche Rückwirkungen eines etwaigen Abbaues des US- Agrarschutzes

Die Anpassung an den produktionstechnischen Fortschritt wie auch an die Nachfrage wurden im vorhergehenden Kapitel als die treibenden Kräfte für eine erforderlich werdende neue Produktionsorientierung der Landwirtschaft innerhalb der Mitgliedländer genannt. Diese strukturelle Neuregelung setzt jedoch eine - wenn auch schrittweise - Preissenkung bei den stapelfähigen Grundprodukten voraus, weil deren Preise, die bisher manipuliert wurden, über die Schweine- und Geflügelhaltung auch das Preisniveau für Veredlungsprodukte bestimmen und damit im entscheidenden Masse die Verwertung der meisten Bodenprodukte. Die Aufrechterhaltung relativ

1) Bereits in den letzten Jahren beruhte die Steigerung der Verkaufserlöse nach dem EWG- Vizepräsidenten Mansholt fast ausschliesslich auf dem zunehmenden Absatz für tierische Veredlungsprodukte, vgl.: " Vorrang des Getreideanbaus falsch" in: Die Welt vom 21.6.1961;

hoher Getreidepreise verbunden mit der Anwendung des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts würde bei dem bereits hohen Selbstversorgungsgrad des EWG-Raumes zu einem übermässigen Angebot führen, wie dies für die US-Landwirtschaft aufgezeigt werden konnte. Die EWG-Kommission hat deshalb diese Annahme ihrer nunmehr anstehenden Entscheidung zur Frage, auf welchem Niveau die Preisangleichung bei Agrarprodukten im Gemeinsamen Markt stattfinden soll, zugrunde gelegt¹⁾.

Über die Neuregelung selbst ist eine lebhafte Diskussion entstanden, weil Hochpreisländer sich nicht mit EWG-Preisen auf niedrigerem Niveau abfinden können, sind doch eben diese Preise ein wichtiger Bestimmungsfaktor landwirtschaftlichen Einkommens. Angesichts des fehlenden Einblicks in die Zukunft der EWG muss eine Betrachtung über die möglichen Folgen einer auf eine Getreidepreissenkung umschwenkenden Agrarpolitik der Vereinigten Staaten auf den europäischen Agrarmarkt die Sorge um den Fortbestand der westeuropäischen Landwirtschaft wecken. Denn die Ausführungen zu den Strukturdaten der amerikanischen und der westeuropäischen Landwirtschaft im Teil II und III dieser Arbeit lassen berechtigte Zweifel an der produktionstechnischen Wettbewerbsfähigkeit der EWG-Landwirtschaft aufkommen; andererseits kann die Anwendung entsprechender, d.h. auf die Abschirmung gegenüber der US-Konkurrenz gerichteter Massnahmen nur Übergangscharakter haben, nach deren Ablauf eine am Prinzip der komparativen Kostenvorteile orientierte Produktion erfolgen muss. Einer Abschirmung als Faktion Westeuropas auf die US-Konkurrenz stehen insbesondere zwei wichtige Grundsachverhalte entgegen:

1) Vorschläge zur Gestaltung und Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik gem. Artikel 42....., op.cit.

1. Die Ausfuhren industrieller Erzeugnisse in Drittländer bilden die Grundlage für Vollbeschäftigung, Masseneinkommen und Prosperität der EWG. Ein wesentlicher Teil dieser Exporte kann von den betreffenden Handelspartnern jedoch nur mit entsprechenden Agrarausfuhren bezahlt werden, so dass die Anwendung von Regulierungsmethoden, seien es Abschöpfungen oder Einfuhrlizenzen, seitens der EWG auf lange Sicht deren eigene Entfaltung bedroht. Überdies könnte auch der in den letzten Jahren beobachtete Aufschwung des Handels zwischen der EWG und anderen ausserstehenden Industriestaaten¹⁾ - wie den Vereinigten Staaten - durch die Errichtung eines protektionistischen EWG-Aussenzolls in der Weise beeinträchtigt werden, dass die nicht zur EWG gehörenden Exporteure verstärkte Anstrengungen in Drittländern unternehmen, um dort die EWG-Konkurrenten zu überrunden. Dadurch würde der verstärkte Wettbewerb in Drittländern die Vorzüge zunichte machen, welche die Mitgliedländer aus den internen Handelsbeziehungen innerhalb des Gemeinsamen Marktes gewinnen.²⁾

2. Als weiteres Argument, das einer möglichen Abschrumpfung des EWG - Raumes gegenüber Drittländern entgegensteht, ist die nunmehr von H e l l e r - als jetzigen Berater des amerikanischen US - Präsidenten in Wirtschaftsfragen - ausgesprochene Möglichkeit eines späteren Beitritts der USA zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.³⁾ Ähnlich äussert sich der frühere amerikanische Aussenminister und jetzige Sonderbeauftragte Präsident Kennedys

1) vgl. GATT: "International Trade 1961", Geneva 1962;

2) vgl. "The European Common Market and its Meaning to the USA", published by Committee für Economic Development (CED) 1959;

3) "Heller und die EWG" in: Deutsche Zeitung vom 25.9. 1962;

für Handelsfragen, H e r t e r ¹⁾. Er schlägt vor, dass die allmähliche Integration Europas mit den Vorbereitungen zur Schaffung einer von ihm näher erläuterten atlantischen Gemeinschaft zwischen den USA, Kanada und Europa Hand in Hand gehen könne.

Wenngleich derartige Äusserungen zu Amerikas wirtschaftlichem Engagement in der EWG jetzt auch noch mit Zurückhaltung aufgenommen werden, so lässt doch das kürzlich vom US- amerikanischen Kongress gebilligte Aussenhandelsgesetz (Trade Expansion Act) erkennen, dass wir erst am Anfang eines umfassenden Integrationsprozesses stehen. Im gleichen Sinne hat Präsident Kennedy das am 7. März 1962 in Genf unterzeichnete - im Rahmen des GATT abgeschlossene Abkommen zwischen der EWG-Kommission und den USA über eine gegenseitige Zollsensenkung um 20 % als Beginn eines engeren Handelsverkehrs zwischen den atlantischen Wirtschaftsmärkten ausdrücklich begrüsst ²⁾.

Denn in dem Masse, wie die US- Regierung von einem EWG-Abschöpfungssystem nicht nur Exportschmälerungen erwartet, sondern auch einen Abfluss amerikanischen Investitionskapitals nach Europa und damit eine Beeinträchtigung des eigenen wirtschaftlichen Wachstums und der US-Zahlungsbilanz, in demselben Masse würde infolge abnehmender amerikanischer Nachfrage nach Fertigwaren das westeuropäische Investitionsniveau schrumpfen. Bedenkt man weiterhin, dass rd. 90 % der industriellen Ausfuhr der freien Welt sich auf diese beiden Wirtschaftsblöcke konzentrieren, dann wird deutlich, dass die Zukunft des freien Welthandels von den Beziehungen zwischen den USA und der EWG wesentlich mitbestimmt werden ³⁾.

-
- 1) Herter, C.A.: "Atlantica" in: Foreign Affairs" An American Quarterly Review, January 1963, S. 299 ff;
 - 2) Agra-Europe-Unabhängiger Presse- und Informationsdienst für Agrarpolitik und Agrarwirtschaft - Bad Godesberg, 3.Jg. 11/62 - Europa- Nachrichten, S. 3
inzwischen steht eine 50 %-ige Zollsensenkung zur Diskussion
 - 3) "Bruch mit dem Protektionismus", Die Welt, Unabhängige Tageszeitung vom 3.11.1961;

Als weiterer Beweis für die Haltung Washingtons, amerikanischen Aussenhandelsmärkte gegen schutzzöllnerische Massnahmen zu verteidigen und auf eine grössere Freizügigkeit im Welthandel hinzuwirken, können die Ausführungen des US- Landwirtschaftsministers F r e e m a n angesehen werden, demzufolge dem europäischen Agrarmarkt wirtschaftliche Repressalien seitens der USA drohen, falls die Absatzinteressen der US- Farmer durch die Einfuhrpolitik der EWG weiterhin verletzt würden ¹⁾.

Diese Ausführungen lassen erkennen, dass nicht nur die Produktionserfolge der landwirtschaftlichen Grossbetriebe in den Vereinigten Staaten, nicht die umgekehrt proportionale Verteilung bisheriger Subventionsausgaben zur wirklichen Bedürftigkeit und nicht die Kostspieligkeit der Konservierung des heutigen Zustandes allein die US- Regierung veranlassen könnte, ihre Preissubventionen bei Agrarprodukten auf ein zu den Produktionskosten im angemessenen Verhältnis stehenden Niveau zu senken, sondern ebenso das gesunde Streben nach Ausweitung des Aussenhandels als ein Weg zur Steigerung des "american way of life".

Der Zeitpunkt einer auf dieses Ziel möglicherweise ausgerichteten US- Agrarpolitik wäre gegeben, wenn die Mehrheit der "marginal - farmer" der dynamischen Entwicklung in den Grossbetrieben, welche durch hohe Kapitalinvestitionen begünstigt wird, erlegen ist und

1) vgl.: "USA drohen mit Repressalien gegen EWG"
in : Der Mittag- Jg. 47 - No 270 - 20.11.1962;

diese zu niedrigeren Preisen als bisher exportieren werden ¹⁾.

Methoden

Der Versuch, Rückwirkungen einer Senkung des Getreidepreises in den USA auf die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft der EWG- Mitgliedländer zu ermitteln, zwingt wegen der Weite eines solchen Unternehmens zur Begrenzung. Nächsthende Überlegungen konzentrieren sich deshalb nicht auf bestimmte landwirtschaftliche Gebiete noch sollen die finanziellen Auswirkungen der Preissenkung auf die einzelnen Bodennutzungssysteme grössenordnungsmässig bestimmt werden. Die Ausklammerung dieser quantitativen Ermittlungen der Auswirkungen muss hingenommen werden, weil für eine erschöpfende Behandlung des anstehenden Problems - eine Analyse der mannigfachen, durch die Interdependenz der Agrarmärkte bedingten Wechselwirkungen im landwirtschaftlichen Produktionsbereich - die entsprechenden Unterlagen noch nicht in dem notwendigen Umfang zur Verfügung stehen. Zum anderen sind auf nationaler Ebene eine Reihe von statistischen Berechnungen

-
- 1) Bereits jetzt würde ein solcher Zeitpunkt gegeben sein, nachdem das nach seinen Urhebern benannte "Freeman - Cochrane - Agrarprogramm" durch das Repräsentantenhaus mit geringer Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Die Kennedy -Administration, welche mit diesem Programm, die staatlichen Aufwendungen für bisher in Kraft stehende Programmassnahmen zu kürzen beabsichtigte durch stark kontrollierte Produktionseinschränkungen bei einer gleichzeitigen ca 3 % - igen Preisanhebung der betreffenden Agrarprodukte, hatte vor der Abstimmung die Farmer vor die Wahl gestellt, zwischen Annahme dieser Vorschläge oder Rückführung der Landwirtschaft in ein marktwirtschaftliches System - beginnend mit verstärktem Warenangebot aus staatlichen Lagerbeständen zu Tagespreisen - vgl. Cochrane, W. Farm Prices-Myth and Reality-University of Minnesota Press - Minneapolis 1958;Kennedys - Agrarplan zu Fall gebracht, in: Die Welt - v. 23.6.1962

über die mutmasslichen Einbussen an Verkaufserlösen angestellt worden, deren Werte um Millionen voneinander abweichen, und die deshalb als völlig ungewiss gewertet werden müssen. Denn niemand kann die unter dem Druck neuer Bedingungen sich einstellende Verhaltensweise der Landwirte voraussagen, noch ist der Schluss von den Verkaufserlösen auf die Einkommenshöhe hinreichend gesichert. Bei den hier angestellten Überlegungen soll es deshalb - und das scheint auch wichtiger als exakte Voraussagen - auf eine Erkenntnis der Gesamttendenzen ankommen.

Das Augenmerk soll infolgedessen auf die aus einer Preisänderung im oben erwähnten Sinne erforderlich werden den betriebswirtschaftlichen und produktionstechnischen Änderungen in der EWG- Landwirtschaft gerichtet sein. Denn die praktische Bedeutung dieser Untersuchung liegt vor allem in dem Nachweis, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht an den Grenzen des Gemeinsamen Marktes haltmacht, sondern dass bei den einzelnen Wirtschaftsbereichen - auch der Landwirtschaft - sich ein Umdenken vollziehen muss, um eines Tages mit den frei importierten Agrarprodukten aus Übersee zu konkurrieren.

Dass es sich bei einer derartigen Zielsetzung nicht um ein Wunschdenken amerikanischer Interessengruppen handelt, belegen ebenfalls Äusserungen auf dem europäischen Kontinent. So hat die französische Delegation der in Genf zusammengekommenen Studienkommission des GATT im Februar 1962 - anlässlich einiger Untersuchungen über die Vorbereitung einer Welt - Wettbewerbsordnung für Getreide - von einem Übergang der EWG - Agrarpolitik in die allgemeine Weltagrarpolitik zu sprechen begonnen. Der Kern dieser Anregung besteht in der erforderlich werdenden Lösung der gegenwärtigen Verwirrung in den Subventions-Schemen; eventuell dadurch, dass alle Regierungen und ein internationales Zentralkartell beispielsweise amerikanischen Weizen zu seinem gegenwärtigen Subven-

tionspreis aufkaufen würden ¹⁾.

Eine Warnung an die westeuropäischen Länder sprach A. Müller-Armack im Hinblick auf die Entwicklungshilfe und die Verschlechterung der terms of trade der rohstoff-erzeugenden Länder aus: "Die europäischen Länder können es sich nicht leisten, dass sie auf Grund ihrer technischen Überlegenheit ihre Selbständigkeit und ihre Selbstversorgung immer mehr ausbauen. Sie dürfen die Verantwortung nicht vergessen, die sie für die Einheit der Weltwirtschaft tragen". Schliesslich weist der Artikel 6 des Verordnungsentwurfs der EWG-Kommission an den Europäischen Ministerrat im Rahmen eines jährlich zu erstellenden Lageberichts zur Landwirtschaft und zu den Agrarmärkten der Gemeinschaft auf diese Zielsetzung hin. Wörtlich heisst es: "Bei der Festsetzung der Richtpreise ist der Lage und den Entwicklungstendenzen im internationalen Handel mit den betreffenden Erzeugnissen und konkurrierenden Produkten Rechnung zu tragen. Da sich die Preisbildung auf dem Weltmarkt nicht immer unter normalen Bedingungen vollzieht, sollten die Weltmarktpreise mit den Preisen verglichen werden, zu denen die leistungsfähigsten Erzeuger in der Welt das betreffende Erzeugnis in ausreichender Menge anbieten können" ²⁾.

Je früher sich die westeuropäische Landwirtschaft auf die sich abzeichnenden neuen ökonomischen Bedingungen einstellt, um so günstiger ihre Ausgangsposition auf dem Agrarmarkt.

-
- 1) vgl. "Welt-Wettbewerbsordnung für Getreide" in: Agra-Europe op.cit.3.Jg.No.1 sowie: "Internationales Zentralkartell für Weizen" in: Deutsche Getreidezeitung-Börsen- und Handelsblatt für Getreide und Landesprodukte - Hannover 17.Jg., No.22;
 - 2) "Kritik an langfristiger Programmierung" in: Deutsche Zeitung (4.XII.1962);
 - 3) "Viel Politik mit Agrar-Richtpreisen" in: Deutsche Zeitung v.23.XI.1962;

Tabelle 34: Indices der durchschnittlichen Erzeugerpreise für Weizen in den USA und der EWG*)

U S A **)	Belgien	BR-Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande
100	130,4	139,9	101,3	142,9	110,9

*) ohne Luxemburg; **) = Erzeugerpreis 1957/58;

Quelle: USDA: "The Wheat Situation 1959"; Hanau, A. "Die deutsche Landwirtschaft im Rahmen des gemeinsamen Marktes" in: Agrarwirtschaft, op. cit. S. 134 (1962);

Tabelle 35: Herkunft des Futtergetreidebedarfs in den EWG-Ländern

	BR-Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belg./Lux.
	Ø 1955/56-1959/60 in Mill. to				
Eigenfutter	6.4	8.1	3.0	0.6	0.7
Zukauffutter	2.5	2.2	1.7	2.6	1.5
insgesamt	8.9	10.3	4.7	3.2	2.2
Anteil des Zukauf- futters in %	28	21	27	79	67

Quelle: AGRA-EUROPE, Unabhängiger Presse- und Informationsdienst für Agrarpolitik und Agrarwirtschaft,
Bad Godesberg, 3. Jg. 17/62-Europa-Nachrichten S.9;

Ausgehend von der Tatsache, dass die Getreidepreise eine Schlüsselstellung für das gesamte Agrarpreinsniveau einnehmen - sie bestimmen die Erlöse aus den Getreideverkäufen und beeinflussen die Preise der übrigen Agrarprodukte, insbesondere die der Kartoffeln, der Schweine- und Geflügelprodukte - soll die Annahme zugrunde gelegt werden, dass der subventionierte US- Weizen in seiner jetzigen Höhe in die EWG - Länder exportiert wird, jedoch ohne jegliche Exportsubventionen. Zu diesem Leitpreis, der etwa dem gegenwärtigen französischen und mit geringem Abstand dem niederländischen Preisniveau entsprechen würde-, wurden die Weizenpreise der EWG- Länder in Messzifferform dargestellt (vgl. Tabelle 34). Ferner wird unterstellt, dass der Übergang zur Preisangleichung sich gleitend vollzieht, etwa, dass er in 15 - 20 Jahren abgeschlossen ist ¹⁾. Die Wahl eines derartig langen Zeitraumes wurde im Hinblick auf die gegenwärtige Schaffung eines europäischen Agrarmarktes gewählt, der zunächst aufgebaut und konsolidiert werden muss, um einen Zusammenbruch der europäischen Landwirtschaft durch eine sofortige Preisannäherung zu verhindern.

Angesichts des relativ hohen Anteils der Weizenproduktion an der Versorgung in den Mitgliedländern ²⁾ - ausgenommen die Niederlande mit unter 50 % im 3-jährigen Durchschnitt 1957/60 - und im Hinblick auf den nahezu stagnierenden bzw. weniger ausweitungsfähigen Verbrauch an Weizen

1) Von einer Untersuchung über Auswirkungen von billigen US- Futtergetreideimporten wurde abgesehen, weil durch die geringen Futtergetreideimporte von lediglich rd. 7 % des gesamten Futtergetreidebedarfs und wegen der in den meisten Mitgliedländern vorherrschenden klein- und mittelbäuerlichen Struktur die zukünftige Agrarpolitik nicht bestimmt werden kann.

vgl. hierzu: Müller, G. und Schnieders, R.: "Regionale Probleme und Transportkosten innerhalb der Getreidewirtschaft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" in: Berichte über Landwirtschaft Bd. 38 (1960), S. 578;

2) für die EWG insgesamt im Wirtschaftsjahr 1959/60 = 94 %; vgl. Agrarstatistik Heft 3/1961 - Statistisches Amt der EWG - Brüssel;

für die Ernährung würde eine reale Senkung der Weizenpreise auf das Niveau der USA entweder Weizenflächen für den Futtergetreideanbau bereitstellen oder einen Anreiz zur Weizenverfütterung ausüben. Der Übergang dürfte in Ländern mit verhältnismässig hohem Weizenpreis sich schneller vollziehen als in jenen, in denen diese Preissenkung weniger drastisch empfunden wird, wie z.B. in Frankreich. Allerdings wird wohl kaum mit einer gleichgerichteten Reaktion derjenigen Landwirte zu rechnen sein, für welche die Preisrelationen ungünstiger werden.

Wie Beispiele in den Vereinigten Staaten und in Frankreich zeigen, werden zahlreiche Landwirte sich zunächst auch von einem niedrigen Preis eine Rentabilität versprechen, indem bisher ungenutzte Rationalisierungsmassnahmen ausgewertet werden; selbst auf die Gefahr hin, dass die zum niedrigen Preis absetzbaren Produktmengen grösser sind. Sowohl die Produktionsumstellung vom Weizen - auf verstärktem Futtergetreideanbau als auch der Weizenab-satz über den Tiermagen würden insbesondere der Schweinehaltung einen kraftigen Auftrieb geben.¹⁾

Über Bestandsvergrösserungen würde die Produktion ansteigen mit der Folge sinkender Erzeugerpreise. Auf welches Niveau sich die Preise dabei langfristig einspielen würden, wäre abhängig von dem Anteil des einheimischen Futtergetreides an dem gesamten Futtergetreidebedarf

1) Da die Direktverkäufe der Landwirtschaft an Futtergetreide durchweg gering sind, der Anteil der tierischen Erzeugnisse an den landwirtschaftlichen Verkaufserlösen im EWG-Durchschnitt 68 - 70 % ausmacht, wird das landwirtschaftliche Einkommen weit stärker durch den Preis der tierischen Veredlungsprodukte bestimmt als durch den Futtergetreidepreis
vgl.: Deutsche Getreidezeitung, op.cit.v.27.10.1962;

je Produktionseinheit. Je weniger inländische Bodenprodukte bei der tierischen Veredelungsproduktion Verwendung finden, um so mehr würden die Erzeugungskosten im Laufe der Zeit dem eingesetzten billigeren US-Weizen entsprechen. Hieraus würde sich für die landwirtschaftliche Veredelungsproduktion eine wichtige Konsequenz ergeben.

In Anlehnung an die agrarische Standorttheorie würden bei einem nicht unwesentlichen Bedarf an Auslandsweizen markt- und konsumnahe Gebiete einen Standortvorteil erzielen, weil die Frachtsätze von den Seehäfen hier niedriger liegen im Vergleich zu den marktfernen Zonen. In diesen Bereichen könnte indessen die tierische Veredelungsproduktion nur im Umfang der eigenen Futtergrundlage ausgedehnt werden - sofern die Frachtkosten nicht ausgeglichen werden.

Hierdurch würde der Anbau in regionaler und betrieblicher Hinsicht vollkommen erstarren.

Länder wie Belgien /Luxemburg und die Niederlande würden mit ihrem hohen Anteil des Zukaufsfutters an der Eigenfuttererzeugung gegenüber den übrigen Ländern einen Standortvorteil in der Schweinefleischproduktion innehaben (vgl. Tabelle 35). Frankreich indessen wäre hiervon bei seinem dem US-Weizenpreise nahekommenden Weizenpreis - im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland und Italien - ausgenommen.

Eine weitere mögliche Folge aus der angenommenen Preisangleichung würde sich für Länder, deren bisherige Agrarpolitik vornehmlich auf eine starke tierische Veredelungsproduktion durch niedrige Futtergetreidepreise gerichtet ist - wie z.B. die Niederlande - dadurch ergeben, dass diese ihren Vorsprung gegenüber denjenigen Ländern verlieren, die die Rentabilität der einheimischen Landwirtschaft bisher in erster Linie über die preislich günstigere Verwertung der Bodenproduktion zu erreichen suchen. Durch Senkung der Stückkosten würde das Kostenniveau der letzteren dem ersteren sich lang-

fristig anpassen. Infolge abnehmender Preisdifferenzen zwischen diesen Ländern würde sich aber damit auch der Anreiz der bisher für tierische Veredlungsprodukte prädestinierten Länder verringern, in ihre ehemaligen Absatzländer zu liefern. An der Küste Frankreichs und der BR - Deutschland würden sich dann die gleichen Produktionsmöglichkeiten für Schweine, Geflügel etc. ergeben, die für die Niederlande durch den Vorteil des billigen Futtergetreideimports aus den USA zuvor bestanden.

Ferner würde in Weizenüberschussgebieten mit z.T. beachtlichem Zuschussbedarf an Futtergetreide, wie dies insbesondere für Westfrankreich und südlich der Po-Ebene zutrifft, der durch den bisher grossen Preisabstand zwischen Weizen und Futtergetreide einseitig geförderte Weizenanbau reduziert zugunsten einer Konzentration der tierischen Veredlungsproduktion bzw. pflanzlicher Sonderkulturen (Gemüse, Obst) in diesen Gebieten. Auf diese Weise würden sich neue innereuropäische Produktionsgebiete herausbilden ¹⁾.

Dem unter Preisdruck stehenden Angebot an tierischen Veredlungsprodukten durch Herabsetzung des Weizenpreises auf das amerikanische Niveau würde andererseits sicherlich eine aus dem Zukauf billigeren Auslandsgetreides resultierende Kostenersparnis gegenüberstehen, ohne dass zahlenmässige Angaben über einen etwaigen Ausgleich oder

1) vgl. hierzu: Müller, G. und Schnieders, R.: "Regionale Probleme und Transportkosten innerhalb der Getreidewirtschaft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" in: Berichte über Landwirtschaft Bd. 38(1960), S. 567 ff;

Marktverlust mit Exaktheit gemacht werden können ¹⁾.

Inwieweit die angenommene Preissenkung im Angebot und in den Preisen beim Geflügel ihren Niederschlag findet - ist im Gegensatz zur Schweinefleischproduktion nicht eindeutig vorauszusehen. Denn obgleich der Getreidehandel 65 - 70 % des gesamten Futterbedarfs in der Geflügelwirtschaft ausmacht ²⁾ - und Futterweizen den Hauptanteil stellt - erscheint eine durch die Getreidepreissenkung möglich werdende Angebotsausweitung sich nicht in sinkenden Erzeugerpreisen widerzuspiegeln. Dafür spricht die Beobachtung, dass die Nachfrage nach Weissfleisch in den letzten Jahren ständig zugenommen hat und hier weniger nach Enten- und Gänsefleisch als nach Hähnchen und Suppenhühnern.

1) Auf nationaler Ebene wurden dem Verfasser vorliegender Arbeit Untersuchungen über die Auswirkungen einer Senkung der Futtergetreidepreise auf die Verkaufserlöse lediglich für die Landwirtschaft der BR-Deutschland bekannt: Plate, R. und Grupe, H.: "Auswirkungen einer Senkung der Futtergetreidepreise auf die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft der BR-Deutschland" in: Agrarwirtschaft 1958, S. 301 ff; Schmidt, H.: "Zur Frage der Futtergetreidepreise" als Manuskript vom IFO-Institut für Wirtschaftsforschung München, 1958; Cnotka, K.-H. "Die voraussichtlichen Auswirkungen einer Herabsetzung der Futtergetreidepreise auf die westdeutsche Landwirtschaft", Arbeit aus dem Institut für Agrarpolitik und Marktlehre der Universität Kiel, Kiel 1958; Ausgehend von einer Senkung des Futtergetreidepreises auf einen dreijährigen durchschnittlichen Einfuhrpreis - cif - Nordseehäfen für Futtergerste (280.-DM/to) ermittelt K.-H. Cnotka eine Reinertragsminderung der westdeutschen Landwirtschaft für die Schweinehaltung in Höhe von rd. 275.20 Mio; Cnotka, K.-H.: "Die voraussichtlichen Auswirkungen.....", op.cit., S. 45;

2) vgl. Europa-Nachrichten aus EWG- EFTA - OECD- Vereinigte Wirtschaftsdienste - Abteilung Landwirtschaft - Frankfurt a.M. 23.IV.1962;

Die angenommene Getreidepreissenkung würde auch den Kartoffelmarkt beeinflussen, weil die Kartoffel in den einzelnen Mitgliedsländern in mehr oder weniger starker Konkurrenz mit dem Futtergetreide steht, dessen Preis über die Höhe des Schweinepreises auf die Verwertung der verfütterten Kartoffeln einwirkt. Aber nicht nur für Wirtschaftskartoffeln, sondern auch für Speisekartoffeln besteht eine Abhängigkeit vom Getreidepreis, wie Untersuchungen von Mittendorf zeigen ¹⁾.

Denn durch die Abwertung der Futterkartoffeln infolge Herabsetzung des Getreidepreises würde auf den bisher für den Kartoffelanbau bevorzugten Böden der Anbau von Speisekartoffeln in grösserem Umfang erfolgen und sich damit auf deren Preise auswirken. Auf welches Niveau sich dabei die Preise für Speisekartoffeln langfristig einspielen werden, dafür wird indessen nicht der Einfluss der Getreidepreise allein entscheidend sein. Ein über mehrere Jahre anhaltender, durch arbeitswirtschaftliche Schwierigkeiten und ungünstige Preis- und Kostenverhältnisse bedingter Rückgang in der Kartoffelanbaufläche kann gleichwohl die Abhängigkeit des Speisekartoffelpreises vom Getreidepreis stark mindern ²⁾.

Die aus einer Herabsetzung der Getreidepreise mutmasslich sich ergebenden Rückwirkungen auf die Schweine- und Geflügelfleischproduktion werden ihrerseits auch auf die Rindfleischproduktion Einfluss nehmen. Der erwartete Rückgang der Schweinepreise würde bei anhaltend guter

1) vgl. hierzu: Mittendorf, H.-J.: "Bestimmungsgründe der Kartoffelpreise und Möglichkeiten einer Preisstabilisierung in Deutschland", in: Hefte für landwirtschaftliche Marktforschung 1955 - Nr. 7, S. 62 ff;

2) vgl. Plate, R. und Grupe, H.: "Auswirkungen einer Senkung der Futtergetreidepreise auf die wirtschaftliche Lage ...", op.cit.S. 306;

Konjunktur und bei der bestehenden elastischen Nachfrage nach magerem Fleisch zu einer Ausweitung der Rindfleischproduktion führen. Gegen ein Preisabhängigkeitsverhältnis zwischen Schweine- und Rindfleisch in dem Sinne, dass ein Rückgang der Schweinepreise sich gleichgerichtet auf die Rindfleischpreise auswirkt, spricht infolge zunehmender Nachfrage nach hochwertigen Nahrungsmitteln die zwischen mageren und fetten Partien des Schweines bestehende Preisrelation. Eine Beeinflussung der Rindfleischpreise infolge eines Rückgangs der Schweinepreise soll deshalb hier wegen der Zugehörigkeit des Rindfleisches zu den wertvollen Nahrungsmitteln zwar als möglich, jedoch als relativ unwahrscheinlich angesehen werden.¹⁾ Eine Untersuchung über die Verlagerung der Rindernutzung vom Fleisch auf Milch und die damit möglicherweise verbundenen Auswirkungen auf die Bewertung des Rauh- und Saftfutters soll deswegen in die vorliegende Betrachtung nicht einbezogen werden.

Damit die Preise der einzelnen Bodenprodukte die Bedingungen des Marktes erfüllen können, die durch die herrschenden Produktions- und Nachfrageverhältnisse gesetzt sind, müssen die Preise der Produkte in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen. Dabei ist insbesondere ein Preisunterschied zwischen den Preisen für Weizen und Gerste - als wichtigstem Futtergetreide - von Bedeutung, um die Produktion innerhalb des Getreideanbaues in eine Richtung zu lenken, die den wachsenden Überschüssen an Weichweizen begegnet und der gewünschten Ausweitung des Futtergetreideanbaues Rechnung trägt. Darüber hinaus muss den Preisrelationen der relative Futterwert der einzelnen Getreidearten zugrunde gelegt werden. Die angenommene Preissenkung bei Weizen würde dann unter Berücksichtigung eines im Vergleich

1) vgl. hierzu: Plate, R. und H. Grupe: "Auswirkungen einer Senkung " op. cit., S. 209;
Cnotka, K.-H.: "Die voraussichtlichen Auswirkungen einer " op. cit., S. 53;

zur Gerste um 12 % höheren Futterwertes des Weizens als auch der höheren fruchtspezifischen Produktionskosten wegen zu einer Preisrelation von Weizen zu Gerste von ungefähr 100 zu 85 - 90 % führen ¹⁾. Eine weitere Preisspanne würde dem Weizenanbau in einigen Mitgliedsländern (z.B. Frankreich, Holland und BRD) einen weiteren Impuls geben. Andererseits würden durch das genannte Preisverhältnis die in Zukunft durch den Rückgang der Pferdebestände und durch höhere Flächenerträge freigesetzten Haferanbauflächen weit eher dem Futteranbau zugeführt und damit der gewünschten Produktionsrichtung entsprechen. Eine Preissenkung bei Zuckerrüben wird wegen ihrer Konkurrenzstellung zu anderen Feldfrüchten auf rüben- und weizenfähigen Böden und damit im Sinne eines ausgewogenen Anbauverhältnisses ebenfalls nicht zu umgehen sein.

Rückblickend ergibt sich aus diesen Darlegungen, dass die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe recht unterschiedlich von einer Herabsetzung der Getreidepreise betroffen werden; wobei die Richtung der vermutlichen Auswirkungen in enger Beziehung zu den auf natürlichen und wirtschaftlichen Standortbedingungen beruhenden Wirtschaftszweigen steht. Der Getreide- und Kartoffelanbau und die darauf aufbauende Veredlungsproduktion (Schweine, Geflügel) werden unmittelbar berührt, während die Folgen einer Preissenkung für die Rindviehhaltung, Grünland- und Futterbaubetriebe von untergeordneter Bedeutung sind.

Über das Ausmass der mutmasslichen Rückwirkungen liefern die im Teil II dieser Arbeit dargelegten Nutzflächenverhältnisse der EWG - Länder Anhaltspunkte. Bei einem verhältnismässig starken Kartoffelanbau der BRD (7,8 % der bestellten landwirtschaftlichen Gesamtnutzfläche),

1) Plate, R., Woermann, E. und Grupe, H.: "Landwirtschaft im Strukturhandel der Volkswirtschaft", Sonderheft 14 der Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung, Hannover 1962, S. 29;

Hollands (6,2 %) und Belgiens (4,8 %) ¹⁾, werden der auf den leichten Böden vorherrschende Kartoffel- und Roggenanbau als auch die auf Kartoffeln aufbauende Schweinemast durch eine Getreidepreissenkung zu erheblichen Einnahmeverlusten führen. Berücksichtigt man, dass in marktentlegenen Gebieten die auf dem Kartoffelanbau basierende tierische Veredelungsproduktion der verbreitetste Betriebstyp der bäuerlichen Familienwirtschaften ist ²⁾ - um die günstigste Auslastung vorhandener familieneigener Arbeitskräfte zu erreichen, und Sandböden aus ackerbaulichen und Fruchtfolge Erwägungen keine andere landwirtschaftliche Nutzung zulassen, - dann wird der mangelnde Anpassungsspielraum für die Kleinbetriebe dieser Gebiete sichtbar.

Im EWG-Durchschnitt werden über 50 % des Ackerlandes mit Getreide bestellt, und zwar vornehmlich durch mittel- und grossbauerliche Betriebe. Obwohl in diesen Betrieben an die Stelle der Schweinehaltung die Rindviehhaltung als wichtigster Zweig der tierischen Veredelungsproduktion tritt, würden dennoch bei dem hier vorherrschenden Direktverkauf von Getreide Erlösminderungen aus der Preissenkung mit entsprechender Gewichtung auftreten.

Andererseits dürfte sich eine durch steigenden Konsum tierischer Veredelungsprodukte ausgelöste Bedarfs~~er~~höhung an Futtermitteln - aus arbeitswirtschaftlichen und fütterungstechnischen Gründen - in naher Zukunft weit mehr als bisher neben der Grünlandnutzung auf Futtergetreide konzentrieren, so dass auch in diesen Betriebsgrössen eine verstärkte Veredelung der pflanzlichen Erzeugnisse in der

1) Krohn, H.-B. und Schmitt, G.: "Agrarpolitik für Europa", op.cit. Tabelle 4 des Anhangs;

2) vgl. Blohm, G.: "Angewandte landwirtschaftliche Betriebslehre" - 2. neubearbeitete Auflage - Stuttgart 1950, S. 355 ff;

betriebseigenen Nutzviehhaltung einsetzt. Soweit es sich hierbei um Betriebe mit günstigen Standortbedingungen handelt, vermögen diese den ihnen gegebenen Spielraum für die Neukombination der Produktionsfaktoren zu nutzen, um durch Erschliessung vorhandener Produktivitätsreserven den aus einer Getreidepreissenkung sich ergebenden Einnahmeverlust wettzumachen.

Für all jene Betriebe jedoch, die nach Grösse und natürlichen Erzeugungsbedingungen keinen hinreichenden Spielraum besitzen, um über eine höhere Mechanisierung oder durch innere Aufstockung - sei es durch Aufnahme einer ausgedehnten Veredlungswirtschaft mit Zukauffutter oder über Sonderkulturen - einer landwirtschaftlichen Familie ein ausreichendes Einkommen zu sichern, würde eine allmähliche Getreidepreissenkung auf das us-amerikanische Niveau ein vollberufliches Ausscheiden aus der landwirtschaftlichen Gütererstellung zur Folge haben.

Der Grundzug dieser Entwicklung wird heute bereits bei der Bildung eines gemeinsamen europäischen Agrarmarktes transparent. In dem Masse nämlich, wie die Einkommenserwartung infolge wirtschaftlichen Wachstums steigt und die optimale Anwendung landbautechnischen Fortschritts verstärkten Kapitaleinsatz und grössere Betriebseinheiten erfordert, wird die Differenzierung zwischen Neben- und Vollerwerbsbetrieb im Sinne einer Ab- bzw. Aufstockung (auf dem Umfang von Neben- bzw. Vollerwerbswirtschaften) zunehmen, so dass die untere Grenze der Betriebsgrösse, von der ab von einem Vollerwerbsbetrieb gesprochen werden kann - um die Einkommenserwartung der familieneigenen Arbeitskräfte zu erfüllen - sich im Laufe der Zeit nach oben verschieben wird.

Bei einer Preisangleichung der Partnerländer auf zunächst das mittlere Niveau der Sechsergemeinschaft würde sich diese unvermeidbare Entwicklung beschleunigen, weil sich für einige Länder die Diskrepanz zwischen Einkommenserwartung der landwirtschaftlichen Vollarbeits-

kräfte und den Einkommensmöglichkeiten im gewerblichen Sektor vergrössern würde ¹⁾.

Angesichts dieser sich abzeichnenden Entwicklung erscheinen traditionelle Vorstellungen landwirtschaftlicher Interessengruppen, welche sich für die "Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebes", "Erhaltung und Förderung einer leistungsfähigen Landwirtschaft" aussprechen - auch unabhängig von grossräumigen Wirtschaftsintegrationen - höchst fragwürdig. Denn wie die Veröffentlichungen des Ministerausschusses für Landwirtschaft und Ernährung des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC - Berichte) erkennen lassen, haben die sich beim Übergang vom Agrarstaat in die heutige Industriegesellschaft herausgebildeten Agrarstrukturen - je nach Anschauung der Einzelstaaten über die zu verfolgende Agrarpolitik - mit den Marktgegebenheiten nicht Schritt gehalten.

1) Die Grundzüge dieser Entwicklung werden eingehend aufgezeigt an Hand von Modellrechnungen in der bereits erwähnten Arbeit von Plate, R., Woermann, R. und Grupe, H.: "Landwirtschaft im Strukturwandel der Volkswirtschaft"

A) Beurteilung der agrarpolitischen Ziele auf dem Hintergrund der Entwicklungstendenz des us-amerikanischen Agrarprogramms

Wie Artikel 39 Abs. 1 des Rom - Vertrages und die Beschlüsse der Stresa - Konferenz erkennen lassen, gelten die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe ¹⁾ als Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik. Eine auf solche Zielsetzungen ausgerichtete Politik ist jedoch problematisch sowohl im Hinblick auf die beiden Absichten, die nur schwerlich miteinander vereinbar sind als auch von der Warte des Mitteleinsatzes aus, wie die praktizierte Agrarpolitik der hier untersuchten Länder zeigt. Was die Forderung nach dem Bestand bäuerlicher Familienbetriebe angeht, kann damit sowohl die zahlenmässige Erhaltung des Bauernstandes als auch die Erhaltung des bestehenden Produktionsumfanges gemeint sein ²⁾.

-
- 1) Unter Familienbetrieb soll in Anlehnung an die Generaldirektion Landwirtschaft der EWG - Kommission ein landwirtschaftlicher Betrieb verstanden werden, der in seiner natürlichen, strukturellen, sozialen, wirtschaftlichen und technischen Zusammensetzung die rationelle Vollbeschäftigung von zwei bis drei ständigen Arbeitern zu dessen Bewirtschaftung gewährleistet; zitiert bei Niehaus, H.: "Der Gemeinsame Markt und die deutsche Landwirtschaft", in: Vorträge zur 13. Hochschultagung der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität - Bonn, am 6.u.7.10.1958 in Münster, S. 181;
 - 2) Beide Ziele sind ihrer Art nach vornehmlich ausserökonomischer Natur, weil ein zahlenmässig starker Bauernstand vermeintlich den Bestand der Demokratie sichert oder aber die Eigenproduktion aus Gründen der Ernährungssicherung auf einem vom Ausland weitgehend unabhängigen hohen Stand bringt.

Die dritte mögliche Deutung, den bäuerlichen Familienbetrieb als "Typ" zu erhalten, wird bejaht, soll allerdings in diesem Zusammenhang ausgeklammert werden.

Eine Erhaltung bzw. Förderung der bestehenden agrarischen Produktionskapazität bzw. Steigerung würde eine Substitution landwirtschaftlicher Arbeitskräfte durch Maschinen und Geräte bedeuten und damit im Interesse rationaler Produktionsgestaltung liegen. Die zahlenmässige Erhaltung des Bauernstandes hingegen als Zielentscheidung hiesse in hochindustrialisierten Ländern - bei bestehender Bodenknappheit - auf die aus der Anwendung des produktionstechnischen Fortschritts sich ergebende Produktions- und Produktivitätssteigerung verzichten zu wollen. Eine in diesem Sinne gemeinte zahlenmässige Erhaltung der Familienbetriebe steht als Zielentscheidung mit der auf Förderung einer leistungsfähigen Landwirtschaft ausgerichteten Agrarpolitik im Widerspruch. Widersetzt man sich dieser Erkenntnis, verzichtet man gleichzeitig auf die Verbesserung des Leistungsvermögens der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte durch stärkere Mechanisierung und damit auf die Anhebung des Pro - Kopf - Einkommens auf das Niveau vergleichbarer Wirtschaftszweige.

Angesichts dieses Zielkonflikts stellt sich schliesslich die Frage nach der Verwirklichung der Erhaltung leistungsfähiger Familienbetriebe, d.h. ist es möglich, den in diesen Betrieben Tätigen einen Lohn vergleichbarer Arbeit in anderen Gewerbebetrieben zu zahlen? Die Verwirklichung dieses Zieles besteht - wenn nicht der ökonomische Weg begangen wird, nämlich eine Abwanderung des das Einkommen mindernden Überbesatzes - primär in der Anwendung direkter Preisgarantien, Einfuhrdrosselung, ect. Die Agrarpreise werden auf ein Niveau gehoben, welches nicht erreicht würde, wenn die Preise sich frei auf dem Markt bilden würden. Die Forderung kann sowohl auf die Deckung der Kosten aller Betriebe gerichtet sein, als auch lediglich auf die von Testbetrieben.

Das Bemühen, eine Einkommensparität über kostendeckende Preise zu erreichen, muss solange aussichtslos erscheinen, als die Produktionskosten auch der

"submarginalen " ¹⁾ Betriebe gedeckt werden sollen.

Berücksichtigt man nämlich die auf Grund differenzierter natürlicher Standortverhältnisse innerhalb einer Volkswirtschaft bestehenden Kostenunterschiede der landwirtschaftlichen Produktion, dann wird ein solcher Preis dem unter günstigen Bedingungen wirtschaftenden eine Differentialrente bringen im Vergleich zu dem unter ungünstigen Verhältnissen arbeitenden Betrieb.

Die Forderung nach kostendeckenden Preisen für jeden durch Standort, Boden und Flächengrößen begünstigten Betrieb bedeutet einen Produktionsanreiz. Unter Berücksichtigung eines sinkenden Anteils der Ausgaben für Ernährungsgüter - gemessen an den Gesamtausgaben - mit steigendem Einkommen, wird der auf Grund höherer Preise und verminderter Kosten

1) als "submarginal" soll ein Betrieb gelten, der bei gleichbleibenden Preis- und Produktionsbedingungen nicht die Kapitalzinsen und Lohnansprüche der in ihm tätigen Arbeitskräfte zu decken vermag; vgl. hierzu: Leopold, R.: "Die Besonderheiten der Produktions- und Marktbedingungen der Landwirtschaft" in: Wirtschaftspolitische Blätter, Wien Oktober 5/3 (1956); desgl.: Niehaus, H.: "Von der Parität zur Realität" in: Agrarwirtschaft, 3/4 (1955) S. 82;

gegebene Produktionsanreiz zu einer Überproduktion mit den bereits bekannten Folgeerscheinungen - insbesondere Konkurrenz auf dem Weltmarkt zwischen USA und EWG- Ländern- führen.

Im Gegensatz zu der Paritätsforderung auf der Grundlage kostendeckender Preise für alle Betriebe, werden bei einer auf einem Ertrags- und Aufwandsvergleich basierenden Paritätsforderung die Durchschnittskosten ordnungsgemäss geführter Betriebe zugrunde gelegt.¹⁾ Der Nachteil dieses Paritätssystems wird deutlich, wenn man sich die bisher aufgelaufenen finanziellen Leistungen der Volkswirtschaften für die Landwirtschaft vergegenwärtigt, in denen dieses System praktiziert wird, wie dies für die BRD an Hand der Grünen Pläne möglich ist.²⁾

Es zeigt sich dann, dass die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsgruppen, die nach Bodennutzungssystem und Betriebsgrösse gebildet sind, in ihren Betriebsergebnissen erheblich voneinander abweichen, dass "Die westdeutsche Landwirtschaft", deren Gesamtausgaben durch ihre Einnahmen gedeckt werden sollen oder der sog. "Bundeshof" - als statistischer Durchschnittsbetrieb - in der Realität nicht besteht. Angesichts der bestehenden Einkommensschichtung können dann global wirkende Subventionen - die in der BRD über 50 % der gesamten finanziellen Leistungen des Grünen Plans ausmachen- die zu überwindende Disparität nicht für alle Betriebe wesentlich verbessern.

Da in landwirtschaftlichen Kleinbetrieben die vermarktete Erzeugung im Verhältnis zur Gesamtproduktion in der Regel gering ist und im Hinblick auf den allgemein niedrigen Mechanisierungsgrad oftmals im umgekehrten Verhältnis zu

1) vgl.hierzu: "Der Ertrags/Aufwandsvergleich in der westdeutschen Landwirtschaft", Eine Untersuchung zum Paritätsproblem - IFO - Institut für Wirtschaftsforschung - Berlin - München 1954;

2) vgl.: "Deutscher Bundestag: Massnahmen der Bundesregierung gemäss § 5 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan) " verschiedener Jahre;

den Produktionskosten steht, erhalten Betriebe, welche nach Bodennutzungssystem, Grösse und Bonität ohnehin kostengünstiger wirtschaften, durch die Anwendung von Globalsubventionen eine zusätzliche Differentialrente. Mit ihrer Hilfe wird über Rationalisierungsinvestitionen das Betriebsergebnis laufend verbessert, so dass auch bei diesem Paritätssystem das Produktionskostengefälle zwischen Betrieben in günstigen Lagen und solchen vornehmlich auf die Eigenbedarfsproduktion eingestellten Kleinbetrieben vergrössert wird.

Neben den bisher geschilderten von der Landwirtschaft aufgestellten Forderungen, die in dem sozialpolitischen Motiv von der Gerechtigkeit gegenüber der Landwirtschaft gründen, wird der Schutz und die Förderung der einheimischen Produktion mit der Ernährungs- Sicherung im Kriegs-falle begründen. Im Hinblick auf die Erfahrungen zweier Weltkriege wird bei den anhaltenden internationalen Spannungen zwischen Ost und West von den Befürwortern bisher praktizierter Agrarpolitik der Wert einer eigenen leistungsfähigen Landwirtschaft stark betont mit dem nicht immer ausgesprochenen Endziel, eine grösstmöglich Eigenerzeugung zu erreichen.

Obwohl die Sicherstellung einer dauernden Minimalversorgung bei Zufuhrstörungen höhere Produktionspreise in Friedenszeiten rechtfertigen könnte, gegenüber der billigsten Versorgung in der Gegenwart, steht dieser Zielsetzung dennoch ein gewichtiges Argument entgegen. In dem Masse nämlich, wie in der Landwirtschaft der hochindustrialisierten Länder der technische Fortschritt Eingang gefunden hat und die Verwendung von Industrieerzeugnissen (Düngemittel, Treibstoff, Schädlingsbekämpfungsmittel etc.) bei der landwirtschaftlichen Gütererzeugung unerlässlich geworden ist, in demselben Masse wird im Falle eines politischen Konflikts die Eigenversorgung schwinden. Denn bei der allgemeinen Verknappung industrieller Erzeugnisse unter kriegswirtschaftlichen Verhältnissen werden die von der Landwirtschaft benötigten gewerblichen

Produktionsmittel staatlicherseits rationiert.

Darüber hinaus haben die Erfahrungen zweier Weltkriege mit aller Deutlichkeit die "Brüchigkeit der Forderung nach Ernährungsausartarkie" in Friedenszeiten aufgezeigt, denn es sind nicht " die friedensmässigen Exerzitien in Ernährungsausartarkie die entscheidende Voraussetzung für die Ernährungssicherung im Ernstfalle, sondern die Verfügbarkeit der erforderlichen Produktionsmittel" ¹⁾.

Zu ähnlichem Ergebnis - wenn auch auf einem anderen Wege - kommt Niehaus anlässlich einer Betrachtung des Agrarschutzes zum Zwecke der Ernährungssicherung bei möglichen atomaren Auseinandersetzungen. Angesichts einer nicht zu übersehenden Verminderung der städtischen Bevölkerung "zerrinnen die schwächlichen Fantasien der Agrarpolitiker über die Nahrungssicherung ins Nichts". Wie auch immer die Agrarpolitik sein mag: sie ist heute keine Rückversicherung gegen das Versagen der Aussenpolitik ²⁾.

Die Ausführungen zur Problematik des kostendeckenden Preises zeigen, dass entgegen marktwirtschaftlichen Sachverhalten, denen zufolge zwar auch die Kosten - und zwar die höchsten - je Produktionseinheit für die Höhe des Preises bestimmend sind, hierbei aber die Grenzkosten desjenigen Betriebes gemeint sind, der bei gegebener Marktlage noch zur Befriedigung der Nachfrage herangezogen werden muss, bei den geforderten kostendeckenden Preisen

-
- 1) Meyer, F.W.: "Weltwirtschaft und Agrarpolitik" in: Ordo-Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft" IX.Bd.(1957), S. 260 f;
 - 2) Niehaus, H.-: " Die Agrarpolitik Deutschlands im besonderen Hinblick auf den deutsch - dänischen Warenverkehr" in: Agrarwirtschaft, op.cit. 1955, S. 269;

die Kosten - und nicht die Preise - den Umfang der Produktion bestimmen. Damit werden im festgesetzten Preis Aufwendungen gedeckt, die ohne staatlichen Eingriff unterblieben wären. Die Preiserhöhung führt also über eine marktwidrige Produktionsausweitung zu steigenden Kosten.

Ein weiterer Nachteil der den Marktpreis übersteigenden Agrarpreise liegt in der Gefahr, die Lohn-Preis-Spirale in Tätigkeit zu setzen. Eine Verteuerung landwirtschaftlicher Produkte führt unter der heutigen Aktivität organisierter Gesellschaftsgruppen zu Lohnerhöhungen in den übrigen Wirtschaftszweigen, die nicht selten das Ausmass der Produktivitätszuwächse übersteigen und in den Preisen ihrer Erzeugnisse weitergegeben werden. Da der Anteil industrieller Produktionsmittel am gesamten Sachaufwand der Landwirtschaft beträchtlich ist, werden die Agrarpreise von den Aufwandspreisen eingeholt mit der Folge, dass die auf Einhaltung der Parität bedachte staatliche Agrarpolitik ihrerseits höhere Agrarpreise fordern wird. Daraus ergeben sich wiederum Lohnerhöhungen in den übrigen Sektoren mit den erwähnten Auswirkungen. Eine Anhebung der Agrarpreise kann also kurzfristig das Netto-Einkommen der Landwirtschaft verbessern; langfristig verringert sich jedoch der Spielraum Erlös und Aufwand zuungunsten der Landwirtschaft und für die gesamte Wirtschaft durch die daraus resultierende Drehung der Lohn-Preis-Spirale.

Die überwiegende Mehrheit der Landwirtschaft der untersuchten Länder kann - wie rückblickend festgestellt wird - aus der in den letzten Jahrzehnten praktizierten Agrarpolitik kaum wirtschaftliche Vorteile erwarten. Führende wissenschaftliche Agrarpolitiker in all den beteiligten Ländern weisen - entgegen den Sachwaltern agrarischen Interventionismus - daraufhin, dass auch für die Landwirtschaft die Möglichkeit einer den Marktgesetzen sich anpassenden Wirtschaftsweise besteht, ohne dass sie dem freien Spiel der Kräfte überantwortet wird.

Vom wohlstandspolitischen Standpunkt würde eine derartig orientierte Agrarpolitik nicht nur zu einer billigeren Versorgung der Konsumenten mit Agrarerzeugnissen führen, sondern auch eine Verbesserung des Agrareinkommens bedeuten, die mehr als ein Augenblickserfolg darstellt, weil sie letztlich das Ergebnis eigener Leistung ist.

Unter dem Einfluss freier Marktpreisbildung werden die Landwirte zu einer Neukombination ihrer Produktionsmittel gezwungen, weil bei gegebener Marktlage lediglich das qualitativ bessere und mit geringeren Kosten erstellte Produkt Absatz findet.

Wie die seit den 80 - er Jahren des vorigen Jahrhunderts zum Freihandel übergegangenen Landwirtschaften Dänemarks und Hollands zeigen, ist es ein Irrtum zu glauben, dass die Landwirtschaft durch diese "Drucktherapie" existentiell bedroht und wegen "ihrer generell nachteiligen Produktionsbedingungen" der ausländischen Konkurrenz unterliegen würde ¹⁾. Die Eingliederung in die allgemeine marktwirtschaftliche Ordnung bedeutet zwar eine stärkere Aktivität der Betriebsleiter und bei Fehlleistungen finanzielle Einbussen mit u.U. einer Abwanderung des Bodens zum rationeller arbeitenden Bauern. Sie erzwingt die notwendig werdende Abwanderung der Arbeitskräfte - Überbestandes durch Senkung des Erzeugerpreinsniveaus. Jedoch nur durch diesen Schritt in die marktwirtschaftliche Ordnung wird es den Landwirten gelingen, ihr bisher trotz technischen Fortschritts, trotz des hohen Zuwachses an Arbeitsproduktivität und verbesserter Produktionsleistungen niedriges Einkommen auf eine Parität zum vergleichbaren Gewerbe anzuheben.

1) Niehaus, H.: "Die Agrarpolitik Deutschlands ..." op.cit., S. 269;

Zweifelloos wird der Übergang in einen konkurrenzwirtschaftlich organisierten Grossraum mit seinem Ausleseprozess nicht von Härten frei sein. Insbesondere ist es nicht in allen Fällen möglich zu unterscheiden, ob ein zu geringes Einkommen selbstverschuldet oder auf extreme Einflüsse zurückzuführen ist. Darin liegt der Nachteil dieser Chance. Es sollte aber durch die Einordnung der Agrarpolitik in das Konzept der sozialen Marktwirtschaft möglich sein, mittels der Sozialpolitik dieses Problem zu lösen.¹⁾ Die Allmählichkeit dieses Übergangs wird dann die Härten tragbar und überwindbar machen.

Das gleiche trifft für die durch den Übergang eintretenden landwirtschaftlichen Strukturwandlungen und Umschichtungen zu. Betrieben, die bisher sich an der Grenzbetriebslinie bewegten und einer ökonomischen Durchleuchtung des Betriebsablaufs im Sinne einer Rationalisierung aufgeschlossen sind - im Gegensatz zu den in traditioneller Lethargie verhafteten Betriebsleitern - sollte durch Koordinierung langfristiger Agrarstrukturprogramme eine organische Fortentwicklung gewahrt werden.

Die abschirmende Agrarpolitik der westlichen Industrieländer hat in den letzten Jahrzehnten über den dargelegten Zustand ökonomischer Mittelmässigkeit und einkommensmässiger Unterbewertung hinausgehende Nachteile aufzuweisen, deren Auswirkungen erst heute erkennbar sind. Gemeint ist die beabsichtigte, teilweise auch beiläufig sich einstellende Tendenz zur Ernährungsautarkie in den einzelnen Industrieländern mit den daraus resultierenden Rückwirkungen auf die gewerbliche Wirtschaft. Das Ausmass dieser Folgen wird durch die nunmehr praktizierte Agrarpolitik in der EWG verstärkt. Denn die Kommission sieht für die wichtigsten Agrarprodukte Marktordnungsmassnahmen vor, die auch bei den besten Absichten der verantwortlichen Politiker in ihrer Anwendung auf eine Ausweitung bisherigen Autarkiebestrebens hinauslaufen, so dass der zukünftige Agrarimport " zu einer huldvoll gewährten, volkswirtschaft-

1) Niehaus, H.: "Ordnungsprobleme der Wirtschafts- und Agrarpolitik" in: Agrarwirtschaft, op.cit. 1954 (5/11), S. 19;

lich an sich überflüssigen Geste der Gemeinschaft" ¹⁾ wird.

Die von nicht - landwirtschaftlichen Berufsgruppen mit Aufmerksamkeit verfolgte Entwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik und deren vermutlichen Rückwirkungen auf die gewerbliche Wirtschaft sollte seitens der Landwirtschaft nicht als entlarvter Eigennutz gedeutet werden.

-
- 1) DIHT: Tätigkeitsbericht für 1959/60 "Gesundes Wachstum durch Selbstbeschränkung", S. 25;

Anmerkung:

Inwieweit Agrarausfuhren aus Drittländern seit dem Inkrafttreten der EWG-Marktordnung (30.7.62) diskriminiert worden sind, dafür dürften die Exportrückgänge Schwedens, Danemarks und Finnlands beispielhaft sein.

Die Schweineexporte aus Drittländern in die BR-Deutschland gingen um annähernd 200 % von 142 456 (1961) auf 52 886 Stück (1962) zurück. Besonders für Schweden ergab sich eine erhebliche Exportschmälerung von 41 424 Stück im Vorjahreszeitraum auf 8 644 Stück für 1962 (bis 30.9.). Seit dem 1.10.1962 sind die Schweineausfuhren Schwedens in die BR-Deutschland ganzlich zum Erliegen gekommen, obwohl dieses Land seit einem Jahrzehnt regelmässiger Schweinefleisch-Lieferant der BR-Deutschland ist.

Danemarks Schweineausfuhren in die BR-Deutschland verringerten sich von 49 594 (1961) auf 29 229 (1962) Stück. Obwohl die Gesamteinfuhren der BR-Deutschland bei Schweinefleisch infolge der einheimischen Produktionsausweitung wesentlich geringer wurde: 1961 (1.8.-1.10.) insgesamt 183 566 Schweine gegenüber 135 127 Stück im Vergleichszeitraum 1962, sicherten sich die Mitgliedländer der EWG also einen erhöhten Anteil am Westdeutschen Markt.

Ähnliche Schmälerungen werden für den finnischen Eierexport nach der BR-Deutschland seit der EWG-Regelung festgestellt. Eine ungefähre Vorstellung von der Veranderung dieses Warenstromes lässt sich - abgesehen von den Einbussen der Importfirmen - bereits aus der Erlösminderung der beteiligten deutschen Linienreedereien entnehmen. Danach wird die allein dem deutsch-finnischen Gemeinschaftsdienst jährlich verlorengelohende Seefracht auf DM 650 000,-- geschätzt.

vgl. Europa-Nachrichten aus EWG-EFTA OEEC -Abtlg. Landwirtschaft-op.cit. Nr. 261/1962, S. 13 und 278/62, S. 7;

Denn Produktion wie auch Konsum der Landwirtschaft sind marktbezogen. Um das landwirtschaftliche Einkommen zu verbessern, ist ein Wachstum der sekundären und tertiären Wirtschaftsbereiche im Sinne einer Realeinkommenssteigerung der Verbraucher erforderlich. Eine weitgehende Substitution körperlicher Arbeit durch geistige Tätigkeit in der gewerblichen Wirtschaft führt über einen Wandel der Verzehrsgewohnheiten (von kohlehydratreicher zu eiweissreicher Nahrung) zu einer intensiven landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion. Sie wird um so umfangreicher betrieben werden können, je grösser die Steigerungsrate des ~~Masse~~ Einkommens ist. Denn eine Einkommenssteigerung in den unteren Einkommensstufen wirkt sich in einem relativ höheren Nahrungsmittelverbrauch aus als in den oberen.

Darüber hinaus sollte die Landwirtschaft aus einem anderen Grunde an einer allgemeinen wirtschaftlichen Expansion interessiert sein, dem insbesondere bei dem gegenwärtig anstehenden Problem der Verwirklichung einer leistungsfähigen Landwirtschaft Bedeutung zukommt. In dem Masse nämlich, wie im gewerblichen Sektor die Vollbeschäftigung erreicht wird, geht von dem anhaltenden Trend des allgemeinen wirtschaftlichen Wachstums ein Sog auf die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte aus, die infolge Überbesatzes im landwirtschaftlichen Betrieb unterbeschäftigt sind. Verkehrserschliessung und Industrieansiedlung in entlegenen ländlichen Gebieten erleichtern die gewünschte Abwanderung, um das landwirtschaftliche Einkommen der im Betriebe ausgelasteten Kräfte dem einer vergleichbaren gewerblichen Tätigkeit anzugleichen. Gleichzeitig wird denjenigen Betriebsinhabern, welche die tatsächlichen und vermeintlichen Vorzüge der gewerblichen Beschäftigung der erfolgreichen Meisterrung eines landwirtschaftlichen Kleinbetriebes bevorzugen, Gelegenheit gegeben, den Boden zum "besseren Wirt" übergehen zu lassen. Die wirtschaftliche Expansion erhöht

damit die Mobilität der landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren, fördert ihre Anpassungsfähigkeit und verbessert dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe. Daraus folgt - wie auch Untersuchungen von Schultz, Brandt und Ojala erkennen lassen¹⁾, dass die Chance der Einkommensparität von dem Trend der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung abhängt.

Bedenken gegen die Vereinbarungen der EWG-Kommission, welche ein bis zu den Veredelungsprodukten reichendes Abschöpfungssystem, Versorgungsplänen, Richtpreise und zum Teil behördliche Einlagerungen vorsehen, bestehen indessen nicht nur im Hinblick auf den künftigen wirtschaftlichen Expansionsverlauf.²⁾ Die gemeinsame agrarische Zollpolitik der EWG mit ihren verhältnismässig hohen Aussenzöllen für Einfuhren aus Drittländern leistet auch dem wirtschaftlichen Isolationismus Vorschub und nimmt damit Einfluss auf den zukünftigen Ablauf der internationalen Arbeitsteilung.

Die Handhabung differenzierter Zölle für intra- und internationalen Warenhandel (Aussen- und Binnenzoll) führt - bei Einbeziehung von Drittländern in die Betrachtung - dazu, dass die Waren nicht immer am Ort der niedrigsten Erzeugungskosten eingekauft werden. So kann durch die Binnen-

1) vgl. Schultz, Th.W.: "Agriculture in an Unstable Economy" New York and London 1945, S. 201 ff; Ojala, E.M.: "Agriculture and Economic Progress, London 1962, S. 77 ff; Brandt, K.: "Economic Strategy of Agricultural Development" Vortrag auf der Tagung der Mont Pelerin-Society v. 6.-11.9.1954 in Venedig, vervielfältigtes Manuskript, S.O; Bückel, F.W.: "Problematik agrarpolitischer Zielsetzung" in: Wiener Studien zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Heft 3 - 1960, S. 30;

2) Den folgenden Ausführungen liegt der Bericht über die Durchführung des Vertrages (Jan. 1958 - Jan. 62) zugrunde "Die erste Stufe des Gemeinsamen Marktes" EWG-Kommission Brüssel, Juli 1962;

zollsenkung beispielsweise ein deutscher Produzent in Frankreich gegenüber einem zu niedrigerem Preise anbietenden us-amerikanischen Produzenten bevorzugt werden. Weit gravierender sind die Auswirkungen derartiger Binnenzollsenkungen zwischen Industriestaaten und den auf Agrarexporte angewiesenen nicht-industrialisierten Ländern. Denn die Sechser-Gemeinschaft ist der grösste Nahrungsmittelimporteur der Welt und deshalb als Absatzmarkt für Agrarexportländer von Interesse. 1954/56 entfielen 71 % des Agrarimports auf Nicht-Mitgliedländer der EWG.¹⁾ Bei einer um Grossbritannien erweiterten EWG mit 250 Mio Verbrauchern würde dieser Wirtschaftsmarkt 70 % aller Importe an Futtergetreide auf sich vereinigen, 70 % bei Butter, 60 % bei Wolle und 50 % bei Fleisch.²⁾

Der wertmässige Anteil der zu EWG-Mitgliedländern in enger Beziehung stehenden oder ihnen gehörenden Überseeterritorien (einschliesslich Algerien und französische Übersee-Departments) an der Beschickung dieses Marktes mit Nahrungsmitteln einschliesslich Tabak betrug im Zweijahresdurchschnitt 1953 - 55 mehr als ein Viertel des gesamten Nahrungsmittelimports der EWG, gefolgt von Nordamerika (1/7) und Latein-Amerika (1/6).³⁾

Auch im übrigen Welthandel spielt die Sechser-Gemeinschaft eine entscheidende Rolle. Gegenüber 1957 stiegen die Ausfuhren nach Drittländern um rd. 37 % und die Einfuhren aus diesen Ländern um rd. 35 % (1961).⁴⁾

1) Freire, F.: "Repercussions possibles des plans de marché commun européen sur les pays exporteurs de produits agricoles" in: Economie et Statistiques agricoles, FAO, Bulletin mensuel, Rom 1958, S. 14;

2) vgl. Hallstein "Keine restriktive EWG-Politik" in: Deutsche Zeitung v. 7.XII.62;

3) GATT: "The possible impact of the European Economic Community in particular the Common Market upon World Trade" - Trade Intelligence Paper 6, Dec. 1957; Geneva, S. 22;

4) EWG-Kommission: "Die erste Stufe des Gemeinsamen Marktes", op.cit., Anlage 4

Dennoch befürchten die Agrarexportländer, dass trotz einer weiterhin erwarteten Zunahme der Prosperität und des Konsums ihre günstige Ausfuhrbilanz in den EWG-Raum nicht aufrechterhalten bleiben könnte. Neben den erwähnten Handelsbeschränkungen wird als weiteres Hindernis die revolutionär anmutende Wandlung in der landwirtschaftlichen Produktion der Mitgliedsländer gesehen. Die zunehmende Mechanisierung der Landwirtschaft erlaubt es - ähnlich wie in den USA - immer mehr Agrarprodukte mit weniger Arbeitskräften zu erstellen mit der Folge, dass die EWG in steigendem Masse Selbstversorger bei Produkten der gemäßigten Zone wird.

Es kommt hinzu, dass in den hochindustrialisierten Ländern mit ihrem hohen Einkommensniveau die Nachfrageelastizität nach Agrarprodukten in Bezug auf die Einkommenssteigerung geringer wird, während in den Entwicklungsländern die Nachfrageelastizität nach Industrie-Importen relativ hoch ist. Gemessen an ihrer aus dem Exporterlös zufließenden Kaufkraft, die in dem Fünfziger-Jahrzehnt den öffentlichen und privaten Kapitalimport noch um das 2-fache überstieg ¹⁾, gewinnen diese Länder den Eindruck, die Rolle eines landwirtschaftlichen Reserve-Lieferanten zu übernehmen, auf den lediglich in Versorgungskrisen zurückgegriffen wird.

Die sich hier abzeichnende Entwicklung wird in dem Jahresbericht des GATT für 1961 transparent ²⁾. Während der Welthandel im Jahre 1961 insgesamt mit einer Wachstumsrate von 4 % expandierte, stagnierte der Warenaustausch zwischen den Industriestaaten

1) Nydegger, A.: "Die westeuropäische Aussenwirtschaft in Gegenwart und Zukunft", Tübingen 1962, S. 117 ;

2) vgl. hierzu: GATT "International Trade 1961" The Contracting Parties of the General Agreement on Tariffs and Trade, Geneva 1962, S. 23 ff ;

und nicht - industrialisierten Ländern. Hatten im Jahre 1958 die letzteren wertmässig ungefähr den gleichen Anteil an den gesamten Rohstoff- Importen der Industriestaaten inne wie die Industrieländer untereinander(\$ 19 000 Mio), so überstieg im Verlauf des Jahres 1961 der Anteil der ersteren den Wert des Jahres 1958 lediglich um \$ 2000 Mio, indessen der Anteil der Industrieländer um weitere \$ 5.600 Mio zunahm. Die Tendenz zur Schrumpfung des Handels zwischen diesen beiden Ländergruppen wird besonders bei den Agrarprodukten und Nahrungsmitteln deutlich. Innerhalb zweier Jahre (1959-1961) verbesserten sich diese Importe aus den nicht-industrialisierten Ländern lediglich von \$ 12.000 auf \$ 12.600 Mio, während die entsprechenden Importe zwischen den Industrieländern von \$ 11.300 auf \$ 14.400 Mio zunahmen. Damit hat sich der Anteil der nicht- industrialisierten Länder am gesamten Rohstoff-Import der Industrieländer von 51 %(1958) über 48 % (1960) auf 47 % im Jahre 1961 verringert.

Gleichgerichtet dieser Entwicklung des Handelsvolumens verlaufen die Terms of Trade für die wichtigsten Rohstoffe landwirtschaftlichen Ursprungs gegenüber den industriellen Fertigfabrikaten. Während die Rohstoff- Preise - gemessen an den Durchschnittspreisen von 1953 (= 100) auf 90 gesunken(= im ersten Quartal 1962) sind, zogen die Industrieerzeugnisse auf 109 an und verschlechterten damit die Terms of Trade für die nicht-industrialisierten Länder auf 83.¹⁾ Eine ungefähre Vorstellung von der Bedeutung derartig ungünstiger Terms of Trade gewinnt man, wenn die daraus resultierende Kaufkraft - Einbusse ermittelt wird. Die United Nations haben die Kaufkrafteinbusse, welche die unterentwickelten Länder durch Verschlechterung der Terms of Trade von Mitte 1957 bis Mitte 1958 erfahren haben, auf über 2 Mrd.Dollar

1) Trautmann,W.:"Rohwarenmärkte als Deflationsquelle"
in: Der Volkswirt - Wirtschafts- und Finanz- Zeitung,
Frankfurt Nr. 42/19.10.1962, S. 2260;

veranschlagt. Das ist ein Betrag, der alle von der Weltbank im Verlauf von 1947 - 1959 gewährten Kredite an unterentwickelte Länder übersteigt ¹⁾.

Die oben zitierte GATT - Studie schätzt unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Situation in den Entwicklungsländern den Passiv-Saldo zwischen minimalem Importbedarf und wahrscheinlichen Exportchancen an traditionellen Produkten auf ungefähr \$ 15 Mrd. für 1960 bis 1975. Bereits bis zum Ablauf der gegenwärtigen Dekade wird bei einer nicht länger zumutbaren Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens von lediglich 2 % ein potentieller Importbedarf von \$ 43 Mrd. erwartet, d.h. eine 60 %-ige Zunahme gegenüber dem Vergleichszeitraum 1950 - 1960 ²⁾. Diese Zahlen erhellen die Forderung nach Ausweitung des Aussenhandels durch die Industrieländer mit aller Deutlichkeit; nicht nur in der Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern, sondern auch als Beitrag zur Schaffung wichtiger Voraussetzungen für die gleichgewichtige Entwicklung aller Länder, um durch eben diese Entwicklung das eigene Fortkommen langfristig zu sichern.

Denn die wirtschaftliche Bedeutung des Aussenhandels steht im umgekehrten Verhältnis zur Grösse eines Landes und zum Vorhandensein an Produktionsmitteln. Relativ kleine Länder - insbesondere bei hoher Bevölkerungsdichte - bedürfen im verstärkten Masse des Aussenhandels. Länder mit verhältnismässig grossem Reichtum an landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren würden - nach völliger Anpassung ihrer Produktion an eine Schrumpfung bzw. an einen Stillstand des Handels - zwar keinen Hunger (bei normalem Wachstums- und Ernteverlauf) erleiden, jedoch

-
- 1) United Nations: "World Economic Survey 1958", New York 1959, S.3, zitiert nach Nydegger, A.: "Die westeuropäische Aussenwirtschaft "op.cit., S.117;
 - 2) GATT: "Twentieth Session of the Contracting Parties European Economic Community" Statement made in Plenary Meeting 31.10.1962 by Representative of the EEC Information Service - European Office of the United Nations - GATT/719 and GATT /714 ,S.7 bzw.S.3 ;

einen niedrigeren Lebensstandard annehmen müssen als bei unterhaltenen Aussenhandelsbeziehungen. Deshalb kann auf die Dauer ein "industrielles Kerngebiet" auf engem Staatsraum eine Agrarautarkie ebenso wenig praktizieren wie ein industrielles Kerngebiet mit agrarischen Randgebieten eine Industrieautarkie ¹⁾.

Das Regulativ, mittels dessen eine Steigerung des Lebensstandards erreicht wird, liegt in der Umstellung von einer auf Autarkie ausgerichteten Wirtschaftspolitik auf eine Politik internationaler Arbeitsteilung. Sie allein ermöglicht die ökonomisch beste Gütererstellung, weil sich jedes Land auf jene Produkte spezialisiert, die es relativ am kostengünstigsten erzeugen kann. Die weltweite Spezialisierung ist also die Voraussetzung für die Maximierung des Sozialprodukts bzw. Erzielung grösstmöglicher Bedürfnisbefriedigung ²⁾.

Diese ökonomisch sinnvolle Zielsetzung, die ebenfalls im Mittelpunkt der allgemeinen Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedländer steht, ist jedoch mit der Forderung nach grösstmöglichem Schutz der inländischen Agrarproduktion unvereinbar. Soweit nämlich die eingesetzten agrarpolitischen Massnahmen durch ein Abweichen von der wettbewerblichen Preiskalkulation gekennzeichnet

-
- 1) Predöhl, A.: "Die volkswirtschaftlichen Konsequenzen unserer weltwirtschaftlichen Verflechtung" Vortrag anlässlich des Deutschen Volks- und Betriebswirtetages am 27.6.1962 in Goslar; veröffentlicht in: Der Deutsche Volks- und Betriebswirt, Zeitschrift des Bundesverbandes Deutscher Volks- und Betriebswirte (BDV) e.V., 8. Jg., Nr. 3, Bonn 1962 (September);
 - 2) Denn im ökonomischen Sinne ist eine Maximierung des Sozialprodukts in der Regel nur bei einer nach der Theorie der komparativen Kostenvorteile betriebenen Produktion möglich;

sind, wird eine Gütererstellung unter dem bestmöglichen Einsatz der Produktionsmittel verhindert. Durch Anhebung der Preise auf ein Niveau, das "submarginalen" Betrieben eine auskömmliche Existenz gewährt, werden Güter erstellt, deren Absatz über den Markt nicht immer sichergestellt ist, und die häufig billiger importiert werden könnten. Von dieser Warte aus soll nachstehend folgende Konkurrenz von Ansprüchen untersucht werden:

- B) Schliesst der volkswirtschaftliche Aufwand zugunsten der Konservierung der Familienbetriebe die zusätzliche Verwendung eines entsprechenden Teils des Sozialprodukts für weitere politisch und wirtschaftlich dringliche Aufgaben aus?

Das Engel'sche Gesetz im allgemeinen und die durch staatliche Preispolitik begünstigte Leistungsfähigkeit grösserer Betriebe im besonderen haben verhindert, dass bauerliche Familienbetriebe eine wünschenswerte Einkommenssteigerung erzielen. Aus diesem Grunde wird eine Einkommenssteigerung durch Massnahmen zu erreichen versucht, die auf eine Verbesserung möglichst aller den agrarischen Produktionsablauf mitbestimmenden Faktoren, d.h. der Agrarstruktur gerichtet sind. Von ihnen wird eine Senkung der Gestehungskosten und ein Aufschwung erwartet. Fortschritte bei der Flurbereinigung, Betriebsaufstockung, Betriebsumstellung, in der Verbesserung der Verkehrs- und Absatzverhältnisse haben - wenngleich noch nicht bei der Landwirtschaft als Ganzes sichtbar, denn dazu bedürfen die bestehenden Strukturverhältnisse einer zu tiefgreifenden Wandlung in einzelnen Betrieben - bereits zu Leistungsverbesserungen geführt. Aber dennoch wird trotz

1) vgl. hierzu für die BRD.: "Die Grünen Berichte"; für Holland, Italien: die OEEC - Berichte;

beachtlicher Produktivitätserfolge der Einkommensrückstand gegenüber der übrigen - ebenfalls fortwährend um Leistungsverbesserungen bemühten - Wirtschaft nicht in absehbarer Zeit aufzuholen sein, so dass die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Agrarschutzes - auch von dieser Warte - allmählich in Frage gestellt zu werden droht. Bestärkt wird eine solche wissenschaftlich fundierte Feststellung, wenn von amtlicher Seite erklärt wird, dass die europäische Landwirtschaft - infolge ihrer besonderen Struktur - und Produktionsbedingungen - wohl nie in der Lage sein wird, mit der Landwirtschaft der übrigen Welt zu konkurrieren.¹⁾

Diese Bedenken werden verstärkt durch die Tatsache, dass die Kosten des Agrarschutzes nicht nur in Form überhöhter Konsumentenpreise in Erscheinung treten, sondern auch als entgangener Gewinn in konkurrierenden Verwendungsarten.

Über die finanziellen Leistungen der Konsumenten und Steuerzahler zugunsten der Landwirtschaft liegen keine genauen Berechnungen vor. Das hat seinen Grund darin, dass sie sich nicht nur auf Preisstützungen, Investitionsbeihilfen, Forschungs-, Beratungs- und Bildungswesen beschränken, sondern auch Formen des Agrarschutzes umfassen, welche "die tatsächlichen volkswirtschaftlichen Kosten nicht messen und überblicken lassen"²⁾ und damit Situationen eintreten können, bei denen die Produzenten das im

1) Marmulla, H. und Brault, P.: "Europäische Integration und Agrarwirtschaft", München 1958, S. 120;

2) Bachmann, H.: "Die Integration der Agrarmärkte" in: Aussenwirtschaft, St. Gallen, 13.Jg.(1958), S.38 + S. 32;

Rahmen der Zuwendungen Erhaltene wiederum abtreten müssen.¹⁾ Dennoch fehlt es nicht an Veröffentlichungen, die auf das Ausmass der Hypothek hinweisen, mit der das Jahresbudget zur Stützung der Landwirtschaft belastet wird, ohne dass durch sie eine dauerhafte Lösung der Agrarkrise bisher herbeigeführt werden konnte.

Die dem Verfasser diesbezüglich zur Verfügung stehenden Unterlagen der BRD, Frankreich, Belgien und der Vereinigten Staaten lassen erkennen, dass die als Start- und Anpassungshilfen gedachten staatlichen Leistungen sowohl diesseits als auch jenseits des Atlantiks parallel zur Ausweitung der Haushalte verlaufen.²⁾ Insgesamt haben sich für die BRD die finanziellen Zuwendungen des Bundes über den Gründen Plan seit 1956 von DM 615,5 Mio auf DM 2.172 Mrd.(1962), d.h. um 300 % erhöht.³⁾ Bezogen auf das Gesamtbudget stieg der Anteil der staatlichen Aufwendungen zugunsten der Landwirtschaft in der BRD von 1,8 % im Jahre 1956 auf 3,9 % für 1962. In Frankreich⁴⁾ haben sich die Gesamtaufwendungen des Staates zugunsten der Landwirtschaft allein von 1960 bis 1962 um 50 % auf 6,6 Mrd.Fr erhöht. Gegenüber 1952 ist der

1) Bückel, F.W.: "Problematik agrarpolitischer Zielsetzung", op.cit.S. 35;

2) Das gilt allerdings einschliesslich der an die übrige Wirtschaft gewährten Leistungen;

3) Unter Berücksichtigung der Länderausgaben zugunsten der Landwirtschaft belaufen sich die staatlichen Zuschüsse in der BRD für 1962 ohne die indirekten Begünstigungen auf rd. 5,5 Mrd.DM; vgl. Schröder, L.: "Noch nicht auf dem richtigen Wege" in: Der Volkswirt, op.cit.Nr. 8/62, S. 310;

4) Ministère des Finances: "Statistiques et Études financières - Année 13(1961) und Année 12(1960), Paris; "Déclarations générales de la Cour des Comptes sur les Comptes de l'Année et le exercice" 1962; Breton, P.: "Le financement de l'agriculture" in: Economie Rurale 39-40 (Jan.-Juin 1959), S. 171 - 177;

Anteil der Agrarausgaben von 5,3 auf 11,5 % des gesamten Staatshaushalts angestiegen. In Belgien¹⁾ erhöhten sich die Agraraufwendungen innerhalb eines Jahrzehnts um mehr als 300 % auf 557,5 Mio. sfrs..

Die Frage nach dem Zeitpunkt einer Reduzierung der Staatsaufwendungen zugunsten der Landwirtschaft erscheint insbesondere angesichts des langfristig gesehen geringen Nutzeffekts bisheriger Preisstützungen berechtigt. So sind deren Kosten in Frankreich seit 1959 um rd. das Vierfache gestiegen. Entgegen der von kompetenter Seite²⁾ der Bundesregierung nahegelegten Schwerpunktverlagerung von einkommenswirksamen Globalsubventionen zu den die Agrarstruktur verbessernden Mitteln, entfielen 1962 auf strukturelle Anpassungsprogramme lediglich 41,8 % im Vergleich zum Vorjahre in Höhe von noch 46,8 %. Für die Einkommenshilfe wurden dagegen im Vergleich zum Vorjahre 30 % mehr ausgegeben. Gegenüber 1961 sind im Grünen Plan 1962 die Mittel für strukturelle Massnahmen zwar um rd. DM 110 Mill. höher angesetzt, jedoch wurde der Mehrbedarf vorwiegend bei Titeln geltend gemacht, deren Beitrag zur Strukturverbesserung kaum wirksam werden dürfte.³⁾

Berücksichtigt man, dass durch Vorgriffe im vorhergehenden Jahre ein nicht unwesentlicher Betrag der für Massnahmen des Grünen Plans 1962 bewilligten Mittel bereits verausgabt worden ist, dann stehen für die agrarischen

1) Boon, C.: "Länderbericht zur Agrarstrukturpolitik im Rahmen regionaler Wirtschaftspolitik in westeuropäischen Ländern" in: Berichte über Landwirtschaft, op.cit. NF- 175 Sonderheft, S. 38;

2) vgl. Niehaus, H.: "Leitbilder der Wirtschafts- und Agrarpolitik in der modernen Gesellschaft" Stuttgart 1957; Woermann, E., Plate, R., Grupe, H.: "Landwirtschaft im Strukturwandel" op.cit.;

3) vgl. Z.B. Titel 576=landliche Wasserversorgung; Titel 608=Förderung der Altershilfe; Grüner Plan - 15.2.1962 S. 24 und Bundeshaushaltsplan für das RJ 1962, S. 1021 ff;

Strukturverbesserungsmassnahmen im laufenden Jahre sogar weniger Mittel zur Verfügung als im Vorjahre. Die bereits bestehende Kluft zwischen den Aufwendungen zur Verbesserung der Agrarstruktur und die der Einkommenslage wird damit noch vergrössert. Sie dürfte sicherlich im Hinblick auf die erforderlich werdende Umstellung der Landwirtschaft auf die Gegebenheiten eines grosseren Wirtschaftsraumes ein Tatbestand mit weitreichenden ungünstigen Auswirkungen sein; zumal die Massnahmen zur Strukturverbesserung ohnehin eine längere Zeit beanspruchen.¹⁾

Angesichts einer derartigen weniger an ökonomischen Überlegungen orientierten Zweckbindung der Mittel ist die Vermutung mehr als berechtigt, dass die Bereitschaft zur Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturverbesserung in weiten Kreisen der Landwirtschaft nicht vorhanden ist.

Es ist deshalb notwendig, angesichts unbefriedigter, aber vordringlicher öffentlicher Bedürfnisse auf die Problematik dieser "Konservierungspolitik" hinzuweisen, die sich letztlich als wirkungslose Hilfe für die Landwirtschaft erweist. Die Erhaltung der gegenwertigen Agrarstruktur in den Partnerländern fordert eine hohe Opferbereitschaft der Allgemeinheit zugunsten der Landwirtschaft. Diese wird nur bestehen bleiben, wenn ein Erfolg der Hilfe abzusehen ist, d.h. wenn Globalsubventionen,

1) Die hier im nationalen Bereich zu beobachtende mangelnde Verbindung zwischen Struktur- und Markt- bzw. Einkommenspolitik ist ebenfalls in letzter Zeit auf supranationaler Ebene Gegenstand der an der EWG- Agrarpolitik geübten Kritik gewesen. Wie aus Fachkreisen verlautet, befasse sich die EWG- Agrarpolitik fortlaufend mit der Gestaltung der Marktpolitik in der Gemeinschaft; unterlasse es jedoch, sich den Fragen der Strukturpolitik zuzuwenden; vgl.: "EWG- Ministerrat muss sich jetzt auch zur europäischen Agrarstrukturpolitik bekennen", in: Europa- Nachrichten aus EWG - EFTA - OEEC - op.cit. Nr. 261/1962 (13.XI.62) S. 1;

die die Landwirtschaft nicht aus ihrer Krise befreien konnten, verstärkt durch strukturpolitische Massnahmen abgelöst werden.

Denn fehlgeleitete Subventionen verhindern eine Verteilung der Staatseinnahmen nach Massgabe der Möglichkeit bestimmter Aufgaben, die der Staat gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft zu erfüllen hat und vereiteln schliesslich eine für die verschiedenen öffentlichen Aufgaben gleichgrosse Nutzenstiftung der verausgabten öffentlichen Mittel. Die in den letzten Jahren immer stärker ins Bewusstsein der Industriestaaten getretene Notwendigkeit der Entwicklungshilfe gehört neben den traditionellen Obliegenheiten ebenfalls zu den Staatsausgaben. Hier wäre eine Entwicklungshilfe durch Einfuhrförderung weit intensiver zu pflegen als eine solche durch Kapitalexport der Industrieländer. Denn eine liberale Einfuhrpolitik, als die von der gegenwärtigen Zollpolitik der EWG ausgeübt wird, verschafft den Entwicklungsländern Devisen zum Import aller zur Wirtschaftsentwicklung - vor allem zur industriellen Eigenständigkeit - unentbehrlichen Güter. In den Industrieländern hingegen können gleichzeitig die Staatseinnahmen in weit grösserem Masse als bisher innerstaatlichen bzw. regionalen Aufgaben zugeleitet werden.

Für eine derartige Empfehlung spricht - von einem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Entwicklungs-

länder einmal abgesehen - der wachsende Ausgabenrat der Industrieländer - insbesondere der steigende Verteidigungsbedarf, der zivile Bevölkerungsschutz.

Hinzu kommt, dass durch den Entzug von Einkommensanteilen aus anderen rentabel arbeitenden Betrieben und Unternehmungen für staatliche Subventionsleistungen eine die Leistungsfähigkeit der gesamten Wirtschaft nachteilig beeinflussende Korrektur der Produktionsrichtung vorgenommen wird. Einkommensteile, welche als Kapital rentableren Produktionen oder in der Hand des Staates vordringlichen öffentlichen Aufgaben hätten zugewendet werden können, werden bei einer auf die Erhaltung gegenwärtiger landwirtschaftlicher Produktionsstruktur ausgerichteten Politik nicht nur weniger ergiebig eingesetzt, vielmehr bedeutet ein derartiger Mitteleinsatz Stagnation und Rückgang für die Gesamtwirtschaft.¹⁾

Die vorstehenden Ausführungen zu den volkswirtschaftlichen Kosten der Konservierung der Landwirtschaft zeigen, dass die Isolierung der Landwirtschaft innerhalb der

1) Diese Ausführungen beziehen sich nicht auf Korrektursubventionen - im Sinne einer Verbesserung gegenwärtiger Agrarstruktur. Denn entsprechend ihrer Zielsetzung soll die Landwirtschaft dadurch tendenziell eine räumliche Verteilung der Produktion nach dem Prinzip rationeller Arbeitsteilung vornehmen.

Marktwirtschaft überwunden werden muss. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Landwirtschaft der Mitgliedländer den US- Farmen produktionstechnisch oder standortmässig nicht überlegen ist. Ob und inwieweit durch irgendwelche Grundsachverhalte der anzustrebende Leistungswettbewerb begrenzt wird, soll im folgenden untersucht werden.

C. Grenzen des us - amerikanischen Agrarexports

Das Bemühen der USA um Eroberung und Ausweitung von Auslandsmärkten für landwirtschaftliche Erzeugnisse findet seinen Niederschlag in folgenden Zahlen:

Im dreijährigen Durchschnitt (1956/59) konnten die Vereinigten Staaten 15 % des gesamten Weltagrarexports auf sich vereinigen und damit gegenüber vorangehenden Dreijahres-Ergebnissen einen neuen Rekord erreichen.¹⁾ Im Hinblick auf den gesamten US-Gesamt-

1) Myer, M.: " World agricultural market - opportunities and limit ations" in: The International Age in Agriculture, USDA - Graduate School, May 1960, S. 36

Export beliefen sich die Agrarausfuhren auf immerhin 20 % im Zweijahresdurchschnitt 1958/59.¹⁾ Zu 72 % konzentrierte sich der Agrarexport auf 14 Länder im Jahre 1957. Allein Grossbritannien, Japan, BR-Deutschland, Kanada und die Niederlande übernahmen 43 % dieses Ausfuhrvolumens.²⁾ Im Jahre 1961 erreichte der Getreide-, Futtergetreide-Export - einschliesslich Mehl - der USA nach den EWG - Ländern incl. Grossbritannien wertmässig fast \$ 0.5 Mrd.³⁾

Trotz dieser ermutigenden Erfolge im Agrarexport und obwohl es unbedenklich erscheint, anzunehmen, dass die Weltmarktnachfrage nach Agrarprodukten noch elastisch genug und damit ausweitungsfähig ist (insbesondere in den Entwicklungsländern), werden dennoch Fakten erkennbar, welche einem weiterhin steigenden Exportverlauf entgegenstehen.

1) "Foreign Commerce - Study" Hearings before the Committee on Interstate and Foreign Commerce USA - 86, Congress, Session, May 1960, S. 90;

2) Appropriations for 1959 - USDA - 85. Congress, 2. Session, 2. Part. S. 921

3) "USA im Lager der Gegner hoher Getreidepreise" in: Europa - Nachrichten aus EWG-EFTA-OEEC op.cit. Nr. 165/62, S. 4;

An anderer Stelle dieser Arbeit wurde bereits auf die Folgen von Agrareinfuhren beliebiger Höhe für die Entwicklungsländer hingewiesen. Handelsschranken können deshalb aus verschiedenen Erwägungen von diesen Ländern errichtet werden. Länder mit hoher Bevölkerungsdichte, die relativ arm an natürlichen Hilfsmitteln sind, erheben bei bestimmten Agrarerzeugnissen nicht selten Einfuhrquoten, um den inländischen Agrarpreis zu schützen. Andere Länder lassen sich indessen wegen der Durchführung bestimmter, die inländischen Wirtschaftszweige schützenden bzw. fördernden Massnahmen (= waiver) oder aus Devisenersparnisgründen zur Errichtung von Handelsschranken bestimmen. Insbesondere die monetäre Situation, d.h. die Zahlungsbilanz der betreffenden potentiellen Importländer ist ein wichtiger Faktor, der deren Entscheidung beeinflusst, autark zu sein bzw. zu bleiben, zu importieren, zu liberalisieren oder zu restriktiver Importpolitik überzugehen. Zunehmende Industrialisierung eines Landes regt dann über steigenden Lebensstandard zu Konsumkäufen im Ausland an. Es überrascht deshalb auch nicht, wenn Länder mit hohem Pro-Kopf-Einkommen die besten Kunden der Vereinigten Staaten sind.

Tabelle 33 Importe in Abhängigkeit vom Lebensstandard
===== ausgewählter Länder - in Dollar - 1957

Importland	Pro- Kopf Einkommen	Warenkäufe aus den USA pro Kopf der Bevölkerung
- in Dollar -		
Kanada	1 436	234
Grossbritannien	958	21
Frankreich	846	13
Deutschland	742	18
Italien	404	14
Japan	254	13
Ägypten	109	1,5
Indien	61	1,1
Pakistan	52	1,3

Quelle: "Tariffs and Trade" May 25, 1959; published by the US-Council of the International Chamber of Commerce; zitiert in: Hearings before the Committee on Interstate and Foreign Commerce - US-Senate 86. Congress, 2. Session, May 9 and 10, 1960 - US-Government - Washington 1960, S. 123;

Allerdings ermöglicht die finanziell stärkere Situation der Landwirtschaft dieser Länder auch eine verbreiterte Anwendung landbautechnischen Fortschritts und damit höhere Erträge je Flächeneinheit und je Arbeitskraft. Wie der Foreign Agriculture Service des US- Department of Agriculture ermittelte,¹⁾ lag die Agrarproduktion der Länder der gemässigten Zone für 1958 im Durchschnitt um 28 % über den Werten der Jahre 1935 - 39. Gleichzeitig hat auch hier die Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft die Wachstumsrate der Bevölkerung übertroffen, so dass der Jahrzehnte wahrende Bevölkerungsdruck auf das Nahrungsmittelangebot sich nunmehr in einen Druck des Güterangebots auf die Bevölkerung wandelt. Die fortlaufenden Produktionszuwächse und das Nachhinken des Bevölkerungswachstums in den industrialisierten Ländern haben dann auch zu einer verminderten Nachfrage nach US- Agrarprodukten geführt.²⁾ Soweit durch diese Sachverhalte ehemalige Agrarimportländer in Exportstaaten verwandelt worden sind, ist für die amerikanische Landwirtschaft eine verstärkte Wettbewerbssituation eingetreten.

1) "Foreign Agricultural Service" in: Hearings
op. cit. 86. Congress - 1. Session - Part 3 -
1959, S. 1494;

2) Nach F. Baade ist im EWG - Raum mit einer jährlichen Bevölkerungszunahme von 0,7 % zu rechnen, während die landwirtschaftliche Produktion die Tendenz hat, um 2,5 - 3 % jährlich zu steigen; vgl. Baade, F.: "Die deutsche Landwirtschaft im Gemeinsamen Markt", Schriftenreihe zum Handbuch für europäische Wirtschaft - Baden-Baden, Heft 4, 1958, S. 68;

Darüber hinaus werden die US- Agrarexporte durch Bemühungen um eine europäische Wirtschaftsintegration zunehmenden Importschwierigkeiten begegnen. Denn die Bildung eines grösseren Inlandmarktes in Europa - verbunden mit der Beseitigung zwischenstaatlicher Handelschranken - wird über den Aufbau einer leistungsstarken einheimischen Landwirtschaft die Wettbewerbsposition dieser Länder um das verbleibende Einfuhrvolumen stärken. Bei den geltenden Einfuhrregelungen wird die französische Landwirtschaft ohnehin bestrebt sein, einen möglichst hohen Anteil an der Getreideversorgung der übrigen Mitgliedländer für sich zu sichern.

Hinzu kommt, dass die EWG - Länder gegenüber ihren traditionellen Handelspartnern - zu denen sowohl hoch-industrialisierte Länder als auch Entwicklungsländer gehören - sich zur Gegenseitigkeit bei Importen verpflichtet fühlen. Mögliche Änderungen traditioneller Angebotsquellen für Importweizen, Fleisch, Fett etc. zugunsten us-amerikanischer Agrarexporte sind deshalb kaum zu erwarten.

Eine Exportchance amerikanischer Agrarprodukte nach den EWG - Ländern könnte allerdings darin bestehen, dass bei den aus dem unterschiedlichen Wachstumstempo zwischen Landwirtschaft und Industrie resultierenden Anpassungsschwierigkeiten mit der Zielsetzung, den Einkommensunterschied zwischen landwirtschaftlichen Arbeitskräften und Beschäftigten vergleichbarer Berufsgruppen zu verringern, die erwünschte Abwanderung aus der Landwirtschaft in einem solchen Ausmass gefördert wird, dass sich ein vermindertes Güterangebot einstellt. Inwieweit diese einzelwirtschaftliche Angebotskürzung sich jedoch in einem vergrösserten Einfuhrvolumen aussern wird, sollte zumindest im Hinblick auf die verbleibenden, um ständige Produktivitätssteigerung bemühten Betriebe nicht zu hoch angesetzt werden.

Konfrontiert mit diesen produktionstechnischen und handelspolitischen Gegebenheiten, dürfen die Agrarausfuhren der USA in die EWG auf kommerzieller Grundlage nicht allzu hoch veranschlagt werden. Berücksichtigt man überdies die traditionellen Agrareinfuhren aus Kanada, Neuseeland, Argentinien und in geringerem Masse aus Australien und der Sowjetunion, dann sehen sich die Vereinigten Staaten in den westeuropäischen Industrieländern einem verstärkten Wettbewerb um das verbleibende Einfuhrvolumen gegenüber.

Soweit jedoch alle um die ökonomische Gestaltung künftiger Handelsbeziehungen bemühten Länder sich in einer Wettbewerbsordnung begegnen, "deren Spielregeln von einer starken Staatsführung überwacht werden, die von den Interessengruppen weitgehend unabhängig ist" ¹⁾, ist mit einer Eliminierung dieser ein kommerzielles Planen nahezu unmöglich machenden Faktoren zu rechnen. Bereits eine Senkung der Getreidepreise auf den angenommenen us-amerikanischen Leitpreis könnte zu einer Ausweitung des kommerziellen US-Getreideabsatzes führen, ohne dass Hochpreisländer eine Überflutung ihrer Märkte mit amerikanischem Getreide und damit katastrophale Einkommensschmälerungen zu befürchten hätten. Denn im Schatten eines über einen langen Zeitraum sich vollziehenden Abbaues der Subventionen würden rentablere Betriebsgrößen entstehen. Während die kleinen Betriebe als Vollerwerbsbetriebe bei dieser Umbildung der Agrarstruktur ausscheiden würden, und mittlere Betriebe lediglich eine Arbeitskraft als Vollerwerbsstätte ernähren könnten, würden nämlich

1) Niehaus, H.: "Das Bauerntum in Wirtschaft und Gesellschaft" in "Agrarpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft" Vortrag auf der 5. Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, am 13.III.1956, S. 11;

Betriebe über 50 ha - als solche mit dem grössten Anpassungsspielraum - eine Produktionssteigerung nur nach Massgabe der optimalen Preis - Kostenrelation erstreben.¹⁾

Kapitel II Wirtschaftspolitische Alternative

Der seit etwa um die zwanziger Jahre einsetzende Wandel im Verhalten der Landwirtschaft, die Produktionssteigerung - nicht wie bisher - durch hohe Flächenerträge zu erzielen, sondern durch rationellen Einsatz der Arbeitskraft, hat bei mehr oder weniger grosszügiger Anerkennung von Agrarschutzmassnahmen seitens der einzelnen Volkswirtschaften und infolge der Unelastizität der mengenmässigen Nachfrage nach Agrarprodukten zu der sich heute beinahe in allen landwirtschaftlichen Produktionszweigen abzeichnenden Überschussentwicklung geführt.

Der aus dieser Sachlage sich ergebende überhöhte Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung - namentlich in agrarisch orientierten Wirtschaftsräumen - hat seinen Ausdruck der Einkommensdisparität gefunden, und zwar sowohl im Verhältnis zu vergleichbaren gewerblichen Berufen als auch zu landwirtschaftlichen Betrieben in günstiger gestellten Agrargebieten. Das Bemühen der einzelnen Regierungen, das zu niedrige Pro- Kopf - Einkommen deshalb mit Hilfe der Agrarpreisstützung und Anbaukontingentierung nachhaltig und entscheidend verbessern zu

1) Die Ausführungen zur Umoidung der Agrarstruktur stützen sich auf Ergebnisse des sog. Professoren-Gutachten "Wirkungen einer Senkung der Agrarpreise im Rahmen einer gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf die Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland", Brüssel, Juni 1962;

wollen, stellt sich als ein Irrtum heraus, weil diese Massnahmen ihre Voraussetzung und damit ihre Wirksamkeit verloren haben. Den Status - quo in der europäischen Landwirtschaft erhalten zu wollen, würde aber nicht nur eine weiterhin falsche Produktionsausweitung bedeuten und die Einordnung der Landwirtschaft in die Gesamtwirtschaft unnötig hemmen. Im Hinblick auf die in der amerikanischen Landwirtschaft sich abzeichnenden Entwicklungstendenzen würde mit diesem Verhalten gleichzeitig die wünschenswerte Normallage auf den Welt-Agrarmärkten gestört werden mit den früher aufgezeigten Folgen, die sich vor allem gegen die für den Fortbestand der Gesamtwirtschaft hochindustrieller Länder erforderlichen Bedingungen des steten Wirtschaftswachstums richten.

Zudem würde die Konservierung des heutigen Zustandes in der europäischen Landwirtschaft und ihre Abschirmung gegenüber der Konkurrenz der amerikanischen Grossfarmen erheblich grösserer Hilfe als bisher bedürfen, mit der Folge, dass die zusätzliche Verwendung eines entsprechenden Teils des Sozialprodukts für den Agrarprotektionismus anderen wirtschaftlich dringlichen Aufgaben vorenthalten wird.

Aus dieser Erkenntnis über die Auswirkung eines solchen kurzfristigen Verhaltens ergibt sich aber auch eine wichtige Möglichkeit, um der sich abzeichnenden Alternative zu entgehen; entweder unter dem Druck der öffentlichen Meinung zum "laissez faire" oder zur vollständigen staatlichen Kontrolle der Produktion und des Absatzes übergehen zu müssen;¹⁾ nämlich:

Eine Agrarpolitik zu entwickeln mit deren Hilfe für die Produktion, den Markt und die Erhöhung der Produktivität Bedingungen geschaffen werden, die

1) Niehaus, H.: " Die Rolle der Landwirtschaft in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in den USA" in: Offene Welt- Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, 1959, S. 117;

den Bauern befähigen, zukünftig seine Lebenslage aus eigener Kraft zu verbessern und die volle Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen.

Diese Einordnung der Landwirtschaft in die Gesamtwirtschaft erfordert ebenfalls staatliche Hilfestellung. Sie unterscheidet sich jedoch von dem bisherigen "Stillstandsinterventionismus" dadurch, dass die Subventionen zur Änderung der Produktions- und Absatzbedingungen vergeben werden und damit gegenüber der Ausgangslage einen Fortschritt einleiten ¹⁾.

A) Betriebswirtschaftliches Problem

Die Chance, die sich der bäuerlichen Bevölkerung bietet, eine - zumindest annähernde - Einkommensparität aus eigener Kraft zu erreichen, wird allerdings von der Wirkung der Massnahmen abhängen, welche mit dem Begriff "Agrarstrukturverbesserung" umschrieben werden. Die strukturelle Neuordnung wird nämlich nur dann befriedigende Einkommensverhältnisse schaffen können, wenn die eingesetzten Massnahmen im Ansatz und in der Durchführung die lokalen und gebietlichen Gegebenheiten berücksichtigen.

Agrarisch orientierte Wirtschaftsräume, welche oftmals durch ungünstige natürliche Bedingungen, durch stark parzellierte und zu kleine landwirtschaftliche Betriebe im Verhältnis zur Zahl der ausgelasteten Arbeitskräfte gekennzeichnet sind, setzen eine gesamtwirtschaftliche Erschliessung des Raumes voraus. Hingegen wird die Lage der Landwirtschaft in industriellen Bereichen insoweit günstiger sein, als diese Infrastruktur hier bereits voll entwickelt ist und als Vorteil im Rahmen der wünschens-

1) A. Rüstow spricht in diesem Zusammenhang von einem Fortschrittsinterventionismus; vgl. "Agrarpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft" Vorträge und Diskussion der 5. Arbeitstagung op.cit., S. 56;

werten Anpassung der agrarischen Strukturformen an die Industrielwirtschaft genutzt werden kann. Überdies sind hier durch die Nähe zum Markt günstige Voraussetzungen für die Ausweitung hochintensiver und spezialisierter Betriebssysteme gegeben. Eine Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in die naheliegenden städtischen Arbeitsplätze würde diese Betriebsformen empfindlich treffen, weil deren Einkommenslage wesentlich durch das Ausmass der Rohertragssteigerung bestimmt wird. Demgegenüber kann den marktentlegenen und durch Boden und Klima benachteiligten Gegenden, welche auch der technischen Einsatzmöglichkeit grössere Schwierigkeiten entgegenzusetzen, die Erzielung optimaler Einkommen durch Leistungssteigerung bei gleichzeitiger Abnahme der Arbeitskräfte wohl kaum gelingen. Die Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte zur Erlangung höherer Einkommen kann deshalb keine allgemeine wünschenswerte Alternative sein ¹⁾.

Wie die bereits zitierten Länderberichte zur Agrarstrukturpolitik erkennen lassen, sind auch der Kapitalausstattung der Betriebe enge Grenzen gesetzt, um über eine höhere Technisierungsstufe das Einkommen durchgreifend zu heben, falls der Standort dieser Betriebe in Gebieten mit ungünstigen natürlichen Produktionsbedingungen gelegen ist, und die Möglichkeit des Nebenerwerbs wie auch die Vorteile einer günstigen Marktlage entfallen. Denn abgesehen von den geringen Einsatzmöglichkeiten der Maschinen und Geräte in Bergbauernwirtschaften, ist ein verstärkter Betriebsmitteleinsatz, insbesondere in Form von Düngemitteln, Futtermitteln, Saatgut, Pflanzenschutzmitteln etc. weitgehend von Preis- und Kosten-

1) vgl. Rolfes, M.: "Betriebswirtschaftliche Probleme" in: Agrarstrukturpolitik im Rahmen regionaler Wirtschaftspolitik in westeuropäischen Ländern, op.cit. S. 18;

relationen abhängig, wie sie lediglich in günstigen Marktlagen zu erwarten sind.

Das gleiche gilt für zahlreiche Gebiete mit Übergangscharakter, d.h. von agrarisch orientierten zu industriellen Ballungsräumen. Es sind hier vornehmlich die Kleinbetriebe, welche auf einer niedrigen Technisierungsstufe verharren und damit bei einem Einkommen, welches sie nicht an der allgemeinen wirtschaftlichen, zivilisatorischen und sozialen Entwicklung teilnehmen lässt. Wenn deswegen aus raumordnerischen Erwägungen eine Abwanderung im Sinne einer Entleerung dieser Gebiete nicht wünschenswert erscheinen kann, dann muss durch Massnahmen der regionalen Wirtschaftspolitik diesen Gebieten entscheidende Hilfestellung gewährt werden, insbesondere durch richtig gelenkte Industrialisierung und weitgehenden Ausbau des Fremdenverkehrs in hierfür geeigneten Lagen.

B) Grenzen der Strukturpolitik

Die hier bezeichnete Erhaltung der Besiedlung des Raumes im Sinne einer harmonischen Entwicklung aller Wirtschaftszweige und Wirtschaftsgebiete sollte allerdings die von gesamtwirtschaftlicher Warte aus begründete Forderung berücksichtigen, die Landwirtschaft an eine wachsende Wirtschaft anzupassen, ebenso wie eine Anpassung der Produktionsfaktoren und der Produktion an die Nachfragesituation erforderlich ist. Ebenso wenig dürfte den Zielen einer "konstruktiven" Agrarpolitik gedient sein, wenn betriebliche Umstellungen empfohlen werden, die selbst wenn sie den natürlichen Standortbedingungen entsprechen - langfristiger Marktentwicklung nicht gerecht werden. Empfehlungen, die auf Intensivierung bisher extensiv geführter Grünlandwirtschaften hinauslaufen bei gleichzeitiger getreidebaulicher Nutzung der Restfläche - und gleichbleibendem Viehbesatz - mit dem Hinweis, dadurch die nationale Getreidebilanz zu verbessern

oder Vorschläge, durch verstärkten Düngemittelseinsatz die Agrarproduktion erhöhen zu wollen, um Europa von Agrarimporten weitgehend unabhängig zu machen, müssen für die Landwirte um so einschneidender wirken, je mehr sich die Produktion einer bestimmten Ware der Sättigungsgrenze des Marktes nähert.

Berücksichtigt man darüber hinaus die noch unausgenutzten Produktionsreserven der effizientesten Konkurrenten, die bisher auf überlegenen Standorten zu weit niedrigeren Preisen produzieren, dann erscheint der Hinweis auf eine Beschränkung der Erzeugung auf die geeignetsten Standorte ¹⁾, geradezu zwangsläufig.

Eine derartige Produktionsausrichtung verbunden mit rationellsten Produktionsverfahren hätte - weil eine nachhaltige Hebung der Bodenfruchtbarkeit und Verbesserung klimatischer Faktoren nur begrenzt möglich ist - sowohl einen produktionsverbilligenden Effekt zur Folge als auch eine Eindämmung der Gefahr zur Überproduktion mit dem damit für die Landwirtschaft verbundenen Preisdruck.

C) Empfehlungen

Da jedes Partnerland der EWG über Gebiete verfügt, in denen es unmöglich ist, eine konkurrenzfähige Landwirtschaft zu erhalten, andererseits die den Überschuss verursachende Produktionssteigerung noch im vollen Gang ist, sollte es nicht das Ziel staatlicher Hilfestellung sein, Wirkungen, die von einer im Gemeinsamen Markt vereinbarten Preisangleichung (möglicherweise auf niedrigem Niveau) auf diese Wirtschaftsgebiete ausgehen,

1) als geeigneter Standort soll ein solcher gelten, der durch Boden- und Klimaverhältnisse für die Produktion eines bestimmten Erzeugnisses prädestiniert ist.

durch Kapitalinvestitionen zu kompensieren. Der Einsatz struktureller Massnahmen mit dem Ziel, die Produktivität der landwirtschaftlichen Betriebe der Entwicklung der übrigen Wirtschaft anzugleichen, muss in diesen Gebieten "dazu führen, dass der Bauer dann für zwei arbeiten muss, oder dass es zu einer zu weitgehenden Extensivierung und infolgedessen nur zu einem vorübergehenden Gewinn" kommt.¹⁾

Es empfiehlt sich deshalb, der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf nicht entwicklungs- und damit konkurrenzfähigen Standorten staatliche Zuwendungen für die Beratung und Ausbildung von Berufen zu gewahren, für die eine Nachfrage besteht, anstelle der bisherigen Subventionen zur Verbesserung des Bodens und der Produktionsmethoden. Für einen derartigen Vorschlag spricht die Erfahrung, dass die Abwanderungswilligen in den Kleinbetrieben selten über hinreichende Mittel für eine Ausbildung in einem nicht- landwirtschaftlichen Beruf verfügen, andererseits sie sich kaum mit einer Hilfsarbeiterstelle in der Stadt begnügen werden. Die Industrialisierung ländlicher Räume, welche eine entsprechende Nachfrage nach Arbeitskräften schafft, könnte abwanderungswillige Landwirte in den anzusiedelnden Gewerbebezügen hauptberuflich beschäftigen. Ein weiteres Verbleiben der Landwirtschaft in solchen Gebieten, in denen keine vorteilhaften ökonomischen Produktionsbedingungen vorliegen und keine Differentialvorteile erwirtschaftet werden können, durch Preisstützungen fördern zu wollen, hiesse für die

1) Priebe, H.: "Betriebsgrösse und Betriebsorganisation unter dem Einfluss der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung" in: Bayerisches Landwirtschaftliches Jahrbuch 57. Jg., Sonderheft 5/1960, S. 23;

amtliche Agrarpolitik letztlich, den ansässigen Bauern zum "Almosenempfänger" zu degradieren und wünschenswerte Qualitäten der Unabhängigkeit und Selbständigkeit im bauerlichen Menschen zu zerstören. Rüstow spricht in diesem Zusammenhang davon, dass "Bolschewismus und moderne Subventionssysteme in dem einen Ergebnis konvergieren, dass sie das selbstbewusste Bauerntum zerstören"¹⁾

Die Hinwendung der Agrarpolitik auf eine möglichst wirtschaftliche Produktion, d.h. ihre Orientierung auf Erzeugnisse, bei denen die Betriebe besondere Produktionskostenvorteile haben, würde zweifellos Unruhe in die Landwirtschaft hineinbringen. Denn sie bedeutet eine beträchtliche Reduzierung der bisherigen Zahl landwirtschaftlicher Familienbetriebe. Sachverständige schätzen, dass in Anbetracht des jetzigen Selbstversorgungsgrades und der gegenwärtigen Tendenz zur Steigerung des Ertrages je Hektar und je Grossvieheinheit ein Anteil der in der Landwirtschaft Lebenden von 7 - 10 % (1962 = 25 %²⁾ an der Gesamtbevölkerung hinreichend ist, um die westeuropäische (!) Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten zu versorgen.³⁾ Es wäre jedoch wirklichkeitsfremd, diesen Übergang durch eine radikale Aufhebung geltender Subventionsmassnahmen vollziehen zu wollen. Vielmehr empfiehlt sich ein allmählicher Abbau in dem Masse, wie die eine Eingliederung der Landwirtschaft

1) Rüstow, A.: "Der Mensch in der Landwirtschaft" in: Schriftenreihe des Hauptverbandes für landwirtschaftliche Buchführung und Beratung e.V., Bonn - Beuel, Heft 27, zitiert bei Niehaus, H.: "Das Bauerntum in Wirtschaft.." op. cit. S. 29;

2) Hallstein: "Keine restriktive EWG-Politik" in: Deutsche Zeitung vom 7.XII.1962

3) vgl. hierzu Ausführungen des dänischen Wirtschaftsministers Prof.K.Philip zu "Danemarks Beitritt zur EWG" in: Europa-Nachrichten aus EWG-EFTA - OEEC, op.cit. Nr. 285/62, S. 1; Smith, L.P.F. Diskussionsbeitrag in: "Agrarstrukturpolitik im Rahmen regionaler Wirtschaftspolitik ..." op. cit., S. 265;

in die Volkswirtschaft einleitenden Massnahmen wirksam werden. Angesichts des ungewöhnlichen Umfangs eines solchen Geschehens wäre für die Lösung dieser Aufgaben mit Niehaus mindestens ein Menschenalter anzusetzen ¹⁾. Der Abbau des Interventionismus stellt somit ein Teilgebiet einer umfassenden Aktion zur Verbesserung der Agrarstruktur dar, welche die notwendige Neuordnung weitgehend ohne soziale Härten ermöglichen und die Abwanderung in andere Berufe erleichtern soll.

Der Aufbau komparativ vorteilhafter Betriebe sollte schliesslich vor allem auf die Erweiterung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung abzielen. Ein uneingeschränkter Handelsverkehr mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zwischen den EWG-Mitgliedstaaten - wie dies im Vertrag von Rom vorgesehen ist - würde viele landwirtschaftliche Betriebe befähigen, ihre weniger wirtschaftlich arbeitenden Konkurrenten in anderen europäischen Ländern zu unterbieten. Den sich hieraus ergebenden wünschenswerten "handelsschaffenden" Wirkungen stehen jedoch auch "handelsverlagernde" Wirkungen (im Handel) gegenüber, welche sich insbesondere aus dem "Perfektionismus" ergeben, mit dem das System der Mindestpreise und Abschöpfung gegen Konkurrenz von aussen gehandhabt wird. Denn infolge geltender Aussenzölle und Handelspräferenzen werden die billigeren Einfuhren aus Drittländern verdrängt, wie bereits an anderer Stelle aufgezeigt werden konnte.

Jedoch weist der Gemeinsame Markt auch Elemente auf, die zur Lockerung des Protektionismus beitragen können. Denn in dem Masse, wie Drittländer unter dem Druck der sich abzeichnenden Umlenkung der Handelsströme ihren eigenen Protektionismus abbauen und eine Entzerrung der

1) Niehaus, H.: "Leitbilder der Wirtschafts- und Agrarpolitik in der" op.cit., S. 306;

komparativen Kosten vornehmen, d.h. ihre vermeintlichen Produktionskostenvorteile auf wirklich volkswirtschaftliche Realkosten hin überprüfen, würde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eine Entwicklung nehmen, bei der ihre gegenwärtigen "Isolierungseffekte" sich in "Aufschliessungseffekte" umwandeln im Sinne einer handelspolitischen Verzahnung. Der Fortschritt aus der interregionalen Arbeitsteilung - vornehmlich der industriellen - würde über Vollbeschäftigung eine Steigerung des Volkseinkommens garantieren und die Umstellung der Landwirtschaft auf die Datenänderung in der Weltwirtschaft erleichtern ¹⁾.

An dieser durch den Abbau des Protektionismus - vornehmlich in Westeuropa und den Vereinigten Staaten - resultierenden Umstrukturierung des bisherigen Welt Handels würden auch die weniger entwickelten Länder partizipieren. Denn die Steigerung der Industrieproduktion und der Realeinkommen in den hochindustrialisierten Wirtschaftszonen dürfte eine grössere Nachfrage nach Rohstoffen und Nahrungsmitteln zur Folge haben, welche sich zum Teil in vermehrten Einfuhren aus diesen Ländern widerspiegeln würde.

1) Ein Beitrag der EWG zur Lockerung des Protektionismus gegenüber aussereuropäischen Ländern kann darin gesehen werden, dass den mit den EWG-Ländern assoziierten Gebieten die Zollfreiheit für ihre Produkte auf dem EWG-Markt eingeräumt wird. In dem Masse, wie diese Gebiete ihre Unabhängigkeit erlangt haben und ihre von der EWG eingeräumte Begünstigung weiterhin bestehen bleibt, wäre es mehr als unbillig, würde die EWG nunmehr jenen Gebieten, die sich mit anderen bisher von der EWG nicht privilegierten Territorien zu einem neuen Staat vereinigen (z.B. Somali - Republik), die ehemals gewährte Begünstigung zurückziehen; vgl. Nydegger, A.: "Die westeuropäische Aussenwirtschaft....", op.cit., S. 121;

Teil V : Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

1. Die Analyse des Überschussproblems in der Landwirtschaft der Vereinigten Staaten führte zu dem Ergebnis, dass es zwar ohne die Preisstützungspolitik der Regierung nicht zu den aussergewöhnlich grossen Vorräten bei Getreideerzeugnissen gekommen wäre, dass andererseits aber folgendes zu bedenken ist: Jährliche Ernteschwankungen und der stossweise Anfall der Ernte würden auf einem freien Markt zu erheblichen jährlichen und saisonalen Preisveränderungen führen, so dass eine staatliche Preisregulierung kaum zu entbehren ist. Der Anbau von Produkten mit Preisgarantien ist für den Landwirt aber wiederum besonders attraktiv, und zwar unabhängig davon, ob der Preis besonders hoch ist oder nicht, weil bei enger Verbindung von Betrieb und Haushalt das Motiv der Einkommenssicherheit grosse Bedeutung hat. Versuche der amerikanischen Regierung, die Überschüsse durch Anbaubeschränkungen abzuwenden, schlugen fehl, weil die Farmer nun Land durch technisch verbesserte Produktionsmittel substituierten. Mögen Anbaubeschränkungen noch mit einem System selbständig wirtschaftender Unternehmer in der Landwirtschaft vereinbar sein, bei einem Verbot der Anwendung des technischen Fortschritts könnte man das offenbar nicht mehr behaupten. Wegen der geringen Einkommenselastizität der Nachfrage drohen also bei Preisregulierungen in Verbindung mit der Anwendung technischen Fortschritts chronische Überschüsse, wenn nicht dafür Sorge getragen wird, dass die Zahl der Anbieter in der Landwirtschaft abnimmt.

2. Das gilt entsprechend für das Problem der Einkommensdisparität. Überschüsse drücken - auch bei staatlicher Regelung - langfristig auf den Preis, da der Staat die Lagervorräte nicht unbegrenzt vergrössern kann. Auf die Dauer lässt sich durch staatliche Preisregulierung die Stagnationstendenz bei den landwirtschaftlichen Bruttoerlösen nicht überspielen: ein höheres Angebot an landwirtschaftlichen Erzeugnissen lässt sich bei geringer Preiselastizität der Nachfrage nur durch erhebliche Preissenkungen absetzen, so dass sich das Produkt von Preis und Menge kaum verändern wird. Bei der allgemeinen Tendenz schleichender Inflation ist mit einer Verminderung der Gesamtkosten kaum zu rechnen, so dass auch die Nettoerlöse der Landwirtschaft insgesamt kaum merklich steigen werden. Eine nachhaltige Erhöhung des Einkommens je Erwerbstätigen in der Landwirtschaft ist also offenbar nur durch eine Verminderung der Zahl der Arbeitskräfte und eine entsprechende Steigerung der Produktivität der bleibenden Arbeitskräfte zu erzielen.

Zu einem solchen Prozess hat aber die Agrarpolitik der Vereinigten Staaten, die sich vornehmlich auf das Instrument der Preisstützungen (und einige ergänzende Massnahmen) verlässt, wenig beigetragen: Preisgarantien erleichtern den Grenzproduzenten den Entschluss, trotz ungünstiger Einkommenslage den Betrieb nicht aufzugeben (obwohl die staatlichen Preissubventionen den kleinen Produzenten in sehr viel geringerem Masse zugute kommen als den Grossbetrieben).

Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass eine Förderung der Abwanderung aus der Landwirtschaft nur zweckmässig ist, wenn die frei werdenden Arbeitskräfte Beschäftigungsmöglichkeiten in den übrigen Wirtschaftsbereichen finden: die Vereinigten Staaten weisen ja doch seit Jahren eine

verhältnismässig grosse Arbeitslosigkeit auf. Hier wird deutlich, dass der Erfolg der Agrarpolitik wesentlich vom Erfolg der allgemeinen Wirtschaftspolitik abhängig ist.

3. Überschüsse führen zum Problem der Aussenhandelspolitik bei Agrarprodukten. Um die hohen Lagervorräte abzubauen, sehen sich die Vereinigten Staaten veranlasst, durch günstige Angebote auf dem Weltmarkt den Agrarexport zu steigern. Die dadurch ausgelöste Preissenkungen auf wichtigen Weltagrarmärkten haben besonders nachhaltige Wirkungen auf jene Entwicklungsländer, die ihre Investitionen für den Aufbau der Industrie zum grossen Teil aus Erlösen von Agrarexporten finanzieren. Es wäre denkbar, dass nicht nur die Entwicklungsländer, deren Landwirtschaft mit der der USA auf dem Weltmarkt konkurriert, ungünstig beeinflusst werden, sondern auch jene Entwicklungsländer, die amerikanische Agrarprodukte zu günstigen Bedingungen (ohne Gegenleistung oder langfristige Kredite) importieren, sieht sich doch in diesem Fall die Landwirtschaft des betreffenden Landes auf dem Inlandsmarkt der amerikanischen Konkurrenz ausgesetzt. Eine Depression in der Landwirtschaft, die in den meisten Entwicklungsländern noch den grössten Wirtschaftszweig darstellt, hat aber auch ungünstige Rückwirkungen auf die Gesamtwirtschaft des Landes. Dagegen ist jedoch zu halten, dass Agrarimporte in den Entwicklungsländern in der Regel nur in Notfällen in Frage kommen, das heisst, wenn die heimische Produktion - wegen Missernten oder plötzlicher Bevölkerungszunahme - nicht ausreicht, und Hunger und erhebliche Preissteigerungen bei Agrarprodukten drohen. Nachhaltige Folgen des amerikanischen Agrarexports in diese Länder sind daher erst zu befürchten,

wenn sie zu einer Dauereinrichtung werden, wenn sie auch dann erfolgen, wenn die heimische Landwirtschaft in der Lage wäre, die Bevölkerung selbst zu versorgen: die dann unvermeidlichen Preissenkungstendenzen mögen sich als eine Hemmung der Entwicklung der Landwirtschaft auswirken. Als nicht haltbar erweist sich das Argument, jene amerikanischen Agrarexporte, deren Erlöse im Importland für Investitionszwecke zu verwenden sind, seien für inflationäre Tendenzen verantwortlich. Es ist zwar nicht zu leugnen, dass in der Investitionsgüterindustrie jener Länder in der Regel bereits eine Übernachfrage besteht, so dass eine Steigerung der Nachfrage auf Grund amerikanischer Kredite preissteigernd wirken muss. Diese Preissteigerungen sind aber nicht der amerikanischen Agrarexportpolitik zurechenbar, da nicht sie, sondern die importierende Regierung die Verantwortung für das inländische Investitionsvolumen trägt: sie hat sicherzustellen, dass an anderer Stelle Investitionen gekürzt werden, falls die Anlage der amerikanischen Kredite zu einer Überbeschäftigung der Investitionsgüterindustrie führt.

Das besondere Augenmerk hat daher den Weltagrarmärkten zu gelten. Das Problem der ungünstiger werdenden Terms of Trade für Entwicklungsländer, die agrarische Rohstoffe exportieren, ist aber durch eine Revision der amerikanischen Agrarexportpolitik allein nicht zu lösen: nur weltweite Abkommen können auf die Dauer zu einem befriedigenden Ergebnisse für alle Partner führen.

4. Die Ergebnisse der bisherigen Analyse, angewendet auf die Situation der Landwirtschaft in der EWG, legen einige Folgerungen für die Agrarpolitik im Rahmen der EWG nahe.

- a) Auch in Europa droht bei einigen Produkten die Gefahr landwirtschaftlicher Überschüsse, vor allem bei Getreide,

wenn sich die künftigen Preise in der Gemeinschaft mehr nach den bisher höchsten Preisen in einzelnen Ländern richten als nach den niedrigsten. Die bedeutendste Konsequenz solcher Überschüsse wäre dabei nicht einmal in erster Linie die Belastung des Steuerzahlers, sondern die Behinderung der Entwicklungshilfe. Selbst grosse Kredite und Schenkungen würden den Entwicklungsländern wenig helfen, wenn sie nur eine - vielleicht nicht einmal gleich grosse - Kompensation für den Verlust von traditionellen agrarischen Absatzmärkten in Europa sind.

- b) Bilden Agrarüberschüsse in Europa erst ein - allerdings schon heute zu bedenkendes - Problem von morgen, so gilt auch jetzt schon die Sorge der Einkommensdisparität. Anders als die USA könnten die westeuropäischen Länder die Gunst der Überschäftigung nutzen, um die Abwanderung aus der Landwirtschaft bewusst zu fördern. Zwar weist z.B. die deutsche Landwirtschaft in der Nachkriegszeit eine erhebliche Wanderungsbewegung auf, aber weniger auf Grund agrarpolitischer Massnahmen, sondern eher weil - trotz agrarpolitischer Förderung - von Grenzbetrieben - viele Landwirte und Landarbeiter von den günstigeren Lohn- und Beschäftigungsbedingungen in der Industrie angezogen wurden. Da aber mit einem Anhalten dieser Entwicklung nicht unbedingt zu rechnen ist, gilt es, den Entschluss, den Arbeitsplatz in der Landwirtschaft aufzugeben, durch gezielte Massnahmen zu unterstützen. Umschulungshilfen und die Entwicklung zentraler Orte auf dem Lande mit Arbeitsplätzen der Industrie und des tertiären Sektors mögen hier als wichtigste Massnahmen genannt sein.
- c) Die zu erwartende Liberalisierung im Handel zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika wird

auch Konsequenzen für den europäischen Agrarmarkt haben. Der amerikanische Farmer verfügt über sehr viel günstigere Produktionsbedingungen beim Anbau von Getreide, so dass die Chance für den europäischen Landwirt vor allem in der Veredelungswirtschaft zu sehen ist. Dabei ist zu bedenken, dass der künftige Wegfall von Wettbewerbsschranken innerhalb der EWG nur solche Betriebe wettbewerbsfähig sein werden lässt, die in ihrer Produktion auf spezifische standortsbedingte Vorzüge Rücksicht nehmen. Mit zunehmender Umstellung auf Veredelungswirtschaft wird daher zugleich eine Spezialisierung der Betriebe eintreten müssen. Durch Einsatz der landwirtschaftlichen Beratung, Förderung und Einrichtung von Vermarktungseinrichtungen und ähnliche Massnahmen, die auf die Struktur der landwirtschaftlichen Produktion Einfluss nehmen, wird die Agrarpolitik der westeuropäischen Länder auf diese Herausforderung antworten müssen.

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

A) Veröffentlichungen der US- Regierung

- 1.) "Economic Report of the President", Washington, 1958, 1959 und 1960
- 2.) USDA: "The Wheat Situation 1959";
- 3.) House of Representatives: "Resources for Freedom" - A Report to the President by the President's Materials Policy Commission, Washington 1952, Vol. I-V;
- 4.) USDC: "1960 - Census of Population" - Advance Report - General Population Characteristics, March 31, 1961;
- 5.) USDA: Cavin, J.P.: "The Agricultural Outlook for 1962";
- 6.) Hearings before the Subcommittee on foreign Economic Policy of the Joint Economic Committee Congress of the United States - 84 th Congress, 2. Session, Washington 1957;
- 7.) USDA: "Food Costs - Marketing Service", Washington, Miscellaneous Publication No. 856, 1961;
- 8.) USDA: "US- Report to FAO - Under Article XI of the FAO Constitution" 1958 - 1960, Foreign Agricultural Service, Washington 1961;
- 9.) USDA: "Report of the Secretary of Agriculture 1958", Washington 1959;
- 10.) Hearings before the Committee on the Agriculture and Forestry - US- Senate, 2. Session on the Agricultural Situation and the President's Farm Message, January, 7 and 22, 1958;
- 11.) USDA: "Farming in the US", Agriculture Information Bulletin No. 246, Washington 1961;
- 12.) USDC: "Survey of current Business", 1961, 1962;
- 13.) USDA: "Guide to Agriculture", Agricultural Information Bulletin No. 30; 1955;
- 14.) USDA: "Compilation of Statutes relating to Soil Conservation, Marketing Quotas and Allotments, Soil Bank, Crop Insurance, Sugar Payments and Quotas, Prices Support, Commodity Credit Corporation, and related Statutes" Agricultural Handbook No. 113 - as of January 1957, Commodity Stabilization Service;
- 15.) US- Feature Service - Kabel - Dienst v. 12. Jan. 1962 - State of the Message - Amerika - Dienst, Bad Godesberg;
- 16.) USDA: "Outlook for Wheat in 1962" by R.E. Post, Washington 1961;

- 17.) Hearings before the Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 87. Congress, 1. Session, Washington 1961;
- 18.) USDA: "Outlook for Feed in 1962" by M.Clough, Washington 1961;
- 19.) USDA: "Outlook for Cotton in 1962" by F.Lowenstein, Washington 1961;
- 20.) USDA: "Outlook for Mill Products in 1962", Washington 1961;
- 21.) Hearings before the Committee on Instate and Foreign Commerce United States Senate, 86 th Congress, 2 Session, Washington 1960;
- 22.) USDA: "Food Distribution Programs of the Department of Agriculture" by I.M. Kelley, Washington 1961;
- 23.) US- Government: "The 14 th semiannual Report on Activities of the Food - for - Peace Program carries on under Public Law 480" 83 D Congress, as amended Message from the President of the United States - Washington 1961;
- 24.) Hearings before the Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives - 86.th Congress 1. Session, Part 3, Washington 1959;
- 25.) USDC: "International Wheat Surplus Utilization Conference" by S.D.State, 1959;
- 26.) USDA: "Realized Cost of Agricultural and related Programs by Function or Purpose", Fiscal Years 1932 - 56, Washington 1957;
- 27.) USDA: "Price Index of Prices paid by Farmers, and Index of Prices received" Parity Handbook, a Reference manual on Parity, Mr. Ellender, Washington 1952;
- 28.) USDA: "The International Age in Agriculture" 1960;

B) Bücher und ähnliche Veröffentlichungen

- 29.) Baade, F. "Die deutsche Landwirtschaft im Gemeinsamen Markt", Schriftenreihe zum Handbuch für europäische Wirtschaft, Baden - Baden 1958, Heft 4;
- 30.) Blohm, G. "Angewandte landwirtschaftliche Betriebslehre", 2.neubearbeitete Auflage, Stuttgart 1950;
- 31.) Benedict, M.R.u. "Farm Surpluses - U.S.Burden or World Asset?" University of California, 1960;
- 32.) Brandt, K. "Economic Strategy of Agricultural Development", Vortrag auf der Tagung der Mont Pelerin - Society v.6.-11.9.1954 in Venedig, vervielfältigtes Manuskript;
- 33.) Clark, C. "The Conditions of Economic Progress" London 1940 und 3. Auflage 1960;
- 34.) Cnotka, K.-H. "Die voraussichtlichen Auswirkungen einer Herabsetzung der Futtergetreidepreise auf die westdeutsche Landwirtschaft". Arbeit aus dem Institut für Agrarpolitik und Marktlehre an der Universität Kiel, 1958;
- 35.) Committee for Economic Development: "The European Common Market and its Meaning to the USA", 1959;
- 36.) ECA/FAO: "Food and Agricultural Price Policies in Asia and the Far East, Bangkok 1958;
- 37.) ECE/FAO:Third Report "Output, Expenses and Income of some European Countries,"Geneva 1958;
- 38.) Europäische Wirtschaftskommission: Vorschläge zur Gestaltung und Durchführung der Gemeinsamen Agrarpolitik gemäss Artikel 43 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft", Brüssel 1960;

- 39.) Europäische Wirtschaftsgemeinschaft: "Entwicklungstendenzen der Erzeugung und des Verbrauches von Nahrungsmitteln in der EWG" (1956 - 65), EWG - Studien-Reihe Landwirtschaft Nr. 2, Brüssel 1960;
- 40.) EWG - Kommission "Die erste Stufe des Gemeinsamen Marktes. Bericht über die Durchführung des Vertrages (Jan. 1958 - Jan. 1960), Brüssel 1962;
- 41.) FAO: "The State of Food and Agriculture 1960" und 1961, Rome;
- 42.) GATT: "International Trade 1956", 1958, 1959, 1960 und 1961, Geneva;
- 43.) GATT: "Trade in Agricultural Products-Gatt-Programme for Expansion of international Trade". First Report of Committee II - Geneva 1962;
- 44.) GATT: "The possible Impact of the European Economic Community," in particular the Common Market, upon World Trade", Geneva 1957;
- 45.) Gemeinsames Gutachten von Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirates beim BML und von wirtschaftswissenschaftlichen Beratern der Kommission der EWG: "Wirkungen einer Senkung der Agrarpreise im Rahmen einer gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf die Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland", Brüssel 1962;
- 46.) Gesamtbild der Textilindustrie: Japanische Massnahmen zur Selbstbeschränkung des japanischen Textilexports in die Bundesrepublik Deutschland". Frankfurt/a.M. 1957;
- 47.) Halcrow, H.K. "Agricultural Policy of the United States", New York 1953;
- 48.) Heady, Earl, O. "Extent and Conditions of Agricultural Mechanization in the United States" Mechanization in Agriculture by J.K.Meij, Amsterdam 1960;

- 49.) Henderson, H.W. "Preisprogramme des Amerikanischen Landwirtschaftsministerium". Schriftenreihe des AID., Bad Godesberg 1954, Heft 74;
- 50.) Howald, O.P. "Einführung in die Agrarpolitik". Bern 1946;
- 51.) IFO - Institut für Wirtschaftsforschung: "Der Ertrags/Aufwandsvergleich in der westdeutschen Landwirtschaft". Eine Untersuchung zum Paritätsproblem. Berlin - München 1954;
- 52.) Johnson, D.H. "Trade and Agriculture". A. Studie of inconsistent Policies, New York 1950;
- 53.) Krohn, H.-B. "Langfristige Entwicklungstendenzen der tierischen Veredelungsproduktion in der Welt". Dissertation - Göttingen 1956; Institut f. landwirtschaftl. Marktforschung;
- 54.) Krohn, H.-B. u. Schmitt, G. "Agrarpolitik für Europa", Sonderheft 15 der Agrarwirtschaft, Zeitschrift f. Betriebswirtschaft u. Marktforschung, Hannover 1962;
- 55.) Macmillan, J.H. "Farm Surpluses - How to end them?" -Business Horizon, Spring 1958 (Vol.II, Nr. 1);
- 56.) Marmulla, H. u. Brault, P. "Europäische Integration und Agrarwirtschaft", München 1958;
- 57.) Ministère des Finances: Statistiques et Études financières - Année 13(1961) und Année 12 (1960), Paris;
- 58.) Niehaus, H. "Leitbilder der Wirtschafts- und Agrarpolitik in der modernen Gesellschaft". Stuttgart 1957;
- 59.) Nydegger, A. "Die westeuropäische Aussenwirtschaft in Gegenwart und Zukunft", Tübingen 1962;
- 60.) OEEC: "Agricultural Policies in Europe and North America". First Report, Paris 1956;

- 61.) OEEC: "Price and Income Policies", Second Report, Paris 1957;
- 62.) OEEC: "Structural Problems - Price Support Systems". Third Report, Paris 1958;
- 63.) OEEC: "Trends in Agricultural Policies since 1955", Fifth Report, Paris 1961;
- 64.) OEEC: Statistical Bulletin - Agriculture, Paris 1961;
- 65.) Ojala, E.M. "Agriculture and Economic Progress", London 1952;
- 66.) Oury, B. "L'Agriculture au seuil du Marché Commun", Paris 1959;
- 67.) Plate, R.
Woermann, E.u.
Grupe, H. "Landwirtschaft im Strukturwandel der Volkswirtschaft". Sonderheft 14 der Agrarwirtschaft, Zeitschrift f. Betriebswirtschaft u. Marktforschung, Hannover 1962;
- 68.) Rockefeller Brother Fund: "Challenge to America, its Economic and Social Aspect", Report of Panel IV of the Special Aspect Studies Project, New York 1958;
- 69.) Schmidt, H. "Zur Frage der Futtergetreidepreise" als Manuskript vervielfältigt. IFO - München 1958;
- 70.) Schultz, Th. W. "Economic Organisation of Agriculture", New York 1953;
- 71.) Schultz, Th.W. "Agriculture in an unstable Economy", New York 1949;
- 72.) Shepherd, G.S. "Agricultural Price and Income Policy", Ames, Iowa 1952;
- 73.) Stamer, H. "Agrarpreisstützung als Mittel der Einkommenspolitik". Schriftenreihe der Landwirtschaftlich. Fakultät der Universität Kiel, 1961;
- 74.) Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft: "Agrarstatistik 1961", Nr. 3;

- 75.) United Nations: "Commodity Survey 1959", New York 1960;
- 76.) United Nations-Economic and Social Council: "9 th Report of the Technical Assistance Board Officials Records". New York 1959;
- 77.) UN/FAO: "European Agriculture in 1965" Geneva 1961;
- 78.) UN/FAO: "Towards a Capital Intensive Agriculture" 4 th Export on Output, Expenses and Income of Agriculture in European Countries" - Part I General Review, Geneva 1962;

C) Aufsätze in Zeitschriften, Berichten und Jahrbüchern

- 79.) Abel, W. "Die Landwirtschaft in der gesamtwirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der USA", in: Berichte über Landwirtschaft, 1956, hrsg. v. Bundesministerium f. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten;
- 80.) Andreae, B. "Produktivitätszonen im Agrarraum von Nordamerika", in: Agrarwirtschaft, Zeitschrift f. Betriebswirtschaft u. Marktforschung, 1958;
- 81.) Bachmann, H. "Die Integration der Agrarmärkte", in: Aussenwirtschaft, St. Gallen, 13. Jg. (1958);
- 82.) Blohm, G. "Die rationelle Fleischerzeugung vom Hähnchen bis zum Ochsen", in: Vorträge der landwirtschaftlich-betriebswirtschaftlichen Tagung in Cuxhaven am 14.-15.6.1961; Schriftenreihe des Hauptverbandes der landwirtschaftl. Buchstellen u. Sachverständigen, Heft 51, Bonn;
- 83.) Blohm, G. "Betriebswirtschaftliche Ausrichtungen des Kleinbetriebes", in: Landwirtschaftliches Wochenblatt f. Westfalen u. Lippe, 23/1962;
- 84.) Breton, P. "Le financement de l'agriculture", in: Economie Rurale 39-40 (Jan.-Juin. 1959);

- 85.) Büchel, F.W. "Problematic agrarpolitischer Zielsetzung", in: Wiener Studien zur Wirtschafts- u. Sozialpolitik, 1960, Heft 3;
- 86.) Cochrane, W. "Farm Prices - Myth and Reality" University of Minnesota - Press - Minneapolis 1958;
- 87.) Cochrane, W. "Farm Technology, Foreign Surplus Disposal and Domestic Supply Control", in: Journal of Farm Economics, published by The American Farm Economic Association, 1959;
- 88.) Commonwealth Economic Committee: "Grain Crops" A Review of production, trade, consumption and prices relating to wheat, wheat flour, maize, barley, oats, rye, and rice - compiled in the Intelligence Branch of "The Commonwealth Economic Committee," London 1957, 1961;
- 89.) Davis, J.H. "Surplus Disposal as Tool for World Development Objectives and Accomplishments", in: Journal of Farm Economics, 1958;
- 90.) Deutscher Bundestag: Massnahmen der Bundesregierung gem. § 5 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan), sowie Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft gem. § 4 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Bericht) der einzelnen Jahre (1957-1962);
- 91.) Deutscher Industrie- und Handelstag: "Gesundes Wachstum durch Selbstbeschränkung". Tätigkeitsbericht für 1959/60;
- 92.) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: "Zum Problem der landwirtschaftlichen Überproduktion in den USA", in: Wochenbericht v. 31.7.1959;
- 93.) Ezekiel, M. "Apparent Results in Using Surplus Food for Financing Economic Development", Journal of Farm Economics 1958;

- 94.) Ezekiel, M. "Impact and Implication of foreign Surplus Disposal on developed Economies and foreign Competitors", in: Journal of Farm Economics 1960;
- 95.) Freire, F. "Repercussions possibles des plans de Marché Commun Européen sur les pays exporteurs de produits agricoles", in: Economie et Statistiques agricoles, FAO, Bulletin mensuel, Rom 1958;
- 96.) GATT: "Twentieth Session of the Contracting Parties European Economic Community", Statment made in Plenary Meeting 31.10.1962, GATT: 714 and 719;
- 97.) Grupe, H. "Entwicklung und Möglichkeiten der Getreideproduktion in Frankreich", in: Agrarwirtschaft, Zeitschrift f. Betriebswirtschaft u. Marktforschung, 1960;
- 98.) Hanau, A. "Die deutsche Landwirtschaft im Rahmen des Gemeinsamen Marktes", in: Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung, Hannover 1962;
- 99.) Heady, Earl, O. "Adjusting Production into a Growing Economy", in: Journal of Farm Economics, 1955;
- 100.) Herter, C.A. "Atlantica", in: Foreign Affairs American Quarterly Review - January 1963;
- 101.) Institut für landwirtschaftliche Marktforschung: "Die landwirtschaftlichen Märkte zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1960/61", in: Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung 1960;
- 102.) Jesness, O. "Agricultural Adjustment in the past 25 Years", in: Journal of Farm Economics, 1958;
- 103.) Kendrick, J.W. "Productivity Trends in Agriculture and Industrie", in: Journal of Farm Economics, 1958;

- 104.) Koffsky, H. "The long - term Price Outlook and its Impact on American Agriculture", in: Journal of Farm Economics, 1954;
- 105.) Krohn, H.-B. "Die wichtigsten Ergebnisse der Brüsseler Beschlüsse über eine gemeinsame Agrarpolitik in der EWG", in: Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung, Hannover 1962;
- 106.) Leopold, R. "Die Besonderheiten der Produktions- und Marktbedingungen der Landwirtschaft", in: Wirtschafts-politische Blätter, Wien, 5/3, 1956;
- 107.) Mittendorf, H.-J. "Bestimmungsgründe der Kartoffelpreise und Möglichkeiten einer Preisstabilisierung in Deutschland", in: Hefte für landwirtschaftliche Marktforschung 1955, Heft 7;
- 108.) Mortensen, E. "Public Law 480 and Competitor's Perspective", in: Journal of Farm Economics, 1960;
- 109.) Müller, G. u. Schnieders, R. "Regionale Probleme und Transportkosten innerhalb der Getreidewirtschaft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft", in: Berichte über Landwirtschaft, 1960;
- 110.) Niehaus, H. "Betrachtungen über mutmassliche Rückwirkungen der EWG- Beschlüsse auf die deutsche Landwirtschaft", in: Schriftenr.d.Hauptverbandes der landwirtschaftlichen Buchstellen u. Sachverständigen, Heft 53, 1962;
- 111.) Niehaus, H. "Der Gemeinsame Markt und die deutsche Landwirtschaft", in: Vorträge zur 13.Hochschultagung der landwirtschaftl.Fakultät der Universität - Bonn, am 6.u.7.10.1959 in Münster;
- 112.) Niehaus, H. "Von der Parität zur Realität", in: Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung, Hannover 1960;

- 113.) Niehaus, H. "Die Agrarpolitik Deutschlands im besonderen Hinblick auf den deutsch - dänischen Warenverkehr", in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung, Hannover 1955;
- 114.) Niehaus, H. "Ordnungsprobleme der Wirtschafts- und Agrarpolitik", in: Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung Hannover 1954;
- 115.) Niehaus, H. "Das Bauerntum in Wirtschaft und Gesellschaft", in: Agrarpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft. Vortrag auf der 5. Arbeitstagung d. Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 13.3.1956;
- 116.) Niehaus, H. "Die Rolle der Landwirtschaft in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in den USA", in: Offene Welt, Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, 1959;
- 117.) Niehaus, H. Diskussionsbeitrag, in: "Agrarstrukturpolitik im Rahmen regionaler Wirtschaftspolitik in westeuropäischen Ländern", Sonderheft 175 d. Berichte über Landwirtschaft
- 118.) Plate, R. u. Grupe, H. "Auswirkungen einer Senkung der Futtergetreidepreise auf die wirtschaftliche Lage der westdeutschen Landwirtschaft", in: Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung, Hannover 1958;
- 119.) Predöhl, A. "Die volkswirtschaftlichen Konsequenzen unserer weltwirtschaftlichen Verflechtung", in: Der Deutsche Volks- und Betriebswirt. Zeitschrift des Bundesverbandes Deutscher Volks- und Betriebswirte (BDV) 1962, Nr. 3;
- 120.) Priebe, H. "Familienbetriebe im volkswirtschaftlichen Wachstumsprozess", Auszug aus dem Schlussreferat anlässlich der Vortragsreihe der Forschungsstelle für bäuerliche Familienwirtschaft am 19.6.1962, Bonn, in: Betriebswirtschaftl. Nachrichten für die Landwirtschaft des Hauptverbandes der landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen, Bonn, September 1962;

- 121.) Priebe, H. "Probleme und Verantwortung der europäischen Agrarpolitik", in: Offene Welt, Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, 1962, Nr. 77;
- 122.) Priebe, H. "Familienbetriebe im volkswirtschaftlichen Wachstumsprozess". Kurzreferate aus der Forschungsstelle für bäuerliche Familienwirtschaft, in: Innere Kolonisation - Zeitschrift für Fragen der Ordnung, Agrarstrukturverbesserung, Flurbereinigung und Siedlung, 12.Jg., April 1963; S. 83 ff.;
- 123.) Rolfes, M. "Betriebswirtschaftliche Probleme," in: Agrarstrukturpolitik im Rahmen regionaler Wirtschaftspolitik in westeuropäischen Ländern, 175. Sonderheft der Berichte über Landwirtschaft.
- 124.) Rüstow, A. Diskussionsbeitrag zur "Agrarpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft", Vorträge und Diskussion der 5. Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, 1956;
- 125.) Rüstow, A. "Der Mensch in der Landwirtschaft", in: Schriftenreihe des Hauptverbandes für landwirtschaftliche Buchführung und Beratung, Heft 27, 1956;
- 126.) Schnieders, R. "Agrarsubventionen in der westlichen Welt", in: Betriebswirtschaftl. Nachrichten für die Landwirtschaft - Hauptverband der landwirtschaftl. Buchstellen und Sachverständigen, Februar 1962, Bonn;
- 127.) Schröder, L. "Noch nicht auf dem richtigen Wege", in: Der Volkswirt, Wirtschafts- und Finanzzeitung, Nr. 8/1962;
- 128.) Shefrin, F. "Diskussionsbeitrag zur "Surplus Disposal as a Tool for World Development Objectives and Accomplishments", in: Journal of Farm Economics, 1958;

- 129.) Shepherd, G.S. "Farm Programs for Farm Incomes", in: Journal of Farm Economics, 1960;
- 130.) Smith, L.P.F. Diskussionsbeitrag zur "Agrarstrukturpolitik im Rahmen regionaler Wirtschaftspolitik in westeuropäischen Ländern", 175. Sonderheft der Berichte über Landwirtschaft;
- 131.) Schultz, Th.W. "Economic Effects of Agricultural Programs", in: The American Economic Review, Vol. XXX No. 5, 1941;
- 132.) Schultz, Th.W. "Value of Farm Surpluses to underdeveloped countries", in: Journal of Farm Economics, 1960;
- 133.) Wilcox, W. "The Farm Policy - Dilemma", in: Journal of Farm Economics, 1958;
- 134.) Woltmann, H.R. "Multiple Price Schemes at home and abroad", in: Journal of Farm Economics, 1958;

D) Zeitungen und ähnliche Nachrichtenblätter

- 135.) "Agra - Europe " - Unabhängiger europäischer Presse- und Informationsdienst für Agrarpolitik und Agrarwirtschaft, Bad Godesberg;
- 136.) "Deutsche Getreidezeitung" - Börsen- und Handelsblatt für Getreide und Landesprodukte, Hannover;
- 137.) "Deutsche Zeitung", Köln;
- 138.) "Der Mittag" - Die grosse unabhängige Tageszeitung für Deutschland, Düsseldorf;
- 139.) "Die Welt" - Unabhängige Tageszeitung für Deutschland, Hamburg;
- 140.) "Europa- Nachrichten" aus EWG - EFTA - OECD - Vereinigte Wirtschaftsdienste - Abteilung: Landwirtschaft, Frankfurt a.M.;

- 141.) "Europäische Wirtschaft" - Halbmonatszeitschrift
für EWG, EGKS, EURATOM, Bonn;
- 142.) "Neue Züricher Zeitung", - Fernausgabe;
- 143.) "The New York Times" - International Edition,
Amsterdam;

An dieser Stelle möchte ich meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Prof. Dr. H.-J. Seraphim, der vor Vollendung dieser Arbeit verstarb, für die Überlassung des Themas meinen Dank sagen. Mein Dank gebührt auch Herrn Prof. Dr. E. Boettcher für die Freundlichkeit, die Betreuung der verwaisten Arbeit übernommen zu haben.

Ohne die Hilfe, die mir die us-amerikanische Botschaft in Bad Godesberg mit ihren reichen Materialien freigebig zur Verfügung stellte, wäre die Arbeit in ihren statistischen Teilen nicht zu bewältigen gewesen.

Weiterhin möchte ich Herrn Dr. G. Aschhoff und Herrn Dipl. Volkswirt G. Fleischmann meinen Dank für wertvolle Anregungen und Hinweise zu dieser Arbeit aussprechen.

Lebenslauf

Am 8. April 1926 wurde ich als Sohn des Versandleiters Friedrich Gerke und seiner Ehefrau Clara, geb. Schulte, in Dortmund geboren.

Nach vierjährigem Volksschulbesuch wechselte ich Ostern 1936 zur Mittelschule über, die ich Ostern 1942 mit dem Zeugnis der mittleren Reife verliess. Nach der anschließenden 1 1/2-jährigen landwirtschaftlichen Lehrzeit und vorzeitig abgelegten Gehilfenprüfung vor der Landwirtschaftskammer-Westfalen, wurde ich im Januar 1944 zum RAD und im Mai 1944 zum Militär einberufen. Im Juli 1946 wurde ich aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft entlassen.

Nach fast 3-jähriger Tätigkeit in zwei weiteren landwirtschaftlichen Betrieben besuchte ich von Oktober 1949 bis zur Reifeprüfung im Juni 1952 das Abendgymnasium in Dortmund. Mit dem Wintersemester 1952/53 begann ich das Studium der Landwirtschaft an der Universität-Bonn, das ich im November 1955 mit der Diplomprüfung an der Universität-Kiel abschloss. Im Wintersemester 1955/56 nahm ich das Studium der Volkswirtschaft an der Universität-Münster auf. Dieses Studium schloss ich im Juni 1959 mit der Diplomprüfung an der Universität-Köln ab.

Nach einer anschließenden 2 1/2-jährigen Tätigkeit im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten beschäftigte ich mich mit der Anfertigung vorliegender Arbeit. Seit 1963 bin ich bei der Westfälischen Central-Genossenschaft e.G.m.b.H. tätig.

Druck: Gerd Wasmund Köln Dasselstraße 24 Telefon 230222
Zweigstellen: Aachen Friesenstraße 13 Telefon 27266
Gelsenkirchen-Schalke Gewerkenstraße 3 Telefon 25575

